



Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung
Tübingen

Beate Neuss, Peter Jurczek und Wolfram Hilz (Hrsg.)

**Grenzübergreifende Kooperation im
östlichen Mitteleuropa**

Beiträge zu einem politik- und regional-
wissenschaftlichen Symposium
an der TU Chemnitz

**Occasional Papers
Nr. 19**

Beate Neuss, Peter Jurczek und Wolfram Hilz (Hrsg.)

**Grenzübergreifende Kooperation im
östlichen Mitteleuropa**

Beiträge zu einem politik- und regional-
wissenschaftlichen Symposium
an der TU Chemnitz

Occasional Papers
Nr. 19

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Auf dem Weg in die Europäische Union. Die politische Integrationsfähigkeit der Beitrittskandidaten <i>Cornelius Ochmann</i>	7
Wirtschaftliche Voraussetzung der EU-Mitgliedschaft: Polen und Tschechien <i>Gerd Tebbe</i>	19
Polen in Europa: Zentrum oder Peripherie ? <i>Zbigniew Czachór</i>	32
Entwicklung und Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum <i>Krystian Heffner</i>	48
Aus tschechischer Sicht: Geschichte, Nation, Staat und regionale Identität. Determinanten für Kooperation und Integration? <i>Frank Boldt</i>	71
Entwicklung und Zusammenarbeit im tschechisch-deutschen Grenzgebiet <i>Jaroslav Dokoupil</i>	82
Regionalentwicklung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im tschechisch-deutschen Grenzraum <i>Milan Jeřábek</i>	88
Umweltpolitische Zusammenarbeit im sächsisch-polnisch-tschechischen Grenzgebiet <i>Dieter Reinfried</i>	100
Chancen und Probleme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze <i>Peter Jurczek</i>	114
Sicherheitspolitische Kooperation zwischen Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik <i>Wolfram Hiltz</i>	123
Chancen der Zusammenarbeit in Mitteleuropa <i>Beate Neuss</i>	144
Verzeichnis der Autoren	162

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)

Anschrift: Nauklerstraße 37a
D-72074 Tübingen
Telefon: ++49 (0)7071 / 29-77368 & 29-77190
Fax: ++49 (0)7071 / 922 876
E-Mail: ezff@uni-tuebingen.de

Vorstand: Prof. Dr. Horst Förster
Prof. Christopher Harvie, Ph.D.
Prof. Dr. Rudolf Hrbek (Sprecher)
Prof. Dr. Günter Püttner
Prof. Dr. Josef Schmid
Prof. Dr. Uwe Walz
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling

In Zusammenarbeit mit: Prof. Dr. Franz Knipping (Wuppertal) und
Prof. Dr. Roland Sturm (Erlangen-Nürnberg)

Koordination: Thomas Fischer, M.A.

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, September 1998.

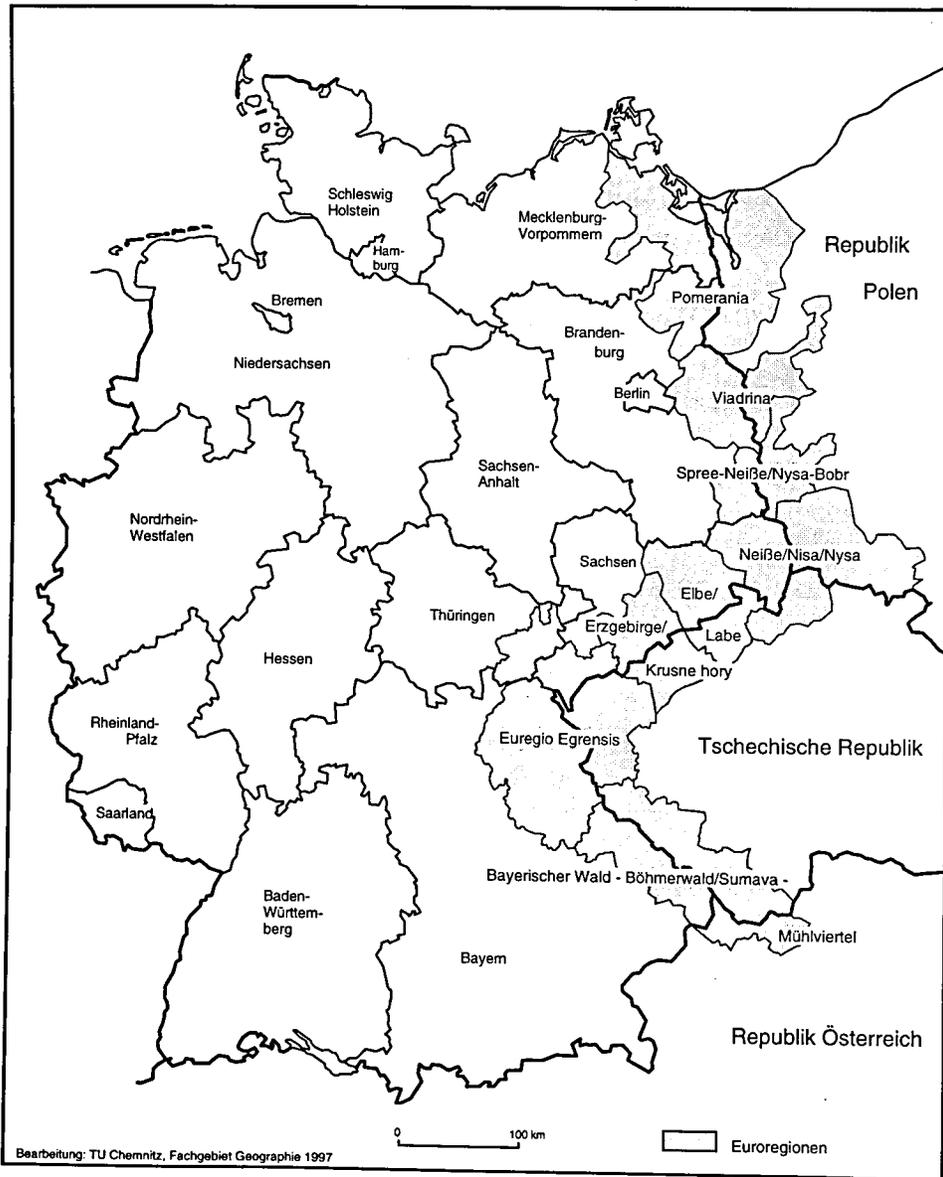
Erschienen im Selbstverlag.

Druck: Schwäbische Druckerei, Stuttgart

ISBN-Nr.: 3-9805358-7-8)

Schutzgebühr: DM 15,-

Lage der Euroregionen an der Ostgrenze der Bundesrepublik Deutschland



Vorwort

Die epochale Zäsur von 1989/90 brachte nicht nur den Deutschen die Einheit, sie revolutionierte auch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa. Mitteleuropa, lange Zeit nur noch ein historischer Begriff, findet sich neu. Kulturräume in Mitteleuropa, durch politische Grenzziehungen über vier Jahrzehnte willkürlich getrennt, wachsen wieder zusammen: Durch konkrete, politisch und wirtschaftlich initiierte Kooperation im Grenzraum und durch alltägliche Zusammenarbeit der Bewohner der Region, durch die Herstellung gut nachbarlicher Beziehungen zwischen Staaten, die zuvor durch Ideologie und feindliche Bündnis-systeme getrennt waren und durch die Vorbereitung auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Vom 23. bis 25. Oktober 1997 fand an der Technischen Universität Chemnitz das politik- und regionalwissenschaftliche Symposium „Chancen und Probleme grenzübergreifender Kooperation im östlichen Mitteleuropa“ statt, das von den Professoren der TU Chemnitz Dr. Peter Jurczek - Sozial- und Wirtschaftsgeographie - und Dr. Beate Neuss - Internationale Politik - organisiert wurde. Der interdisziplinäre Austausch über die Grenzen hinweg wäre nicht zustande gekommen ohne Mittel aus dem Hochschulsonderprogramm III, das den wissenschaftlichen Austausch mit den EU-Beitrittskandidaten zu Recht fördert, denn der Dialog ist die Basis gegenseitigen Verständnisses und erfolgreicher Zusammenarbeit.

Das Land Sachsen hat an seiner südlichen und östlichen Außengrenze zwei Staaten, die sich, wie Sachsen auch, in einem schmerzhaften Transformationsprozeß befinden: Tschechien und Polen. Diese sind ihr wirtschaftliches „Hinterland“, so wie Sachsen „Hinterland“ der beiden Staaten ist. Daraus resultiert ein hohes Interesse an Kooperation wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art im Grenzraum, denn die Chancen für ein Aufblühen der mitteleuropäischen Region, z.B. in der Wirtschaft oder im Tourismus, ebenso wie die Chancen für die Bewältigung der Probleme, z.B. in der Umwelt, liegen in der Überwindung der Grenzen. Unmittelbar vor Ort, in den Euroregionen, wird die enge Kooperation schon erprobt. Auf bilateraler Ebene, zwischen Deutschland und Polen, Deutschland und Tschechien, sind mit Freundschaftsverträgen die Grundlagen gelegt. Polen und Tschechien werden in absehbarer Zeit Mitglied der Europäischen Union werden. Beide EU-Anwärter, vor allem aber die Europäische Union selbst, haben noch tiefgreifende Reformen vor sich, wenn sich der Beitritt für beide Seiten positiv auswirken soll.

Das Symposium untersuchte den Stand der Entwicklung auf allen drei Ebenen. Für die Veröffentlichung sind die Tagungsergebnisse von den Autoren auf einen aktuellen Stand gebracht worden. Die redaktionelle Arbeit an den Manuskripten hat Dr. Wolfram Hiltz, Hochschulassistent an der Professur für Internationale Politik, geleistet. Frau Anja Schönherr, Studentische Mitarbeiterin an den Professuren für Internationale Politik und für Sozial- und Wirtschaftsgeographie hat eine erste Durchsicht der Texte übernommen. Beiden sei für die Mühe herzlich gedankt.

Prof. Dr. Beate Neuss
Technische Universität Chemnitz

Auf dem Weg in die Europäische Union: Die politische Integrationsfähigkeit der Beitrittskandidaten

Cornelius Ochmann

Die Europäische Union beginnt im Frühjahr 1998 die größte Erweiterungsrunde in ihrer Geschichte. Auf dem EU-Gipfel in Luxemburg Mitte Dezember 1997 haben die Staats- und Regierungschefs der EU den endgültigen Beschluß gefaßt, daß zunächst mit sechs Staaten Aufnahmeverhandlungen begonnen werden. Neben Zypern, das aufgrund der griechischen Unterstützung schon einen festen Platz auf der Liste hatte, sind dies Estland, Polen, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Den beitragswilligen Staaten Bulgarien, Lettland, Litauen und Rumänien wurde bedeutet, daß sie in politischer Hinsicht zwar integrationsfähig seien, jedoch die wirtschaftliche Transformation noch fortgesetzt werden müsse, bevor Aufnahmeverhandlungen begonnen werden können. Lediglich die Slowakei, die die wirtschaftlichen Bedingungen erfüllt, wurde aus politischen Gründen für „integrationsunfähig“ erklärt.

Im Prozeß der Annäherung an die EU haben in den letzten Jahren alle Beitrittskandidaten große Fortschritte gemacht. Trotzdem ist noch keines der Länder in der Lage, den politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Standards der EU vollständig zu entsprechen, wie die EU-Kommission dies schon in der „Agenda 2000“ feststellte. Die Kriterien für die Beitrittsfähigkeit, demokratische Verhältnisse, Marktwirtschaft und Konkurrenzfähigkeit, definierte der Kopenhagener Gipfel schon im Juni 1993. Der im Sommer 1996 von der EU-Kommission erarbeitete Fragebogen, der von den Regierungen der MOE-Staaten auf einigen tausend Seiten beantwortet wurde, diente als Grundlage für die Beurteilung der Beitrittskandidaten. Der Luxemburger Gipfel hat auch beschlossen, daß die EU-Kommission dem Rat jährlich einen Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit der Beitrittskandidaten vorlegen wird, um für alle Kandidaten die „Tür offen zu halten“.

Die Fähigkeit, an der EU zu partizipieren, ist in wirtschaftlicher Hinsicht objektiv meßbar. Die verfügbaren makroökonomischen Daten wiesen schon in den Monaten vor dem Luxemburger Gipfel darauf hin, daß es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen MOE-Staaten gibt und nicht alle Kandidaten in der ersten Erweiterungsrunde dabei sein können. Neben den klaren wirtschaftli-

chen Maßstäben, die hier nicht behandelt werden, gibt es eine Reihe von Bereichen, die für den Beitritt von höchster Bedeutung, jedoch quantitativ nicht erfassbar sind. Dazu gehören:

1. Der politische Reformprozeß

In allen MOE-Staaten ist mittlerweile die parlamentarische Demokratie etabliert. Die Befugnisse der Präsidenten sind allerdings unterschiedlich definiert. Neben der Gruppe von Staaten mit starker Präsidentschaft wie Estland, Litauen, Lettland und Rumänien zeichnen sich Bulgarien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn durch Präsidenten mit überwiegend repräsentativen Funktionen aus. Auch in Polen ist es nach dem Wechsel von Lech Walesa zu Aleksander Kwasniewski zu einer Verlagerung der Verantwortung für Außen-, Innen- und Verteidigungspolitik vom Präsidenten auf die Regierung gekommen. Diese positive Entwicklung in den letzten 7-8 Jahren ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Demokratisierung. Die Wahlen zu den legislativen Organen auf allen Ebenen verlaufen ohne größere Beanstandungen, so daß man von Demokratien sprechen kann.

In der Slowakei ist es in den Jahren 1996-97 aufgrund eines politischen Kampfes zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten zu einer Lähmung der Entscheidungsprozesse gekommen. Die wegen nur zehnpromzentiger Wahlbeteiligung gescheiterte Volksabstimmung zur NATO-Mitgliedschaft war Höhepunkt der skandalträchtigen Regierungszeit Vladimir Meciar. Die Schwäche und fehlende Kooperation unter den oppositionellen Parteien in der Slowakei erleichterten Ministerpräsident Meciar erheblich die Regierungsgeschäfte. Auch die Involvierung des Geheimdienstes in die Entführung des Präsidentensohnes vergiftete das politische Klima in einem der jüngsten Staaten Europas. Diese Ereignisse hatten sicherlich einen erheblichen Einfluß auf die Entscheidung des EU-Gipfels, die Slowakei aus politischen Gründen für „integrationsunfähig“ zu erklären.

In Bulgarien ist es nach der Wahl Peter Stojanovs zum Präsidenten zur Konsolidierung der national-demokratischen Kräfte gekommen, so daß sie im Frühjahr 1997 die vorgezogenen Wahlen gewinnen konnten und Bulgarien seitdem innenpolitisch stabil geblieben ist. In Rumänien konnten die demokratischen Kräfte zuerst die Parlamentswahlen gewinnen und sodann ihren Kandidaten Constantinescu bei der Präsidentschaftswahl durchsetzen.

In Polen hat im wesentlichen die Arroganz der Regierenden dazu beigetragen, daß die „Post-Solidarnosc“ Kräfte die Parlamentswahlen zu ihren Gunsten ent-

scheiden konnten. Das demokratische System erwies sich im Zuge des Machtwechsels als stabil. Der Ausgang der Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik mit der Niederlage des nunmehr ehemaligen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus hat allen vor Augen geführt, daß selbst die makroökonomische Vorzeigestatistik keine Garantie für Wahlsiege ist.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Parteienlandschaft in den MOE-Staaten noch im Entstehen ist und die unerfahrenen Politiker das Gespür für die politische Kompromißfindung noch nicht beherrschen. Sie vertreten die Interessen ihrer Klientel sehr oft stur und rücksichtslos, dadurch behindern sie die Gesamtentwicklung ihrer Länder. Dies bezieht sich ohne Ausnahme auf alle MOE-Staaten. Es kommt hinzu, daß es keine oder intransparente Parteiengesetze gibt, so daß die Finanzierung der Parteien und insbesondere der Wahlkampagnen im Dunklen liegt.

2. Interessengruppen, gesellschaftliche Organisationen

Durch die Machtnähe der postkommunistischen Parteien auf regionaler und lokaler Ebene hat der Einfluß der alten „Seilschaften“ besonders stark zugenommen. Auf diesen Ebenen war die Transformation nach der Wendezeit nicht besonders erfolgreich. Nach der Rückkehr der alten Eliten an die Macht auf der nationalen Ebene erweisen sich vor allem die unteren Parteiebenen als Bremsklötze des Reformprozesses. Den Parteispitzen muß man allerdings zugestehen, daß sie in den Transformationsstaaten die Spitze des Modernisierungsprozesses bilden. Die Gewerkschaften haben unaufhaltsam an Bedeutung verloren. Dies hängt unmittelbar mit dem Privatisierungsprozeß der großen Betriebe zusammen, in denen sich die Gewerkschaften in einem aussichtslosen Kampf gegen die Modernisierung befinden.

Insgesamt kann man feststellen, daß es noch am Verständnis für die Bedeutung von NGOs mangelt. Sie werden generell, wie die Parteien, als Klienten und Konsumenten gesellschaftlicher Fonds oder als Lobbies betrachtet. Charakteristisch für alle MOE-Staaten ist eine Gründungswelle von Stiftungen, die jedoch bisher einen eher geschlossenen Charakter haben. Das Verständnis dafür, daß gesellschaftliche Organisationen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft bilden, muß noch entwickelt werden.

3. Mediensystem und Medienpolitik

Die Mediensysteme sind theoretisch mit denen der westlichen Demokratien vergleichbar, es zeigen sich allerdings typische Merkmale der Übergangszeit, wie z.B. Unregelmäßigkeiten bei der Zuteilung von Frequenzen für Radio- und Fernsehsender oder von Papier für Zeitungsverlage. In der Medienlandschaft der MOE-Staaten sind zwei Tendenzen zu beobachten: Auf dem Zeitungsmarkt geht ein Rückgang von Auflagen der bestehenden Titel mit einem sprunghaften Anstieg von neuen Titeln einher. Im Bereich der elektronischen Medien entstehen im Rahmen der Privatisierung immer neue Sender. Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Regierungen die Medienlandschaft „freigegeben“ haben. In Slowenien z.B. erhalten einzelne Medien, wie die Nachrichtenagentur STA, Unterstützung aus dem Staatsbudget. Ein anderer Punkt ist die Begrenzung des Kapitals für ausländische Investoren im Medienbereich. Unter dem Deckmantel der Wahrung der nationalen Identität der Medien oder technischer Probleme (z.B. in der Tschechischen Republik) werden oft die alten Seilschaften in der Medienlandschaft konserviert. Die Privatisierung oder „Entstaatlichung“ der ehemals staatlichen Mediengesellschaften steht in mehreren Ländern noch bevor. In Polen etwa waren die Versuche der Regierungen, das eben zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt transformierte Fernsehen zu kontrollieren, so offensichtlich, daß sie nur Spott der Bevölkerung ernten konnte. In Bulgarien wurde der Regierung Zensur und Nachrichtenmanipulation in den staatlichen elektronischen Medien vorgeworfen. Der Rücktritt des Leiters des bulgarischen Nationalen Fernsehens und mehrerer bekannter Journalisten war für die letzte sozialistische Regierung ein Warnsignal. Das von der sozialistischen Regierung verabschiedete Mediengesetz wurde vom Europarat kritisiert. In der Slowakei befindet sich vor allem das Fernsehen unter der Kontrolle der Machtelite. Von den 17 Mitgliedern des Aufsichtsrates sind 16 regierungstreue Personen. Negativ aufgefallen ist die Slowakei auch durch die Diskussion, ob Radio Free Europe die Lizenz entzogen werden kann. Hinzu kam die Drohung der Regierung Meciar, Zeitungen mit ausländischer Beteiligung höher zu besteuern.

Im Unterschied zu den Problemen direkter politischer Kontrolle beim Fernsehen sind in der Presselandschaft Fragen wirtschaftlicher Macht und Konzentration vorrangig. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß sich die ausländischen Beteiligten in der Regel in die Redaktionspolitik nicht einmischen. Die Entwicklung in allen MOE-Staaten, z.B. in Tschechien im Zusammenhang mit der Finanzierung des Wahlkampfes von ODS und dem Rücktritt von Ministerpräsident Klaus, wie auch in Polen im Zusammenhang mit der Oleksy-Affäre, hat bewiesen, daß die unabhängige und kritische Presse die

Rolle der „vierten Gewalt“ erfüllt.

4. Reform der Verwaltungsstrukturen

Die bisherige zentrale Mittelverteilung sicherte den Zentralregierungen Einfluß auf die unteren administrativen Ebenen im Land. Insofern haben die Zentralregierungen wenig Interesse an einer Verlagerung von finanziellen Entscheidungsbefugnissen an untergeordnete Strukturen. Der Druck von innen und außen hat bisher nur verbale Bekenntnisse zur Reform der Verwaltungsstrukturen hervorgebracht. Immerhin hat die neue polnische Regierung die ersten Schritte zur Dezentralisierung des Landes direkt nach dem Wahlsieg eingeleitet. Rumänien hat sich unter dem Druck des Europarats verpflichtet, die legislativen und praktischen Befugnisse der lokalen Administration zu verbessern.

Die Zentralisierung und mangelhafte Koordination zwischen Zentrum und Territorialorganen erschweren bis heute die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit. Obwohl der Zentralismus in der Tschechischen Republik als Beispiel für die schleppende grenzüberschreitende Kooperation dienen kann, wird eine neue territoriale Verwaltungsstruktur nur von einem Viertel der Bürger als dringend angesehen. In Litauen wiederum war in den letzten Jahren der Konflikt zwischen der Zentralregierung und der Territorialverwaltung ein Teil der politischen Auseinandersetzung, weil die Opposition mehrheitlich die regionalen Gremien besetzen konnte. In der Slowakei strebt die Regierung eine neue territoriale Gliederung an, die jedoch die Selbstverwaltung der ungarischen Minderheiten beeinträchtigen würde.

5. Verfassung und Verfassungswirklichkeit

In allen MOE-Staaten wurden neue Verfassungen verabschiedet. In der Slowakei ist, angesichts der politischen Auseinandersetzung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten, das Verfassungsgericht der Garant der demokratischen Entwicklung.

In allen Assoziierungsstaaten haben die Verfassungsgerichte Urteile gefällt, die für die Bürger die Bedeutung des Rechtsstaates gestärkt haben, z.B. in Ungarn bei der Einführung des Stabilisierungspaketes. In Polen wurde im Sommer 1997 eine neue Verfassung verabschiedet. Es kommt jedoch immer wieder zu gravierenden Fehlern bei der Interpretation der Verfassung, z.B. garantiert die Verfassung in Litauen den Bürgern ein Recht auf soziale Sicherheit, was leider auf-

grund der wirtschaftlichen Entwicklung nicht eingehalten werden kann. In Ungarn wurde eine politische Debatte darüber geführt, ob der Sozialstaat in der Verfassung verankert werden soll. Diese Beispiele erinnern an die sozialistische Zeit, in der die Verfassungen der Ostblockstaaten den Bürgern alle Rechte eingeräumt und keine eingehalten haben. Den gleichen Vorwurf handelte sich die slowakische Regierung ein, indem sie ein „Gesetz zum Schutze der Republik“ ausgearbeitet hat, nach dem Meinungs-, Informations- und Vereinigungsfreiheit im Interesse des Staates beschränkt werden konnten.

6. Menschen- und Minderheitenrechte

Minderheitenrechte bilden eines der größten Probleme in Mittel- und Osteuropa. Abgesehen von Minderheitenproblemen in einzelnen Staaten sollte festgehalten werden, daß die Lage von Sinti und Roma in allen schlecht ist.¹

In Slowenien mußte der Verfassungsgerichtshof klarstellen, daß die nichtslowenischen Mitbürger ein Recht auf die slowenische Staatsbürgerschaft haben. Die Instrumentalisierung der Minderheitenpolitik durch die Regierung Meciar führt sogar zu offenen Konflikten mit Ungarn. Angesichts der negativen Erfahrungen der anderen Beitrittskandidaten mit Minderheitenproblemen konnte bisher die polnische Regelung als positives Beispiel dienen. In Estland steht die Integration der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe in das politische Leben und die Gesellschaft noch bevor. Positiv zu vermerken ist der Einzug des russischsprachigen Wahlbündnisses ins Parlament. In Lettland ist das neue Sprachengesetz, das vor allem die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung regelt, noch verbesserungsbedürftig; das Land hat bisher kein offizielles Konzept für seine Minderheitenpolitik. In Bulgarien normalisiert sich die Lage der bulgarischen Türken, wobei diese besonders durch die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Transformation sehr stark belastet werden. Der mittlerweile unterzeichnete Grundlagenvertrag zwischen Rumänien und Ungarn regelt die Frage der ungarischen Minderheit, wobei das Beispiel Slowakei bisher entmutigend wirkte. In der Slowakei führte das „Gesetz über die Staatssprache“ zu erneuten Spannungen zwischen der Regierung und der ungarischen Minderheit. Folge des Gesetzes ist die Beschränkung des Gebrauches der Minderheitensprachen im offiziellen Gebrauch.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß es immer wieder zu Spannungen zwischen den nationalen Minderheiten und Regierungen in Estland, Lettland und der

¹ Vgl. Georg Brunner, Nationalitätenkonflikte und Minderheitenprobleme in Osteuropa, 2. überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Gütersloh 1996.

Slowakei kommt.

Eine wichtige Rolle beim Schutz der Rechte der Bürger spielt in Polen der Ombudsmann, der versucht, die Bürger gegenüber der Verwaltung in Schutz zu nehmen. In seinem Jahresbericht hatte er die öffentliche Meinung auf zahlreiche Fehler und Kompetenzüberschreitungen der Verwaltung aufmerksam gemacht. Dies könnte als Beispiel für andere Staaten dienen.

7. Angleichung des nationalen Rechts an das EU-Recht

Die Rechtsangleichung wird in den MOE-Staaten unterschätzt. 40.000 Verwaltungsakte müssen ins nationale Recht umgesetzt werden, um eine Eingliederung in den Binnenmarkt zu ermöglichen. Bei der Forderung nach Aufnahme in die EU wird von der Seite der Beitrittskandidaten die Tatsache übersehen, daß die Rechtsangleichung einige Jahre in Anspruch nehmen wird, denn die MOE-Staaten verfügen nicht über eine europakundige Verwaltung, die diesen Anpassungsprozeß beschleunigen könnte. Bisher ist keine Lösung in Sicht.

Anpassungsbedarf besteht vor allem im Bereich des Vertragsrechts, des Kreditversicherungsrechts, des Insolvenzrechts und des Bankenrechts. In allen Ländern sind Beschränkungen hinsichtlich des Grundstückserwerbs für Ausländer noch vorhanden. In Lettland beanstandeten Vertreter der EU Mängel in der Zoll- und Finanzgesetzgebung, der Statistik sowie die Inkompetenz des Parlaments bei der Annahme von Gesetzen, die mit Hilfe von EU-Experten ausgearbeitet wurden. In Litauen muß das Wirtschafts- und Handelsrecht den wirtschaftlichen Realitäten angepaßt werden.²

Trotz der Verpflichtung der assoziierten Staaten, keine dem EU-Recht widersprechenden Gesetze zu erlassen, werden immer noch Gesetze verabschiedet, die im Falle eines EU-Beitritts geändert werden müßten. Die Regierungen überprüfen zwar die Gesetzesinitiativen, sie haben allerdings keinen Einfluß auf Vorschläge, die aus den Parlamentsfraktionen kommen. Ein EU-Koordinator kann zwar auf die EU-Widrigkeit eines Gesetzes hinweisen, in den meisten Fällen kann er aber solch ein Gesetz nicht verhindern. Ferner bestehen häufig Unklarheiten darüber, ob das Justizministerium oder das EU-Integrationsbüro für die Rechtsangleichung zuständig ist.

² Vgl. Hans-Holger Herrfeld, Recht europäisch. Rechtsreform und Rechtsangleichung in den Visegrad-Staaten, Gütersloh 1995.

8. Grundorientierungen der Außen- und Sicherheitspolitik

Alle MOE-Staaten streben die Mitgliedschaft in EU und NATO an, obwohl in bezug auf die Verteidigungsgemeinschaft die Meciár-Regierung für die Slowakei auch andere Optionen offen hält. Für Polen, Tschechien und Ungarn ist die Entscheidung für die Aufnahme in die NATO im Sommer 1997 gefallen, so daß die Integration in die Verteidigungsgemeinschaft 1999 beginnen müßte.

Die klare Position der EU und der NATO hinsichtlich der Regelungsbedürftigkeit der internen Probleme zwischen den Beitrittskandidaten war eine gute Grundlage für den Grundlagenvertrag zwischen Rumänien und Ungarn, der im September 1996 unterzeichnet wurde. Die Mitgliedschaft Sloweniens wäre aus geographischen Gründen sehr vorteilhaft, weil dadurch eine Brücke zwischen Italien und Ungarn entstehen würde. Falls Österreich seine „immerwährende Neutralität“ beibehalten würde, wäre dies eine sehr gute Verhandlungsposition für die slowenische Regierung nach der ersten Erweiterungsrunde.

Die NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten bleibt ein offenes Problem für den Westen im Verhältnis zu Rußland. Hinzu kommt die Tatsache, daß der Großteil der Bevölkerungen die Mitgliedschaft in der EU und NATO befürwortet, er sich der Kosten und der daraus entstehenden Verpflichtungen aber nicht bewußt ist. Die Vorstellungen der Regierungen hinsichtlich der künftigen Struktur der EU sind noch nicht ausgeprägt, da sie vor allem den symbolischen Akt des Beitritts vor Augen haben. Der mit der EU-Mitgliedschaft verbundene Souveränitätstransfer auf die supranationale Organisation wird außer Acht gelassen. Die polnische Regierung hat die Bereitschaft bekundet, in allen drei Säulen des EU-Vertrags die Kooperation zu intensivieren, lehnt allerdings gleichzeitig eine Teilmitgliedschaft in der 2. und/oder 3. Säule ab. Eine konkrete Beitrittsstrategie nach innen und nach außen wurde in Polen bisher nicht ausgearbeitet. Ungarn versucht in diesem Bereich an die Erfahrungen Österreichs anzuknüpfen.

Die Mitgliedschaft in der OECD ist ein Gütesiegel für wirtschaftliche Transformation. Aus diesem Grund ist die frisch erworbene Mitgliedschaft für die Tschechische Republik, Ungarn und Polen von großer Bedeutung. Die anderen MOE-Staaten streben die OECD-Mitgliedschaft an.

Eine militärische Kooperation zwischen den NATO-Mitgliedern, den künftigen NATO-Anwärtern und den anderen osteuropäischen Staaten einschließlich Rußlands ist im Rahmen des Programmes „Partnerschaft für den Frieden“ voll im Gange. Die Kooperation stößt jedoch bei den Armeen der MOE-Staaten und Rußlands oft auf linguistische Barrieren, da Englisch dort nur von wenigen ge-

sprochen wird.

9. Regionale Kooperation

Eine positive Entwicklung ist im Rahmen der CEFTA zu verzeichnen - 1996 wurde als fünftes Mitglied Slowenien und 1997 Rumänien aufgenommen. Die Mitgliedschaft Bulgariens steht ebenfalls auf der Tagesordnung. Ukraine, Kroatien und Mazedonien bemühen sich um die Aufnahme.

Die Kooperation im Rahmen der Euroregionen entwickelt sich wegen der unterschiedlichen Befugnisse und Interessen der Territorialverwaltungen sehr langsam. So wird z.B. die Kooperation zwischen polnischen, slowakischen, ukrainischen und ungarischen Gemeinden in der Euroregion „Karpaten“ durch die Vorbehalte der Regierung in Bratislava behindert. Auch die regionale Kooperation der baltischen Staaten bildet kein positives Beispiel. An erster Stelle steht für Estland die Zusammenarbeit mit Finnland und Schweden. Die Verhandlungen über den Vollzug der Zollunion im Baltikum verlaufen sehr schleppend. Die Aufnahme eines einzelnen baltischen Staates in die EU würde den Vorgang noch verkomplizieren. Besser gestaltet sich die Kooperation im militärischen Bereich, in dem unter der Schirmherrschaft von UN, WEU und NATO ein Bataillon namens BALTBAT aufgebaut wird, das bei friedenserhaltenden Maßnahmen zum Einsatz kommen soll. Der Streit um die Seegrenze zwischen Estland und Lettland konnte in einem Grenzvertrag beigelegt werden. Die Gespräche zwischen Lettland und Litauen in der gleichen Frage stagnieren, da im strittigen Seegebiet Ölvorkommen vermutet werden. Aus innenpolitischen Gründen ist es zu Spannungen zwischen Litauen und Weißrußland gekommen. Die litauische Regierung toleriert die Tätigkeit der weißrussischen Opposition auf ihrem Territorium.

10. Politik gegenüber Rußland und den übrigen GUS-Staaten

Wegen der einseitigen Energieabhängigkeit ist das wirtschaftliche Verhältnis zu Rußland für die MOE-Staaten von höchster Priorität. Polen unterzeichnete einen jahrelang verhandelten Vertrag über langfristige Lieferungen von Erdgas. Dies ergänzt das sicherheitspolitische Verhältnis zum Nachbarn im Osten, das wegen der künftigen NATO-Mitgliedschaft nicht spannungsfrei ist. Im Falle Bulgariens gibt es eine fast hundertprozentige Abhängigkeit von russischen Energielieferungen, deren Tragweite noch nicht vollständig interpretiert worden

ist. Die wirtschaftlichen Beziehungen der Slowakei zu Rußland sind sehr gut und wirken sich auch positiv auf das politische Verhältnis aus.

Die Beziehungen zur Ukraine gestalten sich sehr positiv, nicht zuletzt wegen des Bewußtseins in den MOE-Staaten, daß eine starke Ukraine in ihrem Interesse liegt. Estland und Lettland wurden mehrmals darauf hingewiesen, daß eine Beilegung der Grenzstreitigkeiten mit Rußland für eine künftige NATO-Mitgliedschaft Voraussetzung wäre. Angesichts der unkooperativen Haltung Moskaus fällt es den Esten und Letten nicht leicht, einen Kompromiß mit dem großen Nachbarn zu finden. Die Beteiligung der estnischen, lettischen und litauischen Soldaten unter NATO-Kommando in Bosnien hatte eine sehr große symbolische Bedeutung für die baltischen Völker.

11. Gesellschaftliche Entwicklung

Das Ansehen der EU hat sich in den MOE-Ländern zwar verschlechtert, die Bevölkerung der assoziierten Länder unterstützt jedoch weiterhin in ihrer überwiegenden Mehrheit den Beitritt zur EU und zur NATO. Am größten ist die Befürwortung eines EU-Beitritts in Rumänien (97 Prozent) und Polen (93 Prozent), aber auch in Estland und Slowenien beträgt sie jeweils rund 76 Prozent. Abweichend davon lehnte die tschechische Bevölkerung in einer Umfrage mit einer Mehrheit von 54 Prozent einen NATO-Beitritt ab. Auch in Bulgarien und der Slowakei wird Skepsis gegenüber der NATO-Mitgliedschaft geäußert. Die meisten Bürger Mittel- und Osteuropas wissen sehr wenig über Kosten und Nutzen eines EU- und NATO-Beitritts. Infolgedessen ermitteln viele Umfragen unterschiedliche Einstellungen, die entweder eine unbegründete Furcht vor der Aufgabe der nationalen Identität oder eine übertriebene Begeisterung für Europa zeigen.

Die Revision des Vertrages über konventionelle Abrüstung (KSE), der Rußland eine Erhöhung der an den baltischen Grenzen stationierten Panzer erlaubt, veranlaßte die baltischen Länder, sich in ihrer Wahrnehmung einer russischen Bedrohung bestätigt zu sehen. An dieser Wahrnehmungshaltung, die in abgeschwächter Form auch in Polen zu finden ist, wird sichtbar, welche eminente sicherheitspolitische Bedeutung der EU- und NATO-Integration aus der Sicht einiger mittel- und osteuropäischer Länder zukommt.

12. Problemfälle

Von größter Bedeutung für die künftigen Aufnahmeverhandlungen ist die Koordinierung des Prozesses in den MOE-Staaten selbst. In mehreren Staaten (Ungarn, Polen, Estland) wurden interministerielle Arbeitsgruppen eingerichtet, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten stehen und diesen Prozeß koordinieren sollen. Diese Vorgehensweise soll einen Konkurrenzkampf unter den involvierten Ministerien vermeiden, was jedoch nicht immer gelingt, wie der Streit um den Posten des Verhandlungsführers in Polen zeigte.

Die EU-Kommission warf Polen Protektionismus wegen der „Schutz- und Restrukturierungsmaßnahmen“ vor, die von der polnischen Regierung im Bereich der Auto- und Mineralölindustrie angewandt wurden.

Zum Sorgenkind aller assoziierten Staaten ist neben der Reform der Landwirtschaft, die vor allem Polen und Ungarn wie auch teilweise Bulgarien betrifft, der Prozeß der Rechtsangleichung geworden. Die Anpassung des nationalen Rechts an die EU-Rechtsordnung bereitet große Schwierigkeiten. Aufgrund der großen Anzahl an EU-Normen, ihrer Kompliziertheit, fehlender Experten und des Widerstands betroffener Interessengruppen schreitet der Prozeß der Rechtsangleichung in allen assoziierten Staaten nur sehr langsam voran. Angesichts der Tatsache, daß eine EU-Mitgliedschaft ohne Übernahme des „acquis communautaire“ der EU nicht möglich ist, müssen die MOE-Staaten ihre Anstrengungen verstärken, um diesen Prozeß in Zukunft zu beschleunigen.

Bei der Aufnahme in die OECD werden unter anderem der Stand des Umweltschutzes und die umweltpolitischen Maßnahmen untersucht. Die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens bedeutet eine Anerkennung ihrer Umweltpolitik. Die Verbesserung der Umweltlage ist eher auf einen Rückgang der Produktion in der Schwerindustrie zurückzuführen und nicht, wie oft dargestellt, auf gezielte Regierungsmaßnahmen. Ferner sollte darauf hingewiesen werden, daß eine kooperative Umweltpolitik zwar bei Sonntagsreden als „sehr wichtig“ für die Integration erwähnt wird, im Hintergrund aber klargestellt wird, daß „man sich eine Umweltpolitik erst nach einer wirtschaftlichen Aufschwungphase leisten kann“.

Wegen der bevorstehenden Mitgliedschaft und der damit verbundenen Teilhabe am Binnenmarkt kommt der Verbesserung der Infrastruktur eine besondere Bedeutung zu. Die bisherigen Transportwege können die gestiegenen Handelsströme kaum verkraften. Eine weitere Steigerung des Warenaustauschs ist bei der derzeit vorhandenen Infrastruktur nicht möglich und so fordert z.B. Ungarn von der EU in bezug auf Verkehrswege eine Ergänzung der TEN-Projekte um

eine Nord-Süd-Achse.

In allen postkommunistischen Ländern stehen Regierungen und Gesellschaften noch vor einer großen Herausforderung: der Reform der Sozialversicherung und der Gesundheitsdienste. Nach der Belastung der Bevölkerungen durch die wirtschaftliche und politische Transformation wagt bisher keine Regierung, ihren Bürgern diese gravierenden Veränderungen aufzubürden. Ein Aufschub von Entscheidungen in diesem Kernbereich der Systemtransformation bedeutet allerdings einen großen Zeitverlust für die notwendigen Anpassungen im Hinblick auf die künftige EU-Mitgliedschaft.

Die Aufnahme der ersten Mitglieder ist in den Jahren 2002-2003 möglich. Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang die Einstellung der Bevölkerungen in den assoziierten Staaten zur Mitgliedschaft in einer supranationalen Organisation. Die EU-Mitgliedschaft bedeutet einen Souveränitätstransfer nach Brüssel, der innenpolitisch zu verkraften ist. In den kommenden Jahren müssen die Regierungen, aber auch die politischen Eliten, in den MOE-Staaten viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit leisten, um den Integrationsprozeß zu erleichtern. Die einzelnen Regierungen müssen sich Sorgen um Mehrheiten im Parlament und der Bevölkerung für den künftigen Beitritt machen. Bisher befürwortet z.B. ein Teil der tschechischen politischen Elite die bisherige Integrationspolitik der EU nicht. In diesem Zusammenhang ist für Bulgarien und Rumänien die Abschaffung der Visumpflicht von höchster politischer Bedeutung, da diese Beschränkung die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der EU stark beeinträchtigt.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Unterstützung der Bevölkerung für die europäische Integration in den MOE-Staaten sehr oberflächlich ist. In allen Ländern sind Aufklärungskampagnen notwendig, um den antieuropäischen Parteien die Argumentation zu erschweren.

Wirtschaftliche Voraussetzung der EU-Mitgliedschaft: Polen und Tschechien

Gerd Tebbe

Es gibt bestimmt eine ganze Menge besserer Experten zu diesem Thema. Das wären insbesondere diejenigen meiner Kollegen, die direkt an der Abfassung der Stellungnahmen der Europäischen Kommission zu den Beitrittsanträgen beteiligt waren, die speziell Länderanalysen zu wirtschaftlichen Fragen gefertigt haben, die in diese Stellungnahmen der Kommission dann eingegangen sind. Ich selbst befaße mich in der Kommission mit außenpolitischen Fragen, aber nicht mit ökonomischen Fragen. Aber ich will trotzdem versuchen, Ihnen einen Einblick zu geben von der Haltung der Kommission zur Frage der wirtschaftlichen Voraussetzungen eines Beitritts zur Union und zur Frage, inwieweit diese Länder diese Voraussetzungen, die ich gleich kurz darstellen werde, erfüllen oder noch nicht erfüllen. Um es vorwegzunehmen: Im Augenblick erfüllen sie sie alle noch nicht. Die von der Kommission im Auftrag des Europäischen Rates unternommene Analyse dreht sich darum, ob die Beitrittskandidaten "auf mittlere Sicht" - d.h. in einigen Jahren, wenn es zu einem Beitritt kommen könnte - diese Voraussetzungen erfüllen könnten. Das ist die entscheidende Frage.

Aber warum überhaupt wirtschaftliche Voraussetzungen für den Beitritt zur Europäischen Union? Vielleicht sollten wir mit einem kurzen Blick auf Sinn und Zweck des europäischen Integrationsprozesses beginnen. Dieser Prozeß war und ist von Anfang an ein in erster Linie politischer, nicht ein nur wirtschaftlicher Prozeß. Der Zweck ist die Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa durch eine möglichst enge Verbundenheit der europäischen Staaten in Form der Europäischen Gemeinschaft, jetzt der Europäischen Union, so daß gefährliche Spannungen und gewaltsame Auseinandersetzung unter den Beteiligten langfristig unmöglich werden, weil die gemeinsamen Interessen als Mitglieder einer solchen Union einfach größer sind als potentielle Interessengegensätze.

Der Integrationsprozeß hat folglich eine ganz klare politische, eine außen- und sicherheitspolitische Zielsetzung, die nach 1989 ebenso wichtig ist wie seinerzeit nach 1945. Aber er hat sich als Mittel zum Zweck seit seinen Anfängen in den fünfziger Jahren eben die Wirtschaft gewählt, in der nicht unberechtigten Annahme, daß die Integration gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen durch eine

Wirtschaftsgemeinschaft auch politische Folgen haben und die politischen Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten in Richtung einer politischen Integration verändern wird.

Das ist das Grundkonzept der europäischen Integration, heute wie vor vierzig Jahren. Die Tatsache, daß Grundlage des politischen Integrationsprozesses die Wirtschaft ist, verschafft wirtschaftlichen Voraussetzungen, wirtschaftlichen Kriterien eine besondere Bedeutung, wenn es um die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten geht. Das gilt ganz allgemein und nicht nur im Hinblick auf die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa. Die Europäische Union ist heute ein hochintegriertes Wirtschaftssystem, das weit über alle anderen Formen wirtschaftlicher Kooperation in anderen internationalen Organisationen hinausgeht und sich dabei noch laufend weiterentwickelt. Es hat mit dem Binnenmarkt-Projekt "1992" nur scheinbar einen - vorläufigen - Abschluß gefunden, und bewegt sich jetzt auf die Währungsunion zu. Kurzum ein System, das in sich immer integrierter und komplexer wird, mit der Folge, daß der Beitritt zum System immer höhere Anforderungen an den jeweiligen Beitrittskandidaten stellt. Weil das System ständig an Komplexität und Integrität weiter zunimmt - und das wird auch in den nächsten Jahren der Fall sein -, stehen die Beitrittskandidaten noch dazu vor der Herausforderung, sich auf ein, wie es heißt, ein „bewegliches Ziel“ einstellen zu müssen. In fünf Jahren werden die Union, ihre Institutionen und Politiken anders aussehen als heute, weil dieser Prozeß der Integration ständig an neue Entwicklungen angepaßt und weitergeführt wird.

Das ist die Ausgangslage, die - und das ist eine große Herausforderung an alle Kandidaten - nicht verhandelbar ist. Wer der Union beitrifft, muß - und sei es mit Hilfe von Übergangsfristen - früher oder später den sogenannten gemeinschaftlichen Besitzstand oder „acquis communautaire“ übernehmen. Dieser geradezu mystische Ausdruck beschreibt die Gesamtheit dessen, was von den Mitgliedstaaten in der Union an gemeinsamen Politiken, an gesetzgeberischen Maßnahmen, an Verwaltungsvorschriften und Verfahren bisher geschaffen worden ist. Die Mitgliedstaaten können natürlich jederzeit diesen Besitzstand verändern, aber ein neues Mitglied muß bereit und in der Lage sein, ihn so zu übernehmen, wie es ihn beim Beitritt vorfindet. Das ist eine Voraussetzung des Beitritts. Zeitlich fixierte Übergangsfristen können ihre Erfüllung erleichtern. Was es aber nicht geben kann, und das wird auch für die kommende Beitrittsrunde für Mittel- und Osteuropa gelten, sind unbefristete Ausnahmen von der Übernahme und Anwendung des gemeinschaftlichen Besitzstandes. Einen Beitritt unter Ausschluß der Anwendung bestimmter gemeinsamer Politiken und Verfahren - etwa der gemeinsamen Umweltpolitik, der Wettbewerbspolitik oder auch der berühmt-berüchtigten Agrarpolitik - kann es nicht geben. Das gilt ausnahmslos für alle Politikbereiche der Europäischen

Union. Darin liegt die große Herausforderung und Schwierigkeit für die Beitrittskandidaten, daß sie sich entsprechend vorbereiten müssen, um all das zu übernehmen, was in der Union über sehr viele Jahre und Jahrzehnte hinweg gewachsen ist.

Der Europäische Rat von Kopenhagen im Juni 1993 hat diese Anforderungen an die Beitrittskandidaten in drei Kriterien zusammenzufassen:

- institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten als politisches Kriterium,
- eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten als wirtschaftliches Kriterium, und
- die Übernahme der aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen einschließlich der Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion als integrationspolitisches Kriterium.

Ich werde mich im folgenden auf das wirtschaftliche Kriterium konzentrieren, jedoch auch zum dritten Kriterium - Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes - noch etwas sagen, denn beide sind sehr eng miteinander verbunden. Es gibt sehr viele Bereiche, die unter das dritte Kriterium fallen, aber auch für das wirtschaftliche Kriterium relevant sind.

Zu den Kriterien im einzelnen: Die Kommission, die entsprechend dem Auftrag des Europäischen Rates auf der Grundlage dieser Kriterien die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten analysieren mußte, stand vor der Aufgabe, diese durchaus sehr allgemein gehaltenen Kriterien genauer zu definieren und Indikatoren zu finden, um nach bestem Wissen und Gewissen zu ermitteln, ob etwa eine Marktwirtschaft "funktioniert" oder ob und inwieweit die Fähigkeit zur Teilnahme am Wettbewerb am Binnenmarkt gegeben ist. Es ging darum, die knappen Sätze von Kopenhagen soweit als möglich zu spezifizieren. Das Ergebnis dieser Bemühungen will ich im folgenden kurz zusammenfassen.

Was charakterisiert eine funktionsfähige Marktwirtschaft? Was muß ein Land aufweisen, damit es heißen kann, es verfüge über eine funktionsfähige Marktwirtschaft? Zunächst gehört dazu die Regelung von Angebot und Nachfrage durch den Markt und nicht durch staatliche Intervention. Das schließt die Liberalisierung der Preise und des Außenhandels ein, der nicht durch staatliche Eingriffe wie Kontingentierungen und Ausfuhrmonopole kontrolliert und reglementiert werden darf. Es darf weiterhin keine besonderen Schranken für den Zugang von Unternehmen zum und für ihr Ausscheiden aus dem Markt etwa durch Konkurs geben. Es muß ein Rechtssystem geben, das allen

Marktteilnehmern gleiche Rechte einräumt und deren Schutz durch eine funktionierende Gerichtsbarkeit gewährleistet. Die Wirtschaftssubjekte, die am Markt unter zuverlässigen Rahmenbedingungen agieren, müssen auf Wahrung und Durchsetzung ihrer Rechte vertrauen können. Es muß ein gewisses Niveau an marktökonomischer Stabilität erreicht sein, das heißt Preisstabilität - keine unkontrollierbar hohe Inflation, kein extremes Schwanken der Inflationsrate -, Stabilität der öffentlichen Finanzen - keine übermäßigen staatlichen Defizite - und Stabilität der Zahlungsbilanz. Schließlich muß es einen hinreichend entwickelten Finanzsektor geben, d.h. Kapitalmärkte und ein Bankensystem, die ihre klassische marktwirtschaftliche Funktion, die Ersparnisse der Bürger aufzunehmen, anzulegen und so wiederum der Wirtschaft für Investitionen zur Verfügung zu stellen, erfüllen können. Dies schließt den Schutz der Anleger durch eine effiziente Bankenaufsicht ein. In diesem Bereich gibt es in vielen Kandidatenländern, auch in Polen und der Tschechischen Republik, noch Probleme.

Wichtig ist auch ein Grundkonsens in der Gesellschaft über die wesentlichen Elemente der Wirtschaftspolitik. Man könnte dagegenhalten, daß ein derartiger Konsens praktisch nie und nirgendwo existiere, was man in jedem Wahlkampf auch in den Mitgliedstaaten der Union demonstriert bekäme. Aber darum geht es hier nicht. Worum es geht, ist nur zu verstehen, wenn man sich die spezifische Situation der Beitrittskandidaten vor Augen hält, die gerade erst ein vom westlichen völlig verschiedenes, planwirtschaftliches Wirtschaftssystem überwunden haben. Der Grundkonsens soll sich auf die Schaffung eines marktwirtschaftlichen Systems beziehen. Polen und die Tschechische Republik sind dafür ein gutes Beispiel. In beiden Ländern gibt es einen weitgehenden gesellschaftlichen Konsens über die marktwirtschaftliche Orientierung der Wirtschaftspolitik. Das hat sich gerade im Fall Polens gezeigt, wo eine postkommunistische Partei nach ihrem Wahlsieg auf der Grundlage eines solchen Konsenses die liberale, integrationsorientierte Wirtschaftspolitik ihrer Vorgänger weitergeführt hat.

Nach Auffassung der Kommission können sowohl Polen als auch die Tschechische Republik als funktionsfähige Marktwirtschaften im obigen Sinne angesehen werden, auch wenn es durchaus noch Mängel, etwa im Finanzsektor, gibt. Der Vollständigkeit halber soll erwähnt werden, daß aus Sicht der Kommission auch Ungarn, Estland und Slowenien über funktionsfähige Marktwirtschaften verfügen und damit alle fünf Kandidaten, mit denen die Kommission Beitrittsverhandlungen aufzunehmen empfohlen hat, dieses Kriterium erfüllen.

Schwierigkeiten bestehen für Polen und die Tschechische Republik, und auch für

die anderen Beitrittskandidaten, bei den weiteren wirtschaftlichen Kriterien. Das zweite maßgebliche wirtschaftliche Kriterium ist die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Schon die markante, fast bedrohlich klingende Formulierung dieses Satzes läßt erkennen, daß dies durchaus ein schwer zu erfüllendes Kriterium ist. Es ist nicht nur schwer zu erfüllen, es ist daneben auch nicht einfach zu evaluieren. Viele verschiedene Faktoren müssen einbezogen werden, um festzustellen, wieweit eine Wirtschaft in der Lage ist, sich nach Öffnung und Wegfall aller Grenzen im Binnenmarkt der EU zu behaupten. Zudem ging es nicht nur um eine Beschreibung der heutigen Situation, d.h. die Antwort auf die Frage, ob heute Wettbewerbsfähigkeit besteht - diese Antwort hieße nein -, sondern ob *auf mittlere Sicht*, in der Perspektive eines möglichen Beitritts im Jahre 2002 oder 2003 mit hinreichend großer Wahrscheinlichkeit mit dieser Fähigkeit gerechnet werden kann. Dafür wurden folgende Sub-Kriterien herangezogen, in deren Mittelpunkt die Frage nach der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen steht. Sind die Unternehmen anpassungsfähig, in der Lage, in freien Märkten flexibel zu reagieren und ist das gegebene rechtliche und politische Umfeld dazu angetan, Anpassungsfähigkeit und Flexibilität zu fördern. Das ist die Schlüsselfrage hinter dem allgemein formulierten Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit.

Es gibt einige Anhaltspunkte für diese Bewertung. Eine funktionsfähige Marktwirtschaft mit einem ausreichenden Grad an makroökonomischer Stabilität bildet den erforderlichen Rahmen. Er soll den Wirtschaftssubjekten Stabilität und Berechenbarkeit garantieren und so Vertrauen in wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ihre künftige Entwicklung schaffen, d.h. die größtmögliche Gewißheit bieten, daß es nicht zu massiven Verwerfungen und fundamentalen Änderungen der Wirtschaftspolitik kommen wird. Stabilität und Berechenbarkeit ist es, dessen die Wirtschaftsteilnehmer bedürfen, damit sie überhaupt Kalkulationen anstellen können und wissen, welche Richtung sie einschlagen sollen. Marktwirtschaft plus makroökonomische Stabilität ist folglich ein wichtiger Punkt.

Das zweite wichtige Sub-Kriterium ist die Verfügbarkeit des nötigen Human- und Sachkapitals - wie der eher inhumane Ausdruck gemeinhin lautet -, d.h. ein ausreichendes Angebot an entsprechend ausgebildeten Arbeitskräften und Finanzmitteln auf dem freien Markt. Ist dieses Kapital da? Ist es ausreichend vorhanden und steht zu marktgerechten Bedingungen zur Verfügung? Und wie wird die Situation sich in einigen Jahren darstellen?

Wie sieht es aus mit dem Einfluß von Staat und Politik auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen? Es gibt hier positive und negative Formen der Einflußnahme. Negativbeispiele sind sicherlich willkürliche

protektionistische Maßnahmen oder exzessive und unkontrollierte staatliche Beihilfen, wogegen das Wettbewerbsrecht eine positive Form der Einflußnahme darstellt. Wie sieht es damit aus? Welche handels- und wettbewerbspolitischen Maßnahmen hat eine Regierung ergriffen und wie sind sie zu bewerten? Müßten Maßnahmen ergriffen werden, die nicht ergriffen worden sind? Wie steht es mit staatlichen Beihilfen? Welche gibt es? Sind sie transparent? Nach welchen Kriterien werden sie gewährt? Sind sie irgendwie juristisch überprüfbar? Wie sieht es aus mit der Förderung besonders kleiner und mittlerer Unternehmen? Die Existenz, die Anzahl von Kleinunternehmen ist aus ökonomischer Sicht ein sehr guter Indikator für die Anpassungsfähigkeit einer Wirtschaft. Wenn viele solcher Unternehmen existieren und sich am Markt bewähren, ist dies ein Zeichen für einen offenen Markt mit gleichen Zugangschancen.

Ein anderer wichtiger Gesichtspunkt sind Ausmaß und Geschwindigkeit der Handelsverflechtung mit der EU. Der Grad der Handelsverflechtungen ist inzwischen schon sehr hoch: die Beitrittskandidaten wickeln um die 60 Prozent ihres Außenhandels mit der Europäischen Union ab. Das ist eine bemerkenswerte, vollständige Umkehr der Handelsströme im Vergleich zu den Verhältnissen von 1989. Was allerdings zählt, ist nicht nur das Volumen - das beachtlich ist -, sondern auch die Zusammensetzung des Warenverkehrs, der ein möglichst buntes Bild bieten, d.h. sich aus Gütern und Leistungen verschiedenster Art zusammensetzen sollte. Es darf sich auf Dauer nicht so verhalten, daß die Europäische Union als sehr entwickelte Wirtschaft hochwertige Investitions- und Konsumgüter exportiert, und die Beitrittskandidaten ihrerseits überwiegend Rohstoffe, Halbprodukte oder Agrarprodukte liefern. Das wäre ein vielleicht hohes, aber sehr einseitig zusammengesetztes Handelsvolumen - einseitig zu Lasten der Beitrittskandidaten -, das darauf schließen ließe, daß sich ihre Wirtschaft immer noch schwertäte, sich im Binnenmarkt ohne Grenzen zu behaupten. Soweit zu den Indikatoren, die die Kommission eingesetzt hat, um die Frage der Wettbewerbsfähigkeit zu analysieren.

Im folgenden soll ein kurzer Überblick über die Ergebnisse gegeben werden, zu denen die Kommission in ihrer Analyse gekommen ist. Der Grad der Handelsverflechtung hat, wie oben erwähnt, ebenso wie die Auslandsinvestitionen in allen zehn Kandidatenländern sehr stark zugenommen. Das ist sehr positiv zu bewerten. Es gab zeitweise besonders im Fall Polens und Tschechiens gewisse aus makroökonomischen Gründen unternommene Versuche, Importe aus der EU ein wenig zu steuern oder zu regulieren. Das hatte seine Ursache in einem stark angestiegenen Außenhandelsdefizit, verursacht zum Teil durch steigende Konsumgüterimporte aus der EU. Das verleitete etwa die Tschechische Republik dazu, eine sogenannte Importkaution einzuführen, d.h.

Importeure zu verpflichten, einen Bruchteil des Wertes der Einfuhrgüter als Geldbetrag befristet bei der Staatsbank zu hinterlegen, de facto der Staatsbank eine Art zinslosen Kredit einzuräumen. Im Fall Polens gab es ähnliche Probleme mit Importzertifikaten, die von polnischer Seite für bestimmte Einfuhren aus der EU verlangt wurden, was zu einer Behinderung dieser Importe führte. Dies nur als Beispiel für Probleme, wenn auch durchaus begrenzter Art, im Bereich des Handelsverkehrs, die die Handelsverflechtung beeinflussen könnten.

Hinsichtlich der Ordnung und Leistungsfähigkeit der Kapitalmärkte gibt es allgemein, also auch in Polen und Tschechien, noch Probleme, obwohl gerade in diesen beiden Ländern in diesem Bereich in den letzten Jahren verstärkte Anstrengungen unternommen worden sind. Die Lage hat sich sicherlich gebessert, kann aber aus Sicht der Kommission noch lange nicht als zufriedenstellend angesehen werden.

Ein weiterer Problembereich, der bisher noch nicht genannt worden ist, ist die Infrastruktur, die sich in den meisten mitteleuropäischen Ländern noch weitgehend in sehr schlechtem Zustand befindet. Tschechien als ein vergleichsweise kleines Land hat eine dichte Infrastruktur aufzuweisen, deren Zustand jedoch verbesserungsbedürftig ist. In Polen, einem großen Flächenstaat, muß die Infrastruktur nicht nur in ihrer Qualität verbessert, sondern ausgebaut werden. Insgesamt wird dieser Bereich in den nächsten Jahren massive Investitionen erfordern, zu denen die Europäische Union nach Möglichkeit beitragen wird.

Auch auf dem Feld der Privatisierung gibt es noch Schwierigkeiten, insbesondere - auch in Polen und der Tschechischen Republik - bei der Privatisierung der Großunternehmen. Während die Privatisierung von Klein- und Mittelunternehmen sehr gut vorangekommen und in beiden Ländern praktisch abgeschlossen ist, steht die Privatisierung der Großunternehmen im wesentlichen noch aus. Diese Unternehmen sind gegenwärtig entweder noch direkt in Staatshand - wie in Polen häufig noch der Fall - oder sie sind - in der Tschechischen Republik - in den Händen von Investitionsfonds, die wiederum von noch nicht privatisierten Banken kontrolliert werden. Umstrukturierung und Einsatz neuen Kapitals für notwendige Investitionen sind in der Folge unterblieben. Die Unternehmen machen weiter wie bisher, die Produktivität ist sehr gering, der Arbeitskräfteeinsatz entsprechend hoch, die Anlagen sind größtenteils veraltet und Staat oder Investitionsfonds als Eigentümer verhalten sich passiv und nehmen ihre unternehmerische Verantwortung nicht wahr. Natürlich werden Entstaatlichung und Strukturanpassung der betroffenen Unternehmen soziale Folgen haben, auf deren Bewältigung man vorbereitet sein muß - das mag erklären, warum es hier nur langsam vorangeht. Die

Großunternehmen beschäftigen gegenwärtig potentiell Arbeitslose, sie stellen ein sehr aufwendiges Arbeitsbeschaffungsprogramm dar. Ihre Umstrukturierung wird natürlich die Zahl der Arbeitslosen erhöhen. Privatisierung und Strukturanpassung müssen daher Hand in Hand gehen mit dem Aufbau eines modernen Arbeitslosenversicherungssystems, ganz abgesehen von Sozialplänen und anderen Sonderprogrammen zur Begleitung der Privatisierung. Das ist sicherlich eine schwierige Sache und ein Grund dafür, warum eben selbst in soweit fortgeschrittenen Reformstaaten wie Tschechien und Polen diese Herausforderung nur zögernd angegangen wird. Mit bloßem Abwarten wird man dieses Problem aber nicht lösen können.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, das gegenwärtig die Wirtschaft auch der fortgeschrittensten Beitrittskandidaten, und dazu gehören Polen und Tschechien, in vielen Bereichen nicht in der Lage wären, dem Wettbewerbsdruck im Binnenmarkt standzuhalten.

Soweit zum Ist-Zustand. Aber es ging der Kommission nicht nur darum, den Ist-Zustand zu ermitteln, sondern darüber hinaus eine Prognose abzugeben. Die Kandidaten haben ja noch Zeit. Sie werden nicht morgen beitreten, sie werden auch nicht im kommenden Jahr beitreten, sondern sie werden irgendwann nach dem Jahr 2000 beitreten - wenn die Verhandlungen erfolgreich verlaufen sind. Die verbleibende Zeit können sie nutzen, um ihre Lage weiter zu verbessern. Man muß daher versuchen einzuschätzen, wie die Entwicklung *auf mittlere Sicht*, wie es die Kommission formuliert, aussehen wird. Hierbei kann man sich an der Entwicklung in Bereichen orientieren, die für die Union zum Binnenmarkt gehören, die jedoch über die reine Handelsliberalisierung hinausgehen.

Dazu gehören zum Beispiel die Harmonisierung der Mehrwertsteuern oder die Regelung des öffentlichen Auftragswesens. Wir haben weiterhin im Binnenmarkt gemeinsame Regeln im Bank- und Versicherungswesen, wir haben in vielen Bereichen verbindliche technische Standards. Wie stellt sich in dieser Hinsicht die Lage in den Beitrittsländern dar und wie wird sie sich in den nächsten Jahren entwickeln? Ein guter Maßstab dafür ist der Stand der Umsetzung des sogenannten "Weißbuchs zur Heranführung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas an den Binnenmarkt der Europäischen Union". Das Weißbuch enthält eine umfassende Aufstellung der wichtigsten, für das Funktionieren des Binnenmarkts entscheidenden gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften. Es soll den Beitrittskandidaten als eine Art Führer zur Anpassung ihrer Rechtsvorschriften, aber auch ihrer Verwaltungsstrukturen an die Anforderungen des Binnenmarkts dienen. Das Weißbuch besteht im wesentlichen, abgesehen von einer Einleitung von ca. 40 Seiten, aus Listen geltender Rechtsvorschriften der EG zum Binnenmarkt, nach Sachgebieten geordnet. Der Prozeß der Umsetzung des

Weißbuchs läuft bereits seit einigen Jahren und macht mehr oder weniger gute Fortschritte. Wenn man nun diesen Umsetzungsprozeß analysiert und seine künftige Entwicklung verfolgt, kann man daraus Schlüsse hinsichtlich der Fähigkeit der Beitrittskandidaten zur Teilnahme ziehen.

Die Bewertung, die die Kommission in ihren Stellungnahmen vorgenommen hat, besagt, daß man nach dem heutigen Stand erwarten könnte, daß lediglich Polen und Ungarn dieses Kriterium - die Fähigkeit, sich dem Wettbewerbsdruck auszusetzen - auf mittlere Sicht erfüllen werden, *soweit sie ihren bisherigen Kurs beibehalten*. Das ist durchaus eine Anerkennung der Kontinuität und Stabilität in der Wirtschaftspolitik dieser beiden Länder, die auch durch Regierungswechsel nicht ernsthaft in Frage gestellt worden ist. Im Hinblick auf die Tschechische Republik drückt die Stellungnahme die Erwartung aus, daß auch sie auf mittlere Sicht dieses Kriterium erfüllen könnte, wenn sie ihre Anstrengungen *verstärkt und Rückschritte vermeidet*. Ein vielleicht kleiner, aber immerhin ein Unterschied.

Ein Vergleich aller von der Kommission vorgenommenen Länderanalysen anhand der beiden wirtschaftlichen Kriterien a) funktionierende Marktwirtschaft und b) Fähigkeit zur Teilnahme am Wettbewerb im Binnenmarkt ergibt ein Gesamtbild, auf dem Polen und Ungarn im Vordergrund stehen, unmittelbar dahinter die Tschechische Republik und Slowenien, gefolgt von Estland. Alle anderen Beitrittskandidaten kommen noch etwas weiter hinten. Diesen aktuellen „Tabellenstand“ sollte man aber aus zwei Gründen nicht überbewerten. Zum einen gibt er nur die Situation im Mai 1997 wieder, die sich natürlich fortlaufend weiter entwickelt. Zum anderen darf nicht außer acht gelassen werden, das ungeachtet ihres Platzes auf der Tabelle, *aus heutiger Sicht* kein Land beitriffähig ist. Für die Kommission maßgeblich war lediglich die Frage nach der Beitrittsfähigkeit *auf mittlere Sicht*.

Um dem Fortgang des Transformationsprozesses in den Kandidatenländern Rechnung tragen zu können, wird die Kommission diesen Prozeß weiterhin beobachten, analysieren und - so sieht es die „Agenda 2000“ vor - jährlich, erstmals Ende 1998, dem Europäischen Rat darüber berichten. Auf diese Weise werden die Stellungnahmen vom Sommer 1997 praktisch fortgeschrieben. Diese Stellungnahmen sind damit nicht das letzte Wort. Im Gegenteil: Wenn die Kommission im Rahmen ihrer jährlichen Berichterstattung zur Fortentwicklung der Integrationsfähigkeit zu dem Schluß kommen sollte, daß Kandidaten, die im Sommer 1997 zurücklagen, entsprechende Fortschritte gemacht haben, wird sie - das hat sie angekündigt - dem Europäischen Rat empfehlen, auch mit diesen Ländern nunmehr Verhandlungen aufzunehmen. Es ist natürlich umgekehrt auch möglich, das die Kommission in einem solchen Bericht feststellen muß, daß ein

Land im Reformprozeß zurückgefallen ist, was sich auf den Verhandlungsprozeß auswirken kann. Es ist also nach der Strategie der Erweiterung durchaus möglich, daß eines der fünf Länder, die die Kommission dem Europäischen Rat zur Aufnahme von Verhandlungen vorschlägt, im Reformprozeß, in der Entwicklung der Integrationsfähigkeit von einem Land überholt wird, das heute noch weiter zurückliegt. Der Erweiterungsprozeß ist folglich umfassend und offen - alle zehn mitteleuropäischen Beitrittskandidaten, ob sie bereits verhandeln oder noch nicht, haben gleiche Chancen.

Nun noch einige Worte zu dem dritten Kopenhagener Kriterium, das strenggenommen nicht zu den wirtschaftlichen Kriterien zählt, von denen bisher die Rede gewesen ist, aber doch auch eine starke wirtschaftliche Dimension hat und insbesondere mit dem Kriterium der Fähigkeit zur Teilnahme am Wettbewerb im Binnenmarkt eng verzahnt ist. Das dritte Kopenhagener Kriterium betrifft die Fähigkeit zur Übernahme des *gemeinschaftlichen Besitzstandes*, des „*acquis communautaire*“, wörtlich „die Fähigkeit zur Übernahme der mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen“ - ohne Ausnahme. Viele dieser Verpflichtungen betreffen den Bereich der Wirtschaft oder Sachbereiche, die eng mit dem Binnenmarkt verbunden sind.

Auch stand die Kommission zunächst vor der Aufgabe, geeignete Indikatoren zu entwickeln. Welches genau sind die „mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen“ und wie kann man die Fähigkeit zu ihrer Einhaltung beurteilen? Ein schlüssiger und aussagefähiger Maßstab ist der jeweilige Stand der Umsetzung der mit jedem Beitrittskandidaten abgeschlossenen Assoziationsabkommen, der sogenannten Europa-Abkommen. Der Umgang mit den darin enthaltenen Verpflichtungen, die einem späteren Beitritt den Weg bereiten sollen, vermag durchaus Anhaltspunkte zu vermitteln, ob und wie weit ein Kandidat in der Lage sein könnte, seinen mitgliedschaftlichen Pflichten nachzukommen. Dies gilt umso mehr als die Abkommen nicht nur den Handelsverkehr, sondern darüber hinaus einzelne Bereiche regeln, die den sogenannten Vier Freiheiten des Binnenmarktes entsprechen. Darunter fällt die Niederlassungsfreiheit für ausländische Unternehmen und die sogenannte Inländergleichbehandlung dieser Unternehmen, d.h. die völlige rechtliche Gleichstellung mit inländischen Unternehmen in allen einschlägigen Bereichen (Handels-, Gesellschafts- und Steuerrecht, gewerblicher Rechtsschutz und - mit Einschränkungen - öffentliches Auftragswesen).

Einen weiteren Maßstab hält das bereits genannte Weißbuch bereit, das neben den den Binnenmarkt konstituierenden Bestimmungen (etwa Vorschriften zur Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie zum freien Waren- und Kapitalverkehr) eine Reihe weiterer gemeinschaftlicher Rechtsnormen aufführt, die den eigentlichen

Binnenmarkt vervollständigen bzw. sein Funktionieren erleichtern.. Damit sind etwa Vorschriften zur Steuerharmonisierung, zur Rechnungslegung der Unternehmen u.a. Der Stand der Umsetzung des Weißbuchs in diesen Bereichen ist zugleich ein Indikator für die Fähigkeit zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands.

Zum gemeinschaftlichen Besitzstand gehören auch seine in den Stellungnahmen der Kommission so bezeichneten *übrigen Teile*. Dazu zählen die gemeinschaftlichen Regelungen in den Bereichen Umweltschutz, Energie, Industrie, Telekommunikation, Verkehr, Regional- und Strukturpolitik und Zollverwaltung, um nur einige zu nennen. All das müssen neue Mitglieder übernehmen und anwenden können, und die Frage, wie es um die entsprechenden Fähigkeit der Kandidaten dazu *heute* wie auch *auf mittlere Sicht* steht, war von der Kommission in ihre Stellungnahmen einzubeziehen.

Das dritte Kopenhagener Kriterium der Fähigkeit zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes schließt ausdrücklich auch die Übernahme der Ziele der Wirtschafts- und Währungsunion (und auch der Politischen Union) ein. Das ist nicht zu verwechseln mit der Fähigkeit zur Teilnahme an der Währungsunion gemäß den Kriterien des Vertrages von Maastricht - die Erfüllung dieser sogenannten Konvergenzkriterien fällt nicht unter die Kopenhagener Beitrittskriterien. Es bedeutet jedoch die Bereitschaft, die Teilnahme anzustreben und sich entsprechend vorzubereiten. Praktisch gefordert ist damit die Bereitschaft und Fähigkeit zum Eintritt in die sogenannte *Zweite Stufe* der Währungsunion, die alle gegenwärtigen Mitgliedstaaten bereits erreicht haben. Sie umfaßt die Herstellung der völligen Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken, die völlige Liberalisierung des Kapitalverkehrs und ein Mechanismus zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken innerhalb der Europäischen Union. An dieser Zweiten Stufe muß ein neues Mitglied teilnehmen können.

Wie stellt sich die Lage bei den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten aus der Sicht der Kommission dar? Insgesamt ist der Eindruck gemischt, innerhalb der ganzen Gruppe wie auch hinsichtlich einzelner Kandidaten. Betrachtet man Polen und die Tschechische Republik, so hatten beide Staaten vereinzelt Probleme mit der Umsetzung der Assoziationsabkommen im Bereich des Handelsverkehrs - die Erhebung von Importkauttionen in Tschechien und das Problem der Zertifizierung bei der Einfuhr nach Polen sind bereits angesprochen worden. Diese Probleme dürften aber vorübergehender Natur sein. Bei der Umsetzung des Weißbuchs haben beide Länder gute Fortschritte gemacht und gehören unter den Beitrittskandidaten insoweit zur Spitzengruppe.

Was die oben kurz zusammengefaßten *übrigen Teile* des gemeinschaftlichen

Besitzstands betrifft, so gibt es in beiden Ländern noch Nachholbedarf in einigen Bereichen. Im Fall Polens hat die Kommission festgestellt, es seien *weitere*, teilweise *verstärkte* Anstrengungen erforderlich in den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz und Verkehr, im Fall der Tschechischen Republik in den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz und Energie (Sicherheit der Kernkraftwerke). Insgesamt ist die Kommission jedoch der Ansicht, daß wenn die geforderten Anstrengungen unternommen werden, beide Länder in der Lage sein sollten, auf mittlere Sicht auch das dritte der Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Nicht zuletzt deswegen gehören sie gegenwärtig zu den Ländern, die unter den Beitrittskandidaten einen vorderen Platz einnehmen.

Damit komme ich zu einer letzten Bemerkung zum Kriterium der Fähigkeit, die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu übernehmen. Es geht dabei nicht nur um die Übernahme von Gemeinschaftsrecht und die Angleichung innerstaatlichen Rechts durch den Gesetz- bzw. Verordnungsgeber. Genauso wichtig ist - und das ist ein Bereich, der aus Sicht der Kommission allgemein zu erheblicher Besorgnis Anlaß gibt - die Schaffung der nötigen Verwaltungsstrukturen und -verfahren sowie einer effizienten Gerichtsbarkeit. Hierzu gehört auch die Bereitstellung von entsprechend ausgebildetem Personal und technischen Mitteln, um das übernommene oder angepaßte Recht auch um- und durchzusetzen. Das beste Recht ist nichts wert, wenn es nicht durchgesetzt werden kann. Darum verfolgt die Union gerade auch die Entwicklung auf diesem Feld mit besonderem Interesse. Insbesondere Polen und die Tschechische Republik, aber auch Estland, Ungarn und Litauen unternehmen seit einiger Zeit erhebliche Anstrengungen, um die Situation zu verbessern. Das ist sehr lobenswert und auch sehr notwendig. Die Union wird sicherlich in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt bei der finanziellen und technischen Unterstützung der Kandidaten bei der Beitrittsvorbereitung setzen.

Alle Kandidaten müssen noch einen langen Weg zurücklegen. Es soll hier aber nicht verschwiegen werden, daß auch die Union noch ein gutes Stück Weges vor sich hat. Der Europäische Rat von Kopenhagen spricht etwas sibyllinisch davon, daß „die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten ... einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar[stellt]“. Hinter diesem Satz verbirgt sich, wenn man so will, das inoffizielle vierte Kriterium für die Aufnahme neuer Mitglieder: Geht es für die künftigen Mitglieder darum, beitriffähig zu werden, so muß die Union ihrerseits erweiterungsfähig werden. Sie muß ihre Institutionen und Verfahren reformieren, die im wesentlichen noch aus der Zeit der „Sechsergemeinschaft“ der sechziger Jahre stammen. Sie muß - allerdings keineswegs nur im Blick auf die Erweiterung nach Osten - grundlegende Gemeinschaftspolitiken wie die Landwirtschafts- oder die

Regional- und Strukturpolitik einer umfassenden Überprüfung und Anpassung unterziehen. Das ist die große Frage nach der Wahrung der Integrationsfähigkeit der Union selbst, die über das hier gestellte Thema hinausgeht.

Für Beitrittskandidaten und Union wird es darauf ankommen, die nächsten Jahre intensiv für eine ausreichende Vorbereitung zu nutzen. Das ist die Botschaft, die man nicht oft genug wiederholen kann: Entscheidend ist die Qualität der Vorbereitung, sie allein wird über den Zeitpunkt eines Beitritts entscheiden. Die Kommission geht nicht davon aus, daß es vor dem Zeitpunkt 2002/2003 zur Aufnahme neuer Mitglieder kommen wird. Das gibt Kandidaten und Union einige Jahre Zeit, Beitritts- und Erweiterungsfähigkeit herzustellen. Diese Jahre werden entscheidend sein.

Polen in Europa: Zentrum oder Peripherie?

Zbigniew Czachór

1. Die historische Dimension des Europa-Begriffes

Von den vielen, tief in der polnischen Tradition verwurzelten Vorstellungen über Polens Rolle in Europa ist jene von Polen als einem Vorposten des römisch-katholischen Europas besonders stark. Diese Sichtweise hängt mit der - wenn auch nicht ausschließlich - von der katholischen Kirche getragenen Vorstellung zusammen, derzufolge die wichtigste Grenze den europäischen Okzident vom byzantinischen Raum bzw. das Christentum vom Islam (Mongolei, Türkei) trennt. Darüber hinaus verläuft in Europa selbst eine Grenze zwischen römisch-katholischem und protestantischem Christentum, die zu einer Abgrenzung Polens von seinem westlichen Nachbarn (d.h. den protestantischen Gebieten Deutschlands) führte. Aufgrund dieser katholisch-protestantischen Trennlinie kam es zu einer Annäherung Polens an die katholischen Zentren Europas, wie etwa Rom oder die katholischen Länder Westeuropas, hier insbesondere Frankreich. Durch den wechselvollen Gang der französischen Geschichte (Aufklärung, Revolution, Laizismus) verlief diese Anbindung an das katholische Europa jedoch nicht konstant.

Die Ostgrenze Europas ist durch die geschichtlichen Entwicklungen und vor allem durch die unterschiedliche Reichweite polnischer Einflüsse im Laufe der Geschichte nur schwer zu bestimmen. Infolgedessen wurden die Ukraine und Weißrußland als eine Grau- oder Zwischenzone zwischen einem „Kultureuropa“ einerseits und den „Barbarenländern“ andererseits betrachtet. Diese Vorstellung war (und ist bei der alten Generation Polens teilweise bis heute) sowohl für adelige Familien aus dem Osten als auch für einen bedeutenden Teil der Intelligenzija kennzeichnend.

Aus dem 19. Jahrhundert stammt eine andere Vorstellung über Polens Stellung in Europa, welche mit der einsetzenden Entwicklung der Nationalstaaten in Europa zusammenhängt und Russen und Deutsche von vornherein als europäische Nationen und somit als potentielle Gegner bzw. Partner Polens einstuft: die Idee des Panslawismus. Demnach wurden die Ostslawen (und das bedeutete vor allem die Russen) trotz ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Rückständig-

keit im Vergleich zu den meisten westeuropäischen Völkern Europa zugerechnet. Damit rückte Polen von der Peripherie Europas in dessen Zentrum, wurde aber zugleich in die geographische Zwischenposition zwischen beiden Nationen gedrängt. Die Idee des Panslawismus konnte sich in Polen jedoch nicht durchsetzen.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen dominierte erneut jenes Konzept, wonach Polen den Vorposten Europas bildet. Diesmal richtete es sich vor allem gegen Sowjetrußland bzw. die spätere Sowjetunion und war damit weniger religiös als vielmehr politisch geprägt. Die polnische Ostgrenze war demnach identisch mit der imaginären Grenze einer europäischen Identität.

Schließlich müssen auch kommunistische Europabilder berücksichtigt werden, nach denen die ehemalige Sowjetunion das Zentrum des östlichen europäischen Raumes bildete, zum Teil verbunden mit einer Abgrenzung zum „ausbeuterischen, kapitalistischen Westen“, der nach dieser Vorstellung unter dem dominierenden wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß der Vereinigten Staaten stand. Gemäß diesem Bild eines Europas der zwei Blöcke (Ost und West) lag Polen wiederum an der Peripherie Europas, diesmal des östlichen, kommunistischen Europas mit dessen sowjetischem Zentrum.

Das historische Europabild wurde bei der Intelligenzija vor allem durch kulturelle und zu einem gewissen Grad durch politische Faktoren bestimmt. In der Kirche spielten die Religion und - indirekt - die christlich beeinflusste Kultur die zentrale Rolle. In der breiten Bevölkerung, zunächst bei den Bauern, dann mehr und mehr bei den Arbeitern, blieb das historische Europabild eher verschwommen.

2. Nationale und regionale Identität

Für die Bestimmung der eigenen Identität im europäischen Kontext blieb bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges das nationale Konzept vorherrschend. Allerdings waren in der Zeit zwischen den Weltkriegen Ideen einer überregionalen Zusammenarbeit zwischen Gebieten mit starken historischen Bindungen (vor allem in der Tradition des polnisch-litauischen Reiches mit seinen Provinzen im Baltikum, in der Ukraine usw.) durchaus populär. Solche Ideen waren besonders in den Kreisen um den ehemaligen Staatschef (1918-1922) und de facto Diktator Pilsudski (1926-1935) verbreitet. Die erste dieser Ideen sah die Schaffung einer „Jagiellonen-Gemeinschaft“ vor, in der Polen mit der Ukraine, Weißrußland und Litauen eine Föderation bilden sollten. Hiervon wurde jedoch nach Ende des polnisch-russischen Krieges 1920 Abstand genommen. In späte-

ren Jahren wurde diese Idee von der eines „Zwischenmeerraumes“ ersetzt, in dem es zu einer Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten, Rumänien, Ungarn und - gegebenenfalls - der Tschechoslowakei oder Jugoslawien mit Polen kommen sollte. Keine dieser Ideen konnte sich allerdings durchsetzen.

In nationalistischen politischen Kreisen und in einem großen Teil der katholischen Kirche definierte man die eigene Identität vor allem über die einfache Formel „Pole = Katholik“, wodurch der Katholizismus in Polen seine Universalität verlor. Vielmehr wurden nun Katholizismus und nationale (polnische) Identität eng miteinander verknüpft.

Regionale Identitäten waren in Polen unterschiedlich stark ausgeprägt. Besonders deutlich waren sie im ehemaligen Russisch-, Preußisch- und Österreichisch-Polen spürbar; in kleineren Regionen (mit Ausnahme von Oberschlesien, Westpreußen, Teschen-Schlesien, dem Wilna-Gebiet und Ostgalizien) waren sie zumeist nur mäßig entwickelt. Eine lokale Identität war insbesondere unter Bauern, aber auch in bedeutenden Städten wie Warschau, Lemberg, Krakau oder Posen entwickelt. Weder regionale noch lokale Identitäten waren jedoch stark genug, um eine tragfähige multiple Identität als Basis für eine regionale Zusammenarbeit zu geben.

Auch in der kommunistischen Ära wurde die Frage nach der Identität im europäischen Zusammenhang kaum diskutiert, sofern sie nicht auf ideologischer Ebene (als Gemeinschaft der sozialistischen Staaten und Nationen im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten) instrumentalisiert wurde. Erst in den letzten Jahren des Kommunismus, insbesondere aber nach dem Umbruch gewann die Frage einer mitteleuropäischen Identität wieder an Bedeutung. Teile der Intelligenzija versuchten, über die Anknüpfung an die Geschichte und die Geopolitik gemeinsame mitteleuropäische Wurzeln zu finden, was zeitlich mit dem Konzept einer regionalen, mitteleuropäischen Zusammenarbeit (Hektagonale oder Visegrád-Gruppe) zusammenfiel. Doch aufgrund der nur mäßigen Erfolge dieser regionalen Initiativen nahm auch das Interesse an einer Diskussion über ein solches Mitteleuropa rapide ab. Momentan wird das Europabild daher eher von der Europäischen Union geprägt, um die sich die ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten, vor allem Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei, gruppieren.

3. Europabilder nach dem Umbruch

Um das heutige Europabild fassen zu können, stellt sich zunächst die Frage, ob Polen zum Zentrum Europas zurückgekehrt ist oder möglicherweise nicht im-

mer zum Kern Europas gehört hat. Diese Frage hängt eng mit einer weiteren zusammen, nämlich der nach der Herkunft des Kommunismus, also ob es sich hierbei um ein europäisches Nation von außen oktroyiertes oder um ein originär polnisches System handelte, wobei letzteres den peripheren Charakter der polnischen Identität in Europa betonen würde.

Die Erfahrung, während der Zeit des Kommunismus „von Europa abgeschnitten“ gewesen zu sein, erschwerte die Bestimmung der gegenwärtigen Rolle Polens in Europa. Die Geschichte rechtfertigt eine eindeutige Zuordnung Polens zu Europa. Für die Zukunft wird mit Nachdruck Polens Platz in Europa gewünscht. Die aktuellen Europabilder bewegen sich daher zwischen den historischen und den zukünftigen Europavorstellungen und befinden sich „in statu nascendi“.

Aus Sicht mancher meinungsbildender intellektueller und politischer Eliten in Polen - wenn auch nicht aus offizieller Sicht der Regierung - ist Europa auch nach der Wende immer noch in West und Ost geteilt, sowohl kulturell als auch wirtschaftlich, wobei Polen einen Platz an der Peripherie Westeuropas einnimmt. Obwohl dies nicht zwangsläufig bedeuten muß, daß der Osten nicht europäisch ist, wird er aber doch als „weniger europäisch“, teilweise sogar als „asiatisch“, angesehen. Dies gilt vor allem für die Länder der ehemaligen UdSSR, aber in gewissem Maße auch für die Balkanländer, dagegen weniger für Polen selbst.

Trotz der weit verbreiteten Vorstellung, nach der Polen ein Teil Europas ist, sind das Nationalbewußtsein und verschiedene damit verbundene Emotionen in Polen stark entwickelt, wenn auch bei der jüngeren Generation die Intensität des Nationalgefühls eher abnimmt. Gegenwärtig geraten Nationalgefühl und europäische Identität kaum miteinander in Konflikt, was mit der noch sehr lockeren Beziehung zwischen Polen und der Europäischen Union zu erklären ist. Dennoch lassen sich hier schon erste Spannungen erkennen, die besonders mit dem Wirtschaftsgefälle zwischen Polen und der Europäischen Union sowie mit dem polnischen Komplex des „armen Verwandten“ zusammenhängen. Obwohl sich entsprechend neuerer Umfragen 80 Prozent der polnischen Bevölkerung für und nur 20 Prozent gegen die Integration in die Europäische Union aussprechen, glauben nur 48 Prozent an ein ernsthaftes und ehrliches Interesse der Europäischen Union an partnerschaftlichen Beziehungen zu Polen. 31 Prozent dagegen fürchten, die Europäische Union neige dazu, Polen zu dominieren.

Das Europabild wird heute weitgehend durch wirtschaftliche Faktoren bestimmt. Dies unterscheidet das aktuelle vom „historischen“ Europabild. Immerhin spielt bei gebildeten Schichten (Intellektuelle, Studenten) dennoch der kulturelle Faktor für das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa eine bedeutende

Rolle. Für breite Bevölkerungsschichten ist Europa aufgrund der Erfahrungen polnischer Gastarbeiter in anderen europäischen Ländern (vorrangig in EU-Ländern), durch Reisen, Kabel- oder Satellitenfernsehen interessant geworden. Dabei dominieren vor allem Eindrücke und Bilder von Wohlstand und Prosperität die aktuellen Europavorstellungen.

Das Europabild bleibt eher unscharf. Die Frage der möglichen Grenzen Europas bleibt offen, integrationsorientierte Ideen bleiben vage und gehen nicht über das Bewußtsein hinaus, in Europa zu leben und sich von anderen (d.h. vor allem von Nichteuropäern) zu unterscheiden. Dem eher verschwommenen Europabild in Polen entspricht auch die relativ begrenzte Zahl und Qualität der Publikationen, welche sich mit der europäischen Integration beschäftigen.

4. Polens Nachbarn: Emotionen und Ressentiments

Die Frage nach der Stellung und Rolle Polens in Europa kann die Frage nach dem Verhältnis zwischen Polen und seinen Nachbarn nicht unberücksichtigt lassen. Die Beziehungen Polens zu seinen Nachbarvölkern sind historisch stark belastet. Innerhalb der älteren Generation ist die Angst vor den Deutschen noch verbreitet, während sie bei den Jüngeren weniger stark ausgeprägt ist. Ähnlich verhält es sich mit der Einstellung zu den Ukrainern. Die Russen werden von den meisten Polen aufgrund eines kulturellen und wirtschaftlichen Überlegenheitsgefühls eher mit Geringschätzung bedacht. Den meisten anderen Nachbarvölkern wird nur wenig Interesse entgegengebracht.

Im Gegensatz dazu werden die wirtschaftlichen Kontakte zu allen Nachbarstaaten als positiv und für die Politik nutzbringend eingeschätzt. In den Massenmedien überwiegt die sachliche Darstellung der gesellschaftspolitischen Ereignisse in den Nachbarländern Polens, wobei den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in Rußland besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Wesentlich weniger interessiert werden die tagespolitischen Ereignisse in der Ukraine, Litauen (mit Ausnahme der polnischen Minderheit), der Slowakei und Tschechien verfolgt.

Derzeit ist es nur begrenzt möglich, die Auswirkungen einer verstärkten intra-regionalen Zusammenarbeit auf die Beziehungen Polens zu seinen Nachbarn einzuschätzen. Die Hypothese muß lauten: Bei einem erfolgreichen Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft könnte und sollte der gemeinsam beschrittene Weg die Aussöhnung zwischen Polen und seinen Nachbarn - vor allem Deutschland - fördern. Bei einem Scheitern der politischen und wirtschaftlichen Transformation steht dagegen zu befürchten, daß es zu einer Verschärfung aller

bestehenden und potentiellen Probleme, insbesondere in den Beziehungen zu Deutschland (Wohlstandsgrenze zwischen West und Ost), kommt.

5. Europäische Identität und die Souveränität des Staates: Eine Analyse am Beispiel Polen

Noch nie war in Europa, aber auch in Polen, so häufig die Rede von Identität, von kultureller Vielfalt und regionaler Eigenständigkeit wie zur Zeit. Trotz allem, das Ziel - die europäische Integration - ist unstrittig. Diskutiert wird der Weg dahin und die Form, in der die Integration gelingen soll. Der politisch Handelnde kann selbst schwerlich diskutieren, ob seine Wege die richtigen sind, wenn er sie bereits begeht. Der Wissenschaftler aber hat sehr wohl die Pflicht, nach Alternativen zu fragen und sie aufzuzeigen, zumal dann, wenn über so grundlegende Fragen wie die „Zukunft Europas“ befunden und entschieden werden muß. Das Problem betrifft nicht nur die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sondern auch die in Polen begonnene Diskussion über die Stellung Polens in Europa.

Der Ost-West-Konflikt hat die Europäer jahrzehntelang im Denken und Handeln diszipliniert. Mit dem Zusammenbruch des traditionellen Feindbildes lockerten sich angestammte oder bisher geschützte Positionen. Zugehörigkeit bedarf im neuen Koordinatensystem einer aktuellen Begründung aus sich selbst heraus - ohne historische Rekurse. Warum sollen sich die Nationalstaaten heute weiter integrieren? Wie sieht das gemeinsame Bild von der Zukunft aus? Wie wird die Integration ausgestaltet?

Diese Fragen sind sehr schwierig. Die vorliegende Arbeit ist ein Versuch, sie zu beantworten. Berücksichtigt werden dabei vor allem die Aspekte der europäischen Identität und der Souveränität der Staaten.

Europäische Integration als Wertbindung und Garantie für Freiheit, als Gemeinschaft, in der nationale Rivalitäten und machtpolitische Konfliktpotentiale durch das gemeinsame Recht gezähmt werden, diese Integration ist eine willkommene Ergänzung der Nationalstaaten. Sie respektiert europäisches Bürgerbewußtsein. Aber diese Integration muß auch stets mit den Nationen rechnen. Denn sie sind noch immer der Baustein einer zukünftigen Weltgesellschaft. Wie können die Nationalstaaten ein Europa bedrohen, das selbst immer nur ein Europa der Nationen war? Die Vielfalt Europas provoziert stets mehr komplexe Fragen als schlüssige Antworten - wir sollten deshalb nicht auf populistisch oder bürokratisch verkürzte Scheinlösungen hereinfliegen.

Wir wissen alle, daß die Menschen in der Spannung mehrerer Loyalitäten leben: in Heimat, Gesellschaft, Staat, Nation, Europa und Weltgesellschaft. Sie fordern vielfältige Identifikationen, weit über die Nation hinaus. Die Rolle des Staates als des dominanten internationalen Akteurs, seine klassische Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik und die zunehmende ökonomisch-gesellschaftliche Verflechtung (Interdependenz) geben ihm heute einen anderen Stellenwert. Trotzdem kann nicht bestritten werden, daß die Staaten nach wie vor auf der ganzen Welt agieren. Die außenpolitischen Entscheidungsträger des Staates sind die allein legitimierten Akteure der internationalen Politik. Nicht ohne Grund sprechen wir noch immer von internationalen und transnationalen Akteuren.

Das Unzeitgemäße des traditionellen Nationalstaates soll weiter veranschaulicht werden: Der alte Staat wird ausgezehrt. Er wird zu eng für die Lösung der Probleme, die Aufgaben reichen über seine Grenzen hinaus. Das Pathos von der nationalstaatlichen Souveränität ist längst zu einem idyllischen Ausschnitt aus dem Archiv verkommen. Internationale Arbeitsteilung ist gefragt. Geradezu beschworen wird die schrittweise Überwindung der Idee und des Milieus der alten Nationalstaaten durch den Prozeß der Europäisierung der Politik. Neue, gesamteuropäische Integrationsformen sollen mit Souveränitätsverzicht der staatlichen Akteure einhergehen. Dieser Prozeß ist jedoch nicht einfach, weil die bedeutende Mehrheit der Nationen und Staaten an die Idee der Souveränität gebunden ist. Zu den charakteristischen Merkmalen der internationalen Beziehungen unserer Zeit gehört jedoch das Anwachsen verschiedener Interdependenzen zwischen einzelnen Nationen und Staaten.

Aus dieser Sicht gewinnt die Frage der Relationen zwischen Souveränität und Interdependenz immer mehr an Bedeutung. Für die Souveränität ist das Interesse des Staates und der Nation das oberste Ziel. Interdependenzen veranlassen oft, ein gemeinsames Interesse zu formulieren - das einer Gruppe von Staaten, das einer Region oder das der ganzen Weltgesellschaft. Interdependenz bedeutet jedoch nicht den Verzicht auf das Bestehen des Nationalstaates. Sie schränkt dessen Souveränität ein.

Generell erwachsen viele Argumente für die Ergänzung der europäischen Integration durch den Nationalstaat aus der europäischen Geschichte. Der Rückblick zeigt die Gefahren, die entstehen können. Denn nur mit der Bedrohung von außen wuchs das europäische Gemeinschaftsgefühl. Mit dem Ende der Gefahr verblaßte die Einheit stets. Europa hat sich meist nur gegen etwas, selten jedoch für etwas zusammengeschlossen.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat eine neue Unordnung hinterlassen, die atomare Bedrohung ist zunächst in den Hintergrund gerückt. Wenn man es

in einer solchen Lage nicht schafft, der europäischen Integration neue, sinnvolle Bezüge zu geben und sie alltagspraktisch zu vermitteln, werden das Gift des Nationalismus und der Drang zur nationalstaatlichen Autarkie wieder aufleben. Dann wird der Begriff der Souveränität zur Grundlage einer negativen Selbstisolation der Staaten von der äußeren Welt. Andererseits relativiert die europäische Integration mit der Übertragung von Souveränität insgesamt die Rolle jedes einzelnen Nationalstaates. Der Nationalstaat ist deshalb keinesfalls überflüssig, doch er ist weniger wichtig geworden. Der Bedarf an nationaler Identifikation und Souveränität wächst in dem Maße, wie politische und ökonomische Nivellierungsprozesse in Europa zunehmen. Je mehr Vielfalt in Europa eingegeben wird, desto größer wird das Unbehagen gegenüber einer tieferen Integration.

In dieser Situation ist nur eine Lösung möglich:

Nationalstaaten können viele Probleme lösen, aber sie sollten nicht nur nationale, sondern europaweite Lösungen anstreben. Manche Probleme (z. B. Sicherheitsfragen) reichen über die Grenzen der EG hinaus! Der kooperative Nationalstaat, wie er in Westeuropa integriert besteht, ist die Basis für internationale, globale Lösungen. Die EU als „Festung Europa“ wäre dagegen ein Rückschritt.

Im Zusammenhang damit kommt immer häufiger die Meinung zum Vorschein, daß die Gemeinschaft inzwischen wie ein kompliziertes Räderwerk wirkt, welches niemand mehr beherrscht, das jedoch Stück für Stück die nationale Souveränität ihres Inhalts entleert. Die internationalen Beziehungen scheinen heute postmodern zu sein. Nationale Souveränität bleibt zwar völkerrechtlich erhalten, sie wird jedoch durch Einbindung in ein Geflecht horizontaler und vertikaler Interdependenzen ausgehöhlt.

Einen sehr interessanten Gesichtspunkt präsentiert Bernhard Sutor zu diesem Thema:

„Unbestreitbar ist der heutige Einzelstaat angesichts weltweiter Probleme und zunehmender Interdependenz der Staaten funktional überfordert, wenngleich er völkerrechtlich noch fast uneingeschränkt souveräner Akteur ist. Auch auf absehbare Zeit werden die Staaten die Hauptakteure internationaler Politik bleiben, zumal die staatlich gestützte oder auf den eigenen Staat zielende Nationalbildung in der sogenannten Zweiten und Dritten Welt offenbar, auch in Analogie zu früheren europäischen Entwicklungen, einen Prozeß darstellt, der nicht übersprungen werden kann, so sehr er mit inneren und äußeren Konflikten belastet ist. Die Einigkeit einer Gesellschaft als Staatsvolk sowie die Einigkeit einer Gesellschaft von Staaten ist nur als ständiger Prozeß der Einigung bei bleibender Vielfalt vorstellbar. Deshalb sollte man übrigens in diesem Zusam-

menhang den Begriff der Identität nicht zu sehr strapazieren. Er kommt aus der Psychologie und bezieht sich auf das Individuum. Auf Gesellschaft kann er allenfalls analog angewendet werden, und in pluralistischen Gesellschaften konkurrieren immer mehrere „Identitäten“ miteinander.

Eben deshalb brauchen wir Prinzipien und Regeln, nach denen sich gesellschaftliche Gruppen und Staaten jeweils einigen können angesichts gemeinsamer Probleme und tiefgreifender Interessenkonflikte. Nation, Nationbildung, Nationalbewußtsein der Bürger und nationale Interessenwahrnehmung bedürfen also übergeordneter ethischer Orientierung, die in Rechtsregeln und Institutionen umsetzbar ist und so in und zwischen den Nationen wirksam werden kann.“

Eine andere Auffassung zu diesem Thema vertritt Helmut Wagner, der meint, daß es offensichtlich eine Sache ist, den weltgeschichtlichen Moment der Eini-gung Europas abzuwarten, und eine andere Sache ist, die intellektuelle Sperre aufzuheben, die nicht wenige Europäer daran hindert, voll auf Europa zu setzen und dem souveränen Nationalstaat der Vergangenheit adieu zu sagen. Seine Verabschiedung kann nämlich sofort in Angriff genommen werden, sozusagen im Vorgriff.

Tatsächlich ist es, wie die Erfahrung lehrt, für viele Europäer gar nicht so einfach, sich mit dem Gedanken anzufreunden, daß kein Weg daran vorbeiführt, die vertraute Nation zu verabschieden und sich auf das unbekannte Europa einzulassen; gerade die intellektuellen Verächter der Nation sind ihr auf eigentümliche Weise verfallen. Auch wenn die Vernunft sagt, daß es keinen anderen Ausweg für ein Überleben in Ehren und Selbstachtung gibt, fällt die notwendige Neuorientierung doch unendlich schwer. Wie kann sie gefördert werden ?

Nach diesen Erwägungen soll nun die Problematik der Europäität und der europäischen Identität besprochen werden. Europäität erweist sich weniger darin, wie Europa institutionell und rechtlich definiert wird, als vielmehr in der Art und Weise, wie Europa als politische Einheit agiert. An dieser Stelle erscheint die Frage nach dem Willen Europas, oder enger betrachtet der Europäischen Union, in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen.

Die Schlagwörter 'Gravitationszentrum' und 'Stabilitätsanker' sind, für sich genommen, keine zulänglichen Antworten oder Lösungen. Wenn der Europäische Rat in seiner in Straßburg am 9. Dezember 1989 verabschiedeten „Erklärung zu Mittel- und Osteuropa“ die Gemeinschaft als „Eckstein einer neuen europäischen Architektur“ bezeichnet hat, klingt das so, als wollten die Zwölf von ihrem seit dem Beginn der Integration schrittweise immer prägnanter erhobenen Anspruch abrücken, sie repräsentieren Europa und seine Völker; eine ganze 'Architektur' kann ja wohl kaum aus nur einem Eckstein bestehen. Die Perspektive bleibt unklar.

Es stellt sich die Frage nach der Stellung Polens im Zusammenhang mit den oben besprochenen Problemen. In den Zeiten, als die Linie der Berliner Mauer die Achse der Nachkriegsordnung absteckte, dachten beide Seiten des geteilten Europas, daß es die Unterschiede in den politischen Systemen sind, die die Demokratien des realen Sozialismus von der realen Demokratie trennen. Die Standardisierung der politischen Situation nach 1989 zeigte, wie beachtlich die Deformationen des europäischen Bewußtseins unter den Einwohnern unseres ganzen Kontinents in den vergangenen fünfzig Jahren geworden sind.

An die Stelle der durch den Rang der militärischen Gegner objektivierten Barrieren traten nun Barrieren aus Stereotypen und Ressentiments, errichtet in Anlehnung an das allzu lange nicht verifizierte Bild der Welt jenseits der Mauer. Einer Mauer, die in beide Richtungen funktionierte. Heute tragen die Europäer selbst die Verantwortung für diese neuentdeckten, subjektiven Barrieren, die in abweichenden Lebensbedingungen verlaufen, in einer unterschiedlichen (für die östliche Seite inakzeptablen) sozialpolitischen Wirklichkeit. Die Übereinstimmung des Bildes von Europa und seinen Bürgern mit dem Bild des eigenen Landes, der eigenen Landsleute und der Nachbarn ist ein Problem, vor dem nicht nur die vom Kommunismus befreiten Polen, Tschechen oder Ungarn stehen, sondern alle Gesellschaften, die sich zu einer europäischen Genealogie bekennen.

Der Begriff „europäische Identität“ ist in Polen relativ ungebräuchlich gewesen. Zu den allgemein bekannten Schwierigkeiten empirischer Untersuchungen kam noch folgende hinzu: zu Zeiten der Volksrepublik Polen wären ehrliche Untersuchungen zu diesem Gegenstand gar nicht möglich gewesen bzw. sofort in der Schublade verschwunden. Erst heutzutage beginnen eine richtige Debatte und Untersuchungen zu diesem Thema.

Die Frage nach der europäischen Identität im Bewußtsein der heutigen Polen ist von der Überzeugung begleitet, daß es zugleich eine Frage nach der Vision von der eigenen Gesellschaft und dem eigenen Land ist. Die Antwort auf diese Frage hat als Bezugspunkt gesellschaftliche Erwartungen, wie sie für die Polen (ähnlich wie für die übrigen Gesellschaften der Region) das unterschiedlich wahrgenommene „Europa“ ausmachen. Das Definieren dieser Erwartungen, die Bestimmung ihrer Richtung, ihre Nähe oder Entfernung verleihen das Gefühl von Sinn oder Sinnlosigkeit der eigenen Existenz „hier und jetzt“.

In der bewußtseinsbezogenen Orientierung, die ich hier hervorheben möchte, gestaltet sich die Situation nicht so deutlich. Die europäische Option hat noch keine Symbolik erarbeitet, die das Gefühl der Identität und die kollektiven Emotionen in dem Maße konzentriert, wie dies die von Kindheit an gelernten Hymnen, Flaggen und Embleme tun. Das nationale Bewußtsein und das Gefühl

der nationalen Identität finden dagegen in dieser Sphäre starke Unterstützung: die ganze alte, eng verwobene Tradition.

Die Europäer würden sagen, daß so, wie der Staat im Prozeß der Integration Teile seiner Souveränität an übernationale Institutionen abtreten muß, auch die Nationen ein Stück ihrer Gewohnheiten, ihrer Identifizierung an Europa abgeben müssen. Auf dem Wege der Überwindung politischer Barrieren gab das den Polen und ihrem Land den Vorrang - im Prozeß der europäischen Resozialisierung kann uns das in eine wesentlich ungünstigere Position bringen. Die Inhalte dieses Kanons werden unsere polnische Vision von Europa mitgestalten und damit auch unsere Stellung in diesem Europa. Je nachdem, ob diese Vision durch ökonomische, politische oder kulturelle Kriterien dominiert sein wird, wird uns Europa als Zentrum oder als Peripherie erscheinen, als belagerte Festung oder als Vaterland der Vaterländer.

Die Dominanz von jedem dieser Kriterien wird sich in unserem Bewußtsein unterschiedlich widerspiegeln und auf unterschiedliche Weise unsere Beziehungen zur europäischen Umgebung prägen. Das dominante Kriterium entscheidet, ob wir uns in diesen Beziehungen in der Rolle eines Bittstellers, eines Gläubigers oder eines Partners wiederfinden werden.

Wir stehen vor vielen Risiken und Chancen:

1. Autoritarismus

Er hat verschiedene Quellen. Selbstherrliche Charismatiker können den Triumph über den Kommunismus zu autoritärem Machtmißbrauch nutzen. Nach siebzig Jahren Totalitarismus, nach unklaren Beziehungen zur eigenen nationalen Geschichte, nach Unkenntnis dessen, was Recht und Unrecht in der eigenen Geschichte war, können leicht nationale Legenden entwickelt werden, die nachteilig für die Nachbarn sind.

Die psychologische Situation vieler Oststaaten beim Eintritt in die schwierige Phase der ökonomischen Modernisierung sowie die empfundene Herabsetzung der jungen Demokratien, wenn sie nicht an den entscheidenden Tischen der Weststaaten sitzen dürfen, birgt die Gefahr, daß aus der tatsächlichen oder eingebildeten Ungleichbehandlung autoritäre Antworten erwachsen.

2. Isolationismus

Hier liegt das Risiko der nationalen Wiedergeburt für die Staatenwelt und Völkergemeinschaft darin, daß die Nationen sich selbst genügen, ihre Probleme an

erste Stelle rücken, eine internationale Verantwortung jedoch nicht mittragen oder nicht mitgestalten wollen.

3. Ressentiments-Nationalismus

Die Kontamination mit Nationalismen geschieht durch Vorurteile und Ressentiments in Ost und West. Die stereotype Warnung vor der russischen Hegemonie, auch vor dem „großen“ Deutschland, sowie die Versuche, das Gleichgewichtsdenken wiederzubeleben, sind hierbei zu erwähnen.

Eine Allianz aus Ungarn, der CSFR und Polen wurde 1990 von Warschau vorgeschlagen, um das Gewicht Deutschlands auszubalancieren. Prag widersetzte sich diesem rückwärtsgewandten Denken, das den gesamteuropäischen Kooperationsanforderungen diametral entgegenstand. Bei einer derartig akkumulierten Entwicklung könnte der Nationalismus wieder toxisch werden, denn in der Tat müßte von einer Rückkehr der Geschichte gesprochen werden, wenn dies die ganze Wirklichkeit wäre.

6. Polen und die Europäische Integration

6.1. Übersicht

- Die Gesamtbevölkerung will, ebenso wie Politiker und Experten, in ihrer großen Mehrheit den Beitritt Polens zur EU aus historisch-kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gründen. Differenzen gibt es über den Weg zur Mitgliedschaft und die zukünftige europapolitische Orientierung. Hierbei stehen sich ähnliche Konstellationen von Euroskeptikern und Föderalisten gegenüber wie in Westeuropa.
- Die WWU-Teilnahme wird nur in Expertenkreisen diskutiert; die Mehrheit strebt hier eine möglichst schnelle Teilnahme nach dem EU-Beitritt an.
- Obwohl die erneute Zusage der Osterweiterung auf der Regierungskonferenz von Amsterdam mit Erleichterung aufgenommen wurde, wertet man die bescheidenen Reformergebnisse als Zeichen für mögliche Komplikationen auf dem Weg zum Beitritt.
- Der Avis der Kommission und die Perspektive abgestufter Verhandlungsaufnahmen wird mit Befriedigung aufgenommen. Konkrete Vorbereitungen auf die Verhandlungen sind angelaufen.
- Die europapolitische Orientierung Polens im Jahre 2005 wird vermutlich auf der politischen Ebene föderalistisch und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

liberal sein.

6.2. Die Strategiedebatte in Polen

Motivationen für den Beitritt

- Mehr noch als andere MOE-Staaten fühlt sich Polen gleichzeitig Europa (im zivilisatorisch-politischen Begriff) zugehörig wie auch von ihm immer wieder im Stich gelassen: Die Zugehörigkeit nun endlich bestätigt zu bekommen dürfte eines der wichtigsten Motive für den Beitrittswunsch darstellen.
- Zweites Motiv ist die Erkenntnis der Eliten, daß Polen aus verschiedenen historischen Gründen in Wirtschaft, Infrastruktur und Zivilgesellschaft hinter dem Westen (aber auch hinter Tschechien) zurückgeblieben ist. Die Mitgliedschaft, und sogar in hohem Maße die Vorbereitung darauf, bieten die einzige verlässliche Chance für eine schnellstmögliche und umfassende Modernisierung des Landes auf allen Ebenen.
- Die unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteile der Mitgliedschaft stehen wahrscheinlich - zumindest für die politische Elite - erst an dritter Stelle: völlig freier Marktzugang zu den anderen EU-Staaten, Subventionen aus den Fonds etc.
- Schließlich ist die sicherheitspolitische Komponente nicht zu vernachlässigen: Auch die Angst vor der unkalkulierbaren Entwicklung in Rußland ist eine Motivation für den Wunsch nach schnellstmöglicher Mitgliedschaft in einer Organisation, der Rußland selbst auf absehbare Zeit nicht angehören wird.

Die gegenwärtigen Kontroversen

Das Streben nach Mitgliedschaft an sich wird von der überwiegenden Mehrheit der Bürger (je nach Umfrage zwischen 60 und 75%) wie auch von der politischen Klasse Polens gestützt. Eindeutiger Widerstand gegen den Beitritt kommt nur von radikalen politischen Parteien der Rechten und von Teilen des Klerus. Aber in den Fragen der Geschwindigkeit, der Beitrittskosten und des Beitrittsnutzens sowie der weiteren europapolitischen Orientierung nach erfolgtem Beitritt existieren erhebliche Meinungsunterschiede im politischen Spektrum:

- In der Frage, ob Polen so schnell wie möglich oder erst nach einer längeren Vorbereitung beitreten soll, stehen sich zwei Lager gegenüber: Für einen schnellen Beitritt votiert die Mehrheit der Postkommunisten (SLD), die Freiheitsunion (UW), die sozialdemokratische Union der Arbeit (UP) sowie der

kleine liberal-konservative Flügel der Wahlaktion Solidarnosc (AWS). Grundgedanke ist hierbei, daß schmerzhaft Reformschritte am besten in kurzer Zeit erreicht werden sollten, und daß eine Verlängerung der Vorbereitungszeit keinerlei verbesserte Startchancen für die Mitgliedschaft bietet, da dies nur den gesamten Modernisierungsprozeß verzögern und die Kosten für Polen wie auch für die EU nur vergrößern würde. Das andere Lager besteht aus der Bauernpartei PSL, dem nationalklerikalen und dem gewerkschaftlichen Flügel der AWS sowie in extremer Form der nationalpopulistischen Partei ROP: Die PSL macht den Beitrittszeitpunkt abhängig von der Höhe der im Vorfeld geleisteten EU-Hilfszahlungen zur Restrukturierung der Landwirtschaft; sie befürchtet generell das Verschwinden der bäuerlichen Kleinbetriebe. Die ROP und die AWS-Rechte wollen Polen zuerst wirtschaftlich erstarren lassen (10-15 Jahre), um dann mit Brüssel von gleich zu gleich und nicht „auf den Knien“ zu verhandeln.

- Eng mit dieser Debatte verknüpft ist die Frage der Kosten/Nutzen-Rechnung. Das Komitee für Europäische Integration (untersteht dem Premierminister) hat in seiner im Februar 1997 veröffentlichten „Nationalen Integrationsstrategie“ kaum von der Frage der Kosten (Infrastrukturinvestitionen, zeitweiliger Verlust von Arbeitsplätzen etc.) gesprochen, da diese schwer zu beziffern sind, und da sie ohnehin unvermeidbare Elemente einer Modernisierung darstellen. PSL und ROP dagegen verlangen eine genaue Schätzung der Kosten, womit die Argumente für eine Verlangsamung gestärkt werden sollen.
- Ebenfalls strittig ist die generelle Einstellung zur Zukunft der Integration: Während SLD, UW und UP eher einer föderalen Ausrichtung zuneigen und die gemeinsame Ausübung von Souveränität wie auch eine starke GASP als wesentliche Elemente der Integration verstehen, hegen die PSL, vor allem aber die ROP und die Mehrheit der AWS großes Mißtrauen gegen diese Strategie und neigen eher der Linie der britischen Konservativen zu: „Europa der Vaterländer“, strikte Wahrung von Souveränität etc. Obwohl die Beitrittsfrage an sich, wie auch die Frage der zukünftigen Strukturen der Integration, bisher kein Wahlkampfthema war, hat die Verfassungsdebatte einen Vorschmack auf künftige Entwicklungen gegeben: Der Haupteinwand der AWS gegen den Entwurf des Sejm ging kurz vor dem Referendum im Mai gegen den Artikel, der eine Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen an supranationale Organisationen vorsah. In wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht verhält es sich umgekehrt: Hier streben SLD und UW Opt-outs für Polen bei den Sozialstandards (Konkurrenzfähigkeit!) sowie eine generelle Reduktion von Subventionen an. Die PSL und die Rechte dagegen dürften hier am ehesten integrationsbereit sein.

6.3. Die Wirtschafts- und Währungsunion

WWU und Euro werden in Polen trotz einer leichten Belebung der generellen Integrationsdebatte weiterhin hauptsächlich in Expertenkreisen diskutiert. Hier ist der Wunsch sichtbar, die Teilnahme an der WWU möglichst bald nach der EU-Mitgliedschaft zu erreichen, wobei die Chancen als gut eingeschätzt werden: Polen erfüllt bis auf Zinssatz und Inflation bereits heute die Konvergenzkriterien. Die WWU-Teilnahme wird aus heutiger Sicht für das Jahr 2006 für möglich gehalten. Einige ultraliberale Wirtschaftsexperten halten allerdings eine Euro-Teilnahme für hinderlich bei der Konkurrenzfähigkeit im Export - dieses Argument wird von der jetzigen Regierung nicht geteilt. Außerdem wird ein zu großer Abstand zwischen EU-Beitritt und WWU-Teilnahme von der Mehrheit der Politiker und Experten als politisch schädlich begriffen („Mitgliedschaft 2. Klasse“).

6.4. Reaktionen auf die Regierungskonferenz von Amsterdam

Die mageren Ergebnisse von Amsterdam wurden von Regierungskreisen und in der UW mit einer gewissen Besorgnis aufgenommen. Durch die Anzeichen für interne Reformunfähigkeit sieht man, trotz der Zusicherungen über den Verhandlungsbeginn 1998, die Beitrittschancen Polens implizit gefährdet. Offizielle Erklärungen betonen natürlich immer zunächst die Befriedigung über die Bestätigung der Beitrittszusage. Aber hinter den Kulissen ist Unruhe festzustellen. Man befürchtet, daß das Haupthindernis auf Polens Weg zur EU nicht mangelnde Vorbereitung polnischerseits, sondern mangelnder Konsens und fehlende Reformbereitschaft in der EU selbst ist. Die euroskeptischen Teile des politischen Spektrums (in AWS und ROP) fühlen sich bestätigt und kommentieren den Amsterdam Gipfel in der Überzeugung, die Grenzen der Integration seien nun offenbar erreicht. Daß sich damit auch die Beitrittsperspektive überhaupt verkompliziert, wird kaum gesehen.

6.5. Reaktion auf den Avis der EU-Kommission und die nächsten Schritte in der Beitrittsvorbereitung

- Im Avis vom Juli 1997 fühlt sich Polen relativ fair beurteilt und ist befriedigt darüber, daß es zur 1. Gruppe zählt, und daß das „Startlinienmodell“ scheinbar aufgegeben wurde.
- 33 Arbeitsgruppen zu verschiedenen Gebieten der Integration werden noch im August dem Komitee für Europäische Integration ihre Berichte präsentieren, aufgrund derer dann die Verhandlungsposition erstellt wird. Im Septem-

ber soll sie von der Regierung bestätigt werden, allerdings könnte dieser Prozeß bei einem Regierungswechsel (Wahlen am 21.9.1997) erheblich durcheinandergeraten.

- Sollte sich die Regierung ändern, würde die AWS die Führung einer neuen Koalition übernehmen. Das polnische Vorgehen in den Verhandlungen mit Brüssel könnte u.U. härter werden, mit Sicherheit aber unberechenbarer und weniger professionell.
- Die dringend nötige und viel zu lange verschleppte Informationskampagne zur EU läuft erst langsam an. Noch ist sich das Komitee für Integration nicht einig über eine konkrete Strategie. Mit einer professionell geführten Aufklärungskampagne ist erst für 1998 zu rechnen.

6.6. Szenarien: Polens europapolitische Orientierung im Jahre 2005

Welche grundsätzliche Strategie in der Europapolitik könnte eine polnische Regierung im Jahre 2005 verfolgen, also vermutlich kurz nach dem Beitritt zur EU? Zur Vereinfachung seien hier 4 Optionen, geordnet nach 2 Kriterien erwähnt:

Geht man unabhängig von den heute existierenden Parteien davon aus, daß sich bestimmte Grundströmungen in der Wirtschafts- und Europapolitik in die Zukunft extrapolieren lassen, dann erscheinen die Kombinationen 1 und 3 für die polnische Politik im Jahre 2005 am wahrscheinlichsten. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, daß diese beiden Kombinationen, anders als Nr. 2 (die „klassische Delors-Option“) und Nr. 4 (die bisherige britische Linie), im spezifischen polnischen Kontext in sich am kohärentesten sind. Nr. 1 entspricht der heute von den „Modernisierern“ (in SLD und UW, sowie in großen Teilen der Wirtschaft) vertretenen Linie, während Nr. 3 die heutige Position der „retardierenden Kräfte“ (beide Gewerkschaften, Klerus, ROP, PSL, Teile der AWS) am ehesten wiedergibt. Legt man weiteres wirtschaftliches Wachstum, sinkende Relevanz der vergangenheitsbezogenen Antikommunismus-Debatte, wachsenden Einfluß einer an Modernität interessierten Mittelklasse etc. zugrunde, dann ergibt sich - ganz unabhängig von der weiteren Entwicklung der einzelnen Parteien - die Wahrscheinlichkeit, daß die Kombination 1 Mitte des nächsten Jahrzehnts in Polen tonangebend ist, also eine Mischung aus föderalen, auf eine starke Union mit starken Institutionen ausgerichteten politischen Orientierungen mit liberalen, auf Deregulierung und Subventionsabbau ausgerichteten Orientierungen in der Wirtschaftspolitik.

Entwicklung und Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum

Krystian Heffner

1. Einführung¹

Immer öfter entstehen Initiativen, deren Ziel eine Veränderung der politischen und sozio-ökonomischen Rolle der Grenze und der mit ihr verbundenen Grenzgebiete ist. Häufig sind das Strukturen und sozio-ökonomische Abkommen, die unter Peripheriebedingungen funktionieren. Sie haben gewöhnlich einen politisch-wirtschaftlichen, einen Verwaltungs- oder einen Selbstverwaltungscharakter. Darüber hinaus sind Versuche unternommen worden, den Zustand der Bewirtschaftung der Grenzgebiete, gesellschaftliche Prozesse, kulturelle und ethnische Eigenarten sowie die Staatspolitik und die internationalen Beziehungen, insbesondere im Hinblick auf die Nachbarländer, zu erforschen. Diese können zur Abwägung von Änderungsmöglichkeiten und beim Aufstellen von Prognosen über neue Richtungen der Regionalentwicklung behilflich sein.

In der Zeit der sozio-ökonomischen Transformationen in Mittel- und Osteuropa ist eine wesentliche Frage die nach der Zusammenarbeit der Länder dieser Region einerseits mit der benachbarten Europäischen Gemeinschaft, andererseits jedoch auch mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und vor allem nach der Zusammenarbeit der MOE-Staaten untereinander. Diese Prozesse verlaufen auf vielen Ebenen, sie spielen sich in verschiedenen räumlichen Bezugssystemen ab und wirken auf ganze Länder wie auch auf Teile von ihnen ein. Sie beeinflussen wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Wandlungsprozesse und wirken sich auf die komplizierte Materie der Innen- und internationalen Politik aus. Sie finden auch eine Abbildung in der Transformation der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Besiedlungsstrukturen (Änderung der Bedürfnishierarchie, Anpassung an neue Innovationsprozesse) und vor allem in neuen Richtungen der Bevölkerungsentwicklung. In Mitteleuropa sind diese Erscheinungen mit besonderer Stärke sichtbar, wo sich

¹ Bei der Vorbereitung dieses Vortrages habe ich von den Arbeiten von Dr. Tadeusz Strykiewicz (Adam Mickiewicz Universität in Poznań) und Prof. Marek Kłodzinski (Institut für Dorf- und Landwirtschaftsentwicklung PAW in Warschau) profitiert. Ihnen möchte ich für diese Möglichkeit danken.

Staatsstrukturen unmittelbar berühren, also in den grenznahen Gebieten, Grenzlandzonen und Grenzgebieten. Die Funktion und Bedeutung dieser Gebiete und Grenzlinien unterliegt einer schnellen Wandlung in allen Sphären - in der politischen, der wirtschaftlichen, der gesellschaftlichen, der kulturellen und der ethnischen.

Die Fragen, die mit der Funktion der Grenzgebiete unter neuen geopolitischen und strukturellen Bedingungen zusammenhängen, können in zwei Gruppen unterteilt werden:

- Aktivitäten, die den bisherigen Stand der Beziehungen im Bereich der Gesellschafts-, Wirtschafts-, Kultur- oder Organisationstätigkeit ändern sowie
- Hindernisse, die die Zusammenarbeit und das Mitwirken der Länder und Selbstverwaltungen in der Grenzlandzone erschweren oder unmöglich machen (hauptsächlich im rechtlichen oder infrastrukturellen Bereich).

Die Transformation der sozio-ökonomischen Systeme in Mitteleuropa hat den Regionalstrukturen, die mit den Staatsgrenzen verbunden sind, eine besondere Bedeutung verliehen. Die sozio-ökonomischen Systeme der Grenzregionen mit ihren Innen- und Außenverbindungen haben einen neuen Stellenwert erhalten. Vor allem die Gebiete, deren Entwicklung in Interaktion mit der internationalen Zusammenarbeit steht oder denen zahlreiche neue Funktionen als Berührungszone zu anderen Ländern zuwachsen, sind umgewertet worden (*Heffner 1996*).

Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Öffnung der Grenzen haben den Status der Grenzgebiete und ihre Stellung im räumlichen System von Verwaltung und Wirtschaft grundsätzlich geändert. Eine neue Form der räumlichen Organisation in den Transformationsländern des östlichen Mitteleuropas sind die Euroregionen (*Grzeszczak 1993*). In diesem Referat sollen die allgemeine Charakteristik von Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze sowie Ziele, Aufgaben und Bedingtheiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (vor allem aus polnischer Sicht) dargestellt werden.

2. Integrationsprozesse in Europa im Zusammenhang der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Interdisziplinäre Untersuchungen der grenznahen Gebiete in Westeuropa haben sich in großem Maßstab nach dem II. Weltkrieg entwickelt. In den sozialistischen Ländern, so auch in Polen, wurden sie nur vereinzelt durchgeführt. Erst

nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems wurden sie unter dem Einfluß der Integrationsfortschritte in Westeuropa intensiviert (Stasiak 1993). Dies äußerte sich in einem wesentlichen Zuwachs an Publikationen, die den Problemen der Grenze² und der Entwicklung der Grenzgebiete gewidmet waren³. Ein wichtiger Umstand dabei ist, daß Vertreter von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen Interesse an diesen Fragen haben, was eine allseitige Erfassung des Problems begünstigt.

Das Interesse an den grenznahen Gebieten hat sich noch vergrößert, als neue Integrationsmöglichkeiten in Europa entstanden sind, so unter anderem die Möglichkeit eines polnischen Beitritts zur Europäischen Union. Es entsteht der Eindruck, daß manche Autoren fundierte Kenntnisse über die grenznahen Regionen besitzen und Anregungen zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit wie auch zur allseitigen Entwicklung der Grenzgebiete als einen Schritt in Richtung auf die Integration mit Westeuropa betrachten. Vor diesem Hintergrund nehmen die Untersuchungen zu verschiedenen Aspekten jener polnischen Regionen, die an Tschechien, die Slowakei und Deutschland grenzen, einen besonderen Stellenwert ein. Zusätzlich müssen negative demographische Tendenzen, die durch Innen- und Außenmigration hervorgerufen werden, berücksichtigt werden. Jedoch ist noch ungeklärt, in welchem Grade diese Erscheinungen von der Grenze bzw. der grenznahen Lage beeinflusst werden.

Die Länder der Europäischen Union haben in Wirtschaft und Politik einen hohen Integrationsstand erreicht, was oft mit einer schnellen Entwicklung der Grenzgebiete verbunden war. Teilweise ist die Integration der Gebiete beiderseits einer Staatsgrenze so fortgeschritten, daß vom Bestehen einer Funktionsregion gesprochen wird. In der entsprechenden Literatur werden zahlreiche Beispiele für die Zusammenarbeit benachbarter Staaten in den Grenzgebieten genannt. Gleichzeitig wird jedoch bemerkt, daß die Unterordnung einer Funktionsregion unter verschiedene Staatsbehörden die regionale Raumplanung erschwert. In den grenznahen Gebieten treten nebeneinander zentralistische und dezentralistische Tendenzen auf.

² U.a. Kałuski 1992; Pogranicze polsko-niemieckie 1992; Winiarski 1996.

³ Z.B. Eberhardt, Komornicki 1993; Kowalczyk 1993; Stasiak 1993; Burkhardt 1995 und andere.

3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus europäischer und polnischer Sicht

Als grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird im Sinne der Konventionen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (1991) jedes gemeinsame Unternehmen bezeichnet, das die Festigung und Weiterentwicklung der nachbarlichen Kontakte zwischen den Gemeinden und Territorialbehörden mit mindestens zwei Subjekten zum Ziel hat. Als eine solche Zusammenarbeit gilt auch das Schließen von Verträgen und die Annahme der für ihre Realisierung nötigen Vereinbarungen. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit ist durch Gemeineigenschaften und Territorialbehörden in einer vom nationalen Recht bestimmten Weise beschränkt. Der Ausdruck "Gemeinden und Territorialbehörden" bezieht sich auf Einheiten, Ämter und Institutionen, die die Lokal- und Regionalaufgaben realisieren bzw. die nationalen Rechte eines Staates wahrnehmen. Gewöhnlich werden diese Einheiten, Ämter und Institutionen wie auch Gegenstände und Handlungsformen bestimmt, die teilweise oder völlig aus dem Anwendungsbereich der Verträge ausgeschlossen bleiben sollen.

Die Ziele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa, und somit auch in Mitteleuropa, sind:

- eine neue Qualität der Grenzen. Besonders in den grenznahen Gebieten von Nachbarstaaten ist die Notwendigkeit deutlich, die fesselnden Staatsregelungen zu überwinden. Was für den Bürger im Landesinneren als europäische Theorie erscheint, ist für seinen Landsmann im Grenzgebiet Alltagspraxis. Er muß die Unbequemlichkeiten des Lebens an der Grenze erdulden, sein Wunsch ist also die Beseitigung ihrer Ursachen.
- die Stärkung der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Verbindungen.

Weiterhin bestehen in Europa Probleme, die auch in den Grenzgebieten zu sehen sind. Besonders deutlich zeigen sich Differenzen in:

- Strukturen und Kompetenzen der einzelnen Administrationsstufen,
- Steuer- und Sozialgesetzen,
- Gesetzen über die Planung und Raumbewirtschaftung,
- Gesetzgebung über die Umweltschonung und Abfallbeseitigung,
- Kommunikationssystemen und Politik, die mit diesen Systemen zusammenhängt,
- Alltagsproblemen der grenznahen Gebiete,

- Erhaltung der wirtschaftlichen Disproportionen und der Währungsparität sowie
- Fehlinvestitionen im Bereich der Dienst- und Sozialleistungen aufgrund von Planungshindernissen, Gesetzgebung und Finanzen.

Deshalb ist ein grenzüberschreitendes Netz von Verbindungen auf regionaler Ebene nötig, das nicht nur die wirtschaftliche und infrastrukturelle Kooperation ermöglicht, sondern mit der Beseitigung von Barrieren (z.B. in Sozialfragen, Bildungswesen und Fremdsprachenlehrgängen), mit der Lösung alltäglicher Grenzprobleme und im Bereich des kulturellen Verständnisses eine Vertrauensbasis schafft. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist in allen Gebieten Europas eine dringende Aufgabe, die über das Jahr 2000 hinaus besteht und sowohl sorgfältig als auch energisch angegangen werden muß (*Irmen, Schmidt 1992; Grimm 1995*).

4. Polens grenznahe Zusammenarbeit - ein kurzer Zug durch die Geschichte

In den neunziger Jahren wurden in Polen Informationen über die Gründung von grenzüberschreitenden Euroregionen bekannt, an denen auch polnische Grenzgebiete teilnehmen sollten. Einige von ihnen, insbesondere im polnisch-deutschen Grenzraum, sind mittlerweile hinsichtlich der Organisation und funktionell bedeutend fortgeschritten⁴. Die Entwicklung und die Hauptprobleme der Euroregionen *Nysa-Neiße-Nisa*, *Proeuropa Viadrina* und *Pomerania* im westpolnischen Grenzgebiet sowie der Regionen *Bug*, *Euroregion Karpaten*, *Tatra*, *Euroregio Glaciensis* und *Teschener Schlesien (Śląsk Cieszyński)* in den östlichen und südlichen Grenzgebieten werden ständig verfolgt und analysiert und sind bereits Thema einer reichhaltigen Literatur⁵.

In der Vergangenheit kam es häufig vor, daß nicht nur die Bevölkerung von Informationen über neue funktionelle und politische Formen der regionalen Zusammenarbeit überrascht wurde. Auch wissenschaftliche Kreise standen oft vor vollendeten Tatsachen. Dies führte meist zu begründeter Unruhe auf den verschiedenen Ebenen. Besonders im Bereich der Raumwirtschaft im Makromaßstab ist eine Übereinstimmung mit der allgemeinen Konzeption der Raum-

⁴ Z.B. Willers 1992; v.d.Boel 1994; Schürer, Schnabel 1994; Przybyła 1995; Krätke 1996.

⁵ Z.B. Eckert 1994; Borys, Panasiewicz 1995; Heffner 1996; Strykiewicz 1996 und viele weitere.

bewirtschaftung des Landes nötig, sollen die rechtlichen Bedingungen erfüllt werden, die den in Euroregionen organisierten Territorien Polens die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermöglichen. Sie können mit der bestehenden Rechtsordnung, der realisierten Raumpolitik und bereits bestätigten Raumplänen im Landes- und Regionalmaßstab im Widerspruch stehen. Derartige Konzeptionen müssen in der allgemeinen perspektivischen Entwicklungsstrategie Polens enthalten sein (siehe u.a. *Barcz 1991*). Sie müssen rational begründet und einer meritorischen Beurteilung sowie der lokalen Öffentlichkeit zugänglich sein. Sie können nicht kurzfristig entstehen, aus Gründen der Propaganda oder aus Interesse an neuen Finanzmitteln aus verschiedenen Quellen.

Wenn man untersucht, ob diese Bedingungen erfüllt sind, empfiehlt sich ein Blick auf den Ursprung und die Projekte der bereits entstandenen oder sich in Planung befindenden Euroregionen entlang der polnischen Grenze. Interessant sind vor allem die Gebiete an der polnischen Ost- und Südgrenze, weil der größte Teil der an der Westgrenze entstandenen Euroregionen keine Bedenken erweckt (z.B. Euroregion Neiße und Euroregion Pomerania, obwohl letzterer in Polen auch ernste Vorbehalte, nicht nur politischer Art, gegenüberstehen). Widersprüche und politische Zweideutigkeiten, besonders wenn Länder mit noch ungelösten innenpolitischen Problemen in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eintreten, können praktisch alle für diese Zusammenarbeit wesentlichen Handlungen lahmlegen. Handlungen mit Integrationscharakter können dann von den Regionen in den grenznahen Zonen - bei gegebenen politischen Interessendifferenzen - höchstens noch verbal unterstützt werden.

5. Die Lage der landwirtschaftlichen Gebiete im westlichen Grenzraum Polens

Die im Grenzraum zu beobachtenden Phänomene geben in vielen Fällen einen Vorgeschmack auf die Probleme, denen die gesamte Wirtschaft Polens im Laufe der Assoziierung Polens an die Westeuropäische Union gegenüberstehen wird. Das macht eine neue Beurteilung und ein neues Herangehen an die Probleme dieser Gebiete erforderlich, deren weitere Entwicklung in Zusammenarbeit mit den Nachbarn von jenseits der Grenze erfolgen sollte. Wie in vielen Fällen erweist sich auch hier, daß das Leben schneller ist als offizielle Entscheidungen. Das Ausmaß des grenzübergreifenden Handels bestätigt jedoch, daß es notwendig ist, den Einfluß der Grenze auf die Wirtschaft der Grenzgebiete zu würdigen (*Kłodziński 1996*).

Die an Oder und Neiße gelegenen Gebiete sind, an der Peripherie der beiden

Nachbarstaaten liegend, vorwiegend landwirtschaftlich strukturiert. Auf polnischer Seite handelt es sich sowohl hinsichtlich des ganzen Landes als auch hinsichtlich der Regionen (der Wojewodschaften) um Gebiete peripheren Charakters. Diese Randlage wurde jahrzehntelang durch die geschlossene Grenze verstärkt. Infolgedessen zählen viele Grenzgemeinden zu den Gebieten mit großen Entwicklungsproblemen. Das schlägt sich in einem Funktionsdefizit (hauptsächlich Landwirtschaft auf großen Flächen) sowie in der nur langsamen Entwicklung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten u.ä. nieder. In der Literatur begegnet man der Bezeichnung „Westwand“ im Sinne von „abgelegenes, westliches Randgebiet“, deren Erfinder im westlichen Grenzraum das Auftauchen sozialökonomischer und gesellschaftlicher Erscheinungen wahrnehmen, die bislang nur in der Gegend der sogenannten „Ostwand“ auftraten.

In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Polens können die Grenzgemeinden nicht mit wesentlicher Unterstützung aus dem zentralen Haushalt rechnen. Daher müssen sie ihre Entwicklung auf der Grundlage der von ihnen selbst erwirtschafteten Mittel planen. Eine solche Verringerung der Grenzschränken - daß die Staatsgrenze nicht trennt, sondern verbindet - wird somit zu einer Entwicklungschance für diese Gemeinden. Vor allem kann sie zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und zum Erschließen zusätzlicher Einnahmequellen für die örtliche Bevölkerung führen. Die Nähe des deutschen Marktes und die Öffnung der Grenze bringen zunächst viele zeitweilige Vorteile mit sich: der grenzübergreifende Handel entwickelt sich, der Fremdenverkehr nimmt zu u.ä. Wenn es jedoch nicht zu einer Umstrukturierung der Wirtschaft in den Grenzgebieten kommt, werden diese Vorteile bald wieder vergehen. Die Umstrukturierung der Wirtschaft darf nicht nur unter Berücksichtigung der sich aus der Nachbarschaft zu Deutschland ergebenden zeitweiligen Vorteile geplant werden, sondern muß auch die Festigung ihrer Ergebnisse, das Erkunden der auf anderen, nicht nur den grenznahen Märkten bestehenden Möglichkeiten sowie die Unterstützung durch einheimisches, gemischtes und ausländisches Kapital berücksichtigen. Die bessere Nutzung der vorhandenen Potentiale, darunter die Nutzung des Standortvorteils, wird es gestatten, die örtliche Wirtschaft weiter auszudifferenzieren und vor allem die nicht-wirtschaftlichen Bereiche zu entwickeln. Das bedeutet auch die Entwicklung des nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes und die Erschließung neuer Einnahmequellen für die örtliche Bevölkerung.

Die sozio-ökonomische Lage auf beiden Seiten der Grenze ist schwierig. In den Gebieten der ehemaligen DDR tauchen ablehnende Haltungen gegenüber den Polen auf. Die polnische Bevölkerung, insbesondere die ältere Generation, ist demgegenüber sehr empfindlich. Die lange Zeit der realsozialistischen Propaganda ausgesetzten Polen haben Angst vor der Expansion des ausländischen Kapitals, ganz besonders des deutschen Kapitals. Es ist mühevoll, sehr lang-

fristig angelegte Arbeit erforderlich, um die gegenseitigen Vorurteile und Abneigungen abzubauen, sich näher kennenzulernen und sich von den Rückforderungseinstellungen zu befreien, die von der Ideologie der zentral gelenkten Planwirtschaft gefestigt wurden. Auf beiden Seiten der Grenze verdrängt das Denken in den Kategorien der Marktwirtschaft und der persönlichen Verantwortung für das eigene Schicksal nur schwer die tief verwurzelten Grundsätze der kollektivistischen Ethik der Staaten des „real existierenden“ Sozialismus (Drobek, Heffner 1996).

Wenn wir an die Aufnahme Polens in die Europäische Union denken, so ist der große Stellenwert von Partnerschaft und Versöhnung zwischen Polen und Deutschen hervorzuheben. Deutschland unterstützt den Beitritt Polens zur NATO stärker als alle anderen Staaten. Dasselbe betrifft die Europäische Union. Deutschland vertritt die Fragen der mitteleuropäischen Länder, darunter Polens, mit - man kann sagen - mehr Gespür für die geopolitischen Gegebenheiten als die anderen westlichen Staaten. Auch in dieser Hinsicht sind die polnisch-deutsche Versöhnung und eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit überaus wichtig. Das bedeutet, daß Europa nicht an der Oder-Neiße-Linie endet, und daß die wirtschaftliche und politische Landkarte Europas durch andere Faktoren bestimmt wird als durch „Einflußsphären“ und Ambitionen der Supermächte. So, wie die französisch-deutsche Versöhnung das Fundament für die Errichtung Westeuropas gebildet hat, kann die polnisch-deutsche Versöhnung zu einem wichtigen Argument für die Aufnahme Polens in die Europäische Union werden.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß der Prozeß der Integration Polens in die europäischen Strukturen kein kollisionsfreier Prozeß sein wird. In Europa können verschiedenartige Ebenen der Integration und Geschlossenheit entstehen. Das Niveau der Integration der polnischen Volkswirtschaft in die Wirtschaft der Europäischen Union wird in hohem Maße von den in Polen erfolgenden Veränderungen abhängen. Die im polnisch-deutschen Grenzraum stattfindenden Prozesse werden wesentlich daran beteiligt sein.

Eine Voraussetzung für die Entwicklung der ländlichen Gebiete und vieler Gemeinden des Grenzraumes liegt im Wandel ihres bisher monofunktionellen, auf die Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe ausgerichteten Charakters hin zu örtlichen Wirtschaftsstrukturen, die nicht mehr von landwirtschaftlichen Tätigkeitsrichtungen dominiert werden.

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit ist - trotz all ihrer Mängel und Schwächen - eine in großem Umfang bestehende Tatsache. Man schätzt, daß ein Viertel des polnischen Warenaustausches mit Deutschland erfolgt. Nach Berechnungen läßt jeder Besucher von jenseits der Oder ca. 100 DM in Polen.

Addiert erreichen diese Beträge Milliardenhöhe, was jedoch in den Statistiken staatlicher Ämter nicht unbedingt seinen Niederschlag gefunden hat. 1994 haben 47,8 Mio. Personen⁶ mit nicht-polnischen Personalpapieren die Westgrenze in Richtung Polen und 19,5 Mio. polnische Staatsbürger die Grenze von Polen nach Deutschland überschritten. Die über die Westgrenze kommenden Ausländer haben in Polen Einkäufe in Höhe eines Betrages getätigt, den das Statistische Hauptamt GUS auf 3,6 Mrd. neue Zloty schätzt. Die Vielzahl der Unternehmen, die auf beiden Seiten der Grenze ihr Glück versuchen, der sich ausweitende Handel auf den Basaren, die Schmuggelgeschäfte, all das hat ein undurchschaubares Durcheinander ausgelöst, aber anders kann es eben nicht sein. Die grenzübergreifenden Wirtschaftskontakte zwischen Polen und Deutschland stecken inmitten einer typischen Krankheit, die durch das Ende der jahrzehntelang herrschenden, amtlichen Einigkeit ausgelöst wurde, bei der die Zusammenarbeit nur in Berichten zu besonderen Anlässen so vortrefflich ausfiel. In der Praxis aber war die „Grenze der Freundschaft“ mit Stacheldraht gespickt. Es gab nur wenige, streng bewachte Grenzübergänge, und die Kapazität der Oderbrücken reichte gerade für offizielle Delegationen. Heute sind diese Übergänge zu klein und zu eng, um jährlich Millionen von Personen abfertigen zu können, die auf der anderen Seite nach Waren, Arbeit oder Kontakten zu den Nachbarn suchen.

Die Grenzgebiete erfahren gegenwärtig nicht nur eine gewisse wirtschaftliche Belebung, sondern durch das Entstehen zahlreicher Kontakte zu den Deutschen vollziehen sich auch Bewußtseinsveränderungen. Ebenso bilden sich völlig neue Strukturen heraus, nämlich die beiden Euroregionen *Pro Europa Viadrina* und *Spree-Neiße-Bober*. Für die polnischen örtlichen Selbstverwaltungen erweisen sich die Euroregionen als Chance, ihre Rückständigkeit zu überwinden, denn lange Jahre hindurch waren sie Peripheriegebiete Polens. Die polnischen Selbstverwaltungen rechnen damit, daß trotz des gegenwärtig geltenden gesetzlichen Verbots, Strukturfonds der Europäischen Union außerhalb der Unionsgrenzen einzusetzen, derartige Mittel am Ende auch zu ihnen gelangen werden.

Auf deutscher Seite ergibt sich das Interesse, Euroregionen zu schaffen, u.a. aus finanziellen Gründen. Unter dem Titel „Euroregion“ hat ein Gebiet die große Chance, Entwicklungsgelder der EU zu bekommen. Auf polnischer Seite ist das Fehlen finanzieller Mittel das Haupthindernis für die grenzübergreifende Zusammenarbeit in Form der Euroregionen. Mit Sicherheit sind die Euroregionen kein Allheilmittel gegen die Probleme der polnischen Grenzgemeinden, aber die

⁶ Angaben nach *Ruch graniczny i wydatki cudzoziemców w Polsce 1994 r.*, Statistisches Hauptamt (GUS), Warschau 1995; (*Grenzverkehr und Ausgaben von Ausländern in Polen 1994*).

von der Basis ausgehenden, auf die Gründung solcher Regionen abzielenden Initiativen stellen in den polnischen Bemühungen um Mitgliedschaft in der Europäischen Union und auch bei der Gestaltung einer neuen politischen und wirtschaftlichen Landkarte Europas im Bewußtsein der Bevölkerung einen konkreten Schritt nach vorn dar. Sie können ferner zu Strukturen werden, die das Knüpfen von direkten Kontakten sowie eine unmittelbare Zusammenarbeit fördern. Charakteristisch ist, daß sich die Wahrnehmung dieser Angelegenheiten in dem Maße ändert, wie man sich von der Oder entfernt. Am stärksten engagiert sind diejenigen, die von dieser Frage direkt betroffen sind. Sie sind bestrebt, die Kontakte zu intensivieren und sehen konkrete Vorteile darin. Im Laufe der Zeit verringern sich auch die gegenseitigen Ängste und Vorurteile, und es entstehen persönliche Freundschaften. Da es sich aber um das Grenzgebiet eines Staates handelt, fallen viele Fragen in die Entscheidungskompetenz der Regierungsebene. In Warschau werden die Probleme und Kontakte bürokratisiert, die Trägheit bei der Lösung von - wie man meinen sollte - einfachen örtlichen Sachverhalten nimmt zu, und letztere werden schließlich zu Fragen im Range der bilateralen Beziehungen.

Es soll jedoch ausdrücklich gesagt werden, daß es nur dann zu guter Nachbarschaft und fruchtbarer Zusammenarbeit kommt, wenn sich beide Partner gegenseitig achten und sich füreinander interessieren. Daher erwecken die geringere Bedeutung Polens innerhalb der deutschen Politik insgesamt sowie die zunehmenden Disproportionen im gegenseitigen Interesse Beunruhigung. Es ergibt sich nämlich folgende Frage: Warum belegt Deutschland, der wichtigste politische Partner Polens in Europa und der bedeutendste Partner der polnischen Volkswirtschaft, hinsichtlich der Investitionen in unserem Land nur den vierten Platz? Bezogen auf die Attraktivität für deutsche Investoren steht Polen deutlich hinter Ungarn und Tschechien zurück.

Das hängt vor allem mit dem unterschiedlichen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung Polens und Deutschlands zusammen. In den letzten Jahren war Deutschland der bedeutendste Abnehmer polnischer Güter. Aus der BRD nach Polen eingeführte Waren machten 27,5% des gesamten polnischen Imports aus. Im Jahre 1993 belief sich der Warenumsatz mit Deutschland auf 18,3 Mrd. DM, d.h. auf 32% des gesamten polnischen Außenhandels. Der Warenaustausch mit Polen machte dagegen nur knapp 1% aller Umsätze des deutschen Außenhandels aus. Deutschland ist der absolut führende Wirtschaftspartner Polens, aber Polen stellt für die deutsche Wirtschaft keinen ebenso wichtigen Partner dar. Trotzdem haben Deutsche etwa ein Drittel aller in Polen tätigen Joint-Venture-Unternehmen gegründet (insgesamt ca. 15000). Von den 28 Mrd. DM, die Deutschland jährlich im Ausland investiert, gelangt nur ein geringer Teil (840 Mio. DM) nach Polen. Die deutschen Investitionsmöglichkeiten im Ausland

sind gegenwärtig dadurch begrenzt, daß Jahr für Jahr ca. 200 Mrd. DM in den ostdeutschen Bundesländern investiert werden. In Europa herrscht die Überzeugung vor, daß die deutsche Wirtschaft nach dem Überwinden der mit der Wiedervereinigung verbundenen Probleme einen gewaltigen Aufschwung nehmen und zum dominierenden Wirtschaftsorganismus Europas werden wird. Das Problem besteht dann darin, daß sich die Nachbarschaft mit einer solchen Wirtschaft auch auf die Entwicklung der polnischen Volkswirtschaft auswirkt.

6. Euroregionen als neue Form der räumlichen Organisation und als neues Objekt geographischer Untersuchungen in Polen

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im östlichen Mitteleuropa und das neue politische Verhältnis zwischen Deutschland und Polen bieten eine breite Basis für engere Beziehungen. Es scheint, daß insbesondere in den Grenzgebieten beiderseits der Oder hervorragende Perspektiven für eine Intensivierung der gemeinsamen Aktivitäten bestehen. Die Integrationsprozesse entlang der deutsch-polnischen Grenze stellen ein sehr interessantes Objekt für wirtschaftsgeographische Untersuchungen sowie eine Herausforderung für die Planung der neuen Raumordnung und der Entwicklung dieser Gebiete dar. Diese Prozesse betreffen nämlich Regionen, in denen das Niveau der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sehr stark differenziert ist. Deswegen vergleichen einige, u.a. ausländische Autoren (z.B. Kennard 1992) die Situation des deutsch-polnischen Grenzgebietes mit der des amerikanisch-mexikanischen und schlagen folglich die Einführung einiger Integrationsmechanismen vor. Neben der starken Differenzierung des Wirtschaftsniveaus ist das Fehlen von integrationsfördernden institutionellen Formen ein wesentliches Hindernis im Integrationsprozeß. Deswegen soll die schnelle Bildung neuer Institutionen im Vordergrund stehen (vgl. von Malchus 1992; *Węzłowe problemy współpracy przygranicznej*..1995). Die Idee der Euroregionen ist ein Versuch, die Erfahrungen der hochentwickelten Länder Westeuropas auf den mitteleuropäischen Boden außerhalb der Europäischen Union zu übertragen. Damit sind Hoffnungen auf eine engere wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, auf die Verbesserung der ökologischen Verhältnisse und auf die Hebung der Lebensqualität der Bevölkerung verbunden.

Das Konzept der Euroregion ist in Deutschland (genauer gesagt: in den alten Bundesländern) seit mehr als 30 Jahren bekannt⁷. Es besteht bereits eine reiche

⁷ U. a. Gschnitzer 1958; Koch 1974; Istel, Robert 1982; Spehl 1983; Beispiele für Verflechtungen und Zusammenarbeit an der Grenze... 1984; von Malchus 1984; Wester-

Praxis auf diesem Gebiet. Deshalb wurden hier die ersten Studien zur neuen Raumordnung sehr schnell (bereits 1991) erarbeitet (z.B. der sogenannte *Stolpe-Plan* oder die Studie des Institutes für Angewandte Wirtschaftsforschung in Berlin (*Die deutsch-polnischen Grenzgebiete*...1992, von Malchus 1994, v.d. Boel 1994, Stryjakiewicz 1996)).

Für polnische Regionalplaner, Wissenschaftler, Vertreter der verschiedenen Stufen der Verwaltung und der erst jetzt entstehenden Selbstverwaltung sowie für die Bevölkerung war der Aufbau der Euroregionen ein ganz neues Problem (wir haben es hier also mit einem typischen Beispiel für „Erfahrungssymmetrie“ zu tun). Mittlerweile, nach einigen Jahren des Bestehens und Funktionierens der Euroregionen wie des Fortschreitens der mit der Grenzöffnung verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Prozesse, gibt es auch auf der polnischen Seite zahlreiche Studien und Forschungsprojekte, aufgrund deren man die ersten Bemerkungen und Kommentare wagen darf⁸.

Besonders beachtenswert ist in dieser Hinsicht das von Stasiak (1992) geleitete Projekt *Entwicklungsgrundlagen der westlichen und östlichen Grenzgebiete Polens*. Die Forschungen zur Problematik der polnisch-deutschen Grenzgebiete - darunter auch der Euroregionen - sowie zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit wurden auch von einigen regionalen wissenschaftlichen Zentren, insbesondere in Poznań (*Problemy współpracy regionalnej*... 1995), Wrocław (z.B. Winiarski 1996) und Jelenia Góra (*Przybyła* 1995) aufgenommen. Es bestehen natürlich auch viele Fragen, die unbeantwortet bleiben und weiter untersucht und diskutiert werden müssen. Darüber hinaus fehlt es an einem komplexen, langfristigen Konzept zur Bewirtschaftung der Grenzregionen.

7. Die Charakteristik der Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze und ihr räumlicher Bereich

Die Euroregionen im polnisch-deutschen Grenzgebiet sind in den Jahren 1991-1995 auf der Grundlage des Dokumentes des Europarates von 1980 *Europäische Rahmenkonvention zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften* entstanden. Es muß unterstrichen werden, daß das räumliche Ausmaß der Euroregionen nicht „starr“ ist. Die Instabilität auf polnischer Seite ergibt sich vor allem aus der Möglichkeit der einzelnen Gemeinden, jederzeit ein- oder auszutreten, auf deutscher Seite dagegen aus der

⁸ münsterland - Ostniederlande. Entwicklung... 1984; Gabbe 1985 und viele andere. Z. B. *Współpraca przygraniczna*... 1984; Euroregion Neiße. Grenzüberschreitende Kooperation.. 1992; Grzeszczak 1993; Förster 1994; Kowalke 1995.

Reform der Kreisgliederung. Die älteste Euroregion an der deutsch-polnischen Grenze (und zugleich auch die älteste Euroregion in Polen) ist die *Euroregion Neiße-Nysa-Nisa*, entstanden in Zittau (Żytawa) 1991. Sie liegt im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechische Republik, beiderseits der Lausitzer Neiße, und umfaßt mit ca. 1,7 Mio. Einwohnern eine Fläche von 12.300 km² (1995). Die Organisationsstruktur dieser Region wurde zum Muster für weitere, später gegründete Euroregionen. Die Spitzenorgane sind der Rat und das Präsidium. Die Besetzung erfolgt durch Wahl aus den kommunalen Einzelverbänden, die wiederum aus gewählten Vertretern bestehen. Als Vollzugsorgan fungiert ein Sekretariat (Koordinierungsbüro), dessen Arbeit unmittelbar von Präsidium und Rat geleitet wird. Das Koordinierungsbüro ist der zentrale Anlaufpunkt und zuständig für die organisatorische Betreuung von Arbeitsgruppentätigkeiten. Für die Tätigkeit aller Organe gelten die Grundprinzipien Parität, Rotation und Konsens (z.B. *Walcha 1994; Przybyła 1995*).

Die zweite Euroregion *Spree-Neiße-Bober* mit ungefähr 5.000 km² Fläche wurde 1993 in Gubin vertraglich vereinbart, nachdem der Trägerverein als Vorstufe im Jahre 1992 gegründet worden war. Gründungsmitglieder dieser Euroregion waren die ehemaligen deutschen Kreise Cottbus, Forst, Guben, Spremberg und Eisenhüttenstadt-Land sowie auf polnischer Seite 18 Städte und Gemeinden der Wojewodschaft Zielona Góra (Grünberg).

Die Euroregion *Pro Europa Viadrina* wurde ebenfalls 1993 gegründet. Sie umfaßt 10.000 km² Fläche mit ca. 800.000 Einwohnern. Davon entfallen auf die deutsche Seite - mit den heutigen Landkreisen Märkisch Oderland, Oder-Spree und der Stadt Frankfurt/Oder - rund 450.000 Einwohner, auf polnischer Seite leben - in 18 Städten und Gemeinden der Wojewodschaft Gorzów (Landsberg) sowie in einer Gemeinde der Wojewodschaft Zielona Góra (Grünberg) - rund 350.000 Einwohner. Die Sekretariate dieser Euroregion befinden sich in Frankfurt/Oder und Stubice.

Die jüngste und größte Euroregion ist *Pomerania*, gelegen im nördlichen deutsch-polnischen Grenzgebiet mit Szczecin (Stettin) als Zentrum. Obwohl die Verhandlungen über ihre Entstehung bereits einige Jahre geführt worden waren, wurde sie erst im Jahre 1995 formal gegründet. Es gab Meinungsunterschiede über den räumlichen Bereich dieser Euroregion. Die deutsche Seite strebte bilaterale Strukturen an, während nach polnischer Auffassung auch der Anschluß der baltischen Staaten, Schwedens und Dänemarks (Bornholm) möglich sein sollte⁹. Das Konzept hat jedoch keinen Anklang in diesen Ländern gefunden, obwohl viele Maßnahmen in diese Richtung getroffen worden waren, besonders durch den Kommunalen Zweckverband von Westpommern Pomerania, der die

⁹ Z. B. andere, analoge Projekte: Church, Reid 1995; Lamour 1996.

Gemeinden der Wojewodschaft Szczecin (Stettin) unter seinem Dach vereinigt. Der bisherige Prozeß der Entstehung der Euroregionen und ihre räumliche Gestaltung läßt eine Reihe von Fragen und Kontroversen entstehen, die einer Diskussion wert zu sein scheinen. Einige werden im folgenden aufgeführt (vgl. *Strykiewicz 1996; Schwab 1997*):

1. Die Grenzen der Euroregionen sind in hohem Maße zufällig. Häufig hängen sie mehr von bestimmten Interessengruppen, politischen und sogar persönlichen Optionen ab als von einem System realer funktioneller Verbindungen. Unklar sind auch die Kriterien der Zugehörigkeit zu den Euroregionen. Einige Gemeinden haben die Beitrittsklärung zur Euroregion „unter allen Umständen“ abgegeben, weil sie sich u.a. finanzielle Vorteile aus auswärtigen Quellen, z.B. aus EU-Fonds, erwarteten. Die jetzt auftretenden Schwierigkeiten beim Erwerb dieser Mittel für die Gemeinden auf der polnischen Seite bedeuten, daß sich der wirkliche Nutzen wenigstens am Anfang geringer als erwartet erweisen kann. Deshalb scheint die Zusammensetzung der Euroregionen sehr „fließend“ zu sein.
2. Bedenklich ist die Anzahl der Euroregionen. Gegenwärtig besteht das gesamte deutsch-polnische Grenzgebiet aus miteinander konkurrierenden Euroregionen. Es scheint, daß nach der Periode einer lawinenartigen quantitativen Entwicklung in diesem Bereich nun eine Periode der qualitativen Konsolidierung folgen muß.
3. Die Entstehung von Euroregionen wird von vielen Akteuren der zentralen politischen Ebene als Ausdruck der Dezentralisierung der Wirtschaft betrachtet, was die Position des Zentrums gefährden könnte. Das ist kein ausschließlich polnisches Problem. Die Entstehung der Euroregionen „von unten“ stellt für diese einerseits eine große Chance dar (in das Bewußtsein ihrer Bewohner prägt sich die Überzeugung ein, daß es diesmal kein Gebilde ist, das wie früher „von außen“ aufgezwungen wurde). Andererseits aber kann das Ausbleiben einer geregelten Zusammenarbeit mit der zentralen Verwaltung zahlreiche Schwierigkeiten mit sich bringen.
8. **Ziele und Bedingungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist eine Chance, den Nachteil der peripheren Lage der Grenzregion in einen Standortvorteil zu verwandeln. In

diesem Sinne werden Ziele und Prioritäten der Euroregionen formuliert. Natürlich differenziert sich deren genauer Umfang je nach Eigenart der einzelnen Euroregion. Eine vollständige Darstellung (mit Einzelzielen und Einzelaufgaben) übersteigt deshalb die Möglichkeiten des vorliegenden, kurzen Referates. Jedoch soll der Versuch unternommen werden, gemeinsame Merkmale zu beschreiben. Die Fortschritte in der Realisierung von Zielen und Aufgaben sind in den einzelnen Euroregionen und Problemgruppen sehr unterschiedlich; in den meisten Fällen - wegen des erst kurzen Bestehens der besprochenen Strukturen zunächst im Projektstadium - gestaltet sich die Zusammenarbeit im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich wie auch hinsichtlich des Umweltschutzes verhältnismäßig gut. Schlechter ist die Situation dagegen im Bereich der Produktion, der Industriekooperation und des Austausches von Technologien. Die Entwicklungsmöglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den deutsch-polnischen Euroregionen sind von mehreren, sowohl förderlichen als auch behindernden Voraussetzungen abhängig. Versuche, die Hauptchancen (Impulse) sowie die wesentlichsten Gefahren (Barrieren) dieser Zusammenarbeit synthetisch zu erfassen, liegen mit den Arbeiten von *Willers* (1992), *Eckert* (1994), *Stasiak* (1993), *Krätke* (1996) und *Stryjakiewicz* (1996) sowie mit eigenen Untersuchungen vor.

Zu wesentlichen institutionellen Impulsen für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit könnten und sollten folgende Institutionen werden:

- die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder mit dem Collegium Polonicum in Stubice, die momentan die meisten polnischen Studenten aus den Grenzgebieten rekrutiert. Diese verbinden ihre Zukunft vor allem mit der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. In der Erweiterung der Studienprogramme um die Problematik der Raumplanung und Regionalpolitik in den Grenzgebieten liegen jedoch noch erhebliche Potentiale.
- die Deutsch-Polnische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mit Sitz in Gorzów (Landsberg), gegründet im Jahre 1994 als Aktiengesellschaft mit jeweils 50%-Anteil der deutschen Bundesländer Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen sowie der polnischen Wojewodschaften Szczecin (Stettin), Gorzów (Landsberg), Zielona Góra (Grünberg) und Jelenia Góra (Hirschberg).

Die hauptsächlichen Entwicklungsschwierigkeiten der Euroregionen auf der polnischen Seite liegen in den folgenden Bereichen:

- in instabilen und unpräzisen Regeln des Wirtschaftsrechtes, darunter des Eigentumsrechtes, die außerdem häufig nicht mit den deutschen Gesetzen übereinstimmen,

- im bürokratischen und langwierigen Entscheidungssystem, in der Unterentwicklung der technischen Infrastruktur und des business environment.

Die fehlende Infrastruktur ist - trotz der Bemühungen seitens der Regierung und der Regionalbehörden - einer der „Engpässe“ der polnischen Öffnung zum Westen. Das betrifft insbesondere die Grenzübergänge. Der Bau eines neuen Terminals in Świecko wird diese Situation, die vom Standpunkt der EU-Kriterien aus nicht zu akzeptieren ist, nur teilweise verbessern. Wie jedoch die empirische Studie von *Komornicki* (1994) ausführt, ist die Lage an der östlichen Grenze Polens unvergleichlich schlimmer und erfordert noch dringlicher Abhilfe mit noch höheren Kosten (*Kaczmarek, Stryjakiewicz 1997*).

Positiv ist in Hinsicht auf das begrenzte Budget des Staates und der Regionalbehörden, daß der überwiegende Teil der Fördermittel, die Polen im Rahmen des EU-Programms PHARE für die Jahre 1995-1999 zugesprochen wurden, für Transport- und Infrastrukturinvestitionen bestimmt sind. Darüber hinaus werden auch kleinere Projekte finanziert, die von den Euroregionen konzipiert wurden. Die Gemeinden dagegen, die ihre Hoffnungen an das ab 1995 zu realisierende INTERREG II-Programm geknüpft hatten, wurden nur in begrenztem Umfang befriedigt. Dieses Programm bevorzugt nämlich bei gemeinsamen deutsch-polnischen Initiativen eindeutig die deutsche Seite bei der Zuteilung der Mittel.

Schlußfolgerungen

Die Forschungsergebnisse bestätigen die These, daß die ökonomischen Beziehungen und die persönlichen Kontakte, besonders auf lokaler Stufe, die bedeutendsten Ebenen der deutsch-polnischen Annäherung darstellen. Diese Annäherung muß sowohl von den neuen institutionellen Strukturen (z.B. den Euroregionen) als auch von vielen kleinen gesellschaftlichen Initiativen gefördert werden. Eine große Rolle in der „Erziehung zur Zusammenarbeit“ hat auch das Schulsystem zu erfüllen. Wertvoll sind daher Projekte der Euroregionen, in denen gemeinsame deutsch-polnische Schulen, Jugendaustausch oder andere Veranstaltungen in dieser Richtung organisiert werden.

Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß die eigenständige Entwicklung der Euroregionen im deutsch-polnischen Grenzgebiet wesentlich langsamer verlaufen wird als die der deutsch-holländischen oder der deutsch-französischen Euroregionen. Dies hängt u.a. mit der bedeutenden Asymmetrie der wirtschaft-

lichen Lage, mit dem Standort der neuen Euroregionen (an der östlichen Grenze der EU) sowie mit den weiterhin vorhandenen - wenn auch abnehmenden - Stereotypen und Vorurteilen beiderseits der Grenze zusammen. Darüber hinaus sind zwei Entwicklungstendenzen zu befürchten:

- eine wirtschaftliche Monokultur, die Ausrichtung hauptsächlich auf den Handel und die Bedienung des Transits (plus das Zusammenwirken im Bereich der Kommunalwirtschaft, des Umweltschutzes und des Kulturaustausches), jedoch unter deutlicher Vernachlässigung der Produktionsfunktionen, der Industriekooperation und des Austausches von Technologien.
- die Konzentration der Initiativen an einigen wenigen, hinsichtlich der Lage privilegierten Orten, wie Stubice-Frankfurt/Oder, Kostrzyń-Kietz oder Zgorzelec-Görlitz, was die innere Polarisierung der Region noch vergrößern könnte.

Trotz des geringen Tempos der Integrationsprozesse und trotz der aufkommenden Kritik an einigen bisherigen Formen der regionalen Zusammenarbeit wurde festgestellt, daß sich die Euroregionen entlang der polnischen Westgrenze im Vergleich zu den anderen grenzüberschreitenden Strukturen mit polnischer Teilnahme am besten entwickeln. Zwei Bedingungen scheinen dabei von besonderer Bedeutung zu sein und werden daher hier noch einmal aufgeführt:

- In vielen Euroregionen entwickelten sich Formen der Zusammenarbeit, die nicht mit den in dieser Hinsicht geltenden Gesetzesvorschriften übereinstimmen. Aus diesem Grund ist es notwendig, den Informationsfluß zwischen den lokalen und den zentralen Behörden in beide Richtungen zu verbessern, damit entsprechende Korrekturen in der Gesetzgebung vorgenommen werden können.
- Damit die Grenzgebiete und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit richtig funktionieren können, ist es erforderlich, innerhalb der Beziehungen zwischen den Selbstverwaltungsorganen und den Regierungsbehörden die Kompetenzverteilung in Bezug auf Beschlußfassungen und damit verbundene finanzielle Belastungen zu klären.

Über das künftige Tempo und die Möglichkeiten der Entwicklung von Euroregionen wird auch die Stellung der EU zu den mittel- und osteuropäischen Ländern entscheiden.

Die Ergebnisse einer Umfrage berechtigen zur Formulierung folgender Schlüsse:

- Die Öffnung der Grenze, die Zunahme des Grenzverkehrs und die Erwei-

terung der Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen von Euroregionen haben die Tätigkeit der lokalen Behörden hinsichtlich der ökonomischen Integration der Grenzgebiete aktiviert. Die Erwartungen der Bevölkerung in Bezug auf das Ausmaß und die Geschwindigkeit dieses Prozesses bleiben jedoch weiterhin in hohem Maße unbefriedigt.

- Die potentiellen Angebote und Pläne der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden, obwohl meist wenig bekannt, von der Bevölkerung positiv angenommen, die darin eine Chance für die Verbesserung ihrer materiellen Lage sowie für die wirtschaftliche Belebung der Region sieht.
- Bis vor kurzem wurde die Xenophobie, die hauptsächlich unter den Polen der älteren Generationen existierte, als ein bedeutendes Hindernis in der Entwicklung der deutsch-polnischen Kontakte angesehen. Aus den durchgeführten Untersuchungen ergibt sich jedoch, daß die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu einem Einstellungswandel in der polnischen Bevölkerung geführt hat.

Symptome der sozialen Desintegration, eine unkontrollierte Entwicklung der "grauen Bereiche" der Wirtschaft sowie die Zunahme von Sozialpathologie wurden in größerem Ausmaß nur für Transitstädte wie Stubice-Frankfurt/Oder, Gubin-Guben oder Zgorzelec-Görlitz festgestellt, nicht aber für die landwirtschaftlichen Gebiete und den Großteil der Gemeinden im Grenzgebiet.

Literatur

- Barcz J., Współpraca regionów przygranicznych na przykładzie RFN. Wnioski dla polsko-niemieckiej współpracy przygranicznej, *Studia i Materiały PISM*, Polski Instytut Spraw Między-narodowych, Warszawa 1991.
- Beispiele für Verflechtungen und Zusammenarbeit an der Grenze der Bundesrepublik Deutschland*, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Hannover 1984 (*Veröffentlichungen ARL, Beiträge; Bd 76*).
- Boel, S. v.d., The challenge to develop a border region German-Polish cooperation, in: *European Spatial Research and Policy* (Łódź), 1994, vol. 1 no. 1, S. 57-73.

- Borys T., Panasiewicz Z., Poziom rozwoju społecznego i gospodarczego Euroregionu Nisse-Nisa-Nysa (ujęcie statystyczne), *Prace Naukowe. Ośrodek Koordynacji badań Szkół Wyższych Euroregionu Nysa*, Liberec 1995, no 1, S. 64-72.
- Burkhardt, M. W., Grenz-Transformation. Probleme regionaler Strukturpolitik in deutsch-polnischen Grenzregionen, in: J. Langer, W. Pollauer (Hrsg.), *Kleine Staaten in großer Gesellschaft*, Eisenstadt 1995, S. 369-388.
- Church A., Reid P., Urban Power, International Networks and Competition: The Example of Cross-border Cooperation, in: *Urban Studies*, 1996, vol. 33 no. 8, S. 1297-1318.
- Die deutsch-polnischen Grenzgebiete als regionalpolitisches Problem*, D. Wilters (Hrsg.), Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Berlin 1992.
- Drobek W., Heffner K., Umgestaltungsprozesse der Siedlungsstrukturen in den Wojewodschaften Zielona Góra und Gorzów unter dem Einfluß der Öffnung der Westgrenze, in: M. Kłodziński, A. Rosner (Hrsg.), *Sozialökonomische Umgestaltung der ländlichen Räume des polnisch-deutschen Grenzgebiets*. Wydawnictwo SGGW, Warszawa 1997, S. 23-27.
- Euroregion Neisse. Grenzüberschreitende Kooperation im deutsch-polnisch-tschechisch Dreiländereck*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992.
- Eckert M., Regionalne uwarunkowania współpracy transgranicznej i integracji Polski z Europą na przykładzie Środkowego Nadodrza, *Człowiek i Środowisko*, Warszawa 1994, Bd. 18 no. 2, S. 218-226.
- Gabbe J., Euregio-regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (Hrsg.), *Staatsüberschreitende Zusammenarbeit des Landes NRW*, Dortmund 1985, S. 90-99.
- Förster H., Möglichkeiten grenzübergreifender Kooperation - das Beispiel der "Euro-region Neisse", in: E. Buchhofer, B. Kortus (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Geographie einer Nachbarschaft im neuen Europa, Studien zur Internationalen Schulbuchforschung*. Frankfurt/Main 1994 (*Schriftenreihe des Georg-Eckert Instituts*, Bd. 81), S. 133-153.
- Grimm F.-D., Veränderte Grenze und Grenzregionen, veränderte Grenzbewertungen in Deutschland und Europa, in: *Regionen an deutschen Grenzen. Strukturwandel an der ehemaligen innerdeutschen Grenze und an der deutschen Ostgrenze*, Leipzig 1995 (*Beiträge zur Regionalen Geographie*, No. 38), S. 1-16.

- Grzeszczak J., Euroregiony z udziałem Polski, in: M. Rościszewski (Hrsg.), Współczesna geografia polityczna, *Conference Paper IGiPZ PAN*, Warszawa 1993, No. 17, S. 85-95.
- Gschntzer F., Gibt es noch Grenzen? in: *Aussenpolitik*, 1958, Vol. 9 No. 2, S. 70-77.
- Heffner K., Regiony przygraniczne. Zmieniająca się rola granicy - od bariery do katalizatora rozwoju społeczno-gospodarczego, in: K. Heffner (Hrsg.), *Region Opawa - Racibórz. Historia i perspektywy w Unii Europejskiej. Materiały z międzynarodowej konferencji w Raciborzu 12-13 września 1996 roku*, Państwowy Instytut Naukowy - Instytut Śląski w Opolu, Opole 1996, S. 120-141.
- Irmén E., Schmidt V., Die deutschen und polnischen Regionen im Vergleich - unter besonderer Berücksichtigung der Grenzräume, in: *Strukturwandel in Osteuropa. Räumliche Folgen des politischen und gesellschaftlichen Strukturwandels in Osteuropa*, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Bonn 1992, S. 97-107.
- Istel W., Robert J., Raumordnung beiderseits der Grenze der Bundesrepublik Deutschland zu den Nachbarstaaten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Schweiz und Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Zentren und Achsen - Teil A, Hannover 1982 (*Veröffentlichungen der ARL: Beiträge*, Bd. 60), S. 10-73.
- Kaczmarek T., Stryjakiewicz T., Die Formen der sozialen und wirtschaftlichen Aktivität im deutsch-polnischen Grenzgebiet, in: K. Eckart, H. Kowalke (Hrsg.), *Die Euroregionen im Osten Deutschlands*, Berlin 1997 (*Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung*, Bd. 55), S. 29-47.
- Kałuski S., Rzeki graniczne a kształtowanie się wizerunku regionalnych w Europie, Uniwersytet Warszawski, Wydział Geografii i Studiów Regionalnych, Warszawa 1992.
- Kennard A., The German-Polish Border as a Model for East-West European Regional Integration, in: *German Politics*, 1995, vol. 4 no 1.
- Kłodziński M., Różnicowanie się funkcji społeczno-gospodarczych terenów wiejskich na pograniczu polsko-niemieckim, in: M. Kłodziński, A. Rosner (Hrsg.), *Przeobrażenia społeczno-ekonomiczne obszarów wiejskich pogranicza zachodniego*, Instytut Rozwoju Wsi i Rolnictwa PAN. Centrum Naukowo Wdrozeniowe SGGW, Warszawa 1996, S. 130-156.
- Koch S. J., Toward a Europe of Regions: Transnational Political Activities in Alsace, in: *The Journal of Federalism*, 1974, vol. 4 (3), S. 25-41.

- Komornicki T., Passenger traffic on the German - Polish border stations and on the others Polish borders - analysis of changes in 1980-1991, in: *Materialen zu den raumlichen Entwicklungen in Europa aus polnischer und deutscher Sicht (Arbeitsmaterial Nr. 201)*, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1994, S. 180-188.
- Kowalczyk A., Border Regions in Geographical Perspective, in: M. S. Szczepański (Hrsg.), *Dilemmas of regionalism and the Region of Dilemmas. The Case of Upper Silesia* Prace Naukowe Uniwersytetu Śląskiego w Katowicach, Katowice 1993, No. 1374, S. 44-52.
- Kowalke H., Die Euroregion Neiße - Chancen für die Umstrukturierung im Dreiländereck Sachsen-Schlesien-Böhmen, in: Gruber, H. Lamping, W. Lutz, E. W. Schamp (Hrsg.), *Neue grenzüberschreitende Regionen im östlichen Mitteleuropa*. Frankfurt a. Main 1995 (*Frankfurter Wirtschafts - und Sozialgeografische Schriften*, H. 67), S. 75-90.
- Kowalke H., Die neue Euroregionen an der östlichen Außengrenzen der Europäischen Union, in: K. Eckart, H. Kowalke (Hrsg.), *Die Euroregionen im Osten Deutschlands*, Berlin 1997 (*Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung*, Bd. 55), S. 13-28.
- Krätke S., Where East meets West - the German-Polish Border Region in Transformation, in: *European Planning Studies*, 1996, vol. 4 no 6, S. 647-669.
- Lamour C., ARC Manche: projects for a cross border territory, DESS Aménagement et Développement Regional, Institut de Géographie et d'Amenagementm Universite Louis Pasteur, Strasbourg 1996.
- von Malchus V. Frhr., Landesentwicklung im deutsch-dänischen Grenzgebiet durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit, in: *Beiträge für Verflechtungen und Zusammenarbeit an der Grenze der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover 1984 (*Veröffentlichungen der ARL: Beiträge*, Bd. 76), S. 1-28.
- von Malchus V. Frhr., Deutsch-polnische grenzübergreifende Zusammenarbeit. Erste Überlegungen und Folgerungen, *Grenzübergreifende Raumplanung Erfahrungen und Perspektiven der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Deutschlands*, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.), Hannover 1992, S. 160-174.
- Pogranicze polsko-niemieckie jako problem polityki regionalnej*, Friedrich-Ebert-Stiftung Warszawa, IGiPZ PAN, Warszawa 1992.

- Przybyła Z., Problemy współpracy ekonomicznej regionów przygranicznych (na przykładzie euroregionu Nysa), Wyd. Akademii Ekonomicznej im. Oskara Langego we Wrocławiu, Wrocław 1995, *Prace naukowe AE im. O. Langego we Wrocławiu* No. 708, *Monografie i Opracowania* No. 113.
- Spehl H., Wirkungen der nationalen Grenze auf Betriebe in peripheren Regionen, dargestellt am Beispiel des Saar-Lor-Lux-Raumes, in: *Probleme räumlicher Planung und Entwicklung in den Grenzräume an der deutsch-französisch-luxemburgischen Staatsgrenze*, Hannover 1983, S. 199-224.
- Stasiak A., Wybrane problemy zagospodarowania przestrzennego obszarów pogranicza zachodniego i wschodniego Polski, in: *Nauka Polska* (Warszawa) 1992, No. 1-2, S. 51-60.
- Stasiak A., Wybrane problemy rozwoju ludnościowego przygranicznego regionu zachod-niego Polski, in: *Przegląd Geograficzny* (Warszawa), 1993, Vol. 65 H. 1-2, S. 29-42.
- Problemy współpracy regionalnej w polsko-niemieckim obszarze przygranicznym*, pod red. Z. Chojnickiego i T. Strykiewicza, *Biuletyn KPZK PAN* (Warszawa), 1996, Vol. 171, S. 7-20.
- Strykiewicz T., Euroregionen an Polens Westgrenze - territoriale Einordnung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Wahrnehmung, in: *Geographie und Schule*, 1996, 18 Jg, Heft 103, S. 35-42.
- Schürer A., Schnabel M., Die Euroregion Oberlausitz-Niederschlesien-Nordböhmen (Neiße). Nur eine Zukunftsvision?, in: *Praxis Geographie*, 1994, Bd. 24, S. 38-41.
- Schwab O., Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze - gefangen im Politik- und Verwaltungsnetz?, in: *Raumforschung und Raumordnung*, 1997, No. 1, S. 4-13.
- Walcha H., Euroregion Neiße-Nisa-Nysa: Möglichkeiten grenzüberschreitenden Kommunalen Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1994.
- Westermünsterland - Ostniederlande. Entwicklung und Stellung eines Grenzraumes*, Münster 1984 (Spieker - Landeskundliche Beiträge und Berichte, Nr. 30).
- Wzłowe problemy współpracy przygranicznej. Biuletyn poświęcony Prof. dr hab. A. Stasiakowi z okazji 40-lecia pracy naukowej*. P. Eberhardt, K. Miros (Hrsg.), IGiPZ PAN, *Podstawy rozwoju zachodnich i wschodnich obszarów przygranicznych Polski*. Biuletyn No. 5, Warszawa 1994.

Willers D., Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen im Oder-Neiße-Grenzgebiet als regionalpolitisches Problem, in: *Raumforschung und Raumordnung*, 1992, Bd. 50 H. 3-4, S. 168-174.

Winiarski B., Rozwój obszarów przygranicznych i współpraca transgraniczna, in: *Strategiczne wyzwania dla polityki rozwoju regionalnego Polski*, Friedrich Ebert-Stiftung. Przedstawicielstwo w Polsce, Warszawa 1996, S. 134-147.

Współpraca przygraniczna PRL - NRD, H. Szczegółka, K. H., Gräfe (Hrsg.), Zielona Góra-Drezno 1984.

Zu Chancen und Barrieren deutsch-polnischer Zusammenarbeit an der Grenze, epd-Dokumentation Nr. 10/95, Frankfurt/M. 1995, S. 48.

Aus tschechischer Sicht: Geschichte, Nation, Staat und regionale Identität. Determinanten für Kooperation und Integration?

Frank Boldt

Das Thema weist bereits im Titel eine Fülle von Begriffen aus, die der Erläuterung bedürfen. Was einfach erscheint, ist bei näherem Hinsehen durchaus vielschichtig und einem oft radikalen Wandel des Blicks zu verschiedenen historischen Zeiten unterworfen. Schauen wir uns also Punkt für Punkt die Begriffe an, die im Titel erwähnt werden.

Da heißt es gleich zu Anfang aus „tschechischer“ Sicht. Das genannte Adjektiv setzte sich im deutschen Sprachgebrauch erst im Laufe des 19. Jahrhunderts durch. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eindeutig, später konkurrierend mit dem Adjektiv „tschechisch“ war die Bezeichnung „böhmisch“. Tschechisch und böhmisch sind bekanntlich im deutschen Sprachgebrauch nicht deckungsgleich. Böhmisch hieß bis weit in das 20. Jahrhundert hinein im Deutschen nicht nur das historische Königreich Böhmen betreffend oder auf die böhmischen Länder (Böhmen, Mähren und Schlesien) bezogen, sondern über diese geographisch-historische Zuordnung hinaus war Böhmisch die Bezeichnung für die Landesnation, die sich hier erst langsam und unter großen Schwierigkeiten im späten 19. Jahrhundert auseinanderdividierte in Tschechen, Deutsche und Juden.

In vielen Fällen blieb diese Zuordnung unvollständig oder oft auch fragwürdig. Es gab Juden, die sich als Deutsche fühlten ebenso solche die sich als Österreicher empfanden, es gab den ganz besonderen Prager Stadtkosmos, es gab Deutsche, die böhmisch fühlten und Tschechen, die von sich als k.u.k.-österreichischen Staatsbürgern sprachen, ihre Nationalität als tschechisch oder stockböhmisch (was das Gleiche war) bezeichneten und doch auch Kulturdeutsche waren. Dies kann z.B. von einem so berühmten Mitteleuropäer wie dem königlich-preussischen Breslauer Universitätsprofessor Jan Evangelista Purkyně gesagt werden, dessen Namen die vor weniger als zehn Jahren gegründete neue Universität von Ústí nad Labem (Aussig a. d. Elbe) trägt. Andere alternierten in ihrem Leben zwischen den modernen Nationalitäten. Stellvertretend für andere sei an dieser Stelle an die Professoren Anton oder Antonin Springer, Anton oder Antonin Gindely und Max Dvořák erinnert, aber auch an den Deciner Deut-

schen Friedrich Emanuel Tirsch, der aus freier, persönlicher Entscheidung zu Miroslav Tyřs wurde und die größte national-tschechische Massenorganisation im 19. Jahrhundert begründete. Diese wurde lange nach seinem Tode zu einem der Markenzeichen der ersten tschechoslowakischen Republik zwischen 1918 und 1938. Obgleich es keine Prager Nationalität gibt, dürfte doch die unmittelbare Zuordnung Franz Kafkas zu der faszinierenden ewigen Hauptstadt Böhmens die einzige Möglichkeit gewähren, den posthum zu weltweitem Ruhm gelangten Schriftsteller in ein größeres Kollektiv einzuordnen. Es wäre kurios und unzureichend, Franz Kafka lediglich als Österreicher, Tschechen, Deutschen oder Juden zu bezeichnen. Jedes dieser Substantive trifft nur einen Teil seiner Existenz. Prager war er allerdings ganz gewiß, und er hat dies tiefendimensional einmal ausgedrückt in dem Satz, Prag sei eine Mutter, die ihre Kinder mit festen Krallen festhalte. Böhmen ist mehr als Tschechien und zugleich aktuell sehr viel weniger: Es ist durch die politischen Ereignisse im 20. Jahrhundert in die Geschichte entflohen, aber die Geschichte ist in Böhmen größer als die Nation, die ein historisches Erbe angetreten hat, das über den modernen nationalen Rahmen weit hinausreicht.

Mit diesen wenigen einführenden Bemerkungen wären wir bereits in medias res, d.h. bei den weiteren Begriffen, die im Titel angeführt sind: bei der Geschichte, ihrem Verhältnis zur Nation und bei dieser Nation, beim Staat und bei der oft so außerordentlich ausgeprägten regionalen Identität. Natürlich ist es nicht nur berechtigt, sondern notwendig, den kompliziert vielschichtigen Hintergrund dieser Determinanten für Kooperation und Integration mit einem Fragezeichen zu versehen, wie es im Titel geschieht.

1. Das Stichwort „Geschichte“

Wenn wir - was mir nützlich erscheint - die eigentliche europäische Geschichte des böhmischen Raumes bzw. der heutigen tschechischen Republik und ihres Staatsgebiets mit dem Christentum beginnen lassen, so müssen wir feststellen, daß die eigentlich autochthone tschechische Geschichte nur wenige Jahrhunderte andauerte. Das, was überall in Europa zu festzustellen ist, erfuhr hier im Raume der böhmischen Länder frühzeitig eine fast einmalig zu nennende Tiefendimension und Breitenwirkung. Schon im 13. Jahrhundert sind europäische Zusammenhänge im Gesamtmaßstab des böhmischen Länderkomplexes so stark, daß sie mit der von den Přemysliden vollzogenen Einigung der slawischen Stämme im Lande machtvoll konkurrieren. Das lateinische Christentum siegt in dieser Frühzeit der tschechischen Geschichte über die Ostkirche, die

römisch-deutschen Kaiser binden das selbständige Land außenpolitisch an sich, der innere Landesaufbau bzw. der erfolgreiche Versuch der böhmischen Herrschaft, den zivilisatorischen Abstand zum romanischen Süd- und Westeuropa merklich zu verringern, bringt viele neue Bewohner in das Land, die deutschen Stämmen angehören. Sie integrieren sich zwar vollständig in das Land, entwickeln also keine doppelte Loyalität, sondern werden zu unteilbaren Böhmen, aber sie behalten ihre Sprache und teilweise auch ihre Sitten, Gebräuche und Rechte bei. Zugleich jedoch integrieren sie sich, oft durch Heirat, in der Regel durch das Zusammenleben mit den slawischen Tschechen in gemeinsam bewohnten Gebieten und auch Städten und natürlich auch durch die Anpassungsfähigkeit der Tschechen, die manche auch für sie vorteilhaften Rechtsneuerungen, handwerklichen Techniken, ja selbst sprachliche Wendungen der mittelalterlichen Neusiedler übernehmen. Die Bezeichnung, die sich im 19. Jahrhundert für diesen historischen Vorgang einbürgert, nämlich die Bezeichnung „Deutsche Ostkolonisation“ ist irreführend. Hier wurde keine Kolonie gegründet, sondern eine bestehende Staatlichkeit verstärkt. Die Deutschen kamen in ein Land, das seine ungewöhnlich prägnante politische Position - es handelt sich immerhin um das einzige territoriale Königreich in Mitteleuropa - zivilisatorisch untermauern wollte. Dazu benötigte seine Herrschaft Fachkräfte und diese riefen und ließen sie in ihr Land. Es wäre ungewöhnlich und kaum begründbar, die Einwanderung der Sudetendeutschen in die deutschen Besatzungszonen nach 1945 als sudetendeutsche Kolonisation zu bezeichnen, auch die türkische Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland seit den 60er Jahren wird nicht als türkische Kolonisation bezeichnet. Ebenso wenig kann man von einer deutschen Kolonisation des Böhmischen Raums sprechen.

Die frühe böhmische Geschichte war ganz wesentlich auch eine Geschichte europäischer Kooperation und eine Geschichte der Integration Böhmens in das mitteleuropäische staatliche und zivilisatorische Integrationsmodell. Bis zum Jahre 1526 waren die böhmischen königlichen Herrscher die eindeutigen Träger dieser Entwicklung. Der Tod des böhmisch-ungarischen Herrschers Ludwig auf dem Schlachtfeld von Mohács markierte den Beginn einer neuen Epoche, die man selbstverständlich nicht vorhersehen konnte. Diese Epoche ist gekennzeichnet von der Vereinigung der böhmischen und ungarischen Königskronen auf dem Haupte des österreichisch-habsburgischen Erzherzogs Ferdinand. Bis auf eine vorübergehende Ausnahme im 18. Jahrhundert sollte es bis zum Jahre 1918 bei dieser Vereinigung bleiben. Ganz Böhmen, das Kernland als Königreich und seinen Nebenländern Mähren, Schlesien und die beiden Lausitzgebiete teilten seither die politischen Schicksale eines größeren mitteleuropäischen Länderzusammenhangs, den man schließlich nach Jahrhunderten k.u.k.-

österreichisch-habsburgische Donaumonarchie nannte. Aus der Fülle weiterer historischer Wendemarken seien hier nur die Jahre 1620 bis 1628 und die Jahre 1721 bis 1749 herausgegriffen, die das langsame Zusammenwachsen des habsburgischen Länderkomplexes kennzeichnen, aber zugleich auch den Niedergang des böhmischen Staates markieren. Bezeichnenderweise nahm das übrige Europa dies kaum noch zur Kenntnis, da die Vorgänge einen fast epischen Verlauf nahmen und die „polnische“ Dramatik fehlte, die Europa hätte aufhorchen lassen. Tatsache ist, daß im Jahre 1848, als die Forderungen der französischen Revolution von 1789 schließlich auch in Böhmen einen unübersehbaren Widerhall fanden, das Königreich Böhmen zwar noch bestand, aber praktisch zu einer österreichisch-habsburgischen Provinz abgesunken war. Mit diesem Jahr 1848 begann unter dem Vorzeichen des modernen europäischen Nationalismus ein wiederum typisch böhmisch-ethnischer, aber auch typisch böhmisch-systematischer Prozeß des Auseinanderlebens zwischen den beiden großen Landesvölkern. Hiermit wären wir beim zweiten Begriff im Titel angelangt, beim Begriff der „Nation“.

2. Das Stichwort „Nation“

Die Nation des alten Königreichs Böhmen waren die politischen Stände. Die Sprache dieser Stände war das Tschechische. Das selbstbewußte Königreich war ein Eckpfeiler des Heiligen Römischen Reichs geworden. Nur Prag könnte den Anspruch erheben, die Physiognomie einer Hauptstadt dieses merkwürdig vielschichtig schillernden Reiches zu tragen, das vor allem ein transalpines Nord-Süd-Reich war, dessen zivilisatorische Zentren eindeutig im nördlichen Italien und dem westlichen Europa lagen. Böhmen hatte bereits im Mittelalter den zivilisatorischen Abstand zu diesen führenden Reichsgebieten minimalisiert. Böhmen besaß seit 1348 die erste mitteleuropäische Universität nördlich der Alpen und östlich von Paris und seit Karl IV. gab es das schmeichelhafte Wort von der römischen Krone, die auf die böhmische Krone gehöre. Seit der neuen böhmischen Landesordnung von 1627, die offiziell die „verneuerte“ Landesordnung hieß, galt auch die deutsche Landessprache als zweite böhmische Staatssprache und sie verdrängte das Tschechische langsam aus seiner ursprünglich beherrschenden Erstgeburtssposition. Mit dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) begann eine fast zwei Jahrhunderte währende Entpolitisierung der böhmischen Länder. Sie traten mehr und mehr als habsburgische Provinzen in den politischen Schatten Europas zurück, entfalteten jedoch im gleichen Zeitraum ein noch heute die Besucher der tschechischen Republik faszinierende europäische Kultur. Der böhmische Adel europäisierte sich sprachlich und kul-

turell. Er wurde vielsprachig, er war gekennzeichnet von engsten familiären Verbindungen in alle Teile West- und Südeuropas. Das katholische, weitgehend italienisch und spanisch, zum Teil auch süddeutsch geprägte Barock durchdrang das gesamte Land und wurde schließlich als „gesunkenes Kulturgut“ noch im 19. Jahrhundert von südböhmischen Bauern bei der Gestaltung ihrer Gehöfte imitiert. Böhmen wurde in jenen Jahrhunderten ein Kernland der europäischen Musik und versorgte gemeinsam mit Italien die Residenz- und Hauptstadt Wien mit Musikern en gros. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschreiben alle Besucher Böhmens, vor allem Prags und der westböhmischen Weltbäder Karlsbad, Marienbad und Franzensbad das Land als eine Idylle. Für die erdrückende Mehrheit seiner Bewohner war diese Idylle zweifelsohne von Not und Dürftigkeit geprägt. Das Jahr 1848 markiert das Erwachen dieser traditionsverhafteten Landesgesellschaft. Nationale Probleme im modernen Sinne der Sprachnationen spielten in Böhmen damals noch eine höchst ungeordnete Rolle. Die Zweisprachigkeit war weit verbreiteter als wir es heute annehmen. Die entscheidenden Probleme waren sozialer Natur. Langsam aber sicher hatte das gesamte Land seit dem späten 18. Jahrhundert der Prozeß der Industrialisierung erfaßt. Die erste Landesausstellung von 1791 markierte so etwas wie den Anfang dieses Prozesses, das Jahr 1848 schuf die mentalen Voraussetzungen für das endgültige politische Erwachen der böhmischen Bevölkerung beider Zonen. Es schien einfach, die zentrale Prämisse der französischen Revolution, nämlich ihre Forderung „La nation une et indivisible“ auch in Böhmen zu praktizieren. Im März 1848 hatten noch einmal deutsch-böhmische und tschechisch-böhmische Intellektuelle die vollständige, auch sprachliche Gleichberechtigung beider Landesvölker gefordert. Aber in der politischen Praxis gestaltete sich alles viel komplizierter als in der politischen Theorie. Die Niederschlagung der Revolution von 1848, die in dem ungarischen Königreich des österreichischen Kaiserstaats sogar von russischen Truppen vollzogen wurde, schuf eine erzwungene Ruhepause von etwas mehr als einem Jahrzehnt. Doch dann brach auch in Böhmen der moderne nationale Emanzipationsprozeß voll durch. Die lange gemeinsame, habsburgisch geprägte, katholische Lebenskultur schloß zwar einen physischen Völkerkrieg vorerst aus, aber im theoretischen und verbalen Bereich wurde das Land zu einem Laboratorium des europäischen Nationalismus. Was anfangs lediglich ein berechtigter Emanzipationsprozeß der benachteiligten tschechischen Bevölkerungsmehrheit war, nahm bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts teilweise auch, und später immer stärker, destruktive Züge an. Die Landesnation teilte sich nicht nur dort, wo dies angebracht erscheinen mußte, z.B. in sprachlichen Dingen bei der Gestaltung von Schulen, sondern es entwickelte sich darüber hinaus eine regelrechte Desintegration der böhmischen Länder. Im Bestreben, die moderne Sprachnation vollständig zu

konstituieren, riß man systematisch alle Brücken zwischen den beiden Landesvölkern ab. Das Land wurde dadurch sozusagen kleiner, denn der tschechische Landesteil nahm die Deutschsprachigen nur noch als Ausland wahr und umgekehrt war es nicht anders. Doch andererseits verdoppelte sich das Land: In Schule, Wissenschaft, Kunst und Kultur verdoppelte sich das Land durch eine durchgehende nationale Parallelstruktur. 1882 teilte man die Universität und zwar radikal, auch die administrativen Einrichtungen der Hochschulen wurden vollständig geteilt. Lediglich die repräsentativen Räume im mittelalterlichen Karolinum dienten beiden Universitäten, die ansonsten über eine vollständige eigene Hierarchie, vom Rektor angefangen, verfügten. Im Laufe des späten 19. Jahrhunderts teilten sich auch alle politischen Parteien des Landes in eine tschechische und eine deutsche Organisation, es gab keine gemeinsamen politischen Vereinigungen mehr.

Mental setzte sich in dieser Zeit, die deckungsgleich ist mit der langen Regierungszeit von Kaiser Franz Josef (1848-1916), die Devise durch: „Gemeinsam nur noch in der Trennung“. Politisch orientierten sich die Deutschen des Landes nach ihrem „Rom“, nämlich der Reichshauptstadt Wien und die Tschechen nach ihrem „Mekka“, nämlich der altherwürdigen Landeshauptstadt Prag aus. Aus dem jahrhundertlangen Miteinander wurde innerhalb eines halben Jahrhunderts mehr und mehr ein reines Nebeneinander. Dieses Nebeneinander hatte - dies deutete ich bereits an - positive Seiten: Innerhalb von weniger als einem Jahrhundert entstanden vollständige Parallelstrukturen, ein paralleles Schulsystem, eine parallele Kultur in Theater, bildenden Künsten und Musik und eine parallele materielle Kultur. Es entstanden tschechische Sparkassen neben deutschen, tschechische Genossenschaften neben deutschen, tschechische Großbanken neben solchen auf der deutschen Seite, eine tschechische Industrie, die in manchen Bereichen führend in Europa wurde, z.B. bei den Zuckerraffinerien und im Maschinenbau sowie natürlich im Nahrungsmittelbereich, man denke an die weltberühmten tschechischen Brauereien und die Spirituosenindustrie. Hier, im wirtschaftlichen Bereich, gab es noch viel Gemeinsames, doch es wurde mehr und mehr auch hier von dem hochtönenden und öffentlichkeitswirksamen nationalen Zwist überdeckt. Die politische Kultur der langen Regierungsjahre von Kaiser Franz Josef kennzeichnete eine allgemeine Flucht in die formalkorrekte Verwaltung und gleichzeitig die ständigen politischen Offensiven dumpf brodelnder demagogischer und wechselseitig haßerfüllter Nationalbewegungen. Bis zum Jahre 1914 konnte dies die versteinerte Hand des Allgegenwärtigen von schlafloser Pflichterfüllung und scheinbar grenzenloser Anti-Emotionalität und Korrektheit erfüllten und gewählten Kaisers domestizieren. Seine ans Kuriose grenzende und auch Abgründe familiärer Tragödien zuschüttende Überpersönlichkeit schien die Bestien des besonders in Wien grassierenden

Antisemitismus, des wechselseitigen Völkerhasses, der fröhlichen Lust am Untergang, der grenzenlosen nationalen Ich-Bezogenheit zu bändigen und den dynamischen Kräften einer äußerlich altmodisch organisierten Reichsgesellschaft die Freiheit zu garantieren, sich voll entfalten zu können.

Der Untergang „Kakaniens“ im Jahre 1918 riß ein riesiges Kraterloch auf, in den weite Teile einer alten, überlebten Gesellschaft verschwanden, dessen Abgründe die neuen Staatsnationen jedoch nicht vollständig zu füllen vermochten. Die durch das Ergebnis des Ersten Weltkrieges entstandene neuartige, weil nie dagewesene Tschechoslowakei kam in ihrer Grundstruktur der Erfüllung künftiger zivilisatorischer Aufgaben in der Mitte Europas von allen Nachfolgestaaten Altösterreichs als sehr modern entgegen und schaute doch zugleich wie der künstlichste aller neuerstandenen Nachfolgestaaten Altösterreichs aus. Denn im zeitgemäßen Verständnis der Zwischenkriegszeit (1918-1939) galt überall in Europa die Nation als höchster Wert, keineswegs das Regierungssystem, schon gar nicht die Demokratie. In manchen grundlegenden Bereichen schien sich, allerdings auf modernisierte Weise, Persönlichkeit an der Spitze des Landes durchzusetzen. Es gab aber auch den alten Streit der Nationen innerhalb seiner Grenzen und gleichzeitig wiederholte sich das deutliche zivilisatorische Gefälle zwischen dem West- und dem Ostteil des Staates. Es gab eine staatstragende Fiktion, seit 1918 die Vorstellung einer „tschechoslowakischen“ Nation, und schließlich gab es das Jahrhundertereignis, das in seinen Konsequenzen dem Ersten Weltkrieg glich; die große Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann und selbstverständlich auch die tschechoslowakische Republik erfaßte. Die erste tschechoslowakische Republik, die 1938 ein vorzeitiges und gewaltsames Ende nehmen sollte, hat dieses Schicksal gewiß nicht verdient. Sie hat aber auch, ähnlich wie Altösterreich, grundlegende Staatsprobleme nicht zu lösen begonnen, vielmehr auf die Zeit und auf die Vernunft der Menschen vertraut und auf das Instrumentarium eines Parlamentarismus, der in der Tat ungleich funktionsfähiger war als jener des alten Wiens.

Die Zeit war der Tschechoslowakei nicht vergönnt. Mit der Übergabe der preußisch-deutschen Reichskanzlei Berlins an eine vom k.u.k.-Wien geprägte Demagogenfigur verschwand die Vernunft aus der mitteleuropäischen Politik. Das unselige Jahrzehnt von 1938 bis 1948 zerstörte das böhmische historische Modell, das zwar längst bei seinen eigenen Angehörigen unbeliebt und im Ausland vergessen war, dessen Fundament jedoch ein demagogischer Wildwuchs lediglich überwuchert hatte. Dieses Fundament wurde in jenen Jahren nach „München“, nach der „Reichskristallnacht“, durch einen total geführten Weltkrieg, durch die Ermordung der böhmischen Juden, die Vernichtung großer Teile der tschechischen Intelligenz, schließlich durch die totale Vertreibung aller Deutschen aus den böhmischen Ländern, durch die Zerstörung ihrer

menschlichen Infrastruktur und ihres sozial-ethischen Kodexes von Verhaltensregeln und dadurch die heute logisch erscheinende Machtübernahme sowjetisierter Kommunisten liquidiert. Die beiden totalitären Modelle, das großdeutsche und dann das großrussische, hatten das tausendjährige böhmische staatliche Lebensmodell zerstört. Es gleicht einem Wunder, daß nach all den entsetzlichen Grausamkeiten überhaupt etwas von Böhmen übriggeblieben ist. Doch auch die beiden Großereignisse böhmischer und europäischer Politik nach 1948, nämlich der Reformversuch des „Prager Frühlings“ von 1968 und der Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftsreiches von 1989, der selbstverständlich auch die Tschechoslowakei erfaßte, wenn auch typischerweise gemeinsam mit Rumänien zeitlich an letzter Stelle, haben den Weg für eine moderne Renaissance des böhmischen Gedankens freigemacht. „Modern“ heißt hier, nicht die Wiederholung des Gewesenen können wir erwarten, aber ebensowenig die Fortsetzung dessen, was sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht bewährt hat.

3. Das Stichwort „Nation“

Die Ablösung der alten böhmischen Landesnation von zwei Sprachen und drei Glaubensrichtungen (Katholiken, Protestanten und Juden) durch die moderne Sprachnation und die weit weniger moderne, weil mystifizierend verdunkelnde „Blutsnation“ kann heute nicht mehr als Ultima ratio eines europäischen Staates gelten. Die tschechische Nation hat mit - im europäischen Maßstab - verhältnismäßig geringen Opfern ihre vollständige nationale Integrität und Souveränität im böhmisch-mährischen Raum (und in den Überbleibseln des einstmaligen so großen böhmischen Schlesiens) herzustellen. Ausdruck dessen ist die Tatsache, daß man heute von „Tschechien“ spricht. Die böhmische Geschichte, die natürlich, und vielleicht sogar an erster Stelle, eine tschechische Geschichte ist, geht weit über den nationalen Rahmen tschechischer Geschichte hinaus. Die ganz großen Erscheinungen der böhmischen Geschichte waren entweder nur teilweise Tschechen oder überhaupt nicht. Dies gilt für imponierende Figuren aus der älteren Geschichte wie den König Přemysl Otakar II., dem größtem Herrscher in Mitteleuropa jener Zeit, dem Herrscher von Meer zu Meer und Begründer der preußischen Hauptstadt Königsberg (1255), die seinen Namen trägt, wie auch für Karl IV., dessen christlicher Vorname bezeichnenderweise nicht aus Prag (dort war er Wenzel), sondern aus Paris stammt und also symbolisch gesehen eine europäische Dimension besitzt. Dies gilt in ganz besonderem Maße auch für den allerpragerischsten aller Herrscher, Rudolf II., der sich uns als ein Produkt spanisch-habsburgischer Lebenskultur darstellt, aber es gilt auch für

den Staatsgründer der Tschechoslowakei, die große mitteleuropäische Denkerpersönlichkeit Tomáš G. Masaryk. Im Vergleich zu diesem führen tüchtige und stärker tschechisch geprägte Organisatoren, Diplomaten und Politiker, die keineswegs unbedeutenden Karel Kramář, Edvard Beneš oder Antonín Švehla, selbst im Maßstab moderner tschechoslowakischer und tschechischer Geschichte fast ein Schattendasein.

4. Das Stichwort „Staat“

Nach allem was bereits gesagt wurde, kann ich dieses Stichwort kurz und bündig zusammenfassen: Bis zum Jahre 1526 war das Königreich Böhmen ein nach innen und außen großangelegter und weitgehend erfolgreicher Versuch seiner Herrschaft, einen selbständigen, zugleich europäisch eingebundenen und nach innen mit starken föderativen Elementen durchsetzten Großstaat in der Mitte Europas zu begründen und auf Dauer zu festigen. Zwischen 1526 und 1620 spielt sich ein Ringen zwischen Eigenstaatlichkeit und stärkerer Einbindung in größere europäische, hier habsburgische Zusammenhänge ab. Mit dem 30jährigen Krieg wird Böhmen von seinen Nebenländern, die die Habsburger im 17. und 18. Jahrhundert weitgehend politisch verkaufen oder militärisch verspielen, ein immer provinzieller wirkender Bestandteil der österreichischen Monarchie, die allerdings bis 1866 unmittelbar nicht nur mit europäischen Gebieten, sondern auch mit Deutschland verbunden blieb. Die 1918 begründete tschechoslowakische Republik hatte sehr moderne zivilisatorische Seiten, war in ihren inneren, europäischen Dimensionen ein zukunftsgerichteter Staat und entwickelte auch ein solides parlamentarisches Instrumentarium. Dieser Staat ging 1938 de facto und 1939 de jure zugrunde (Fragen nach der tschechoslowakischen staatlichen Kontinuität können hier nicht betrachtet werden). 1945 wurde die Tschechoslowakei als souveräner Staat von der Völkergemeinschaft allseits anerkannt wiedergegründet. 1948 wurde diese Souveränität im Rahmen des sogenannten sozialistischen Staatenmodells faktisch eingeschränkt. Die teilweise verlorene Souveränität wurde 1989 wiedergegründet, aber an der Wende von 1992 bis 1993 brach das tschechoslowakische Staatsmodell zusammen und es entstanden zwei Nationalstaaten.

5. Das Stichwort „Regionale Identität“

Es dürfte nicht erstaunen, daß nach einer 1000jährigen komplizierten europäischen Nationalgeschichte der Tschechen die Worte „Region“ und „regional“ für heutige Tschechen nicht besonders anziehend klingen, wenn sie auf die eigene Nation und die tschechische Republik als Staat bezogen werden. Der immer unübersehbarer werdende Gang der böhmischen Geschichte vom mittelalterlichen Großstaatsmodell über die habsburgische Verprovinzialisierung, in die zwar verhältnismäßig kleine, aber europäisch feine, erste tschechoslowakische Republik und die Verkleinerung dieses Staates, wie die Kleinheit der heutigen tschechischen Republik, läßt es nicht angetan erscheinen, sich lediglich als „Region“, auch nicht als europäische Region zu begreifen. Dies könnte nämlich wirklich das Ende böhmischer Staatsherrlichkeit und tschechischer nationaler Souveränität sein, vom einstmals stolzen Königreich beider Sizilien angefangen bis zum heute noch selbstbewußten Schottland, also Ländern, die von Souveränität weit entfernt sind. Im Bereich staatlicher und nationaler Souveränität fühlt man sich als Tscheche auch Bayern überlegen, das bekanntlich im 20. Jahrhundert eine gewaltige böhmische Zivilisationsinjektion erhielt. Im Bereich entscheidender moderner europäischer Indikatoren, im Bereich der Wirtschaft und von gesellschaftlichen Einrichtungen wie auch von der Bevölkerungszahl her gesehen ist es der tschechischen Republik überlegen, stellt aber eben doch nur ein autonomes Bundesland innerhalb einer größeren föderativen Republik dar.

6. Stichwort „Determinanten für Kooperation und Integration“

Fast alles, was hier im Bereich von Geschichte, Nation und Staat vorgetragen wurde, bezeugt, daß es eine Überfülle von Determinanten für Kooperation und Integration aus tschechischer Sicht gibt. Wären wir alle in der Lage, die Geschichte vorurteilsfrei und ohne große Emotionen zu durchleuchten und zu betrachten, so müßten wir bald zu der Erkenntnis kommen, daß manche grundlegenden Konstanten böhmischer Vergangenheit große, ja alltägliche Aktualität wiedergewonnen haben. Die tschechische Republik strebt nach Europa, d.h. in die Europäische Union. Alle Wege in diese Europäische Union führen über die Bundesrepublik Deutschland bzw. das deutschsprachige Österreich, das als europäischer Kleinstaat mit dem psychologischen Handicap, die gleiche Sprache wie das größere nachbarliche Deutschland zu sprechen, mit seiner geschichtlichen Verbundenheit mit den böhmischen Ländern und mit seiner

wenig radikalen Auseinandersetzung mit den dunklen Seiten jüngerer österreichisch-deutscher Geschichte manchmal mehr Probleme mit seinen tschechischen Nachbarn hat als das heutige Deutschland. Solange Deutschland keinen neuen Nationalismus entwickelt, sondern seine Rolle als europäischer Katalysator und als europäische Kraft in der Mitte fortsetzt, werden die gemischten Gefühle der tschechischen Bevölkerung, nun wieder wie früher in ganz alten Zeiten mit dem deutschsprachigen Raum fast auf Gedeih und Verderb verbunden zu sein, nicht den Auszug nationaler Verzweiflung bzw. den Willen zu einer möglichst radikalen nationalen Gegenwehr gewinnen. Der langsame, aber stetige Weg der tschechischen Republik in europäische Strukturen, auch in die NATO, muß teilweise als solche gelten, der Wille, in die Europäische Union zu gelangen, hat in den letzten Jahren allmählich auch die Bereitschaft im Lande verstärkt, sich innerlich zu europäisieren. Der lange Kampf um die Bildung von Regierungsbezirken und der im Prinzip erfolgreiche Abschluß der Diskussion um deren Schaffung kann als Beweis gelten, den nationalen, zentral aus Prag gelenkten Festungscharakter des Staates im Blick auf eine europäische Öffnung auch nach innen abzubauen. Böhmen, das nicht nur geographisch im Herzen Europas liegt, sondern darüber hinaus vom Beginn seiner Geschichte im 10. Jahrhundert überaus stark die Notwendigkeit gefühlt hat, mit Europa zu kooperieren und sich in es zu integrieren, steht an der Schwelle zum Dritten Jahrtausend unserer Geschichte verblüffend ähnlich da, wie an der Schwelle zum Zweiten Jahrtausend, nämlich national und sprachlich geeint und ohne eine besonders ausgeprägte Furcht vor dem zahlenmäßig und zivilisatorisch mächtigeren westlichen Nachbarn, in dem man wie vor 1000 Jahren heute wieder einen Vorposten europäischer Einigung, nicht aber nationaler Hegemonie sieht. Es hängt nun viel von der deutschen Politik ab, dem kleineren Nachbarn zu zeigen, daß man ihn achtet, daß man ihn im gemeinsamen Europa wünscht, und vor allem, daß man seinerseits entschlossen ist, die Lehren aus den abgründigen Abwegen des kaum vergangenen mitteleuropäischen Völkerkriegs zu ziehen.

Die Tür zwischen Böhmen und Europa kann man von beiden Seiten öffnen. Die Tschechen als kleine nationale Gemeinschaft werden nicht versuchen, das Schloß mit Gewalt aufzubrechen, aber sie werden sensibel darauf achten, daß auch von der anderen, der deutschen Seite nicht zu stark und nicht gewaltsam an dem Schloß gerüttelt wird.

Entwicklung und Zusammenarbeit im tschechisch-deutschen Grenzgebiet

Jaroslav Dokoupil

1. Einleitung

Seit dem Jahr 1991 nehme ich an Veranstaltungen teil, die im Zusammenhang mit dem tschechisch-deutschen Grenzgebiet stehen. Sie waren vor allem von der Arbeitsgemeinschaft Bayern der Euregio Egrensis, von politischen Parteien, von Stiftungen und Universitäten organisiert. Dabei habe ich Ergebnisse meiner Forschungen zum Einfluß der Grenzöffnung auf die Bewohner beiderseits der tschechisch-deutschen Grenze präsentiert. Darüber hinaus habe ich mich für den theoretischen Zugang zu den Funktionen von Grenzen sowie für die Bedeutung der Grenzregionen interessiert.

Bei der Vorbereitung auf das heutige Symposium habe ich mich vor allem auf die Möglichkeiten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit unserer Universitäten konzentriert, auf die Chancen, die diese Zusammenarbeit hat, aber auch auf die Probleme, die sie derzeit behindern. Ich habe das Bedürfnis, Klarheit über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, über ihre Bedeutung und ihr Potential für das tschechisch-deutsche Grenzgebiet zu erlangen.

Bemerkungen möchte ich auch zu den Kontakten machen, die meine Arbeitsstätte - der Lehrstuhl für Geographie der Pädagogischen Fakultät der Westböhmisches Universität Pilsen (WU Pilsen) - seit 1990 zu analogen Instituten der Universitäten Bayreuth, Chemnitz und Regensburg aufgebaut hat.

2. Die Bedeutung der Westböhmisches Universität Pilsen und der Technischen Universität Chemnitz für das tschechisch-deutsche Grenzgebiet

Sowohl Pilsen als auch Chemnitz liegen außerhalb der Grenzgebiete, sind aber dennoch mit ihnen verbunden: Pilsen ist das natürliche Zentrum Westböhmens,

also von zentraler Bedeutung für das tschechisch-deutsche Grenzgebiet. Aus der Sicht des Hochschulwesens ist diese Verbindung sehr stark ausgeprägt, da die ökonomische Fakultät der WU Pilsen in Cheb/Eger angesiedelt ist. Chemnitz als Zentrum von Südwestsachsen hat eine weniger intensive Beziehung zum sächsisch-tschechischen Grenzgebiet.

Anhand von theoretischen Modellen läßt sich die Stadt Pilsen als mesoregionales Zentrum auf der Hauptentwicklungslinie zum makroregionalen Zentrum Prag darstellen. Aus sozialgeographischer Sicht ist Pilsen das Zentrum für den größten Teil des tschechisch-bayerischen Grenzgebietes. Betonen wir das Kriterium des Hochschulwesens stärker, so ist eine Abhängigkeit von Pilsen auch für den Teil des tschechisch-sächsischen Grenzgebietes festzustellen, der an die Mesoregion um das Zentrum Ústi nad Labem grenzt. Aufgrund des makroregionalen Zentrums Dresden, das einen analogen Kontakt zum sächsisch-tschechischen Grenzraum hat, ist die zentrale Stellung von Chemnitz nicht so ausgeprägt.

Hieraus folgt die Notwendigkeit von Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung zwischen der WU Pilsen und der TU Chemnitz, die beide natürliche Universitätszentren für ein sehr breites tschechisch-deutsches Grenzgebiet sind. Aus ihrer Stellung folgt die Notwendigkeit, die grenzübergreifende Kooperation zwischen ihnen zu entwickeln. Wenn ich diese Aussage durch ein theoretisches Modell stützen darf: Beide Universitäten sollen den Diffusionseffekt beiderseits der Grenze verstärken, sollen Prozesse fördern, die zur gegenseitigen Durchdringung der Nachbarkulturen führen, zu einer Entwicklung, die von der jeweiligen Nachbarregion beeinflusst ist. Wichtig dabei ist, daß die grenzübergreifende Zusammenarbeit von unten beginnt, auf der Ebene der Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Personen, Gemeinden und Regionen, damit Peripherie- und Übersprüngeffekte vermieden werden.

3. Die bisherige Zusammenarbeit zwischen den beiden Universitäten

Wie ist also die bisherige Zusammenarbeit zwischen der WU Pilsen und der TU Chemnitz zu bewerten? Ich stelle diese Frage bewußt während der Vorbereitung eines Vertrages über gemeinsame Erasmus-Projekte im Rahmen des EU-Programms "Sokrates". Mit den Kontakten zwischen sprachwissenschaftlichen sowie geographischen Lehrstühlen existieren bereits gemeinsame Aktivitäten und Kooperationen zwischen beiden Universitäten. Neue Kontakte sollen über Erasmus-Projekte in den kultur- und musikwissenschaftlichen Fachbereichen aufgenommen werden.

Unser Lehrstuhl für Geographie an der WU Pilsen pflegt zu dem Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie der TU Chemnitz seit mehreren Jahren Kontakte. Aus der Sicht unserer Arbeitsstätten können wir über die grenzübergreifende Zusammenarbeit sprechen, die auf mehreren Ebenen stattfindet. Die erste und grundlegende Ebene ist der Bereich der persönlichen Kontakte zwischen den Mitarbeitern der Lehrstühle. Vertreter der Lehrstühle nehmen an gemeinsamen Tagungen - wie der heutigen - teil, einschließlich der anschließenden gemeinsamen Veröffentlichung aller Beiträge. Wir sind auf dieser Ebene noch einen Schritt weiter gegangen und haben uns bei gegenseitigen Besuchen über Arbeit und Forschungstätigkeit an den jeweiligen Lehrstühlen ausgetauscht. Eine andere Ebene stellt der wechselseitige Kontakt zwischen uns Hochschullehrerin und unseren Studenten dar. In dieser Richtung wurde bisher bei der Durchführung gemeinsamer Exkursionen in die Gebiete Westböhmen und Westsachsen zusammengearbeitet. Auch Vorlesungen von Gastprofessoren der jeweils anderen Nationalität fanden zu den einzelnen Regionen des Grenzgebietes statt.

Eine dritte Ebene der Zusammenarbeit ist schließlich die gemeinsame Forschung zu ausgewählten Gemeinden des tschechisch-sächsischen Grenzgebietes. Diese Ebene hat zur Erkenntnis der Phänomene und Prozesse beigetragen, die im Zusammenhang mit der Öffnung der Grenze und der Entwicklung der grenzübergreifenden Kontakte stehen. Sie leistet somit einen praktischen Beitrag für die Grenzregionen.

Dies sind die Ebenen, auf denen bisher grenzübergreifende Kontakte und Zusammenarbeit zwischen unseren Arbeitsstätten, dem Lehrstuhl für Geographie der WU Pilsen und dem Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie der TU Chemnitz existieren. Ist es viel oder wenig im Hinblick auf die zukünftige Integration unseres Landes in die EU? Ist es viel oder wenig bezogen auf die Unterstützung der Entwicklung der Gebiete beiderseits der Grenze?

Es stellt sich also eine ganze Reihe von Fragen, die mit der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in Zusammenhang stehen. Diese sind nach dem heutigen Stand schwer zu beantworten. Wenn ich an die Vorbereitung des Vertrages der beiden Universitäten über ein gemeinsames Erasmus-Projekt denke, scheint mir die Zusammenarbeit reich und fruchtbar zu sein. Im Hinblick auf die letzten beiden Fragen glaube ich dagegen, daß unsere Zusammenarbeit noch weiter gehen muß.

4. Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit

Wo liegen die Möglichkeiten zu weitergehender grenzübergreifender Zusammenarbeit zwischen unseren Lehrstühlen? Aus meinen persönlichen Kontakten mit Studenten, auch mit deutschen Studenten, konstatiere ich, daß noch viele Möglichkeiten ungenutzt sind. An erster Stelle möchte ich das gegenseitige Kennenlernen nennen, denn das ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere Zusammenarbeit. Kennenlernen ist schon bei einführenden Exkursionen in die jeweilige Nachbarregion möglich. Als eine erweiterte Form sehe ich jedoch auch gemeinsame Exkursionen, auf denen sich die Studenten gegenseitig Wissen über ihre Regionen vermitteln. Einzelne Vorlesungen tragen ebenfalls zum besseren Kennenlernen bei, jedoch auf einer offiziellen Ebene. Bei längerfristigen Aufenthalten der Gastprofessoren kann der Grad der Offizialität dagegen gesenkt werden.

Als zum Kennenlernen beitragende Form betrachte ich auch den langfristigen Aufenthalt von Studenten in der jeweiligen partnerschaftlichen Arbeitsstätte. Diese Form geht von der Ebene des einfachen Kennenlernens in die Ebene der gemeinsamen Arbeit über, des gemeinsamen Unterrichts, der gemeinsamen Lösung von Problemen. Es geht hier nicht nur um den gemeinsamen Besuch von Vorlesungen und Seminaren, sondern z.B. um die gemeinsame Ausarbeitung der Seminararbeiten. Eine Möglichkeit wäre auch, Studenten mit Interesse für das Nachbarland für die Diplomarbeit ein grenzübergreifendes Thema anzubieten und die Arbeit dann von zwei Partnerlehrstühlen aus zu betreuen. Selbst die Einbindung von weiteren Institutionen wäre für diesen Fall denkbar. Die beschriebenen Formen der Zusammenarbeit können natürlich auch von der Ebene der Studenten in die Ebene der fachlichen Arbeit der Pädagogen verschoben werden.

Sehr positiv wirkt sich die Forschung der Studenten im Gelände aus. Diese Arbeitsform enthält sowohl das praktische Kennenlernen der Nachbarregion als auch die Zusammenarbeit mit Partnern aus dem jeweils anderen Land. Hier sehe ich große Möglichkeiten, wie wir von seiten unserer Arbeitsstätten aus die weitere Entwicklung in den Grenzgebieten fördern können. Es geht jedoch nicht nur um die Erstellung von Fachstudien zu einschlägigen Themen, sondern auch um die Bearbeitung der Geographie eigener Gebiete, z.B. durch kartographische Werke, Reiseführer, Computerkartographie und geographische Informationssysteme. Diese Möglichkeiten wären eine gute Grundlage für gemeinsame EU-Projekte mit praktischem oder theoretischem Charakter. Perspektiven für die Zusammenarbeit sehe ich darüber hinaus in der Abstimmung und Ergänzung der Lehrpläne. Ich denke da an die Ausnutzung von Erfahrungen und Spezial-

sierungen der Arbeitsstätten für die Ausdehnung des Studienangebotes für die Studenten. Die Studenten hätten so die Möglichkeit, weitere interessante Themen an der Partneruniversität zu studieren.

Für die obige Darstellung von weiteren Möglichkeiten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit unserer Universitäten habe ich auf Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit anderen deutschen Universitäten zurückgegriffen. Es ist selbstverständlich, daß auch diese Zusammenarbeit durch manche Probleme erschwert wird und mit jeder Vertiefung neue Probleme auftauchen.

Das Hauptproblem besonders am Anfang war dabei die Unkenntnis der Nachbarsprache. In der letzten Zeit haben sich jedoch die Sprachbarrieren vor allem bei der jungen Generation verringert, bisher größtenteils dank der tschechischen Seite. Ein wichtiges Problem ist aber nach wie vor das Mißtrauen gegenüber der Nachbarumwelt. Auf der tschechischen Seite ist es auch das Mißtrauen gegenüber dem Nachbarn, wenn manchmal die Zusammenarbeit mit den Deutschen als unpartnerschaftlich oder ungleichberechtigt bezeichnet wird. Für mich scheint es daher erstrebenswert, daß sich nach den anfänglichen Bedenken, nach dem anfänglichen Mißtrauen die persönlichen Kontakte, die Partnerschaft und die Freundschaft entwickeln.

Bestehende finanzielle Probleme resultieren aus der unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung der beiden Nachbarländer, aus der unterschiedlichen Kaufkraft der tschechischen Krone und der deutschen Mark. Dennoch kann ich sagen, daß für unsere bisherige Zusammenarbeit Finanzprobleme kein Hindernis waren. Die unterschiedliche Rechtsordnung der beiden Nachbarländer ist dagegen vor allem für eine tiefere Zusammenarbeit ein echtes Hindernis, z. B. im Hinblick auf die Form der gemeinsamen Ausbildungsprojekte. Im Zusammenhang mit dem Beitritt unseres Landes zur EU wird es jedoch fortschreitend zur Angleichung der Rechtsordnungen kommen. Unterschiede existieren auch in der Mentalität und im Verhalten der Menschen, sowie in den Bereichen Wirtschaft, Raumordnung, Sozialsystem, Gesundheits- und Schulwesen. Diese werden auch weiterhin die Regionalidentität der Menschen prägen, stellen aber kein Hindernis für die grenzübergreifende Entwicklung und Zusammenarbeit dar.

5. Abschließende Bemerkungen

Abschließend möchte ich sagen, daß der bisherige Stand der Zusammenarbeit zwischen dem Lehrstuhl für Geographie der WU Pilsen und dem Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie der TU Chemnitz vielversprechend ist. Gleichzeitig muß ich feststellen, daß noch viele Möglichkeiten zur weiteren

Vertiefung der Zusammenarbeit offen sind. Unter Berufung auf die Beispiele der älteren Wachstumstheorien könnten wir unsere Hochschulen als Pole der grenzübergreifenden Kooperation bezeichnen, die Signale mit Wachstumseffekten in das Grenzgebiet senden. Wir haben dazu große Berechtigung, da wir mit jungen Leuten arbeiten, die häufig aus dem Grenzraum kommen oder Kontakte zu diesem Raum haben. Das garantiert die Übertragung der Idee der grenzübergreifenden Kooperation in diese Region. Wir, d.h. die Universitäten, können also das Bild eines "Europa ohne Grenzen" beweiskräftig ausgestalten.

Regionalentwicklung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im tschechisch-deutschen Grenzraum

Milan Jeřábek

1. Allgemeine und legislative Bedingungen auf nationaler und internationaler Ebene

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat in der Politik westeuropäischer Staaten einen hohen Stellenwert und gehört seit einigen Jahren auch zu den wichtigsten Aktivitäten der Tschechischen Republik im Bereich internationaler Beziehungen. Zum ersten Mal befaßte sich die Regierung der selbständigen Tschechischen Republik Ende 1993 mit diesem Thema: Es wurden zwei Papiere erörtert – vorbereitet vom Außen- und vom Innenministerium – die sich mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Nachbarstaaten bzw. der Zusammenarbeit innerhalb der betroffenen Gebiete auf lokaler Ebene beschäftigten. Gleichzeitig wurde eine komplexe Studie in Auftrag gegeben, die sowohl einen deskriptiven als auch einen analytischen Teil beinhaltete sowie weitere Vorschläge zur Lösung anstehender Probleme einschließlich der legislativen Anpassung umfaßte. Wiederholt setzte sich die tschechische Regierung mit dieser Problematik Anfang des Jahres 1997 auseinander. Von den staatlichen Stellen wird angeführt, daß es in den vergangenen drei Jahren zu merklichen Qualitätsverbesserungen und Festigung der Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gekommen ist, vor allem dank der Aktivitäten des Außenministeriums der Tschechischen Republik – etwa in Form von bilateralen Regierungsübereinkommen.

Die Analyse des gegenwärtigen Standes der Zusammenarbeit bildet eine der Grundlagen für die Beurteilung eines möglichen Beitritts der Tschechischen Republik zum Europäischen Rahmenabkommen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen territorialen Behörden sowie der Festlegung des Beitrittszeitpunktes. Das heißt, es bedarf einer offiziellen Erläuterung, inwieweit solche Aktivitäten zur Stärkung guter nachbarschaftlicher Beziehungen bereits außerhalb dieses Abkommens bestehen. Die Verpflichtungen, die sich daraus ergeben, sind innerhalb eines bestimmten Rahmens nach innerstaatlichem Recht der Tschechischen Republik erfüllbar, das die Möglichkeiten einer

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Gemeinden, Städte und ihrer Verbände regelt. Die Ratifikation des Vertrages kann man als eine der Bedingungen zur vollwertigen Eingliederung der Tschechischen Republik in die Europäische Union betrachten. Die gesetzgebenden Organe haben daher der tschechischen Regierung 1994 empfohlen, diesem Abkommen beizutreten; zumal unter innen- wie auch außenpolitischen Gesichtspunkten keine Hindernisse existieren.

Erhöhte Aufmerksamkeit widmet das Abgeordnetenhaus des tschechischen Parlaments der grenznahen Zusammenarbeit: unter anderem wurde beim Auswärtigen Ausschuß ein Unterausschuß für grenznahe und regionale Zusammenarbeit eingerichtet. Unterzeichnete Abkommen und Programme werden – einschließlich der langfristigen Ziele – im Einklang mit innerstaatlichen Rechtsnormen und den Grundsätzen tschechischer Außenpolitik realisiert.

Die Beteiligung von Gemeinden und Städten als selbstverwaltete Organe an Maßnahmen mit grenzüberschreitendem Charakter ist im wesentlichen nicht beschränkt. Auf der Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Gemeindegesetzes können Gemeinden und Gemeindeverbände auch mit juristischen Personen anderer Staaten – etwa kommunaler Gebietskörperschaften – zusammenarbeiten und Mitglieder von deren internationalen Zusammenschlüssen werden. Hiervon zu unterscheiden ist nach dem geltenden Gesetz die Stellung der Kreisämter als Organe der Staatsverwaltung: „Die Kreisämter können mit Zustimmung der Kreisversammlung und des Innenministeriums in regionale Verbände mit auswärtigen Partnern eintreten. Kreisämter können jedoch nicht Interessengemeinschaften juristischer Personen beitreten.“ Nach Umfang und Charakter ihres Wirkungsbereiches entsprechen die Kreisämter nicht immer den grenzübergreifenden regionalen Organen der Partnerstaaten.

Im April 1995 hat die Regierung beschlossen, ein „Abkommen zwischen den Regierungen der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Konstituierung der tschechisch-deutschen Regierungskommission zur Entfaltung der Zusammenarbeit zwischen der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland einschließlich ihrer Bundesländer, vor allem in den grenznahen Gebieten“ zu treffen. Bislang erhielt die tschechische Seite keine Antwort auf diesen Vorschlag, dessen Entwurf unmittelbar vor der Vollendung steht. Darüber hinaus arbeiten durchgehend mehrere Regierungskommissionen (die tschechisch-bayrische, die tschechisch-sächsische und die tschechisch-badenwürttembergische Kommission) an der Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit einzelnen deutschen Bundesländern. Eine intensive Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik besteht bereits im Rahmen der Programme „Phare CBC“ und „Interreg II“.

2. Die Bildung von Euroregionen und ihre Aktivitäten auf regionaler und lokaler Ebene

In den Jahren 1990 bis 1992 bestanden vereinzelte Kontakte zwischen selbstverwalteten Gebietskörperschaften beiderseits der Grenze zum Zweck einer gemeinsamen Organisation kleinerer Aktivitäten, meist kulturellen, sportlichen oder bildenden Charakters. Man kann dies als ausschließlich grenznahe Zusammenarbeit bezeichnen, ohne klare Regelung der Abfolge oder Zuständigkeiten. Die anfänglich in gewissem Maße spontane Entwicklung dieser Aktivitäten hat sich durch die Bildung von Verbänden der Städte und Gemeinden – der Euroregionen – stabilisiert.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Euroregionen erweitert sich schrittweise hin zur Bearbeitung weiterer gemeinsamer Problembereiche regionalen Charakters, wobei die Notwendigkeit einer Zusammenfassung von Finanzmitteln zur Realisierung anspruchsvollerer Aktionen zunehmend erkannt wird. Inhaltlich konzentriert sich die Zusammenarbeit auf die Bereiche „Wirtschaftliche Kooperation“, „Umwelt“, „Verkehr“ und „Fremdenverkehr“. Der Großteil der tschechischen Mitglieder der Euroregionen befindet sich im Entwicklungsstadium der Bildung der für die grenzübergreifende Arbeit erforderlichen Organisationsstrukturen. Auf dem Gebiet der Tschechischen Republik sind zur Zeit offiziell insgesamt sechs Zusammenschlüsse von Städten und Gemeinden registriert, die Aktivitäten entwickeln und wovon fünf an der Grenze zur Bundesrepublik liegen (vgl. Tab. 1). Unter den Gesichtspunkten des Entwicklungsstadiums der inneren Organisation, der Form und des Umfangs der Zusammenarbeit im nationalen Teil sowie der Qualität der Kooperation mit dem auswärtigen Partner ist die Arbeit der „Euroregion Neiße“ am besten zu bewerten.

Tab. 1: Tschechisch-deutsche Euroregionen

Name	Gründungs- jahr	Mitglieder in der Tschechi- schen Republik
Nisa/Neiße/Nysa	1992	124
Labe/Elbe	1992	184
Krušnohoří/Erzgebirge	1992	72
Šumava/Bayrischer Wald-Mühlviertel	1993	82
Euregio Egrensis	1992	27

Aufgrund der geplanten Integration weiterer osteuropäischer Staaten in die europäischen Strukturen wird die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit weiterhin zunehmen. Darum ist es wichtig, die schon erfolgreich realisierten oder sich noch in der Vorbereitung befindenden Projekte im Rahmen der EU-Programme vorzustellen. Zu diesem Zweck entstand die zweite Ausgabe des „Praktischen Wegweisers“, der neben grundlegenden Informationen und einer Adressenübersicht vor allem eine Darstellung der Organisationsstrukturen grenzüberschreitender Zusammenarbeit sowie der einzelnen Tätigkeitsbereiche beinhaltet. Beide Ausgaben des „Praktischen Wegweisers“ sind reich mit konkreten Beispielen dokumentiert (vgl. Tab. 2); keine Vorhaben aus dem tschechisch-deutschen Grenzgebiet gibt es lediglich für die Bereiche „Raumplanung“, „Schulwesen und Bildung“ sowie „Entwicklung des Arbeitsmarktes“.

Tab. 2: Praktischer Wegweiser für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGEG + EU/Regional Policy and Cohesion (1997))

Bereich	Gebiet	Inhalt
1. Strukturen der Zusammenarbeit	Euroregion Elbe/Labe	Organisationsstrukturen
2. Wirtschafts- entwicklung	IHK Annaberg- Buchholz und HK Sokolov	Kontaktzentrum der Handels- kammer für die tschechisch- sächsische Handelskooperation
3. Verkehr und Infrastruktur	Schöna- Hřensko	neuer Fährdienst in der Euroregion Elbe/Labe
4. Tourismus	Bädergebiet der Euregio Egrensis	grenzüberschreitende Leitungs- und Marketingstrategie von zwölf Heilquellen und Bädern
5. Umwelt	Bärenstein- Vejprty	grenzüberschreitende Abwasserkläranlage
6. Gesundheits- und Sozialpflege	Dippoldis- walde	Ausbau der grenzüberschreitenden Arztstation
7. Medien und Kultur	Passau- Prachatice	Vereinigung der Museen „Goldener Steig“
8. Medien und Kultur	Euroregion Elbe/Labe	Olympiade für Kinder und Jugendliche
9. Medien und Kultur	Euroregion Elbe/Labe	grenzüberschreitender Kalender der Sport- und Kulturaktionen

- ad 1: Die Euroregion „Elbe/Labe“ (EEL) besteht aus zwei unabhängigen Verbänden, die eine allgemeine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit im Grenzraum getroffen haben. Das höchste politische gewählte Organ mit Entscheidungskompetenzen ist der Rat, der die strategischen Prioritäten für die Zusammenarbeit erörtert und billigt. Für die gesamte Leitung und Führung der Aktivitäten der EEL ist das Präsidium verantwortlich. Das Sekretariat, zusammengesetzt aus zwei selbständigen Ämtern auf jeder Seite der Grenze, ist für alle organisatorischen und technischen Fragen verantwortlich. Insgesamt acht Arbeitsgruppen vereinigen Vertreter regionaler und lokaler Organe, erörtern und planen Projekte und sind in gewissem Maße auch in deren Umsetzung eingebunden.
- ad 2: Das Kontaktzentrum der Kammern in Annaberg-Buchholz und Sokolov bemüht sich, Lücken im Informationsfluß und in den Wirtschaftskontakten für kleine und mittlere Betriebe zu überbrücken, die in der tschechisch-sächsischen grenznahen Region tätig sind. Ziel ist sowohl die Etablierung einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als auch die langfristige Sicherung der Konkurrenzfähigkeit ansässiger Unternehmen.
- ad 3: Der Straßengrenzübergang Hřensko-Bad Schandau ist vor allem aufgrund der steigenden Anzahl an Touristen, die dem Elbsandsteingebirge zusteuern, überfordert. Die bereits realisierte, saisonal betriebene Personenfähre über die Elbe trägt wesentlich zur Verkehrsentlastung bei. Gleichzeitig wurde sie zu einem wichtigen Beitrag für eine umweltfreundliche wirtschaftliche und touristische Entwicklung der Region.
- ad 4: Ziel des „Bäderkonzeptes“ ist es, das Gebiet des Dreiländerecks Böhmen – Sachsen – Bayern als „Kurherz von Europa“ zu etablieren. Neben dem Ausbau der Infrastruktur betrifft dies vornehmlich Maßnahmen im Bereich der Werbung, so zum Beispiel den Entwurf eines gemeinsamen Emblems, die Konzeption einer Wanderausstellung „Quelle des Lebens – Quelle der Gesundheit für die ganze Welt“, die Herausgabe einer gemeinsamen zweisprachigen Broschüre sowie eines Veranstaltungskalenders.
- ad 5: Aufgrund eines kurzfristigen Abkommens werden die Abwässer aus Bärenstein und Umgebung in die Kläranlage von Vejprty eingeleitet. Nach Beendigung der grenzübergreifenden Baumaßnahmen an den Abwasserbeseitigungsanlagen wird eine

- dauerhafte Verbindung bestehen, die zum Schutz der Wasserqualität in beiden Gemeinden beitragen und eine weitere gemeinsame Entwicklung unterstützen soll.
- ad 6: Die Stadt Dippoldiswalde liegt an der Europastraße E 55, in der Nähe des Grenzübergangs Cínovec-Zinnwald am Fuße des Erzgebirges. Die Maßnahmen zur Verbesserung der bisherigen mangelhaften örtlichen Gesundheitsfürsorge – teilweise auch für tschechische Touristen – wird vom lokalen ärztlichen Dienst und dem Deutschen Roten Kreuz unterstützt. Der Aufbau einer effektiven Organisation und die Gewährleistung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes stellen ein Beispiel für weitere Regionen dar.
- ad 7: Der „Goldene Steig“ ist die ehemalige Salzstraße, im Mittelalter einer der am meisten genutzten Handelswege Mitteleuropas. Gegenstand des Projektes ist zum einen die gemeinsame Einrichtung von vier Museen, zum anderen aber auch Forschungsaktivitäten, die der Sicherung der unversehrten Trassenabschnitte der ehemaligen Handelsstraße auf tschechischer Seite dienen.
- ad 8: Seit 1993 finden in der Euroregion „Elbe/Labe“ regelmäßig Sportveranstaltungen statt, abwechselnd auf tschechischem und deutschem Gebiet. Der sportliche Wettbewerb trägt zur Vertiefung des Verständnisses zwischen Kindern beider Staaten bei.
- ad 9: Der Kalender gemeinsamer Sport- und Kulturveranstaltungen enthält sowohl einen Überblick der kulturhistorischen Denkmäler und Sehenswürdigkeiten als auch ein vierteljährlich aktualisiertes Programm der Kreise und Gemeinden der gesamten Euroregion „Elbe/Labe“. Die Herausgabe des Kalenders folgt einer jahrhundertelangen regionalen Tradition und dient der Vermittlung der tschechischen und sächsischen Kultur an die Menschen beiderseits der Grenze.

3. Individuelle Wahrnehmung der Grenzsituation im Kreis Teplice

Im Rahmen der Erarbeitung eines Entwicklungsprogrammes für den Kreis Teplice wurde im April 1997 eine soziologische Untersuchung durchgeführt, deren wichtigste Ergebnisse nachfolgend vorgestellt werden sollen. Hauptanliegen der Studie war die Verifizierung vorgeschlagener Ideen und Maßnahmen; gleichzeitig bot sie jedoch auch die Möglichkeit, die Öffentlichkeit schon im

Vorfeld des Entwicklungsprogrammes einzubeziehen. Befragt wurden 333 Einwohner, das sind über drei Prozent der gesamten Kreisbevölkerung ab 15 Jahre. Ein Teil der Fragen war auch der Grenzlage des Kreises und den grenzüberschreitenden Beziehungen gewidmet.

Die Bewohner des Kreises Teplice haben zur Grenzöffnung eine eindeutig positive Einstellung: bei Vorgabe einer fünfstufigen Skala (1 = bester Wert, 5 = schlechtester Wert) wird die Grenzöffnung durchschnittlich mit der Note 2,1 bewertet. Eine relativ große Gruppe der Befragten (ein Viertel) bleibt jedoch in ihren Äußerungen neutral, jeder Zehnte beurteilt die Grenzöffnung zum Westen hin negativ. In der dazugehörigen offenen Frage begründen die Befragten ihre Antwort wie folgt: mehr als ein Drittel erwähnt die Freiheit des Reisens, circa derselbe Anteil schätzt die neuen Möglichkeiten, vor allem für die Wirtschaft, für das eigene Unternehmen und für die Zusammenarbeit. Zur Bewertung der politischen und ökonomischen Änderungen boten wir den Probanden eine vierstufige Skala an. Wiederum mehr als ein Drittel nahm die Konsequenzen der Grenzöffnung für ihre Gemeinde als bedeutend wahr, ein noch größerer Teil bewertete sie jedoch als nur durchschnittlich. Der Rest beschrieb einen geringen oder sogar keinen Einfluß.

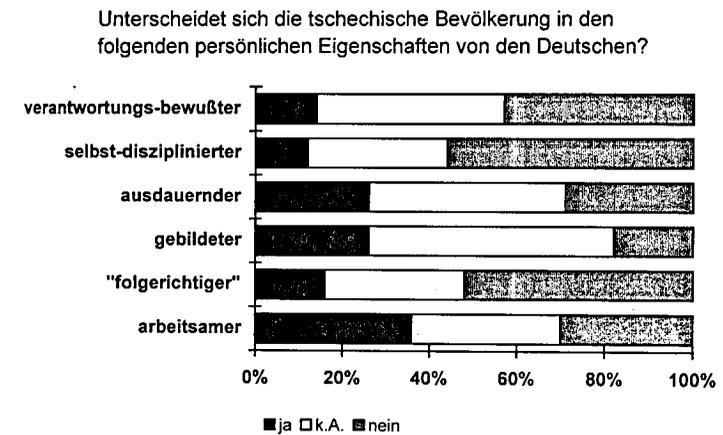
Das neue, vor allem im Grenzgebiet beobachtbare, Phänomen der Grenzgänger wurde allgemein positiv aufgenommen. Die günstige Bewertung betrifft sowohl die individuelle Ebene als auch die Pendler selbst: „sie nutzen die heutige Situation“, – diese Variante erhielt fast die Hälfte der gültigen Antworten. Rund einem Viertel der Befragten ist die Problematik gleichgültig, ein Zehntel ist dagegen, aber nur drei von zehn Bewohnern lehnen diese Form des Erwerbslebens strikt ab. Bis zu einem gewissen Grad befürworten die Befragten auch die positive Wirkungen der Grenzgänger auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland.

Soziologisch am ergiebigsten war die Bewertung der Eigenschaften oder Fähigkeiten der Bewohner beiderseits der Grenze als Vertreter eines potentiellen einheitlichen Arbeitsmarktes (vgl. Abb. 1). Die Befragten aus dem Kreis Teplice neigen zu der Ansicht, daß keine wesentlichen Unterschiede zwischen tschechischen und deutschen Arbeitnehmern bestehen. Die tschechischen Landsleute werden jedoch tendenziell als arbeitsamer (mehr als ein Drittel der Befragten stimmte dieser Äußerung zu) und gebildeter eingeschätzt. Die Deutschen seien dagegen verantwortungsbewußter, „folgerichtiger“ und selbstdisziplinierter.

Die Meinungen der Bewohner hinsichtlich der Tätigkeit deutscher Firmen und des Einsatzes deutschen Kapitals im Grenzgebiet sind bisher offensichtlich durch unzureichende Informationen geprägt. Befragt nach den Auswirkungen deutschen Engagements auf die Beschäftigungslage und die Schaffung von

Arbeitsmöglichkeiten (im Vergleich zum Inland) sah sich rund die Hälfte der Befragten nicht in der Lage, die Situation zu beurteilen bzw. erkannte keinen Einfluß. Ein Drittel geht davon aus, daß sich die Arbeitslosigkeit auf der tschechischen Seite des Grenzgebietes durch das deutsche Engagement verringere.

ABB. 1: Unterschiede der Eigenschaften zwischen Tschechen und Deutschen



Schon traditionell fragten wir nach Hindernissen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tschechien (vgl. Tab. 3). In Abweichung zu den Erhebungen früherer Jahre (1994 und 1996) betonten die Bewohner des Kreises Teplice als Haupthindernis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die sprachlichen Probleme: vier von zehn Befragten führten diese an erster Stelle auf. Nachfolgend genannt wurden Unterschiede in der Kaufkraft der Währungen – jeweils ein Viertel gab dies sowohl in der ersten als auch in der zweiten Nennung an – und im Nationalcharakter. Befragt nach dem zweitwichtigsten Hemmnis für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Deutschen führten die meisten Einwohner die geschichtlichen Ereignisse an, die als Erstgrund praktisch keine Bedeutung haben. Die sonstigen Antwortvorgaben werden nicht als Problem empfunden; dies gilt auch für Unterschiede in den Waren- und Dienstleistungspreisen, die sich zum Zeitpunkt der Untersuchung in etwa angeglichen hatten. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollte sich nach Meinung der Befragten eindeutig stärker auf die Umweltproblematik und den Naturschutz konzentrieren.

Tab. 3: Hindernisse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Charakteristik	1. Nennung (in %)	2. Nennung (in %)
Sprachunterschiede	41	0
Unterschiede im Nationalcharakter	24	11
Unterschiedliche Kaufkraft der Währungen	24	25
Unterschiedliche Waren- und Dienstleistungspreise	3	10
Unterschiedliches Infrastrukturniveau	2	3
Unzureichende grenzübergreifende Informationen	3	12
Unterschiedliche politische Systeme	1	5
Historische Ereignisse	2	32

Mehr als die Hälfte der Probanden sah in diesen Aufgabenfeldern die höchste Priorität für die Arbeit der Euroregion. An zweiter Stelle wurde die Regional- und Wirtschaftsentwicklung genannt. Die sonstigen Bereiche (vgl. Tab. 4) werden als nicht so geeignet für eine deutsch-tschechische Zusammenarbeit angesehen.

Tab. 4: Bevorzugte Bereiche der grenzübergreifenden Zusammenarbeit

Bereich	Gesamtnote
Regional- und Wirtschaftsentwicklung	2,5
Ausbau und Betrieb der technischen und Verkehrsinfrastruktur	3,4
Umweltproblematik und Naturschutz	1,8
Fremdenverkehr und Tourismus	3,1
Sozialentwicklung (Kultur, Sport, Gesundheitswesen usw.)	3,2

Als die günstigste Form der Zusammenarbeit sieht jeder zweite Befragte die gegenseitige Information über das aktuelle Geschehen an. Die andere Hälfte präferiert festere Formen der Zusammenarbeit, so zum Beispiel gemeinsame Verträge und freiwillige Koordination der Tätigkeiten mit einer einheitlichen Entscheidungskompetenz auf der regionalen und lokalen Ebene.

Tab. 5: Beurteilung des Niveaus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

A. In der Gegenwart	Nennungen (in %)
Entspricht den Möglichkeiten, die sich aus der historischen Entwicklung und der unterschiedlichen Ausgangslage ergeben	48
Ist ungenügend, die Ursache besteht in den ökonomischen, finanziellen und technischen Unterschieden	30
Ist ungenügend, die Ursache besteht in den gesellschaftlichen und politischen Unterschieden	12
Übersteigt die Möglichkeiten der Tschechischen Republik, da die Ungleichgewichte gegenüber den höherentwickelten Ländern zu groß sind	10

B. In der Zukunft	Nennungen (in %)
Wird sich weiter entwickeln, da sie für die Wirtschaft beider Staaten vorteilhaft ist	54
Wird sich weiter dynamisch entwickeln, wenn die beiden Staaten entsprechende Unterstützung leisten	25
Wird zurückgehen, da sie die Konsequenz von gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Veränderungen war	11
Wird sich auf dem gegenwärtigen Niveau einpendeln, da das Maximum bereits erreicht ist	10

Auf die Frage, wie sie die Qualität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Nordböhmen und Sachsen bzw. Tschechien und Deutschland bewerten, hoben die Befragten sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft eine Antwortmöglichkeit jeweils besonders hervor (vgl. Tab. 5). Ungefähr die Hälfte der Probanden war der Meinung, daß das gegenwärtige Niveau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der historischen Entwicklung und den jetzigen Möglichkeiten entspräche. Jeder Zweite geht auch davon aus, daß sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zukünftig weiterhin positiv entwickeln wird, da sie für beide Seiten vorteilhaft ist, insbesondere was wirtschaftliche Interessen anbelangt. Vier von zehn Befragten werteten die Zusammenarbeit jedoch als ungenügend; bei der Benennung der Gründe überwiegen eindeutig die noch bestehenden wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Unterschiede in beiden Gesellschaften. Ein Viertel der Befragten erhofft sich zudem neben der spontanen Zusammenarbeit, daß die grenzübergreifende Entwicklung durch die beiden Regierungen aktiv gefördert wird. Jeweils etwa zehn Prozent gehen jedoch davon aus, daß die grenzübergreifende Zusammenarbeit bereits ihr größtmögliches Ausmaß erreicht hat und sich auf dem gegenwärtigen Niveau einpendeln bzw. in Zukunft sogar rückläufig sein wird.

Wenig zufriedenstellende Ergebnisse ergaben sich für den Bekanntheitsgrad der in- und ausländischen Maßnahmen, Zusammenschlüsse und Förderprogramme im Bereich der Regionalentwicklung. Es ist aber erfreulich, daß die Euroregion „Elbe/Labe“ dabei generell sehr gut abschnitt: fast die Hälfte der Befragten nannte sie als konkretes Beispiel für entsprechende Aktivitäten. Den Übergang zwischen bekannt und unbekannt markierten die Nordböhmische Gemeindevereinigung und das EU-Programm „PHARE-CBC“ (zwei Drittel der Befragten kannten das Cross Border Cooperation-Programm nicht). Am wenigsten bekannt war den Befragten schließlich das EU-Programm „Interreg II“ (95 % konnten es nicht zuordnen) sowie die Regionalentwicklungsagentur mit Sitz in Most, die die wirtschaftliche Restrukturalisierung des nordböhmischen Beckengebietes fördern soll.

Fast die Hälfte der Bevölkerung bewertet die euroregionalen Aktivitäten entweder unter dem Gesichtspunkt des Nationalstaates als Mittel zur Überwindung der peripheren Lage (endogener Aspekt) oder zur Stärkung der individuellen Beziehungen mit Menschen auf der anderen Seite der Grenze (exogener Aspekt). Die andere Hälfte der Befragten verteilt sich gleichmäßig auf „Anhänger“ und „Gegner“ der Euroregionen. Zum einen vermissen die Einwohner in Nord- bzw. Nordwest-Böhmen Organe der Selbstverwaltung auf der mittleren Ebene und heißen daher diese Initiativen willkommen. Zum anderen sind sie gegen solche Einrichtungen, weil sie den deutschen Einfluß auf das Gebiet fürchten bzw. die individuellen Ambitionen Einzelner verurteilen.

Die Tätigkeit der Euroregionen wird allgemein positiv eingeschätzt. Aus Tabelle 6 kann man aber einen markanten Unterschied zwischen einem allgemeinen und einem konkreten Zugang erkennen: Während sich auf der allgemeinen Ebene der deutsch-tschechischen Beziehungen über die Hälfte der Befragten positiv äußerte, tat dies konkret für die Euroregion „Elbe/Labe“ überraschenderweise nur ein Drittel. Beachtenswert für beide Fälle ist auch der hohe Anteil derjenigen, die sich nicht in der Lage sahen, die Tätigkeit der Euroregionen zu beurteilen (19 bzw. 36 %).

Tab. 6: Bewertung der Tätigkeit der Euroregionen

Bedeutung der Euroregionen für die Zukunft...	allgemeine Bewertung			konkretes Beispiel genannt	im Vergleich zu den Möglichkeiten unzureichend	Verbesserung im zeitlichen Vergleich	keine Beurteilung der Situation möglich
	positiv	neutral	negativ				
... der tschechisch-deutschen Beziehungen (allgemeine Ebene)	56	6	12	2	1	4	19
... der Euroregion „Elbe/Labe“ (konkrete Ebene)	37	6	11	4	5	1	36

Umweltpolitische Zusammenarbeit im sächsisch - polnisch - tschechischen Grenzgebiet: Aufgaben und Perspektiven

Dieter Reinfried

1. Einleitung

In der Debatte über Sinn und Unsinn des Umweltschutzes, über die Kosten und die Belastungen für den Standort Deutschland und über die globalen Klimaveränderungen werden die Probleme, die bei uns vor der Tür liegen, immer noch verkannt. Damit meine ich nicht nur die fünf neuen Länder, sondern auch den mittel- und osteuropäischen Raum: Hier wird besonders deutlich, daß Umweltschutz an Grenzen nicht haltmachen kann. Die historischen und geographischen Verflechtungen in Mitteleuropa und vor allem die gemeinsamen Erfahrungen der letzten vierzig Jahre sind aber eine gute Ausgangsbasis, um Strategien für einen länderübergreifenden Umweltschutz zu entwickeln. Was wir brauchen, ist keine abstrakte Diskussion über die Kosten des Umweltschutzes. Wir müssen vielmehr nach praktischen Wegen suchen, die unsere natürliche Lebensgrundlage erhalten und mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang bringen. Dies ist eine heikle Aufgabe, denn nicht immer sind die Probleme gleichgewichtig zwischen den Staaten aufgeteilt. Aus diesem Grund benötigt man in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besonderes diplomatisches Geschick.

Sachsen und die angrenzenden Staaten waren und sind durch Umweltverschmutzung besonders betroffen. Nicht nur Sachsen, auch Nordböhmen und Niederschlesien sind hochindustrialisiert und haben eine hohe Bevölkerungsdichte. Besonders große Umweltbelastungen gingen in der Vergangenheit durch die Konzentration der Energieerzeugung aus Braunkohle hervor. Daraus resultieren die riesigen Braunkohletagebaue als sichtbarste Hinterlassenschaften der Vergangenheit. Und die Luftverschmutzung vor allem durch Großkraftwerke, die in den vergangenen Jahren eine der wichtigsten Aufgaben länderübergreifender Zusammenarbeit war. Diese Probleme sind auch in Zukunft nur gemeinsam lösbar. Weitere Aufgaben sind aber hinzugekommen.

2. Struktur und Aufgaben von Umweltschutz und Landesentwicklung im Freistaat

Besonders im Umweltschutz sind wir auf die Unterstützung durch die EU angewiesen und haben sie bisher auch großzügig erhalten. Ich kann Ihnen nicht den gesamten Aufbau der Umweltverwaltung auf europäischer und auf Bundesebene darstellen, sondern möchte mich auf die sächsische Struktur beschränken.

Das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung (SMU) ist zuständig für Fragen des Umweltschutzes, des Naturschutzes, der Sicherheit kerntechnischer Anlagen und der Landesentwicklung. Für dieses Aufgabenspektrum verfügt es über ca. 240 Mitarbeiter, die in 7 Abteilungen organisiert sind. Ein eigenes Referat der Stabsabteilung ist für EU-Angelegenheiten und Internationale Zusammenarbeit zuständig. Aufgrund der besonderen Notwendigkeiten des grenzüberschreitenden Umweltschutzes erscheint dies sinnvoll. Darüber hinaus gliedert sich die sächsische Umweltverwaltung folgendermaßen:

Das SMU ist die Oberste Landesbehörde. Ihr untersteht als obere technische Fachbehörde das Sächsische Landesamt für Umwelt und Geologie. Es ist zu erheblichen Teilen dem SMU spiegelbildlich aufgebaut. Auf der unteren Ebene gibt es Sonderbehörden, die mit den unteren Fachbehörden bei den Kommunalverwaltungen zusammenarbeiten. Die Staatlichen Umweltfachämter bringen in den Verwaltungsvollzug den technischen Sachverstand ein. Nationalparkverwaltung und Biosphärenreservatsverwaltung sind Sonderbehörden mit speziellen Aufgaben. Den Gesetzes- und teilweise auch den Fördervollzug nehmen als obere Landesbehörden die Regierungspräsidien wahr.

3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umweltschutz

Das "Salz in der Suppe" der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bilden die grenzüberschreitenden Projekte. Damit grenzüberschreitende Projekte sinnvoll ausgewählt werden können, müssen sie bestimmten Kriterien genügen. Diese wurden für die Förderung nach INTERREG II entwickelt, gelten im Grunde aber auch für den Einsatz von sächsischen Landesmitteln. Die Auswahl der Projekte richtet sich nach folgenden allgemeinen Prioritäten:

Priorität 1: Projekte mit echter grenzüberschreitender Zusammenarbeit; Priorität 2: Projekte mit grenzüberschreitenden Umweltschutzeffekten; Priorität 3: Projekte, die den strukturschwachen Grenzraum stärken

3.1. Förderung grenzüberschreitender Projekte aus Mitteln der EU

3.1.1. INTERREG II

Im Jahre 1990 wurde als Aktion der Europäischen Gemeinschaft für grenzüberschreitende Zusammenarbeit die Gemeinschaftsinitiative INTERREG beschlossen. Für die Gemeinschaftsinitiativen waren beim Beschluß über die Reform der Strukturfonds 9 % der Mittel zurückbehalten worden. Die Kommission hatte sich vorbehalten, diese Mittel im Rahmen von sogenannten Gemeinschaftsinitiativen nach eigenen Prioritäten zu vergeben. Eine der wichtigsten dieser Gemeinschaftsinitiativen ist INTERREG. INTERREG hat zunächst zum Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an den Binnengrenzen der Gemeinschaft zu fördern. Bereits kurz nach Inkrafttreten der Gemeinschaftsinitiative INTERREG begannen Verhandlungen über die Ausdehnung von INTERREG auch auf die EU-Außengrenzen.

Dies ist mit INTERREG II ab 1995 Wirklichkeit geworden. Für die Grenzregion der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU fehlte jedoch ein vergleichbares Förderinstrumentarium. Deshalb errichtete die EU in der Aktion PHARE eine besondere Haushaltlinie für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. An den EU-Binnengrenzen gibt es für jeweils eine Euroregion, die mindestens zwei, zum Teil sogar mehrere, Staaten umfaßt, nur eine Verwaltungseinheit, die INTERREG-Anträge bearbeitet. Diese ist in der Regel mit dem Büro der Euroregion identisch. Über die Anträge entscheidet dann auch nur ein gemeinsamer Lenkungsausschuß. Dieser Ansatz hat sich auf die EU-Außengrenzen als nicht übertragbar erwiesen.

So entscheiden jetzt beide Partner in eigener Zuständigkeit. Eine Abstimmung existiert nur dann, wenn sie aufgrund eines Projektes geboten ist.

Um Mittel aus INTERREG II abrufen zu können, mußte Sachsen zunächst ein sogenanntes operationelles Programm erarbeiten. Dieses Dokument beschreibt die Entwicklungsdefizite in den Fördergebieten. Anschließend wurden Förderbereiche definiert und diese nochmals in Handlungsfelder und Maßnahmengruppen unterteilt. Insgesamt stehen für den Förderzeitraum 1995 bis 1999 280 Mio. DM für INTERREG II in Sachsen zur Verfügung. Davon entfallen ca. 20 %, d. h. 57 Mio. DM, auf das Handlungsfeld Umwelt.

Der Begleitausschuß für INTERREG II in Sachsen hat vor kurzem beschlossen, daß zukünftig alle sächsischen Förderrichtlinien als Rechtsgrundlage herangezogen werden können. Allerdings muß die Regelung noch von der Kommission bestätigt werden. Die Projekte müssen natürlich zusätzlich den entsprechenden EU-Rechtsvorschriften - z.B. den Strukturfondsverordnungen - entsprechen.

3.1.2. PHARE - Crossborder

Das Gegenstück zu INTERREG II auf polnischer und tschechischer Seite ist das Programm PHARE - Crossborder. Hieraus werden Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie Projekte mit Effekten für den Nachbarstaat finanziert. Bei den Projektentscheidungen wird die sächsische Seite im Rahmen von regionalen Arbeitsgruppen beteiligt. Zukünftig müssen die Projekte in erster Linie den Vorbereitungen auf den EU-Beitritt dienen.

3.1.3. PHARE-Mehrländerumweltprogramm "Schwarzes Dreieck"

Ein Gebiet, das den größten Teil Sachsens, Nordböhmen und das südwestliche Polen umfaßt, wurde ab 1991 als sogenanntes "Schwarzes Dreieck" bekannt - ein sprechender Name. Die trilaterale Zusammenarbeit geht zurück auf ein Treffen der Umweltminister Deutschlands, Polens und der Tschechischen Republik 1991 im tschechischen Dobruška. Hintergrund war die katastrophale Umweltsituation in diesem Gebiet. Es umfaßt die Regierungsbezirke Dresden und Chemnitz in Sachsen, die polnischen Wojewodschaften Jelenia Góra (Hirschberg) und Walbrzych (Waldenburg) sowie den daran angrenzenden nordschlesischen Raum. In einem Gebiet von ca. 32.000 km² Größe, das waren nur 1,5 % der Fläche der Europäischen Union der Zwölf, entstanden damals 32 % aller Staubemissionen, 13 % der Schwefeldioxidemissionen und immerhin 3,3 % der Stickstoffoxidemissionen verglichen mit dem Schadstoffausstoß aller EG-Staaten.

In der Gewässerreinigung sah es kaum besser aus. Selbst große Städte verfügten über keine oder nur mechanische Kläranlagen. Das führte dazu, daß nicht nur der Zustand der Umwelt katastrophal war, sondern auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung sehr viel schlechter als in anderen Gebieten. Dieser katastrophalen Situation Rechnung tragend, hat die Kommission das PHARE-Mehrländerumweltprogramm „Schwarzes Dreieck“ aufgelegt.

Das wichtigste und größte Projekt des Programms ist das grenzüberschreitende Luftmeßnetz. Im Rahmen dieses Projektes wurden 43 Luftmeßstationen aufgestellt, 21 davon in der Tschechischen Republik, 10 in Polen und 12 in Deutschland. Die Luftmeßstationen arbeiten bereits, der grenzüberschreitende Austausch von Luftmeßdaten funktioniert bereits teilweise.

Ein Projekt zur Ausbreitungsrechnung von Luftschadstoffen kam bisher leider nicht zustande. Daneben fördert das Programm eine Reihe von kommunalen Umweltschutzprojekten in den Bereichen Immissionsschutz und Gewässerschutz. Außerdem ist das Programm ein wichtiges Diskussionsforum zum Austausch von Erfahrungen und Informationen.

3.2. Förderung grenzüberschreitender Projekte aus Mitteln des Bundes

Der Bund fördert im Rahmen seines Programms „Förderung von Investitionen mit Demonstrationscharakter zur Verminderung von Umweltbelastungen“ Umweltschutzpilotprojekte, wie z. B.

- die Sanierung nordböhmischer Kraftwerke
- die kommunale Abwasserbehandlung in Nordböhmen
- ein mobiles Meßsystem für Luftverunreinigungen.

Bisher erfolgte die Förderung ausschließlich in Form von Investitionszuschüssen. Künftig soll die Förderung stärker in Form von Zinszuschüssen zur Kreditverbilligung erfolgen. Dafür befindet sich z. Z. das Projekt „Umweltfreundliche Energie- und Wärmeversorgung in Cheb/Eger“ in Vorbereitung. Auf der Basis zusätzlicher Kredite ist das Förderinstrument für die Umwelt LIFE auch den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas zugänglich.

3.3. Förderung grenzüberschreitender Projekte aus Landesmitteln

Das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung kann ebenfalls grenzüberschreitende Umweltschutzprojekte fördern. Ziel ist es, grenzüberschreitende oder grenznahe kommunale Umweltprojekte in Polen und der Tschechischen Republik zu fördern und damit auch eine Verbesserung der Umweltsituation in Sachsen zu erreichen.

4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen

Im administrativen Bereich hat sich in den letzten Jahren eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen den drei Mitteleuropäischen Partnern entwickelt. Auf nationaler und regionaler Ebene haben sich tragfähige Strukturen und Gremien entwickelt, die der Information und der Auswahl förderfähiger Projekte dienen. Generell ist für die Außenbeziehungen zwar der Bund zuständig - beim Umweltschutz vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz (BMU) - der Freistaat arbeitet jedoch auf allen Ebenen intensiv mit und versucht im Rahmen seiner Möglichkeiten die Initiative zu ergreifen.

Leider müssen wir aber immer wieder feststellen, daß eine Landesregierung von der polnischen und besonders von der tschechischen Zentralregierung nur schwer als Gesprächspartner akzeptiert wird. Wir bemühen uns daher, bei unseren Nachbarn Verständnis für den föderalen Aufbau der Bundesrepublik und die damit verbundene Kompetenzverteilung zu wecken. Viele Fragen fallen

nun einmal in den Aufgabenbereich der Landesregierungen und können vom Bund nicht allein behandelt werden.

4.1. Deutsch-polnischer Umweltrat

Der deutsch-polnische Umweltrat ist eine Einrichtung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen. Delegationsleiter sind die Minister der beiden beteiligten Staaten. Der Sächsische Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung ist Mitglied der deutschen Delegation. Der deutsch-polnische Umweltrat trat zuletzt am 2. und 3. Juli 1996 in Dresden zu seiner 6. Sitzung zusammen. Die erste Sitzung fand am 12. September 1991 in Warschau statt. Der deutsch-polnische Umweltrat verfügt über sechs Arbeitsgruppen zu den Themen Kläranlage Swinemünde und Guben/Gubin, Fernwärmesystem Gleiwitz, Abfallexporte, Umweltbildung, Bodenschutz sowie Naturschutz. Das SMU ist bisher nur in der Arbeitsgruppe Naturschutz vertreten.

4.2. Deutsch-polnische Kommission für nachbarschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Darüber hinaus existiert seit April 1992 die deutsch-polnische Kommission für nachbarschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes (die sogenannte „Nachbarschaftskommission“). Ihre wichtigste Aufgabe war die Verhandlung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Die 6. Sitzung der Nachbarschaftskommission fand Ende April 1997 in Polen statt. In der Nachbarschaftskommission werden praktische Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie bei der Umsetzung von Projekten bearbeitet. Sie unterhält zwei Arbeitsgruppen zu den Themen Störfälle - sowie die Arbeitsgruppe „Umweltverträglichkeitsprüfung“.

4.3. Deutsch-polnische Grenzgewässerkommission

Ein weiteres wichtiges Gremium ist die deutsch-polnische Grenzgewässerkommission. Sie befaßt sich mit den Oberflächengewässern, die die Staatsgrenze queren oder parallel zu ihr verlaufen. Die Grenzgewässerkommission verfügt über fünf Arbeitsgruppen:

- die Arbeitsgruppe Hydrologie unter Leitung des sächsischen Landesamtes für Umwelt und Geologie,
- die Arbeitsgruppe Gewässerschutz,

- die Arbeitsgruppe für außergewöhnliche Verunreinigung, die vom SMU geleitet wird.
- die Arbeitsgruppe Gewässerunterhaltung,
- und die Arbeitsgruppe Planung.

4.4. Arbeitsgruppe SMU - Wojewodschaftsamt für Umweltschutz Jelenia Gora

Eine eigenständige Zusammenarbeit des SMU existiert mit der Wojewodschaft Jelenia Gora/Hirschberg. Wichtige Themen sind die Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II sowie auf polnischer Seite PHARE/CBC, die Tagebaue und Kraftwerke beiderseits der Grenze sowie weitere für beide Seiten wichtige Umweltprojekte. Auf der letzten Sitzung wurden z.B. die Fortschritte bei der Sanierung des Kraftwerkes Turow vorgestellt.

4.5. Zusammenarbeit im Rahmen von gemeinsamen Projekten

Ich möchte noch einige konkrete Beispiele der Zusammenarbeit darstellen:

1. Z.B. auf dem Gebiet des Naturschutzes. Hier wird mit Mitteln des SMU die "Erhaltung und Entwicklung der niederschlesischen Kiefernheide" gefördert. Die Mittel werden für den Einsatz von Fachkräften auch auf polnischer Seite zur Verfügung gestellt.
2. Zweites wichtiges Projekt ist die grenzüberschreitende Abwasserlösung Deschka/Piensk. Vier sächsische Gemeinden nördlich von Görlitz mit insgesamt 1.400 Einwohner leiten seit zwei Jahren ihr Abwasser in die Kläranlage des polnischen Piensk. Sie nehmen damit ca. 10 % der dortigen Kläranlagenleistung in Anspruch. Der Bau der Überleitungseinrichtungen sowie die Ausrüstung der polnischen Kläranlage wurden mit Mitteln des SMU gefördert.
3. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II wurde einem Antrag des Abwasserzweckverbandes Niederland (Hirschfelde) zugestimmt. Damit wird der Bau von Abwassersammlern gefördert - das dient der Reinhaltung der Neiße.
4. Mitte April 1997 fand ein Abfallsymposium in der Wojewodschaft Jelenia Gora statt. Ziel des Projektes ist es, Vertreter polnischer Kommunen fortzubilden und Kontakte zu sächsischen Vertretern der kommunalen und privaten Abfallwirtschaft herzustellen.
5. Im vergangenen Mai fand ein Workshop mit Vertretern der Kommunen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze zu „Grenzüberschreitenden Trink-

und Abwasserlösungen“ statt. Ziel war die Vorstellung der Kooperationsanleitung des LIFE-Projektes zu diesem Thema.

5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik

Das Netz länderübergreifender Zusammenarbeit im Umweltschutz zwischen Deutschland und Tschechien ist ähnlich dicht gewebt, wie das deutsch-polnische.

5.1. Deutsch-tschechische Gemeinsame Umweltkommission

Das wichtigste Gremium ist die Gemeinsame Umweltkommission. Sie arbeitet auf der Basis des im Oktober 1996 zwischen BMU und Tschechischem Umweltministerium abgeschlossenen Umweltabkommens. Die angrenzenden Länder Bayern und Sachsen sind Mitglieder. Die letzte Sitzung fand Anfang Juli statt. Arbeitsgruppen werden entsprechend dem Bedarf eingerichtet.

Bisher arbeitet die „Hochrangige Arbeitsgruppe Luft“ mit ihren Unterarbeitsgruppen „Geruchsbelastungen“, „Stromaustausch“, und „Luftreinhaltabericht Erzgebirge“ in denen das SMU vertreten ist. Damit sind die wichtigsten grenzüberschreitenden Umweltprobleme im Erzgebirge angesprochen. Fortschritte werden hier aber nur teilweise erreicht, weil sich beide Seiten nicht über die grundlegenden Ursachen der Luftverschmutzung und Geruchsbelastung im Erzgebirge einig sind. Wir erkennen die erheblichen Fortschritte der tschechischen Seite in diesen Fragen an, würden aber einen besseren Informationsaustausch sehr begrüßen.

5.2. Deutsch-tschechische Grenzgewässerkommission

Besser verläuft die Zusammenarbeit in der deutsch-tschechischen Grenzgewässerkommission. Hier arbeiten ein ständiger Ausschuß Sachsen und ein ständiger Ausschuß Bayern, in deren Rahmen es wiederum verschiedene Arbeitsgruppen gibt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE), die seit dem Oktober 1990 sehr erfolgreich zur Verbesserung der Wasserqualität der Elbe beigetragen hat. Sie wird mittlerweile spiegelbildlich durch die Arbeit der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder zwischen Deutschland und Polen ergänzt.

Darüber hinaus existieren:

- eine sächsisch-tschechische Arbeitsgruppe unter Leitung der sächsischen Staatskanzlei zu regionalen Fragen
- eine Arbeitsgruppe Naturschutz
- eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen der Nationalparkverwaltung „Sächsische Schweiz“ und dem Aufbaustab des künftigen Nationalparks auf tschechischer Seite
- und eine intensive Zusammenarbeit des SMU mit den Außenstellen des tschechischen Umweltministeriums in Liberec und Chomutov.

Zusätzlich gibt es natürlich bilaterale Treffen zwischen den sächsischen, tschechischen und polnischen Umweltministern, die keinem festen Rhythmus unterliegen.

5.3. Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsamer Projekte

Die konkreten Projekte, die sich aus der sächsisch-tschechischen Zusammenarbeit im Umweltschutz ergeben haben, sind mittlerweile zu zahlreich, um sie hier alle aufzuführen. Sie umfassen zahlreiche Projekte in der grenzüberschreitenden Abwasserentsorgung, im Naturschutz, der Geologie und dem Immissionsschutz.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umweltschutz zwischen Sachsen, Polen und Tschechien ist heute Realität und funktioniert trotz der enormen rechtlichen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten sehr gut. Das liegt vor allem daran, daß die Initiative häufig von lokalen Stellen ausging, die von den Umweltbelastungen besonders beeinträchtigt waren. Z.B. haben Gemeinden, deren geographische Lage nur grenzüberschreitende Abwasserlösungen realistisch erscheinen lassen, schon sehr früh die Initiative ergriffen und mit ihren Nachbarn Kooperationen angestrebt - teilweise ohne rechtliche Grundlage. Ähnlich basiert die Zusammenarbeit bei der Luftreinhaltung im Erzgebirge auf dem massiven Drängen der lokalen Betroffenen. Der Prozeß ist also weitgehend von unten angeschoben worden und hat sich der Hilfe der EU bedient, um nationale Bedenken beiseite zu räumen. Deshalb ist es in Zukunft auch so wichtig, die Beitrittsverhandlungen mit den MOE-Staaten zu nutzen, um weiteren konkreten Projekten im Umweltschutz den Weg zu ebnet. Ich bin zuversichtlich, daß der Umweltschutz zu den größten Gewinnern nach der Aufnahme unserer osteuropäischen Nachbarn in die EU zählen wird.

6. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landesentwicklung

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landesentwicklung und Raumordnung berührt meistens Fragen, die sehr weit in die Gestaltungshoheit der jeweiligen nationalen und regionalen Verwaltungen eingreifen. Von der Aufstellung von Bauleitplänen der Gemeinden im Grenzgebiet, über regionale Planungen bis hin zu konkreten Investitionsvorhaben reicht das Spektrum der betroffenen Bereiche. Deshalb kommt es hier besonders auf einen sensiblen Umgang und eine vertrauensbildende Informationspolitik an.

6.1. Deutsch-Polnische Raumordnungskommission

Ich bin deshalb sehr froh, daß wir in der Deutsch-Polnischen Raumordnungskommission seit 1992 zu guten Ergebnissen gekommen sind. Uns ist es gelungen, raumordnerische Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze zu entwickeln.

Sie bilden drei Schwerpunkte:

1. Schutz und die Entwicklung von Naturräumen, der Landwirtschaft und des Tourismus;
2. Verbesserung der Siedlungsstruktur und
3. die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

Der Grenzraum wurde für die Untersuchung in drei Zonen mit abnehmender Dichte der Grenzbeziehungen eingeteilt.

6.2. Deutsch-tschechische Raumordnungskommission

Was sich zwischen Deutschland und Polen in der Raumordnung bereits bewährt hat, muß mit unserem südlichen Nachbarn erst noch in die Wege geleitet werden. Nach der Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Erklärung Ende Januar 1997 sind die Voraussetzungen zur Bildung einer entsprechenden Raumordnungskommission geschaffen. Für die Verhandlungen zur Gründung einer solchen Kommission ist der Bund zuständig. Der tschechische Vizeminister Linek vom Ministerium für Regionalentwicklung hat mir jedoch bereits im Juli in Prag versichert, daß die tschechische Seite daran Interesse hat. Ich bin deshalb zuversichtlich, daß wir in Kürze Fortschritte machen werden.

7. Folgerungen aus dem Sommerhochwasser '97

Das Sommerhochwasser in diesem Jahr hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, wie sehr wir auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit angewiesen sind. Es ist die Frage, ob wir daraus die richtigen Schlüsse ziehen und schnell handeln, bevor die Katastrophe wieder aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden ist. Bereits am 22. August 1997 fand in Stettin eine Konferenz der zuständigen polnischen, tschechischen und deutschen Minister in Anwesenheit von Vertretern der EU-Kommission statt. Die Konferenz hat sich auf Grundsätze für einen dauerhaften und präventiven Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder geeinigt.

Wichtigstes Ergebnis ist die Gründung einer trinationalen Arbeitsgruppe, die ein „Transnationales Handlungsprogramm für das Einzugsgebiet der Oder“ mit konkreten Lösungsvorschlägen vorlegen soll. Darüber hinaus haben die Minister anerkannt, daß es notwendig ist, Sofortmaßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene im Eilverfahren einzuleiten. Zugesagt wurden Mittel aus INTERREG und PHARE. Das SMU würde es sehr begrüßen, wenn ähnliche Vereinbarungen auch für die Elbe getroffen werden könnten.

8. Ausblick

Abschließend möchte ich noch auf die Perspektiven und zukünftigen Aufgaben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eingehen.

8.1. Umwelttechnologie

Für besonders interessant halte ich die Potentiale in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Gerade der Austausch von Umwelttechnologie und Umwelt-Know-how ist noch sehr ausbaufähig. Die mittel- und osteuropäischen Staaten befinden sich seit mehreren Jahren in einem tiefgreifenden Struktur- und Gesellschaftswandel. Die Neustrukturierung der Wirtschaft und des Gesellschaftssystems haben auch die über Jahrzehnte aufgetürmten Umweltprobleme stärker ins Bewußtsein der Verantwortlichen gerückt. Im Bereich des Umweltschutzes und der Umwelttechnik bieten sich unter diesem Gesichtspunkt viele Möglichkeiten. Die Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa stehen vor gewaltigen Investitionen in die Sanierung alter Industriestandorte und der Infrastruktur. Ver- und Entsorgungsstrukturen müssen z.T. neu aufgebaut werden. Weiterzubetreibende Altanlagen müssen mit moderner Filtertechnologie nachge-

rüstet werden, um die ehrgeizigen Ziele der nationalen Gesetzgebung, die im Hinblick auf einen möglichst frühzeitigen Beitritt zur EU gesetzt wurden, bald zu erreichen.

Der Freistaat Sachsen hat einen Großteil dieser Wegstrecke, auch Dank der großzügigen Hilfe der westlichen Bundesländer und der EU, bereits zurückgelegt. Dabei konnten viele Erfahrungen gesammelt werden; positive wie negative. Beide bilden heute einen wertvollen Erfahrungsschatz, der denen helfen kann, die nun vor den gleichen Aufgaben stehen, wie der Freistaat Sachsen vor einigen Jahren. Trotz dieser offensichtlichen Vorteile ist die Exportquote sächsischer Umwelttechnikunternehmen bisher relativ gering. Damit sich dies in Zukunft ändert, können die Unternehmen bereits seit knapp einem Jahr auf die Dienstleistungen des Internationalen Transferzentrums für Umwelttechnik (ITUT) in Leipzig zurückgreifen.

Ziel des ITUT ist die Unterstützung v.a. kleiner - und mittlerer Unternehmen beim Export von Umwelttechnik. Unterstützt wird das ITUT in seiner Arbeit von zehn Umwelt-Area-Managern, die in ausgewählten Regionen und Ländern die Märkte für Umwelttechnik beobachten und analysieren, und damit helfen, attraktive Märkte für deutsche Unternehmen zu identifizieren. Die Umwelt-Area-Manager für Polen und für die Tschechische Republik arbeiten bei den deutsch-polnischen Handelskammern in Warschau und Prag.

Im Rahmen seines "political-engineering" Konzeptes unterstützt auch das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung die sächsischen Hersteller von Umwelttechnik bei ihren Bemühungen auf ausländischen Märkten Fuß zu fassen. Beispielsweise wird sich das SMU gemeinsam mit sächsischen Unternehmen an der POLECO, der größten polnischen Umweltmesse, im November 1997 in Posen beteiligen.

Parallel dazu wird gemeinsam mit polnischen Fachleuten ein Symposium zu einem aktuellen Umweltthema veranstaltet. Bereits im Juli 1997 fand in Dresden ein Seminar zum Thema "Der polnische Markt für Umwelttechnik - Chancen und Hemmnisse für sächsische Unternehmen" statt, auf dem polnische und deutsche Fachleute über die Entwicklungen und Erfahrungen auf dem polnischen Markt diskutiert haben. Die Resonanz bei den Unternehmen war generell sehr gut.

8.2. INTERREG II C

Wichtig - besonders aus sächsischer Sicht - ist aber auch die Weiterentwicklung der EU-Förderprogramme. Seit Inkrafttreten der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung,

hat der Freistaat Sachsen eine wichtige Koordinationsfunktion übernommen. Für den Mittel- und Südosteuropäischen Kooperationsraum (auch CADSES-Raum genannt) liegt seit August '97 ein von der Kommission genehmigtes operationelles Programm vor. Die Federführung für die beteiligten Bundesländer dieses weit ausgreifenden Fördergebietes (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen) wurde Sachsen übertragen. Die Nationale Antragsstelle und das nationale Sekretariat für die Abwicklung des INTERREG II C - Programms ist das Institut für Ökologische Raumplanung in Dresden. Die Finanzabwicklung wird voraussichtlich über die Sächsische Aufbaubank erfolgen. Es liegen bereits interessante Projektvorschläge vor, z.B.

- zur Verkehrsinfrastruktur und Raumentwicklung im Korridor Berlin-Dresden-Prag-Wien-Norditalien bis nach Athen
- für Städtekooperationen zur Gewährleistung einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung und der Wettbewerbsfähigkeit im mittel- und südosteuropäischen Raum.

Damit haben wir die Möglichkeit, von Dresden aus die Entwicklungen des gesamten Raumes intensiv zu beobachten, zu unterstützen und sächsische Interessen mit in diesen Prozeß einzubringen.

9. Perspektiven

Zentraler Teil der internationalen Zusammenarbeit wird auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit den polnischen Grenzwojewodschaften und den tschechischen Institutionen sein, die für den Umweltschutz in den Grenzgebieten zuständig sind. Auch zukünftig wird der grenzüberschreitende Umweltschutz von erheblicher Bedeutung sein. Einige Probleme werden uns langfristig beschäftigen - ich denke an den Schutz vor Industrieunfällen oder die Auswirkungen der Braunkohleförderung und Stromerzeugung in Grenznähe. Ich hoffe, daß die Bedeutung des Problems grenzüberschreitender Luftbelastung in den nächsten Jahren abnimmt.

In vielen Bereichen tun sich neue Felder für eine partnerschaftliche, nicht problembehaftete Zusammenarbeit auf - das zeigen die gemeinsamen Sitzungen der Gremien. Zukünftig soll auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten über die Grenzgebiete hinaus stärker gepflegt werden. Dazu dienen die Besuche bei den Ministern bzw. Vizeministern der für Umwelt und Raumordnung zuständigen Ressorts der Nachbarstaaten. Gemeinsame Aktivitäten in Form von Ver-

anstaltungen und Messebeteiligungen sind Ausdruck dieser Bemühungen. Die Bedeutung Europas wird in Zukunft natürlich noch wachsen. Sachsen versteht sich in dieser Hinsicht als Brücke zwischen der EU bzw. der Bundesrepublik Deutschland und den zukünftigen Mitgliedsstaaten. Besondere Bedeutung kommt dabei der Unterstützung bei der schrittweisen Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Regionalpolitik zu, die sich nach Meinung der EU-Kommission in drei Stufen vollziehen wird:

1. durch die Anwendung der neuen Leitlinien für das PHARE-Programm
2. durch die Neuausrichtung des PHARE-Programms in Hinblick auf die EU-Osterweiterung,
3. durch die Eingliederung der Beitrittsstaaten in die Gesamtheit der Gemeinschaftsvorschriften - den sogenannten "acquis communautaire".

Dieser Prozeß wird die Gestaltungsmöglichkeiten für den Umweltschutz und die Raumordnung in Mittel- und Osteuropa erweitern. Mit der abnehmenden Bedeutung der Grenzen werden die Chancen für Kooperationen wachsen und die Probleme entsprechend abnehmen.

Chancen und Probleme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze

Peter Jurczek

Seit der politischen Wende Ende der achtziger Jahre haben die Interaktionen über die deutsch-tschechische bzw. deutsch-polnische Grenze hinweg in erheblichem Umfang zugenommen. Dazu zählen insbesondere Einkäufe, Ausflüge und Besuche von Verwandten, Freunden und Bekannten. Die Intensität derartiger Aktivitäten hat sich in der Zwischenzeit auf hohem Niveau eingependelt. Allerdings unterliegen diese in bezug auf ihre Reichweite, Standortwahl usw. einem stetigen Wandel. Im Gegensatz zu den offiziellen Kontakten über die EU-Außengrenze hinweg sind die aus privaten Motiven entstehenden räumlichen Kommunikationsmuster noch weitgehend unerforscht.

Während entlang der westdeutschen Staatsgrenze bereits eine langjährige Tradition in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit besteht, ist die Kooperation im deutsch-tschechisch-polnischen Grenzraum vergleichsweise neu. Dennoch ist frühzeitig versucht worden, der aktuellen Situation Rechnung zu tragen. Von deutscher Seite waren es vor allem die Landes- und Regionalplanung sowie die grenznah gelegenen Städte und Gemeinden, die entsprechende Kontakte zu den Fachbehörden der Nachbarländer bzw. -regionen geknüpft haben. Diesbezüglich kristallisierten sich Anfang der neunziger Jahre erste Probleme heraus, was sowohl auf die Unterschiedlichkeit der Planungsorganisation als auch auf einen häufigen Wechsel der Ansprechpartner in den administrativen Einrichtungen zurückzuführen war.

Nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Schwierigkeiten in den peripheren Räumen, die in Folge der Wende aufgetreten sind, mußte der Dialog über die Grenzen hinweg zwangsläufig intensiviert werden. Das größte zu lösende Problem war die Vermeidung bzw. Reduzierung von Verkehrs- und Umweltbelastungen. Obwohl hierfür in den letzten Jahren hohe Summen investiert worden sind, erfordert die Verbesserung der technischen Infrastruktur in Zukunft – vorrangig auf der tschechischen und polnischen, aber auch auf der ostdeutschen Seite – weitere Finanzmittel in erheblichem Umfang. Dagegen resultieren aus dem kleinen Grenzverkehr gewisse wirtschaftliche Impulse zugunsten des Dienstleistungssektors, insbesondere was den Einzelhandel und den Fremdenverkehr

anbelangt. Allerdings gehen mit diesen grundsätzlich positiven regionalökonomischen Effekten auch Probleme einher, die das jeweilige Grenzgebiet betreffen: beispielsweise zum einem, daß sich der rege Besucherverkehr und die damit verbundenen Ausgaben von Tschechen und Polen auf der deutschen Seite wieder rückläufig entwickelt haben (vgl. GÜNTNER und JURCZEK 1994); zum anderen, daß die Preise in den tschechischen und polnischen Läden sowie Beherbergungsstätten und gastronomischen Betrieben angesichts der zahlungskräftigen deutschen Kundschaft überdurchschnittlich angestiegen sind.

Ein Schritt zur Intensivierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit war die Gründung entsprechender Vereine, die in der Regel von Gebietskörperschaften, der Wirtschaft und sonstigen Einrichtungen der Region getragen werden. Sie haben unter anderem die Aufgabe, die Entwicklung über Grenzen hinweg zu fördern. Entlang der östlichen Grenze der Bundesrepublik Deutschland existieren derzeit acht solcher Euroregionen:

- Pomerania
- Viadrina
- Spree-Neiße/Nysa-Bobr
- Neiße/Nysa/Nisa
- Elbe/Labe
- Erzgebirge/Krušnohoří
- Euregio Egrensis
- Bayerischer Wald-Böhmerwald/Šumava-Mühlviertel

Voraussetzung für eine reibungslose grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind positive Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene. Diese sind in Polen derzeit etwas günstiger als in Tschechien. Trotz derartiger, übergeordneter Schwierigkeiten bemühen sich die Experten verschiedener Fachressorts, miteinander ins Gespräch zu kommen, Strategien für die Zukunft zu entwickeln, gemeinsame Konzeptionen zu erarbeiten und grenzübergreifende Kooperationsvorhaben zu realisieren.

Unabhängig von solchen positiven Ansätzen im Bereich der fachplanerischen Kommunikation ist davon auszugehen, daß innerhalb der Euroregionen erhebliche sozioökonomische Disparitäten vorherrschen. Dies impliziert ein Wohlstandsgefälle zwischen den bayerischen und den ostdeutschen sowie – in noch weitaus stärkerem Maße – zwischen den deutschen und den tschechischen bzw. polnischen Gebietsteilen der Euroregionen. Dennoch beginnen sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wenn auch sehr langsam, einander

anzugleichen (vgl. BARJAK und NAUJOKAT 1997). Dies ist beispielsweise auf die Privatisierung der Wirtschaft in Tschechien und Polen zurückzuführen, die das Land auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen beginnt. Im Herkunftsgebiet kritisch hinterfragt, lassen mittlerweile zahlreichen deutsche Unternehmer (z.B. der oberfränkischen Textilwirtschaft) im tschechischen Euroregionsteil produzieren. Dadurch werden in Böhmen Investitionen getätigt und neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. alte gesichert, was wiederum einen Anstieg des Wohlstands der dortigen Bevölkerung bewirkt. Dieser positive Trend – der durch die Verlagerung der Produktion in den Osten (z.B. Ukraine) bedroht ist – darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Anpassung der Lebensqualität im Untersuchungsgebiet noch viele Jahre beanspruchen wird.

Wie bereits erwähnt, stellen in den Euroregionen die Einrichtung einer eigenständigen Geschäftsstelle, dort vorhandenes fachliches Know-how und überdurchschnittliches Engagement – somit das Vorhandensein eines professionellen Managements – günstige Voraussetzungen dar, um die grenzüberschreitende Entwicklung zu beschleunigen. Völlig problemlos verläuft die insgesamt erfolgreiche Arbeit trotzdem nicht, denn es treten immer wieder Egoismen zwischen den Teilgebieten oder gewisse Konkurrenzsituationen zu den etablierten Stellen auf.

Ein weiterer positiver Aspekt ist die Bereitstellung von Fördergeldern, die den Euroregionen von der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt werden. Dabei kommt den Gemeinschaftsinitiativen „INTERREG“ (zugunsten der deutschen Seite) und „PHARE-CBC“ (zugunsten der tschechischen Seite) besondere Bedeutung zu. Nicht zuletzt als Voraussetzung, eine derartige finanzielle Unterstützung zu erhalten, dient eine sehr sorgfältig ausgearbeitete, in mehreren Etappen vonstatten gehende konzeptionelle Vorbereitung potentieller Fördermaßnahmen. Derzeit werden sowohl die grenzüberschreitenden Entwicklungskonzepte (vgl. LIPPERT 1997) und der Einsatz der INTERREG II-Mittel (vgl. INSTITUT FÜR STADTFORSCHUNG UND STRUKTURFORSCHUNG 1998) als auch die grenzübergreifende Zusammenarbeit generell (vgl. JERABEK 1995; JURCZEK u.a. 1997) evaluiert. Im Falle der hier exemplarisch herangezogenen Euregio Egrensis hat die konzeptionelle Vorgehensweise bis heute wie folgt ausgesehen:

- a) Durchführung einer Strukturanalyse mit
 - Bestandsaufnahme regionaler Strukturen und Entwicklungen
 - Stärken-Schwächen-Analyse
 - Handlungsbedarfen
 - Entwicklungsleitlinien und -zielen

- grenzüberschreitenden Maßnahmen durch Gutachter (vgl. JURCZEK u. a. 1994), im Auftrag zuständiger Staatsministerien.
- b) Zusammenstellung eines „Grenzübergreifenden Aktionsprogramms“ durch Gutachter (vgl. CIACCI u. a. 1994), im Auftrag zuständiger Staatsministerien.
- c) Erarbeitung eines „Operationellen Programms“ durch das jeweilige Wirtschaftsministerium.
- d) Umsetzung von Planungsmaßnahmen durch die Euregio Egrensis, meistens in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen (z. B. des Staates, der Region, der Kommune).

Zu Beginn der konzeptionellen Überlegungen stand die Analyse der Struktur und Entwicklung der Euroregionen im Vordergrund des Interesses. Dies war deshalb notwendig, weil zur Zeit der Wende nur sehr wenige fachplanerische Informationen über den jeweils benachbarten Grenzraum existiert haben. Später gewann die Erarbeitung konkreter, grenzübergreifend angelegter Projekte an Bedeutung (vgl. CIACCI u.a. 1994; JURCZEK u.a. 1996), um mit deren Hilfe zu einer raschen Weiterentwicklung der Euroregionen zu gelangen. Dabei wurden auch zahlreiche Maßnahmen zusammengestellt, deren Umsetzung zu einer Stärkung ihrer jeweiligen Teilgebiete führen sollte (vgl. JURCZEK 1996a; ROCH u.a. 1996).

Die Zusammenarbeit über die deutsch-tschechische Grenze hinweg wird von den staatlichen, regionalen und kommunalen Stellen gleichermaßen getragen. Während sich die Aktivitäten des Staates im wesentlichen auf hoheitliche Aufgaben beziehen, konzentrieren sich die regionalen und lokalen Einrichtungen auf eine Stärkung der Kooperation im Grenzraum. Dabei wird vor allem eine Zusammenarbeit auf kulturellen und sozialen sowie wirtschaftlichen Gebieten (z. B. Tourismus, Einzelhandel) verfolgt (vgl. JURCZEK 1996b, S. 40).

Was die Prioritäten der Aufgabenstellungen und Zielsetzungen betrifft, so ergeben sich – dargestellt am Beispiel der deutsch-tschechischen Euroregionen – gewisse Unterschiede hinsichtlich der Auswahl der Maßnahmenbereiche. Während alle fünf Euroregionen Aktivitäten im Bereich des Tourismus, des Sports und der Kultur sowie der Raumplanung vorsehen, widmen sich einzelne von ihnen darüber hinaus verschiedenen weiteren Aufgabenfeldern (vgl. Tab. 1). Am attraktivsten erscheinen den Verantwortlichen solche Vorhaben, die eine EU-Förderung erfahren können. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „PHARE“ gewährt die Europäische Union einem Zuschuß von etwa zwei Dritteln der Gesamtkosten eines relevanten Vorhabens im tschechischen bzw. pol-

nischen Grenzraum. Bei „INTERREG II“ wird idealtypisch von folgendem Finanzierungsmodus ausgegangen: bis zu 50 Prozent (in Bayern) bzw. 80 Prozent (in den neuen Bundesländern) der Projektkosten übernimmt die EU, rund 20 Prozent muß der in der Region investierende Projektträger aufbringen, der Rest entfällt gegebenenfalls auf den Bund oder/und das zuständige Bundesland. Während in den neuen Bundesländern im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „INTERREG II“ zwischen 1994 und 1999 überwiegend Maßnahmen der technischen Infrastruktur finanziell unterstützt werden, konzentriert sich die Förderung im bayerischen Grenzraum vorrangig auf die Verbesserung bzw. den Ausbau regionalökonomischer und soziokultureller Vorhaben (vgl. JURCZEK 1997).

Tab. 1: Prioritäten der Aufgaben und Ziele der deutsch-tschechischen Euroregionen (Quelle: BÜRKNER 1997, S. 101)

Maßnahmenbereiche	Euroregion				
	Bayer. Wald-Böhm-merw.	Euro-gio Egren-sis	Erz-gebir-ge	Elbe/Labe	Neiße/Nisa
Wirtschaftsentwicklung allgemein	×	×		×	×
Unternehmenskooperationen		×			
Tourismus	×	×	×	×	×
Verkehr	×	×		×	×
Umweltschutz		×	×	×	×
Gesundheits- und Sozialwesen				×	×
Bildungswesen	×	×	×		
Sport und Kultur	×	×	×	×	×
Feuer- und Katastrophenschutz			×	×	×
Raumplanung	×	×	×	×	×

× = Aufgaben-/ Zielschwerpunkt

Wie bereits angedeutet, sind zahlreiche Probleme zu beklagen, die die Zusammenarbeit über die deutsch-tschechische bzw. deutsch-polnische Grenze hinweg hemmen. Hierunter fallen beispielsweise die unterschiedlichen Verwaltungs- und Planungssysteme der beteiligten Länder, ebenso wie die hohe personelle Fluktuation der zuständigen Fachleute, insbesondere in Tschechien und Polen, teilweise auch in den neuen Bundesländern.

Von Nachteil ist gleichermaßen das Fehlen einhellig akzeptierter Staatsverträge, was zu einer verhaltenen Einstellung der Akteure in den Grenzräumen gegenüber der Kooperation mit ihren Nachbarn führen kann. Dadurch dezimieren sich jedoch entsprechende Aktivitäten, und die Zahl der realisierten Projekte mit grenzüberschreitender Wirkung wird unnötigerweise minimiert. Nicht zuletzt basiert das geschilderte zögerliche Verhalten, vor allem bei den Grenzraumbewohnern, vielfach auf gegenseitigen Vorurteilen, die sich in allen Euroregionsteilen etabliert haben: Im tschechischen und polnischen Grenzgebiet kursiert häufig die Angst vor einer deutschen Überfremdung. Zudem wehrt sich ein großer Teil der Bevölkerung Tschechiens vor einer vermeintlichen Einflußnahme durch sudetendeutsche Gruppen, die hauptsächlich in Bayern ausgemacht werden. Allerdings gibt es auch Vorbehalte gegenüber den Ostdeutschen, die 1968 den Einmarsch sowjetischen Militärs in die vormalige Tschechoslowakei unterstützt bzw. zumindest toleriert hätten. Des weiteren beklagen zahlreiche bayerische Akteure das geringe Engagement ihrer tschechischen Nachbarn (z.B. mangelndes Kooperationsvermögen, unzureichende Marketingkenntnisse und Managementfähigkeiten) und die hohe Förderkulisse ihrer ostdeutschen Partner. Schließlich führen viele Grenzbewohner in den neuen Bundesländern ihre Arbeitslosigkeit auf die nach Tschechien und Polen verlagerte Produktion zurück, was ihres Erachtens mit einem umfangreichen Abbau wirtschaftlicher Tätigkeiten im (ost-)deutschen Grenzraum einherginge.

Nach wie vor existiert ein deutliches Wohlstandsgefälle zwischen den deutschen und den tschechischen bzw. polnischen Grenzregionen. Letztere gehören zwar in ihren Ländern zu den sich (außer der jeweiligen Hauptstadt) am besten entwickelnden Gebieten, dennoch lassen sich die sozio-ökonomischen Disparitäten zwischen den Euroregionsteilen nur langsam abbauen.

Demgegenüber sehen die Chancen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze wie folgt aus: Nach der Wende setzte in den peripher gelegenen Grenzregionen ein überdurchschnittliches Engagement der Kooperationsbereitschaft mit den Nachbarn ein. Eine breit angelegte Aufbruchstimmung führte zu einer Vielzahl hochmotivierter Aktivitäten, die einerseits zur kurzfristigen Lösung aktueller Probleme (z. B. im Verkehrs- und Umweltbereich), andererseits zur langfristigen Entwicklung über die Grenze führen sollten.

Die Gründung von Euroregionen und die jeweilige Einrichtung einer Geschäftsführung haben zum Ziel, die grenzübergreifenden Aufgaben kompetent auszuführen und das regionale Management in den mit Humanressourcen in der Regel schlecht ausgestatteten Grenzgebieten zu intensivieren. Auf diese Weise erfolgt gleichermaßen eine Qualifizierungsoffensive in Form eines spezifisch ausgerichteten Regionalmarketings.

Von großer Bedeutung ist die Bereitstellung von Fördermitteln auf EU-, nationaler und regionaler Ebene. Dadurch fließen beachtliche Fördergelder in den Grenzraum und induzieren weitere Investitionen privatwirtschaftlicher, kommunaler und ähnlicher Entscheidungsträger. Nicht zuletzt trägt die steigende regionalökonomische Bedeutung der Grenzregionen zu einer Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades und zu einer Verbesserung ihres Fremdimages bei.

Schließlich vermag die grenzübergreifende Zusammenarbeit die komplexen Transformations- (vgl. KRÄTKE u.a. 1997) bzw. die folgenreichen Privatisierungsprozesse (vgl. BÜRKNER 1996) in den Grenzräumen der vormaligen sozialistischen Länder zu unterstützen. In den deutschen Bundesländern dagegen können auf regionaler Ebene erste Erfahrungen mit der anstehenden Integration neuer EU-Mitgliedsländer Ostmitteleuropas gesammelt werden. Insgesamt lassen sich die Erkenntnisse über die Chancen und Probleme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze auch im Zusammenhang mit der regionalpolitischen Weiterentwicklung Europas diskutieren (vgl. SCHABHÜSER 1993) und stellen somit gleichermaßen einen wertvollen Beitrag zur Einordnung von Grenzregionen in das für die Zukunft propagierte „Europa der Regionen“ dar.

Literatur

- BARJAK, F. und A. NAUJOKAT 1997: Grenzräume im unternehmerischen Standortkalkül: am Beispiel der neuen Bundesländer; IWH.
- BÜRKNER, H.-J. 1996: Dynamik des sozio-ökonomischen Umbruchs in Ostmitteleuropa: das Beispiel Nordwestböhmen, *Urbs et Regio*, Bd. 64, Kassel.
- BÜRKNER, H.-J. 1997: Euroregionen in Mitteleuropa zwischen Globalisierung und Regionalisierung; in: Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 55, S. 95–111, Berlin.

- CIACCI, C. u.a. 1994: Grenzübergreifendes Aktionsprogramm für Bayern - Böhmen - Sachsen - Thüringen; Dresden/Erfurt/München/Prag.
- INSTITUT FÜR STADTFORSCHUNG UND STRUKTURPOLITIK 1998: Evaluierungsstudie über den Einsatz der Strukturfondsmittel der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II in den Freistaaten Sachsen und Bayern; Berlin.
- JERABEK, M. 1995: Sozialgeographische Bewertung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit am Beispiel der bayerisch-sächsisch-tschechischen Euroregionen; in: Kommunal- und Regionalstudien, H. 23, S. 91–100, Kronach/München/Bonn.
- JURCZEK, P. und K. GÜNTNER 1994: Auswirkungen der Grenzöffnung auf Ober- und Mittelfranken: eine Bestandsaufnahme auf der Basis empirischer Erhebungen; Kronach/München/Bonn.
- JURCZEK, P. u.a. 1994: Grenzüberschreitendes Entwicklungskonzept für das Dreiländereck Bayern - Böhmen - Sachsen; Dresden/München/Prag.
- JURCZEK, P. 1996a: Planungsvorschläge für Nordostbayern aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger im Rahmen des Trilateralen Entwicklungskonzeptes; Chemnitz.
- JURCZEK, P. 1996b: Möglichkeiten und Schwierigkeiten der grenzüberschreitenden Entwicklung sowie Formen der grenzübergreifenden Kooperation im sächsisch-bayerisch-tschechischen Dreiländereck; in: Praxis Kultur- und Sozialgeographie, H. 15, S. 35–42, Potsdam.
- JURCZEK, P. u.a. 1996: Grenzüberschreitendes Entwicklungskonzept „Mittlerer bayerisch-tschechischer Grenzraum“; München/Prag.
- JURCZEK, P. 1997: Zwischenbilanz der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in den deutsch-tschechischen Euroregionen, dargestellt am Beispiel der EUREGIO EGRENSIS; in: Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Sonderband, S. 309–321, Augsburg.
- JURCZEK, P. u.a. 1997: Einschätzung der Entwicklung und Zusammenarbeit im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet: eine Beurteilung durch Bewohner der Euroregionen Egrensis und Erzgebirge; Chemnitz.
- KRÄTKE, S. u.a. 1997: Regionen im Umbruch: Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen „Ost“ und „West“; Frankfurt/M.
- LIPPERT, J. 1997: Grenzüberschreitende Entwicklungskonzepte: ein neuer Weg der bayerischen Landesplanung an der Ostgrenze der EU; Kronach/München/Bonn.

- ROCH, I. u.a. 1996: Das Sächsische Vogtland im Dreiländereck Bayern - Böhmen - Sachsen; IöR, Dresden.
- SCHABHÜSER, B. 1993: Grenzregionen in Europa; in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10, S. 655-668.

Sicherheitspolitische Kooperation zwischen Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik

Wolfram Hilz

Einleitung

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bestehen nach Ansicht von Experten in Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten Polen und Tschechien die größten sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht so sehr im militärischen Bereich, sondern eher bei der wirtschaftlichen, demokratischen, ökologischen und der sog. „inneren Sicherheit“.¹ Deshalb liegt diesem Beitrag die Perspektive eines erweiterten Sicherheitsbegriffs zugrunde, der über die rein militärische Sicherheit hinausgeht.

Aufgabe jeglicher Sicherheitspolitik ist es, das Entstehen von Konfliktpotentialen zu verhindern bzw. bereits bestehende abzubauen sowie generell Kooperation zu fördern. Insofern stellt sich die Frage, in welchen Bereichen Konfliktpotentiale zwischen Deutschland und seinen Nachbarn Polen und Tschechien existieren bzw. zu entstehen drohen und wieweit die Kooperation in sicherheitsrelevanten Bereichen schon gediehen ist.

Für die Bundesrepublik, wie für alle westlichen Industrienationen, fand mit dem Ende des Kalten Krieges und der Öffnung der Grenzen nach Osten auch die einfache - „bequeme“ - Lösung der Sicherheitspolitik im Herzen Europas ihr Ende. Es tauchte eine Vielzahl neuer sicherheitspolitischer Aufgaben auf, die während des Ost-West-Konflikts entweder nicht existierten (Bsp. Migrationsströme) oder aufgrund der Kooperationsbarrieren als unlösbar galten (Bsp. Umweltgefährdungen). Sehr schnell stellte sich heraus, daß umfassende Sicherheit miteinander sehr viel schwieriger herzustellen ist als rein militärische Sicherheit voreinander.

Nicht alle oben genannten Bereiche der Sicherheit sind gleich stark von der Kooperation zwischen den hier betrachteten Staaten abhängig, vielmehr geht es z.B. in den Bereichen ökologische und innere Sicherheit u.a. um die Bereit-

¹ Vgl. Polen, in: Gießmann, Hans-Joachim/Schlichting, Ursel (Hrsg.): Handbuch Sicherheit: Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten - Fakten - Analysen, Baden-Baden 1995, S. 240f.

schaft der Reformstaaten, sich den sog. „westlichen“ Standards anzunähern. Das Erreichen dieser „westlichen“ Standards liegt ebenso im Eigeninteresse der sich politisch und ökonomisch reformierenden Staaten Mittelosteuropas wie seiner westlichen Nachbarn, insbesondere der Bundesrepublik. Es stellt sich zunächst die Frage, wo die wesentlichen Sicherheitsinteressen in den deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechischen Beziehungen liegen?

Alle drei Staaten sind an Stabilität sowie an einer Ausweitung der Stabilitätszone in Europa nach Osten interessiert. Für die Bundesrepublik ist sowohl die politische Stabilität als auch der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern langfristig nur zu sichern, „wenn die europäische Stabilitätszone möglichst weit nach Osten verschoben wird“.² Sicherheit für die deutschen Nachbarn im Osten bedeutet damit größere Sicherheit für Deutschland selbst. Polen und Tschechien benötigen Stabilität und Sicherheit zur ungestörten Fortsetzung ihres ökonomischen und politischen Reformprozesses.

Vor der Betrachtung der Herausforderungen sowie der Kooperationsschritte in den Bereichen militärische, ökologische und innere Sicherheit soll ein sicherheitsrelevanter Aspekt Erwähnung finden, der die zwischenmenschliche Ebene betrifft: das Sicherheitsempfinden und Bedrohungsgefühle in der Bevölkerung.

1. Unsicherheits- und Bedrohungsgefühle bei den deutschen Nachbarn

Objektiv betrachtet ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen bzw. Tschechien so gut wie nie zuvor. Trotzdem existiert, wie Wolf Oschlies es nennt, „bei den Nachbarn häufig eine anonym-irrationale antideutsche Haltung, die älteste Vorurteile und neuere Stereotype wiederbelebt...“³ Am aussagekräftigsten für diese deutsch-polnisch-tschechischen Befindlichkeiten und die Manifestation des Sicherheits- bzw. Unsicherheitsempfindens sind Stereotype, also immer wiederkehrende Ansichten, die unreflektiert wiederholt werden.

Auf deutscher Seite existieren weitverbreitete negative Stereotype gegenüber unseren östlichen Nachbarn, die aufgrund der unterschiedlichen Größe der Staaten weniger auf eine Bedrohung durch diese hinweisen, sondern mehr auf die antizipierte Instabilität in Polen und Tschechien und auf die behauptete

² Vgl. Bingen, Dieter: Deutschland, Polen und die europäische Integration, in: Montag, Claus/Sakson, Andrzej (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen. Bilanz nach fünf Jahren Nachbarschaftsvertrag, Potsdam 1996, S. 18.

³ Oschlies, Wolf: Tschechen, Polen, Deutsche 1990-1996, Teil I: Die Lage und die Stimmung, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 22-1996, S. 5.

Unzuverlässigkeit dieser Völker. Stellvertretend hierfür ist der Begriff der „polnischen Wirtschaft“, hinter dem sich die Vorstellung von Unordnung und Unfähigkeit zu kontrolliertem Handeln verbirgt.

In der tschechischen Bevölkerung existiert ein diffuses Bedrohungsgefühl gegenüber den Deutschen. Umfragen vor den tschechischen Parlamentswahlen am 1. Juni 1996 haben eine je nach Parteipräferenz unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung ergeben:

Von den Wählern der regierenden Demokratischen Bürgerpartei (ODS), die rund 30 % der Wählerstimmen erhielt, sahen ca. 32 % eine wirtschaftliche, ca. 27 % eine politische und ca. 18 % eine militärische Bedrohung durch Deutschland gegeben. Bei den Wählern der größten Oppositionspartei, den Sozialdemokraten (CSSD), die bei der Wahl rund 27 % der Stimmen erhielt, lagen die Werte bei rund 66 %, 35 % und 28 %. Diese Werte der größten Regierungs- und Oppositionspartei bilden dabei eher das untere Ende der Skala. Bei den Parteien an beiden Enden des Parteienspektrums (Kommunisten und Republikaner), die 10 % bzw. 8 % der Stimmen erhielten, reichen die Werte von rund 75 % bei der wirtschaftlichen bis ca. 40 % bei der militärischen Bedrohungswahrnehmung.⁴

Diese weitverbreitete Wahrnehmung Deutschlands und der Deutschen als Bedrohung ist, nach Ansicht der Beobachter, auf mehrere Faktoren zurückzuführen.

Zunächst ist ein genereller Informationsmangel über das heutige Deutschland - hinsichtlich der Stabilität der Demokratie oder der politischen Ziele der Parteien - und über das innenpolitische Gewicht der Sudetendeutschen, insbesondere ihrer radikalsten Vertreter, zu attestieren.⁵ Gleichzeitig wirkt die schleppende und von vielen Irritationen geprägte deutsch-tschechische Aussöhnungspolitik, v.a. im Kontrast zu den deutsch-polnischen Beziehungen seit 1990, nach. Außerdem betrieben die tschechoslowakischen und tschechischen Regierungen - wieder im Gegensatz zu den klaren polnischen Bekenntnissen - eine reservierte Politik gegenüber dem Westen bzw. Deutschland.

⁴ Vgl. ebenda, S. 30.

⁵ In einer von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Prag finanzierten Umfrage (rund 1300 Befragte) vom Mai/Juni 1995 sahen 37% der Befragten in den Besitzansprüchen der Sudetendeutschen eine Gefährdung von Integrität und Fortbestand der Tschechischen Republik! Gleichzeitig waren 34% der Ansicht, die Forderungen der Sudetendeutschen würden von der Bundesregierung mitgetragen! Daß mangelnde Information ein Hauptproblem darstellt verdeutlicht die Antwort von 88%, daß sie sich nicht ausreichend informiert fühlen und sich mehr Informationen wünschen. Vgl. Gabal, Ivan: Changing Czech Attitudes Toward Germany, in: Transition, Vol. 2 (1996) H. 3, S. 28.

Im deutsch-polnischen Verhältnis gibt es diese Bedrohungsvorstellungen fast nicht mehr, nachdem sich noch im Februar 1990 68 % der Polen durch die deutsche Vereinigung gefährdet fühlten. Im September 1994 empfanden nur noch 19 % eine deutsche Gefährdung, während nun 48 % der Befragten eine Bedrohung durch Rußland sahen. Es gibt jedoch eine beständige soziologisch-psychologische Erscheinung, die als „deutsches Syndrom“ bezeichnet wird. Darunter versteht man die Mischung aus negativen Erinnerungen an das durch Deutsche begangene Unrecht und aus großem Respekt vor den ökonomischen und kulturellen Errungenschaften Deutschlands, der häufig in ein Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den Deutschen mündet. Dies kommt in dem althergebrachten Satz zum Ausdruck: „Solange die Welt besteht, wird ein Deutscher nie eines Polen Bruder sein.“⁶

Dieser Exkurs über die nicht zu vernachlässigenden psychologischen Implikationen von Sicherheit verdeutlicht, daß die Perzeption des Nachbarn durch die Menschen nicht allein von der objektiven Sicherheitslage abhängt. Bis zur Herstellung eines Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung der beiden östlichen deutschen Nachbarstaaten bedarf eines langfristigen und kontinuierlichen Bemühens der politisch Verantwortlichen in allen drei Ländern.

Im folgenden sollen sicherheitsrelevante Politikbereiche - militärische, ökologische und innere Sicherheit - im deutsch-polnisch-tschechischen Nachbarschaftsverhältnis betrachtet werden, die Aufschluß über die objektive Sicherheitslage geben.⁷

2. Militärische Sicherheit

Sicherheit miteinander ist im militärischen Bereich immer auch Sicherheit voreinander. Deshalb darf das Streben der beiden deutschen Nachbarn nach Sicherheit auch vor Deutschland, zudem angesichts der jüngeren Geschichte, nicht überbewertet werden. Einen entscheidenden Schritt zur künftigen Sicherheit der Staaten Mitteleuropas vor Deutschland - der gleichzeitig ein hilf-

⁶ Vgl. Sakson, Andrzej: Die Deutschen in der öffentlichen Meinung der Polen, in: Montag, Claus/Sakson, Andrzej (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen. Bilanz nach fünf Jahren Nachbarschaftsvertrag, Potsdam 1996, S. 87ff.

⁷ Fragen der ökonomischen und demokratischen Sicherheit bzw. Stabilität sollen an dieser Stelle nicht untersucht werden. Siehe hierzu auch die Beiträge von Cornelius Ochmann und Gerd Tebbe in diesem Band. Ein guten Einblick in dieses Themenfeld bieten auch die einschlägigen Veröffentlichungen der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung zum Stand der Integrationsfähigkeit der MOE-Staaten.

cher Schritt für das sich vereinigende Deutschland war - taten Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, bereits im Frühjahr 1990, als sie sich auf der Tagung des Warschauer Paktes am 17. März 1990 in Prag weigerten, den sowjetischen Forderungen zuzustimmen, wonach ein vereintes Deutschland nicht NATO-Mitglied sein dürfe. Die drei Staaten plädierten im Gegenteil für eine feste Verankerung und Einbindung des größeren und stärkeren Deutschland im atlantischen Sicherheitsbündnis - v.a. aus eigenem Sicherheitsinteresse.⁸

2.1. Militärische Sicherheit durch die NATO-Annäherung der Reformstaaten

Im Zentrum des militärischen Sicherheitsinteresses stand und steht bei beiden hier zu betrachtenden Reformstaaten der Wunsch nach der NATO-Mitgliedschaft; d.h. eine multilaterale und keine bi- oder trilaterale militärische Lösung. Die Gründe hierfür liegen im wesentlichen im Wunsch nach Schaffung intraregionaler Stabilität, d.h. nach einer stabilen militärischen Ordnung in Mittel- und Osteuropa und in dem Vertrauen auf Sicherheit vor erneutem imperialem Streben der Nachbarn im Osten oder Westen. Gerade für Polen und Tschechen war der Wunsch nach enger Anbindung an den Westen bei gleichzeitig weiterhin fester Einbindung Deutschlands in die NATO ein zentraler Beweggrund für ihre sicherheitspolitische Orientierung. In beiden Reformstaaten stellt der Wunsch nach Einbindung in die stabilen westlichen Kooperationsstrukturen möglicherweise sogar eine größere Antriebskraft für den NATO-Beitritt dar, als die konkrete Angst vor einer russischen Aggression.⁹

Beide Staaten erhoffen sich jedoch durch die Einbindung in NATO und EU auch einen erhöhten Schutz bei Instabilitäten in Rußland oder seinen Randstaaten und den dann zu erwartenden Begleiterscheinungen wie Migrationsbewegungen oder ökologischen Katastrophen.¹⁰ Dabei ist für Polen die potentielle Bedrohung durch die Nachbarschaft zur russischen Exklave Kaliningrad greifbarer als für Tschechien.¹¹

⁸ Vgl. Wettig, Gerhard: Central European Security After the End of the Soviet Empire, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 17-1994, S. 9.

⁹ Vgl. ebenda, S. 10; Gareis, Sven Bernhard: Gemeinsam für Stabilität in Europa: Stand und Perspektiven der deutsch-polnischen Sicherheitskooperation, in: Montag, Claus/Sakson, Andrzej (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen. Bilanz nach fünf Jahren Nachbarschaftsvertrag, Potsdam 1996, S. 35.

¹⁰ Vgl. Stankovsky, Jan: Wirtschaftsbeziehungen und Sicherheitspolitik in Osteuropa, in: Europäische Rundschau, 23. Jg. (1995) H. 4, S. 42f.

¹¹ Dort befinden sich nach Schätzungen (aus dem Jahr 1992) noch ca. 300.000 bis

Bei der konkreten Vorgehensweise und Bewertung der NATO-Mitgliedschaft gab und gibt es zwischen Polen und Tschechien wesentliche Unterschiede. Während die Regierungen Polens, genauso wie jene Ungarns, bereits sehr früh die NATO als geeigneten Sicherheitsrahmen für ihren Staat betrachteten und einen Beitritt anstrebten, zog die tschechoslowakische Führung lange Zeit ein pan-europäisches System kollektiver Sicherheit als geeigneten sicherheitspolitischen Rahmen vor.¹² In Tschechien wird zudem häufig die Meinung vertreten, daß der Weg nach Europa nicht zwingend über eine spannungsarme Beziehung zu Deutschland führen müsse, sondern die Sicherheitsgarantien der NATO auch ohne „Anbiederung“ an die Deutschen zu bekommen seien. Aus polnischer Sicht ist das gute Verhältnis zu Deutschland ein zentrales Anliegen auf dem Weg zum NATO-Beitritt, auch als selbständiges Ziel. Bezeichnend ist, daß es in der tschechischen Politik im Frühjahr 1996 eine Phase gab, in der die NATO-Mitgliedschaft von vielen außen- und verteidigungspolitisch einflußreichen Politikern negativ bewertet wurde. Sie betrachteten die NATO-Osterweiterung auf einmal als deutschen Versuch, sich eine sicherheitspolitische Pufferzone zum russischen Einflußbereich zu schaffen, um selbst von der Frontposition in eine sicherheitspolitische Binnenzone rücken zu können. Es wurde befürchtet, daß Tschechien in der NATO wie die CSSR im Warschauer Pakt in die Opferrolle an der Front rücken würde.¹³ Dies ist ein weiteres Beispiel für die tief sitzende Unsicherheit gegenüber dem starken Nachbarn im Westen: Die deutsche Fürsprache für eine tschechische NATO-Mitgliedschaft wird mit Mißtrauen verfolgt und nach einem deutschen Hintergedanken dafür gesucht.

Auch in der Bevölkerung der beiden Reformstaaten gibt es Unterschiede in der Einschätzung der NATO-Mitgliedschaft. In Tschechien sprachen sich 1997 ca. 40 % für einen NATO-Beitritt aus; 1996 waren es gar nur 30 %.¹⁴ Nur 6 % fühlten sich über die NATO ausreichend informiert. Dies deutet auf ein erhebliches Informationsdefizit hin. In Polen sprachen sich dagegen 1997 90 % für den Weg in die NATO aus.¹⁵ Bei der Frage nach der größeren Bedeutung einer Partnerschaft mit Rußlands oder des NATO-Beitritts für die polnische Sicher-

400.000 ehemalige oder aktive russische Soldaten, da das ehemalige Königsberg als Rückzugsbasis für die ehemaligen sowjetischen Westtruppen dient. Vgl. Polen a.a.O., S. 235.

¹² Hiervon wich sie nach und nach ab, bis sie sich 1992 ebenfalls auf die NATO-Integration festlegte.

¹³ Vgl. SZ vom 27.2.1996, S. 4.

¹⁴ Vgl. FAZ 8.7.97. 1993 waren 42 % dafür und 22 % dagegen. Vgl. van den Doel, Theo: *Diversing Approaches: Developments in Central and Eastern Europe*, in: Algieri, Franco/Janning, Josef/Rumberg, Dirk (Hrsg.): *Managing Security in Europe: The European Union and the challenge of enlargement*, Gütersloh 1996, S. 53.

¹⁵ Vgl. NZZ 8.7.97. 1996 waren es 92%. Vgl. FAZ vom 18.3.96.

heit sprachen sich 19 % für ersteres, aber 61 % für letzteres aus.¹⁶

2.2. Schritte zur NATO-Kooperation

Die bisherigen Schritte zur Vorbereitung der NATO-Integration liefen über verschiedene Stufen der Gewöhnung aller Beteiligten an gemeinsame sicherheitspolitische Maßnahmen der ehemaligen Gegner. Darin eingeschlossen ist auch eine verstärkte militärische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik.

Die erste Kooperationsstufe war der NATO-Kooperationsrat (NAKR). Nach seiner Einsetzung 1991 bot er als Kommunikationsforum zunächst die Möglichkeit von Gesprächen zwischen den ehemals verfeindeten NATO- und Warschauer Pakt-Staaten. Die im Herbst 1993 vorbereitete und im Januar 1994 vorgestellte Partnerschaft für den Frieden (PfP) war eine Zwischenstufe. Für die beitragswilligen Staaten war die PfP trotz inhaltlicher Fortschritte in der Ost-West-Annäherung unbefriedigend, da der entscheidende Schritt - militärischer Beistand des Westens für die Reformstaaten - ausgeklammert blieb.¹⁷ Gleichwohl enthielt die PfP über verstärkten Informationsaustausch, gemeinsame Manöver und Ausbildungsmaßnahmen praktische Schritte zur Sicherheitskooperation.

Polen und Tschechien beteiligten sich als erste Staaten an der PfP und nutzten die Kooperationsmöglichkeiten bestens aus.¹⁸ Gerade angesichts des 1994 noch sehr starken Widerstands Rußlands gegen eine volle NATO-Integration ehemaliger Warschauer Pakt-Staaten schöpfte v.a. Polen die weitreichenden militärischen Kooperationsmöglichkeiten mit den NATO-Mitgliedern innerhalb der PfP voll aus. Es gab beispielsweise eine Vielzahl an Manövern und Übungen auf polnischem Staatsgebiet. Dadurch gelang es, Vertrauen und Wertschätzung bei den westlichen Kooperationspartnern für das eigene Bemühen und die militärischen Fähigkeiten zu erreichen.¹⁹

¹⁶ Vgl. Wolff-Poweska, Anna: *Paradigmen der gegenseitigen Wahrnehmung von Deutschen, Russen und Polen*, in: Montag, Claus/Sakson, Andrzej (Hrsg.): *Die deutsch-polnischen Beziehungen. Bilanz nach fünf Jahren Nachbarschaftsvertrag*, Potsdam 1996, S. 29.

¹⁷ Vgl. Wettig a.a.O., S. 12.

¹⁸ Polnisch-tschechische Manöver und Übungen wurden ausdrücklich als Kooperationen innerhalb der PfP betrieben und nicht als ein Ergebnis des Visegrad-Rahmens. Innerhalb der Visegrad-Statengruppe gab es zwar Konsultationen über Fragen der Ausrüstung und Ausbildung der Armeen, eine intensivere sicherheitspolitische Kooperation wurde jedoch einvernehmlich vermieden, da sie als hinderlich für eine rasche Aufnahme in die NATO betrachtet wurde. Vgl. Polen a.a.O., S. 247.

¹⁹ Vgl. Gareis a.a.O., S. 43.

Auch beim Grad der Anpassung an die NATO-Anforderungen gibt es merkbare Unterschiede zwischen den beiden Staaten. In Polen ist zum einen ein sehr starkes Bemühen um eine rasche und vollständige Umstellung auf die NATO-Standards erkennbar; zum anderen führten diese Bemühungen zu deutlich sichtbaren Erfolgen bei der sogenannten „Interoperabilität“ der polnischen Armee mit den NATO-Strukturen. Die polnische Armee erreichte ein Niveau hinsichtlich Sprachkenntnissen, Offiziersausbildung, westlichen Führungsgrundsätzen, Fernmeldewesen, Logistik, Luftverteidigung und -überwachung, das eine problemlose Zusammenarbeit Polens mit den NATO-Staaten erwarten läßt.²⁰ In Tschechien ist dagegen eine zwiespältige sicherheitspolitische Integrationsstrategie zu beobachten. Das Bekenntnis zur NATO-Integration wird kontrastiert von deutlichen Nachlässigkeiten beispielsweise bei der Bereitschaft der Offiziere, die NATO-Sprache Englisch zu lernen oder bei der klaren Ausrichtung der militärischen Strategie auf die zukünftigen Bündnisfordernisse.²¹ Die Gründe für diese inkonsequente NATO-Politik werden in der eigenen Selbstüberschätzung hinsichtlich eines sicheren NATO-Beitritts und in der fehlenden Bedrohung im Osten vermutet.

Trotz dieser Unzulänglichkeiten wurden die Bemühungen beider Staaten (sowie Ungarns) mit der Einladung zum NATO-Beitritt auf dem Madrider NATO-Gipfel vom Juli 1997 gekrönt. Damit ist für die Bewerber aber erst der Anfang auf dem Weg in die NATO gemacht. Bis zum Beitritt sind noch einige Anforderungen zu erfüllen, die vielfach unterschätzt werden. Diese sind aber auch für die regionale Sicherheit wichtig. Dabei handelt es sich u.a. um die dauerhafte Sicherung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft in den Bewerberländern, um die Entwicklung von Solidarität untereinander und mit den westlichen Staaten sowie um die Kompatibilität der Streitkräfte in Struktur und Ausrüstung.²²

Als Hürde bis zur NATO-Integration steht noch das Ratifizierungsverfahren der Erweiterungsabkommen in den 16 NATO-Staaten bevor. Weiterhin stehen den Bewerbern in der Finanzierungsfrage noch erhebliche Anstrengungen bevor. Anfang Oktober 1997 signalisierten ihnen die NATO-Mitglieder deutlich, daß

²⁰ Vgl. FAZ vom 9.7.97.

²¹ Angeblich hatten Anfang 1997 nur 112 von 27.000 Offizieren einen Englisch-Sprachtest absolviert. Vgl. FAZ vom 9.7.97.

²² Vgl. Wettig, Gerhard: Herkömmliche und neuartige Herausforderungen für die Sicherheit in Europa, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 22-1995, S. 7. In diese Richtung ging auch ein Kommentar von Bundesverteidigungsminister Volker Rühe anlässlich des Herbsttreffens der NATO mit den drei Kandidaten am 1.10.97 in Maastricht, als er den Strukturwandel anmahnte: „Den NATO-Offizier kann man sich nicht wie Waffensysteme einfach kaufen.“

sie die Kosten der Erweiterung - v.a. aufgrund der weiteren Anpassung der Militärstrukturen und Waffensysteme - im Wesentlichen selbst zu tragen hätten. Dadurch entstand für die potentiellen Beitrittsländer eine paradoxe Situation: Nachdem europa- und weltweit nach dem Ende des kalten Krieges die Erleichterung über die nun möglichen Abrüstungsmaßnahmen und Einsparungen in den Militärhaushalten überwog, erfordert die Anpassung an die NATO-Standards in Ausrüstung, Ausbildung und Armeestruktur nun erhebliche finanzielle Anstrengungen, die die Volkswirtschaften der Reformstaaten erheblich belasten.²³

Neben den direkten Bemühungen um den NATO-Beitritt gab es noch weitere sicherheitsrelevante Schritte der Reformstaaten zur militärischen Kooperation mit dem Westen, und damit auch mit Deutschland, u.a. im Rahmen der WEU und der IFOR-/SFOR-Mission in Bosnien. Gleichwohl sind alle diese Aktivitäten als Schritte zum Nachweis der NATO-Tauglichkeit zu sehen.

2.3. Bilaterale militärische Kooperationsschritte

Die bilateralen Kooperationsschritte Polens und Tschechiens, die sich ebenfalls im NATO-Kooperationsrahmen bewegten, waren von erheblicher Bedeutung für die Schaffung militärischer Sicherheit zwischen Deutschland und seinen beiden Nachbarn. Polen setzte bewußt auf enge militärische Kooperationsabkommen mit Deutschland aber auch mit den anderen NATO-Staaten, indem es seit Anfang der neunziger Jahre entsprechende bilaterale Vereinbarungen abschloß. Daß diese Abkommen auch mit Leben gefüllt wurden, zeigt die Vielzahl der Manöver und militärischen Übungen mit einzelnen NATO-Armeen v.a. mit der Bundeswehr.²⁴

Tschechien ist in dieser Beziehung ebenso auf gute Kontakte bedacht, betrieb jedoch keine so intensive Kooperationspraxis wie Polen. Deutsch-tschechische Übungen und Manöver waren seltener als deutsch-polnische.²⁵ Die bis Ende 1996 offenen Streitpunkte zwischen Deutschland und Tschechien hinsichtlich der Sudetendeutschen Frage wurden auf tschechischer Seite weniger als Sicher-

²³ Vgl. Jopp, Mathias: Developing a European Security and Defense Identity: the Specific Input of Present and Future New Members, in: Algieri, Franco/Janning, Josef/Rumberg, Dirk (Hrsg.): Managing Security in Europe: The European Union and the challenge of enlargement, Gütersloh 1996, S. 83.

²⁴ Vgl. Polen a.a.O., S. 242.

²⁵ Zu diesem Schluß kommt man, wenn man die aufgeführten Kooperationsprojekte vergleicht. Vgl. Polen a.a.O., S. 242ff.; Tschechische Republik, in: Gießmann, Hans-Joachim/Schlichting, Ursel (Hrsg.): Handbuch Sicherheit: Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten - Fakten - Analysen, Baden-Baden 1995, S. 392.

heitsbedrohung empfunden, denn als ein mögliches Hindernis für die NATO-Mitgliedschaft.

Für die Bundesrepublik sind die Bemühungen der beiden östlichen Nachbarn zur Integration in die Sicherheitsstrukturen des Westens, in denen die gleichgerichteten militärischen Sicherheitsinteressen der drei Länder zum Ausdruck kommen, ein Glücksfall. Durch den Wegfall der militärischen Bedrohung im Osten und entfiel die Notwendigkeit, sich selbst stärker sicherheitspolitisch zu engagieren.

3. Ökologische Sicherheit

3.1. Hauptprobleme ökologischer Sicherheit

In den Reformstaaten existieren erhebliche Altlasten aus Zeiten der Ost-West-Spaltung Europas. Beispielsweise wurden umweltgefährdende Einrichtungen wie emissionsintensive Kraftwerke verstärkt im grenznahen Bereich angesiedelt. Sie stellen damit eine besondere Belastung für die Grenzregionen dar, die ohnehin meist ökonomisch vernachlässigt wurden. Ein zusätzliches Problem ist die veraltete Sicherheits- und Verfahrenstechnik von Kraftwerken und Industrieanlagen in allen ehemaligen Ostblockstaaten.

Das größte Umweltproblem in den osteuropäischen Reformstaaten, und damit auch in den Grenzregionen, ist die jahrzehntelange massive Luftverschmutzung, die sowohl eine starke direkte Gefährdung für die Gesundheit der Bewohner dieser Gebiete darstellt, als auch über die Kontaminierung des Waldes, des Bodens und des Grundwassers negativ fortwirkt. Außerdem stellt die Verschmutzung der Grenzgewässer zwischen Deutschland, Polen und Tschechien - insbesondere von Oder, Neiße und Elbe - sowie der Ostsee eine große Umweltbelastung dar.

In den meisten Gutachten gilt Tschechien als das Land, das am meisten unter der Luftverschmutzung und ihren Folgen leidet, da der Anteil der emissionsintensiven Braunkohle an der Gesamtenergieproduktion enorm hoch war und ist: noch 1992 wurden 65 % der Primärenergie aus Braunkohle gewonnen und 75 % der Elektrizität ging daraus hervor. Die Kombination mit dem Erbe des Kommunismus, d.h. mit energieintensiver Schwerindustrie, die Anfang der neunziger Jahre noch 80 % des tschechischen Stroms verbrauchte, bei gleichzeitig niedrigen Strompreisen, verdeutlicht das tiefgreifende Problem.²⁶

²⁶ Vgl. Wedmore, Leah D.: Czech Nuclear Power Plant Controversy, in: RFE/RL Research Report, Vol. 3 (1994) H. 15, S. 28.

Bei der Schadstoffkonzentration durch Braunkohleverfeuerung gibt es selbst innerhalb Tschechiens erhebliche Unterschiede: Anfang der neunziger Jahre war die Schwefeldioxid-Konzentration in Nordböhmen, an der Grenze zu Sachsen, zwanzigmal so hoch wie im ohnehin schon stark belasteten nationalen Durchschnitt!²⁷ Damit handelt es sich bei dieser Umweltgefährdung um ein Nachbarschaftsproblem ersten Ranges. Allein der direkte Schaden wird auf Verluste von 100 Mio. Dollar jährlich im Agrarbereich und auf eine Vernichtung des Baumbestandes von insgesamt 60 % geschätzt. Nach UN/ECE-Angaben sind Polen und Tschechien in Europa die traurigen Spitzenreiter bei den Waldschäden mit 54,9 % bzw. 59,7 % geschädigter Waldfläche.²⁸

Der Hauptverursacher dieser grenzüberschreitenden Umweltgefährdung ist zwar die tschechische Republik, sie ist an der Misere jedoch nicht alleine schuld. Vielmehr sind es auch „deutsche“ und „polnische“ Emissionen, die einen erheblichen Teil zur hohen Schadstoffkonzentration in den Grenzregionen beitragen.²⁹ Diese Klassifizierung von Emissionen nach ihrer nationalen Provenienz macht die Unsinnigkeit der gegenseitigen Aufrechnung und den dringenden Kooperationsbedarf im Umweltsektor deutlich.

Daß die Alternativen zur Braunkohle als Hauptenergieträger in der Region keineswegs gefahrlos sind, zeigt die von Tschechien gewählte Variante des Ausbaus seiner Atomenergiekapazität.³⁰ Diese kann zu einer neuen Sicherheitsbedrohung für seine Nachbarn werden.

²⁷ Die unsanierte tschechische Kraftwerksleistung ist vom Winter 1991/92 von 4190 MW auf 530 MW im Winter 1997/98 zurückgegangen. Die nicht zu sanierenden Altkraftwerke (Tusmice I mit 330 MW und Ledvice mit 200 MW) werden Ende 1998 abgeschaltet. Damit wird sowohl dem tschechischen Luftreinhaltegesetz als auch den europäischen Emissionsgrenzwerten bei Großkraftwerken genüge getan. Vgl. „Sanierung und Stilllegung tschechischer Kraftwerke programmgemäß“, Pressemitteilung des SächStMUL vom 24.11.97.

²⁸ Deutschland lag mit 24,4 % geschädigter Waldfläche in Westeuropa auch über dem Durchschnitt. Vgl. Globus-Kartendienst, August 1995 (Quelle: UN/ECE); Lesch, Markus: „Über dem Erzgebirge ist Regen sauer wie Essig“, in: Die Welt vom 3.12.96; Wedmore a.a.O. S. 28.

²⁹ Alleine die Schwefeldioxidemissionen aus Sachsen betragen 1989 2 Megatonnen und waren damit doppelt so hoch wie in allen alten Bundesländern zusammen (bis Ende 1994 wurden diese um 51 % reduziert, die Staubemissionen sogar um 93 %). Im Riesengebirge stammen 52 % der Emissionen aus Polen und Deutschland. Vgl. „Umwelt und Landesentwicklung in Sachsen“, Regierungserklärung der sächsischen Staatsregierung vor dem Sächsischen Landtag am 16.11.95, Staatsminister Arnold Vaatz; Wedmore a.a.O. S. 29.

³⁰ Anders als Tschechien verzichtete Polen nach 1990 auf den geplanten Bau von AKW's.

Im deutsch-tschechischen Verhältnis stellt die Diskussion um das Weiterbetreiben und den Ausbau unsicherer Kernkraftwerkstypen, insbesondere der Druckwasserreaktoren des „Tschernobyl“-Typs (wie in Temelin), eine Belastung dar. Kontroversen gab es um die grundlegende energiepolitische Schwerpunktsetzung in Tschechien:

Während die tschechische Regierung stark auf Atomstrom setzt, indem sie eine Modernisierung der sowjetischen Reaktoren mit westlicher Technologie des US-Unternehmens Westinghouse forcierte, versuchten die deutschen zusammen mit den österreichischen Nachbarn die tschechische Regierung von dieser Strategie abzubringen.³¹ Bis 1996 sollte der Umfang des Atomstroms durch die beiden Reaktoren in Temelin mit ca. 2.000 Megawatt verdoppelt werden. Die ursprünglich für 1992 geplante Inbetriebnahme des Atomkraftwerks verzögert sich jedoch weiter bis mindestens 1999. Wegen der zahlreichen Umplanungen - im Vergleich zur Planung 1986 blieb nur die Betonhülle gleich - und v.a. wegen der zweifelhaften Sicherheitsstandards des „gemischten“ Kraftwerkstyps ist die Rechtsbasis für eine Inbetriebnahme höchst fragwürdig.³² Die mit westlicher Technik ausgestatteten tschechischen Atomkraftwerke werden in Studien von US-Behörden, der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) oder von PHARE je nach Interessenlage als nach westlichen Standards sicher oder lediglich als sicherer als die alten sowjetischen eingestuft.³³ Die nur befristete Betriebsgenehmigung des ersten tschechischen Atomkraftwerks Dukovany verstärkt das Bild eines energiepolitisch und ökologisch unsicheren tschechischen Weges.

Die deutschen Vorstellungen gingen in Richtung einer Schwerpunktverlagerung auf umweltfreundliches Erdgas. Dies wurde in Prag jedoch aufgrund der damit verbundenen Abhängigkeit von Rußland und den unkalkulierbaren Kosten abgelehnt.³⁴

³¹ Der Strombedarf in Tschechien ist ohnehin geringer als die produzierte Menge und wird auch in absehbarer Zeit nicht wesentlich zunehmen. 1993/94 wurden ca. 30 % des produzierten Stroms exportiert! Auf dieser Basis sind die Bedenken tschechischer Umweltschützer gegenüber der Energiepolitik nur zu verständlich: „Czech environmentalists see the country's environmental trouble as one of energy overproduction rather one of overdependence on brown coal.“ Wedmore a.a.O., S. 31.

³² Das gesamte Finanzierungskonzept ist aufgrund der Kostenexplosion und trotz umstrittener Milliarden-Kredite westlicher Banken unter Garantie der US-Regierungsbank ExIm unsicher. Vgl. ebenda, S. 29; „Anschöber zu Temelin“, Grüne Parlament [Österreich], 5.12.96 (<http://netbase.t0.or.at/gruene/green/1101.html>).

³³ Vgl. Wedmore a.a.O., S. 29f.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 29.

Mit Polen gibt es im Umweltbereich neue Probleme durch die starke Zunahme der Schadstoffemissionen aus dem Straßenverkehr (insbesondere dem Güterverkehr) zwischen Ost und West.³⁵ Dadurch werden die erzielten Erfolge bei der Schadstoffreduzierung in der Luft z.T. zunichte gemacht: Bei jährlichen Zuwächsen des Güterverkehrs von 15 % stiegen die Stickoxide allein in Brandenburg von 1990 bis 1993 um 42 %, die Kohlendioxid-Emissionen um ca. 50 %; seitdem blieben die Werte auf hohem Niveau fast unverändert. Für diese Emissionen wird eher noch ein Anwachsen denn eine Reduzierung erwartet, da die Pkw-Dichte in den Reformstaaten und damit auch der grenzüberschreitende Verkehr noch zunehmen wird: Laut einer Ifo-Studien von 1996 wird die Pkw-Dichte in den Visegrad-Staaten bis 2005 um 50 % steigen.³⁶

3.2. Kooperationserfolge im Umweltsektor

Über die Gremien, die durch die Nachbarschaftsverträge Deutschlands mit Polen und Tschechien eingerichtet wurden, gibt es eine zunehmend intensivere regionale Umweltkooperation.³⁷ Mit Polen existiert ein Regierungsabkommen zum grenzüberschreitenden Umweltschutz vom 7.4.1994, das bezüglich seiner Reichweite, nach Regierungsmeinung, nur mit der engen Kooperation mit Frankreich verglichen werden kann. Auf dieser Basis arbeitet der deutsch-polnische Umweltrat, die Nachbarschafts- und die Raumordnungskommission. Ein positives Beispiel in diesem Rahmen ist das grenzüberschreitende Naturschutzgebiet an der Oder: der Nationalpark Unteres Odertal, der zum deutsch-polnischen „Internationalpark Unteres Odertal“ erweitert werden soll. Weiterhin existiert ein Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern vom 19.5.1992, durch den die deutsch-polnische Grenzgewässerkommission eingesetzt wurde. Auf regionaler Ebene gibt es darüber hinaus ständige Arbeitskontakte zwischen den Umweltministerien und den polnischen Wojewodschaftsämtern für Umweltschutz zum Erfahrungsaustausch und zur Problembesprechung.³⁸

³⁵ Grenzübertritte zwischen Polen und Deutschland 1996: 1,75 Mio. Lkw, 45 Mio. Pkw, 122 Mio. Personen. Vgl. SZ vom 11.11.97.

³⁶ Die Pkw-Dichte wird in Osteuropa voraussichtlich von 200 auf 303 je 1000 Einwohner, in der EU von 407 auf 470 ansteigen. Vgl. Die Welt vom 18.11.96; „Immissionsschutz und CO₂-Minderung“, Pressemitteilung des Brandenburgischen Umweltministeriums vom 14.8.97.

³⁷ Auf deutscher Seite nehmen jeweils Vertreter des Bundes und der betroffenen Länder teil, auf polnischer Seite Repräsentanten des Umweltministerium und der betroffenen Wojewodschaften. Tschechien entsendet nur nationale und keine regionalen Vertreter in die Gremien.

³⁸ Vgl. „Umweltgespräche Sachsen/Polen“, Pressemitteilung des SächStMUL vom

Im Oktober 1996 wurde nach langwierigen Verhandlungen das deutsch-tschechische Umweltabkommen abgeschlossen. Einmal jährlich tagt seitdem die gemeinsame deutsch-tschechische Umweltkommission. Unterhalb dieser Ebene wurden Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen gebildet, wie z.B. die „Hochrangige Arbeitsgruppe Luft“ oder die Arbeitsgruppe „Immissionsdatenaustausch“, die eine objektive und transparente Datenbasis bereitstellen sollen. Bereits 1995 wurde der deutsch-tschechische Grenzgewässervertrag unterzeichnet. Die daraufhin eingesetzten ständigen Ausschüsse beschäftigen sich mit der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern zwischen Deutschland und Tschechien, von denen es insgesamt 243 gibt. Ein großer Erfolg auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft ist die Reduzierung der Abwassereinleitungen in die Elbe um 90 % zwischen 1991 und 1996 durch die Errichtung von 126 großen kommunalen Kläranlagen auf deutscher und tschechischer Seite. Ausgangspunkt hierfür war das dreiseitige Abkommen über die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe.³⁹

Neben den genannten Beispielen für bilaterale Kooperationsschritte gibt es auch trilaterale Erfolge bei der Umweltzusammenarbeit. Ein solcher Schritt unter Einbeziehung der EU ist der Vertrag über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder (IKSO), der am 11.4.1996 in Breslau zwischen den Regierungen Deutschlands, Polens und Tschechiens abgeschlossen wurde.⁴⁰ Bereits erste Ergebnisse brachte die trilaterale Kooperation in der deutsch-polnisch-tschechischen Arbeitsgruppe „Schwarzes Dreieck“ mit ihren zugeordneten Untergliederungen, an der ebenfalls die EU beteiligt ist.⁴¹ Die Expertengruppe „Luftmonitoring“ baute in der von Bergbau- und Schwerindustrie geprägten Grenzregion mit 6,3 Mio. Einwohnern ein grenzüberschreitendes Luftmeßnetz aus drei regionalen Luftmeßnetzen auf, wodurch Transparenz bei den Immissionswerten erreicht wurde. Die Expertengruppe „Waldschäden“ lieferte eine einheitliche Bestandsaufnahme der Waldschadenssituation und ihrer Verände-

6.12.97.

³⁹ Laut Informationen des sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung.

⁴⁰ Der Vertrag soll laut Informationen des sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung 1998 in Kraft treten.

⁴¹ Die Grenzregion zwischen Deutschland, Polen und Tschechien, die ihren Namen von den Folgen der hohen Konzentration von Kohle und Schwerindustrie erhielt, umfaßt 32.000 km². Dies entsprach nach Informationen des sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung 1989 1,5 % der EG-Fläche, auf die 32 % der Staubemissionen (610.000 t) und 13 % der SO₂-Emissionen (2,06 Mio. t) - verglichen mit den jeweiligen Gesamtwerten in der EG - entfielen. Siehe hierzu auch Tempel, Sybille: Deutsch-polnische Umweltprobleme - Ansätze gemeinsamer Umweltpolitik?, in: Osteuropa, 45. Jg. (1995) H. 8, S. 762.

rungen. Die Expertengruppe „UVP im Schwarzen Dreieck“ sorgt für eine einheitliche Umweltverträglichkeitsprüfung in den drei Staaten und damit für ein zukunftsorientiertes, ökologisches Handeln in der Region.

4. Innere Sicherheit

Die Gefährdung der Inneren Sicherheit stellt in den Ost-West-Beziehungen ein neues Problem dar, das zu Zeiten des Eisernen Vorhangs nicht existierte. Deshalb mußte in diesem Sektor mit der Kooperation völlig neu begonnen werden.

Die Hauptgefährdungspotentiale für diesen Sicherheitsbereich sind in Migrationsströmen und in der Organisierten Kriminalität zu sehen.

4.1. Migrationsströme⁴²

Mit 52,51 % der 1996 in der EU neu registrierten Asylbewerber trägt Deutschland die Hauptlast.⁴³ Die Gesamtzahl der offiziellen Flüchtlinge und Asylbewerber veranschaulicht die Größenordnung des Migrationsproblems; sie betrug in Deutschland 1996 rund 1,6 Mio. Schwerpunkt der illegalen Einreise nach Deutschland ist seit Jahren die deutsche Ostgrenze zu Polen und Tschechien mit einer Gesamtlänge von 1264 km.⁴⁴ Von deutscher bzw. EU-Seite wurde in diesem Zusammenhang v.a. die liberale polnische Einreisepaxis an seiner Ostgrenze kritisiert, die es Einreisewilligen nach Westeuropa ermöglichte, relativ problemlos bis zur EU-Ostgrenze zu gelangen.⁴⁵ Eine potentielle Gefahr stellen zudem verstärkte soziale Spannungen in den Reformstaaten dar, falls nennenswerte Flüchtlingsströme aus den GUS-Staaten in deren Gesellschaften drängen

⁴² Zur Größenordnung und möglichen Entwicklung der legalen (Arbeitskräfte-)Migration aus den MOE-Staaten in die EU siehe Franzmeyer, Fritz/Bruecker, Herbert: Europäische Union: Osterweiterung und Arbeitskräftemigration, in: DIW-Wochenbericht 5/97.

⁴³ Nach Deutschland nehmen Großbritannien mit 14 %, die Niederlande mit 9 %, Frankreich mit 7 % und Belgien mit 5 % weit geringere Anteile an Asylbewerbern auf. Vgl. Europäische Zeitung 4/97, S. 9.

⁴⁴ Allein im 1. Halbjahr 1997 wurden dort „10.932 unerlaubt Eingereiste, 3.145 Geschleuste und 741 Schleuser festgestellt.“ Severin, Klaus: Illegale Einreise und internationale Schleuserkriminalität. Hintergründe, Beispiele und Maßnahmen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (1997) B 46, S. 16.

⁴⁵ Vgl. Schröder, Dietrich: Ungleiche Nachbarn an der Oder: Perspektiven der deutsch-polnischen Grenzregionen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg. (1996) H. 1, S. 109. Polen hat u.a. aufgrund dieser Kritik seit dem 1.1.1998 die Einreisemodalitäten an seiner Ostgrenze v.a. für Weißrussen und Ukrainer verschärft.

sollten. Seit der Asylrechtsänderung in der Bundesrepublik 1993 ist die Gefahr sozialen Sprengstoffs für die beiden deutschen Nachbarn zusätzlich angestiegen. Durch die deutsche Klassifizierung Polens und Tschechiens als sichere Drittstaaten im Sinne des deutschen Asylrechts - an sich ein Qualitätssiegel für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - änderte sich deren Rolle in den Ost-West-Wanderungsbewegungen: sie wurden von Transfer- zu Zielländern.

4.2. Organisierte Kriminalität

Durch die Organisierte Kriminalität (OK) besteht die Gefahr der Unterwanderung der demokratischen Strukturen in Wirtschaft und Politik. Dies gilt für die stabilen Demokratien in Westeuropa und in noch stärkerem Maße für die jungen Demokratien Osteuropas.

Ein EU-Lagebericht aus dem Jahr 1996 kommt zu dem Ergebnis, daß die Organisierte Kriminalität eine zunehmende internationale Dimension hat, die den Kooperationserfolgen der EU-Mitglieder weit voraus ist.⁴⁶ Obgleich unbestritten ist, daß grenzüberschreitende Kriminalität nur international bekämpft werden kann, fehlt es hier noch an der wirkungsvollen Zusammenarbeit. Bisher können zwar innerhalb der EU Waren und Geld weitgehend unbehindert die Grenzen überschreiten, Justiz und Polizei dürfen jedoch nicht über diese hinaus handeln.

Wie dringend eine Intensivierung der Ost-West-Kooperation ist, sollen einige Beispiele illustrieren. Beim Waffenhandel spielen die östlichen Nachbarstaaten nicht nur als Transfer-, sondern auch als Herkunftsländer eine bedeutende Rolle.⁴⁷ Beim Drogenhandel (v.a. Heroin) existiert eine gesamteuropäische „Arbeitsteilung“: die MOE-Staaten haben eine wichtige Funktion als Sammel- und Lagerplätze für die überwiegend türkischen Händlerringe. Im Westen ist Frankreich die Hauptoperationsbasis. Neben der Unterwanderung demokratischer Strukturen bedeutet die Organisierte Kriminalität eine massive wirtschaftliche Schwächung des Staates. Allein der Ausfall an Tabak- und Umsatzsteuer durch den meistens über Osteuropa laufenden Zigaretten schmuggel wird in der Bundesrepublik auf jährlich rund 1,2 Mrd. DM geschätzt; bei rund 20

⁴⁶ Alleine in Deutschland wiesen 88 % der analysierten 575 Verfahren zur OK Tatbezüge zu anderen EU-Ländern auf - die Verknüpfungen über die EU hinaus ist damit noch gar nicht angesprochen. Vgl. Grassmann, Philip: Organisierte Kriminalität hat Europa im Würgegriff, in: Die Welt vom 12.7.96.

⁴⁷ 1994 wurden vom Zoll 758 Kriegswaffen, 3027 Gewehre, 1379 Pistolen, fast 1 Mio. Schuß Munition und 38 kg Sprengstoff sichergestellt. Vgl. Loose, Hans-W.: Damit der Staat bekommt was ihm gebührt, in: Die Welt vom 9.8.96.

Mrd. DM Tabaksteuereinnahmen ein beträchtlicher Anteil.⁴⁸

Die absurde Kooperationspraxis bei Kfz-Verschiebungen ist ein weiterer Beleg für die Notwendigkeit gemeinsamer Maßnahmen: Polnische Polizisten dürfen einen Verdächtigen nur 48 Stunden festhalten. Wegen fehlenden Zugangs zu den westlichen Informations- und Kommunikationsmechanismen müssen Anfragen auf dem Dienstweg über die Hauptkommandantur in Warschau, das Bundeskriminalamt in Wiesbaden an die lokale deutsche Polizeidienststelle gestellt werden. Mit dem Ergebnis, daß die Verdächtigen i.d.R. wieder auf freiem Fuß sind, bis eine Antwort eintrifft.⁴⁹ Das Beispiel zeigt, daß die Kooperationsgeschwindigkeit den Verhältnissen völlig unangemessen ist.

4.3. Kooperationsschritte und -erfolge bei der inneren Sicherheit

Für den Bereich der Inneren Sicherheit stellen die im EU-Rahmen ergriffenen Maßnahmen das entscheidende Instrumentarium für die Ost-West-Kooperation zur Verfügung. Dies ist zum einen das zwischen den meisten EU-Staaten geschlossene Schengener Abkommen, in dem die Teilnehmer die Personenkontrollen an den Binnengrenzen aufgehoben und die Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen massiv verstärkt haben. Zum anderen sind es die Maßnahmen zur Errichtung einer europäischen Polizeibehörde (EUROPOL). Das entscheidende Kooperationsinstrument zur Gewährleistung der inneren Sicherheit der Schengen-Staaten ist das Schengen-Informationssystem (SIS) mit Sitz des Zentralrechners in Straßburg. Mit diesem elektronischen Fahndungsverbund, der auch als „Schatztruhe für die europäischen Kriminalisten“⁵⁰ gilt, können polizeirelevante Daten ausgetauscht und sekundenschnell abgerufen werden.⁵¹ Das SIS und die darauf aufbauende Effektivierung der polizeilichen Kooperation innerhalb der EU soll durch die von EUROPOL ergänzt und erweitert werden. Tätigkeitsfelder von EUROPOL sollen neben der Unterstützung der nationalen Behörden bei der Bekämpfung des Drogenhandels und der Geldwäsche die zentrale Auswertung polizeilicher Erkenntnisse zu grenzüberschreitenden

⁴⁸ Trotz 725 Mio. sichergestellter unsteuerter Zigaretten 1995. Vgl. Loose a.a.O.
⁴⁹ Vgl. Dressler, Stephanie: Wenn in Dresden ein Auto geknackt wird, in: Die Zeit vom 11.11.97.

⁵⁰ Prantl, Heribert: Die Wächter der polizeilichen Schatzkisten, in: SZ vom 18.12.97.

⁵¹ Das SIS enthält rund 4,5 Mio. Datensätze über gesuchte oder aktenkundige Personen und Sachen. 1996 gab es rund 10.000 Treffer aufgrund von SIS-Daten. Allein deutsche Polizisten stellen ca. 4 Mio. Anfragen pro Monat. Vgl. Fink, Andreas: Wunderwaffe Europol, in: Die Zeit vom 9.5.97; Kanther, Manfred: Erfolgreicher Kampf gegen die Kriminalität. Bilanz zur Inneren Sicherheit 1993-1997, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, S. 5.

Straftaten bei Autoverschiebung, Nuklearschmuggel, Schleuserkriminalität, Menschenhandel und Kindesmißbrauch sein. Neben europäischen Ermittlungsbeamten sollen Analytiker durch die Datenauswertung die Netzwerke der organisierten Kriminalität aufdecken und langfristig eine europäische Strategie zur gemeinsamen Verbrechensbekämpfung entwickeln.⁵²

Ein multilateraler Schritt zur Einbeziehung der MOE-Staaten in die Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit in Gesamteuropa war die Bildung der Arbeitsgemeinschaft für polizeiliche Zusammenarbeit in Mittel- und Osteuropa (AG Polmoe) im Dezember 1996 auf Initiative des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern, Rudi Geil (CDU), zur wirkungsvollen Bekämpfung osteuropäischer Banden u.a. in den Bereichen Menschenschmuggel, Rauschgift-, Alkoholschmuggel, und Kfz-Verschlebung. Konkret soll das Gremium zum regelmäßigen Informationsaustausch mit halbjährlichen Treffen dienen, ein gemeinsames Frühwarnsystem schaffen und die Bekämpfungsstrategien abstimmen.⁵³

Hinsichtlich der Migrationsproblematik gab es bereits erste gemeinsame europäische Initiativen. Bei einem Treffen von Innenministern aus rund 40 europäischen Staaten am 15.10.97 in Prag einigten sich diese auf einen Empfehlungskatalog von 55 Maßnahmen, die von der engeren Kooperation bei illegalen Grenzübertritten bis zur beabsichtigten Strafverschärfung bei Menschenschmuggel reichen. Die Staaten der EU sicherten den MOE-Reformstaaten zudem ihre Unterstützung bei der Bekämpfung der illegalen Migration und der damit verbundenen Kriminalität zu.⁵⁴

Bilateral gibt es sowohl zwischen dem Bund als auch den an die Beitrittskandidaten grenzenden Bundesländern erste Kooperationsschritte mit Polen. Am 7.5.1993 wurde ein Regierungsabkommen mit Polen zur Zusammenarbeit hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen geschlossen. Am 5.4.1995 wurde das deutsch-polnische Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten unter-

⁵² Da die EUROPOL-Konvention noch nicht von allen Mitgliedern ratifiziert wurde, dürfen die bisher 120 EUROPOL-Angestellten weiterhin nur Daten sammeln und Kontakte zwischen den nationalen Dienststellen vermitteln. Vgl. Fink a.a.O.; Kanther a.a.O.

⁵³ Teilnehmer dieses Ost-West Sicherheitsrates sind Sicherheitsexperten aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen, des BGS, des Bundesinnenministeriums sowie Vertreter aus Polen, Tschechien, der Slowakei, dem Baltikum und Bulgarien. Vgl. Goos, Diethart: Wer stoppt die Mafiabanden aus Osteuropa?, in: Die Welt vom 30.12.96; „Polizeiliche Kriminalstatistik 1996“, Pressemitteilung Nr. 14/97 des Brandenburgischen Ministeriums des Innern, vom 3.3.97.

⁵⁴ Vgl. NZZ vom 17.10.97, S. 5.

zeichnet. Damit soll die unmittelbare grenzüberschreitende Kooperation bei der Verbrechensbekämpfung verbessert werden.⁵⁵ Auf dieser Rechtsgrundlage finden auf polizeilicher Arbeitsebene von Sachsen aus regelmäßige Arbeitstreffen zum Informationsaustausch über die Sicherheitslage im Grenzgebiet mit den benachbarten Wojewodschaftskommandaturen der polnischen Polizei statt. Durch das Regierungsabkommen wurde die bereits vor 1995 betriebene Kooperation der Polizeibeamten rechtlich abgesichert.⁵⁶ Das Abkommen regelt erstmals die polizeiliche Kooperation im Grenzgebiet über eine EU-Außengrenze hinweg; es hat damit Pilotfunktion. Mit den Wojewodschaften Jelenia Góra und Zielona Góra ist von Seiten der sächsischen Polizei auf der Basis des Regierungsabkommens auch eine grenzüberschreitende Observation und Fahndung geplant, ohne daß jedes Mal eine Sondergenehmigung des Innenministeriums eingeholt werden muß.⁵⁷

In den deutsch-tschechischen Beziehungen steht das Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten noch aus, obwohl es bereits langwierige Verhandlungen gab. Für die bereits praktizierte deutsch-tschechische Polizeikooperation in der Grenzregion zwischen Sachsen, Nord- und Westböhmen existiert somit immer noch die unbefriedigende Rechtsunsicherheit.⁵⁸

Ein besonderer Schritt zur gemeinsamen Bekämpfung der Organisierte Kriminalität ist die direkte polizeiliche Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung von deutschen, polnischen und z.T. auch tschechischen Polizisten. Ein wichtiges Element ist die Sprachausbildung, bei der die Deutschen einen viel größeren Nachholbedarf haben als ihre Nachbarn. Durch die verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten der grenznahen Polizeireviere soll die Effektivität der Verbrechensbekämpfung deutlich gesteigert werden. Ein Beispiel hierfür ist die Arbeit an der sächsischen Fachhochschule für Polizei in Rothenburg, wo Sprachkurse und multinationale Seminare u.a. zur internationalen Kfz-Verschlebung oder zur Wirtschaftskriminalität stattfinden.⁵⁹

⁵⁵ So das sächsische Landespolizeipräsidium. Siehe hierzu auch Bingen a.a.O., S. 12.

⁵⁶ Siehe hierzu auch Schröder a.a.O.

⁵⁷ Vgl. Dressler a.a.O.

⁵⁸ Nach Auskunft des sächsischen Landespolizeipräsidiums sind ungelöste Datenschutzfragen auf deutscher Seite der Grund für die Verzögerung.

⁵⁹ Vgl. „Gemeinsame Aus- und Fortbildung mit polnischer Polizei weitergeführt“, Pressemitteilung Nr. 91/96 des Brandenburgischen Ministeriums des Innern, vom 20.11.97.

Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die meisten der angesprochenen Sicherheitsprobleme in den Nachbarschaftsbeziehungen nach 1989/1990 nicht völlig neu aufgetreten sind, sondern z.T. schon vorher existierten; lediglich die Gefährdung der inneren Sicherheit ist völlig neu.

Während die sicherheitsrelevanten Problemen im deutsch-polnisch-tschechischen Nachbarschaftsverhältnis vor 1989 überwiegend konfrontativ behandelt wurden, mußten seit 1990 erst Kooperationsstrukturen und partnerschaftliche Umgangsformen gefunden werden. Trotz der geschilderten Schwierigkeiten ist dies auch zufriedenstellend gelungen. Hierfür war ein Lernprozeß auf allen Seiten notwendig. Die Deutschen mußten die eigenen, bewährten, sicherheitspolitischen Rezepte auf ihre Anwendbarkeit in den Reformstaaten überprüfen und modifizieren. Polen und Tschechen mußten die Unzulänglichkeiten im Umgang mit den vielfältigen Sicherheitsbedrohungen erkennen und ihre frisch erlangte Unabhängigkeit zugunsten sicherheitspolitischer Kooperationsstrukturen selbst beschränken.

Auf der formellen, sprich vertraglichen Ebene sind die Nachbarschaftsbeziehungen in den untersuchten Bereichen der Sicherheit acht Jahre nach dem Umbruch in Europa bereits sehr weit fortgeschritten. In der nachbarschaftlichen Praxis klafft jedoch vielfach noch eine Lücke zwischen den Vereinbarungen und dem inhaltlichen Zustand. Dies hängt auch mit dem multilateralen Rahmen zusammen, in den die bilateralen Beziehungen eingebettet sind.

Während im Bereich der militärischen Sicherheit die NATO als geeigneter Rahmen unzweifelhaft anerkannt ist, müßte in den anderen Sicherheitsbereichen, die auch als „soft security sectors“ bezeichnet werden, die EU als prädestinierter „soft security provider“⁶⁰ stärker in die deutsch-tschechisch-polnischen Bemühungen eingebunden werden. Im Umweltbereich gilt dies z.B. für den Umgang mit der Sicherheitsbedrohung durch die tschechischen Atomkraftwerke. Bei der inneren Sicherheit muß es die Strategie sein, die östlichen Nachbarstaaten möglichst frühzeitig in die polizeiliche Arbeit des Schengenverbundes und von EUROPOL einzubeziehen, da der Schutz vor international agierenden kriminellen Organisationen nicht erst innerhalb der EU beginnen kann.

60

Algieri, Franco: In Need of a Comprehensive Approach: the European Union and Possible External Security Challenges, in: Algieri, Franco/Janning, Josef/Rumberg, Dirk (Hrsg.): Managing Security in Europe: The European Union and the challenge of enlargement, Gütersloh 1996, S. 204.

Festzuhalten bleibt außerdem, daß trotz der zweifelsohne großen Erfolge der deutsch-tschechisch-polnischen Kooperation in sicherheitsrelevanten Fragen und dem spannungsarmen Verhältnis zwischen den politischen Eliten z.T. irrationale Bedrohungsgefühle in der Bevölkerung gegenüber dem jeweiligen Nachbarn existieren. Die „Krönung“ bildet hierbei die angesprochene Deutschenphobie in Tschechien. Neben den großen administrativen und finanziellen Herausforderungen in den Bereichen Ökologie und innere Sicherheit ist es gerade dieses latente Bedrohungs- oder Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung, dem die Politik durch gezielte Informationspolitik und Austauschprogramme begegnen muß. Hierfür ist eine langfristige und ausdauernde Investition nötig, die sich möglicherweise erst nach Jahrzehnten voll auszahlen wird, wie im Falle der deutsch-französischen Partnerschaft.⁶¹

61

Das negative Beispiel sind die deutsch-niederländischen Beziehungen, die auf offizieller Ebene jahrzehntelang intensiviert wurden und aufgrund der engen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Kooperationsstrukturen den Eindruck einer guten Nachbarschaft erweckten. Trotzdem wurde Anfang der 90er Jahre auf beiden Seiten mit Schrecken festgestellt, daß die Bevölkerungsmeinung über den Nachbarn gerade in den Niederlanden in allen Altersgruppen von negativen und überholt geglaubten Stereotypen geprägt waren.

Chancen der Zusammenarbeit in Mittelosteuropa

Beate Neuss

1. Integration in Mittelosteuropa als historische Herausforderung

„Wenn auch eine europäische Föderation anfänglich nur einen Teil der Staaten Europas umfassen kann, so wird doch die UEF (Union Europäischer Föderalisten) die Teilung Europas in zwei feindliche Blöcke niemals als eine vollendete Tatsache hinnehmen“.¹ Die Idealisten der UEF widersetzten sich noch im Sommer 1947 der sich bereits vollziehenden Teilung Europas in zwei Blöcke; sie akzeptierten sie nur als einen zu überwindenden Zustand und konnten sich darin der breiten Zustimmung sicher sein. Ein halbes Jahrhundert später sind die Westeuropäer und besonders die Deutschen in einer seltsamen Gemütsverfassung: Der Beginn der Verhandlungen am 30. März 1998 über die Erweiterung der Europäischen Union um Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland und Zypern wird nicht als das historische Ereignis wahrgenommen, das es ist: Die Aufhebung und Korrektur der Ergebnisse von Jalta und als das Wiederausammenwachsen des Raumes, der über Jahrhunderte kulturell, wirtschaftlich und politisch eine Einheit bildete.

Wäre das Bewußtsein der historischen Chance, die sich für ganz Europa bietet, stärker ausgeprägt, müßten die Umfragen über die Bereitschaft der EU-Bürger, die mittelosteuropäischen Staaten aufzunehmen, anders ausfallen. Deutsche, die zweifellos politisch und wirtschaftlich am meisten profitieren, wenn sie ihre Randlage im Osten eintauschen gegen die wirtschaftliche und kulturelle Verbindung mit politisch stabilen Nachbarn, zeigten sich skeptisch. Für die Aufnahme der direkten Nachbarn Polen und Tschechien sprechen sich nur zwischen 29 % (Polen) und 37 % (Tschechien) aus.² Der Eiserner Vorhang und die vierzig

¹ Erster Kongreß der Union Europäischer Föderalisten vom 27.-31. August 1947 in Montreux: Politische Resolution, zit. nach: Curt Gasteyer: Einigung und Spaltung Europas, Frankfurt a.M. 1965, S. 43.

² Ungarn wird von 49 % der Deutschen befürwortet und erhält damit die besten Werte. Das entspricht der Einschätzung in der gesamten EU. Kein Bewerber wird zur Zeit mehrheitlich befürwortet. Vgl. Europäische Kommission: Eurobarometer 48, Herbst 1997.

Jahre des Ost-West-Konflikts haben in Westeuropa Kontakte mit dem östlichen Mitteleuropa, Kenntnisse und emotionale Bindungen so reduziert, daß die unsichtbar gewordene Trennlinie im Bewußtsein noch dominant ist.

Hinzu kommt der Zerfall europäischer Solidarität unter den EU-Mitgliedern selbst, aber auch in Hinblick auf die osteuropäischen Nachbarn: Verärgert über die Nettzahlerlast bzw. über eine Reduzierung von Transferleistungen zugunsten Mittelosteuropas, verunsichert durch hohe Arbeitslosenzahlen und neue Herausforderungen, wie den Euro und die Folgen der Globalisierung, werden die Gefahren der Osterweiterung stärker wahrgenommen als die Chancen für die europäische Zukunft. Kleinmut statt Visionen einer gesamteuropäischen Zukunftsgestaltung, das ist die westeuropäische und besonders die deutsche Stimmung in Anbetracht der mit der Osterweiterung notwendigen Reformschritte und finanziellen Einschnitte.

Auch in den Beitrittsländern hat die Euphorie nachgelassen. Neben den Gruppen, die Einkommenseinbußen befürchten, speist sich die Skepsis von nationalkonservativen Kräften aus der Sorge vor dem Verlust eigener, spezifischer Werte.³ Noch befürwortet die Mehrheit der führenden Politiker wie auch der Bevölkerung den Beitritt. Allerdings ist letztere wenig informiert über die mit diesem Schritt verbundenen Voraussetzungen hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Transformation und den notwendigen Verzicht auf gerade erst zurückgewonnene staatliche Souveränität.

Dennoch hat der Prozeß der Integration in Mittelosteuropa bereits begonnen. Wir haben in den vergangenen drei Tagen über Voraussetzungen und Chancen, über erste Ansätze und Versuche der Zusammenarbeit in Mitteleuropa gesprochen und uns dabei bewußt auf drei Ebenen bewegt: Auf der Ebene der EU - hier geht es um die Integration der mittelosteuropäischen Staaten in die bisher westeuropäisch geprägte Europäische Union; auf der Ebene des Nationalstaates - entspannte, gute bilaterale Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik sind die Voraussetzung für eine reibungslose und wirtschaftlich ertragreiche bilaterale Kooperation, aber auch für die fruchtbare Zusammenarbeit innerhalb der EU. Schließlich ging es konkret um den mitteleuropäischen Raum, definiert als Sachsen, Westpolen und Böhmen, Regionen, die sich jeweils gegenseitig wirtschaftliches und kulturelles Hinterland sind. Schwerwiegende Probleme in der konkreten Zusammenarbeit vor Ort, Konflikte auf der Grundlage unaufgearbeiteter geschichtlicher Belastungen oder Auseinandersetzungen mit nationalistischem Hintergrund hätten zwangsläufig eine Ausstrahlung auf die nationale Ebene und könnten, angesichts des deutschen

³ Richard Rose; Christian Haerper: New Democracies Barometer III. Studies in Public Policy 230, Glasgow 1994.

politischen Gewichts in der EU bzw. eines latenten Mißtrauens gegen Deutschland bei den Partnern für Verwerfungen in der EU sorgen. Auf allen drei Ebenen sind neben Erfolgen auch Defizite zu verzeichnen.

Den künftigen Beziehungen in diesem Drei-Länder-Eck liegen einige 'essentials' zugrunde, denen Polen und die Tschechische Republik nicht entkommen können, denen sich Deutschland als großer Staat und als EU-Mitglied jedoch nicht im gleichen Maße ausgesetzt sieht. Alle Nachbarn sind für ihr wirtschaftliches Gedeihen aufeinander angewiesen. Polen und die Tschechische Republik sind allerdings in zweierlei Hinsicht von guten Beziehungen zu Bonn abhängig: Deutschland ist als wirtschaftlich stärkstes europäisches Land auch ein Staat mit politischer Ausstrahlung; es ist aufgrund seiner Größe, wirtschaftlichen Potenz und seiner geopolitischen Lage die europäische Vormacht geworden, auch wenn das im allgemeinen nicht thematisiert wird. Vom Verhältnis zu diesem Hauptakteur auf der Brüsseler Bühne wird das Tempo der Integration in die EU entscheidend abhängen. Ferner ist das vereinte Deutschland der potenteste Investor in Mitteleuropa. Gute Beziehungen zu Bonn bzw. Berlin unterstützen die wirtschaftliche und politische Transformation der mittelosteuropäischen Staaten. Die Kandidaten ziehen wirtschaftlichen und politischen Profit aus der Existenz im deutschen Gravitationsfeld. Gute Beziehungen signalisieren auf der weltpolitischen Bühne Normalität und Erfolg bei der Bewältigung der Belastungen aus der Politik dieses Jahrhunderts: Den Folgen von Nationalsozialismus und Bolschewismus.

Aufgrund der zentralen Rolle Deutschlands in den supranationalen und multilateralen westlichen Organisationen - vor allem in EU, WEU und NATO - sind die kleineren Nachbarn auf ein gutes Verhältnis zur Bundesrepublik angewiesen. Deutschland ist zum entscheidenden Advokaten ihrer Belange geworden, denn weder die mediterranen EU-Mitglieder noch Frankreich oder Großbritannien strebten die Erweiterung dieser Organisationen nach Osten an. So muß es allein schon ihre Staatsräson Polen und Tschechien geraten erscheinen lassen, ein konstruktives Verhältnis mit Deutschland anzustreben. Diese Grundbedingung wird auch nach dem Beitritt in die prestigereichen Clubs des Westens erhalten bleiben, denn zentrales Thema der EU im nächsten Jahrhundert wird das Problem der Transferzahlungen in unterentwickelte Gebiete der Mitgliedstaaten bleiben.⁴ Auch hier kann nur die deutsche Regierung - trotz bzw. gerade wegen

⁴ Das Pro-Kopf-Einkommen Polens und Ungarns, der wirtschaftlich erfolgreichsten Kandidaten liegt bei nur rund der Hälfte der ärmsten EU-Mitglieder Griechenland und Portugal. Das Sozialprodukt aller 10 assoziierten mitteleuropäischen Staaten mit Beitrittsoption entspricht nur 3% des Sozialprodukts der EU. Vgl. Forschungsgruppe Europa, Centrum für angewandte Politikforschung, Universität München: Europa vor der Vollendung. Juli 1998, S. 17.

ihrer Bemühungen, den eigenen Nettobeitrag zu reduzieren - als Advokat oder Schlüsselstaat für tschechische und polnische Interessen angesehen werden.

Auf den ersten Blick ist das Interesse Deutschlands an reibungslosen und fruchtbaren Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn weniger deutlich erkennbar. Es überragt seine Nachbarn so deutlich an Größe, Wirtschaftskraft und politischem Einfluß, daß es scheinbar gelassen und ohne sonderliches Engagement abwarten kann, wie sich die Entwicklung gestaltet. Doch dieser Eindruck täuscht: In der Politik ist die Wahrnehmung des Partners entscheidend für das Verhalten der Staaten untereinander. Deutschland wird von seinen Partnern in West und Ost daran gemessen, wie es ihm gelingt, Belastungen aus der Vergangenheit abzubauen und als Zivilmacht kooperative Strukturen in Europa aufzubauen. Konflikte mit den von Hitler unterworfenen kleineren Nachbarstaaten würden die ohnehin latent vorhandene Angst vor deutscher Hegemonie speisen. Vor allem aber muß der Bundesregierung daran liegen, ihre südöstliche Flanke wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren. Migration, Billiglohn-Wanderarbeiter und organisierte Kriminalität aufgrund desolater Verhältnisse in der Nachbarschaft haben verheerende Auswirkungen in der Bundesrepublik selbst, auf den Abbau der Arbeitslosigkeit, die Stabilität des politischen Systems und insbesondere auf die wirtschaftlichen Chancen der östlichen Grenzregionen. Die politische Orientierung der Bürger Sachsens und der anderen neuen Bundesländer wird entscheidend von der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region abhängen - und diese läßt sich im ausgehenden 20. Jahrhundert nicht mehr mit den nationalstaatlichen Grenzen definieren. Die Integration der Peripherie Westeuropas erfüllt zudem eine sicherheitspolitische Aufgabe ersten Ranges. Bonn ist der Motor, diese schnell voranzutreiben - durchaus nicht altruistisch, sondern aus wohlverstandem Eigeninteresse.

Insbesondere Sachsen muß ein vitales Interesse an enger politischer und ökonomischer Kooperation haben: Kein weiteres Land der Bundesrepublik hat an seiner Grenzen gleich zwei unterentwickelte Transformationsstaaten. Sachsen hätte ohne grenzübergreifende Kooperation kein Hinterland. Görlitz, aber auch andere sächsische Städte, spüren die Auswirkung eines unzureichend prosperierenden Hinterlandes, der Erzgebirgskamm und seine Bewohner leiden ökologisch unter unzureichender politischer Kooperation - mehr als anderswo gilt, daß sich die Zusammenarbeit als heilsam für beide Seiten auswirkt und zur Steigerung des Lebensstandards beiträgt. Es gibt keinen Grund diese historisch so eng verflochtenen Räume weiterhin künstlich zu separieren. Die gemeinsame Geschichte, im Leiden wie in der Befruchtung, die Entwicklung von Wirtschaft, Tourismus und von gemeinsamen regionalen kulturellen Veranstaltungen sprechen für grenzüberschreitende regionale Kooperation.

Sichtbare Erfolge politischer und ökonomischer Verflechtung, die zur Angleichung der Lebensverhältnisse und damit der Kaufkraft auf beiden Seiten der Grenze führen, dürfen jedoch nicht in einem zu kurzen Zeitraum erwartet werden. Bis der Reisende nur noch an Sprache und kulturellen Eigenarten erkennt, daß er in einem anderen Land ist, wird eher der Zeitraum einer Generation als der einer Dekade vergehen. Aber nur in konstruktiver Kooperation liegt eine Chance für die Grenzregionen, soll nicht der bekannte Effekt des sogenannten „Zonenrandgebietes“ als Kennzeichnung einer durch Abwanderung der Bevölkerung ausgedünnten, infrastrukturell und ökonomisch unterentwickelten Region wieder auferstehen, die nicht durch eigene Kraft, sondern durch die Blutspende der prosperierenden Restnation am Leben gehalten wird. Betrachten wir die drei Ebenen Europa, Staat, Region im einzelnen.

2. Probleme der Integration Polens und Tschechiens in die Europäische Union

Die Europa-Abkommen vom Dezember 1991 - Assoziierungsverträge mit Beitrittsoption - bereiten seit Anfang der neunziger Jahre den EU-Beitritt Polens und Tschechiens vor.⁵ Die EU unterhält einen politischen Dialog mit den Kandidaten. Sie hat die wirtschaftliche und technologische Kooperation zugesagt und praktiziert eine asymmetrische Handelsliberalisierung zugunsten der Beitrittsaspiranten. Protektionismus der Europäischen Union in den sensiblen Sektoren Textil, Landwirtschaft, Kohle und Stahl schränkte zwar zunächst, und im Agrarbereich bis heute, die Exportpalette Polens und Tschechiens in Bereichen ein, in denen sie konkurrenzfähig sind. Dennoch wirkt die politische und wirtschaftliche Integration in den EU-Wirtschaftsraum bereits. Politisch, indem die Irreversibilität des Demokratisierungsprozesses auch von außen abgestützt wird, wirtschaftlich, indem beide Länder ihren Handel rasch nach Westeuropa ausrichteten. Immerhin ist die EU inzwischen der größte und wichtigste Handelspartner Polens und Tschechiens, wie auch aller anderer mittelosteuropäischer Staaten. Die Verflechtung Polens liegt mit 66 % aller Exporte in die EU und 64 % aller Importe aus der EU etwa auf dem Niveau Belgiens und der Niederlande und ist somit intensiver als die deutsche Verflechtung. Auf etwas geringerem Niveau liegen die entsprechenden Zahlen Tschechiens (jeweils 58 %).⁶ Um Wasser in den Wein des Erfolgs zu gießen: Die vergleichsweise

⁵ Vgl. Andras Inotai: Assoziierungsabkommen. Schritte zur Reintegration ostmitteleuropäischer Staaten, in: *Integration* 1/1992, S. 25-35.

⁶ Melanie Piepenschneider, Burkard Steppacher: Agenda 2000 und die EU-Osterweiterung, in: *EU-Magazin* 1-2/1998, S.15.

geringe EU-Verflechtung Deutschlands hängt mit seiner Präsenz auf den Weltmärkten zusammen und ist damit anders begründet als die polnische. Diese beweist noch keine Wettbewerbsfähigkeit, wie die Handelsstruktur zeigt: überwiegend hochwertige Investitions- und Konsumgüter als Importe aus dem Westen, Halbprodukte, Agrarprodukte und billige Konsumwaren als Exporte.

Weniger erfolgreich war das Bestreben, mit der Rechtsangleichung bereits im Vorfeld der Mitgliedschaft zu beginnen. Hier haperte es nicht nur bei der Gesetzgebung selbst, sondern auch bei der Umsetzung und Anwendung des Rechts. Die Komplexität der Materie und fehlende Experten erschweren den Prozeß.⁷

Die EU hat sich erstmals auf dem Europäischen Rat in Kopenhagen (Juni 1993) und erneut auf dem Europäischen Rat in Essen (Dezember 1994) zur Aufnahme der ehemaligen Ostblockstaaten bereit erklärt. Sie stimmte damit einer Erweiterungsrunde zu, die ohne Präzedenzfall ist: Noch nie verhandelte die EU gleichzeitig mit sechs Kandidaten. Vor dem Eintritt dieser Staaten in die EU könnten bei günstiger wirtschaftlicher und politischer Entwicklung zudem weitere fünf mittelosteuropäische Anwärtler in den Verhandlungsmarathon eintreten. Noch nie mußten neue Mitglieder einen so umfassenden Besitzstand der Union, den sogenannten „Acquis communautaire“ übernehmen. Um die Größe der Herausforderung in Zahlen sichtbar zu machen: Das Primär- und Sekundärrecht der EU, d.h. die Gesamtheit der Verträge und Gesetze, umfaßt 80.000 Dokumentenseiten mit rund 40.000 Regelungen. Der Anpassungsdruck ist folglich sehr hoch. Erstmals wird der Prozeß durch sogenannte Partnerschaften der EU-Mitglieder für die Anwärtler erleichtert. In der Tat bedarf es einer „intensiven Heranführungsstrategie“, damit die Mitgliedschaften zum Erfolg werden. Der Luxemburger Gipfel vom Dezember 1997 hat den Kandidaten diese Strategie angeboten, die neben den Beitrittspartnerschaften auch die Beteiligung an Gemeinschaftsprogrammen offeriert. Die Heranführung muß über den rechtlichen Rahmen hinaus auch die „politischen Bereiche“ einschließen, wie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Innen- und Justizpolitik, ganz zu schweigen von der Herausforderung, in eine Union einzutreten, deren Mitglieder bereits den Euro als gemeinsame Währung übernommen haben. Auch zum Überspringen dieser Hürde, die sehr weitgehende Souveränitätsverzicht erfordert, müssen die Kandidaten bereit sein.

Die EU verlangt von den Anwärtern, daß sie ihre „Beitrittsfähigkeit“ nachweisen. Der Europäische Rat in Kopenhagen legte im Juni 1993 die Kriterien dafür

⁷ Martin Brusis, Cornelius Ochmann: Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union, in: Werner Weidenfeld (Hg.): *Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union*, Gütersloh 1996, S. 9.

fest:

- „eine institutionelle Stabilität als Garantie für rechtsstaatliche und demokratische Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“
- „eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten“
- „die Identifizierung mit den Zielen der Union und die Übernahme der erwachsenden Verpflichtungen.“⁸

Noch erfüllt kein Land diese Kriterien, über die Schwierigkeiten in den Teilbereichen ist bereits gesprochen worden.⁹ Polen und Tschechien gehören neben Ungarn, Slowenien, Estland und Zypern zur ersten Gruppe, mit der 1998 Verhandlungen aufgenommen werden. Beide Länder haben damit gewissermaßen den Nachweis erhalten, daß sie im Prozeß der nachholenden Modernisierung in den postkommunistischen Gesellschaften vergleichsweise gut abschneiden. Im wirtschaftlichen Bereich wird der Beitritt den nachholenden Modernisierungsprozeß - mit all seinen Belastungen - erheblich beschleunigen. Die politischen Kriterien hingegen dürften das geringere Problem sein.

Die Kandidaten unterscheiden sich in Wirtschaftsstruktur, marktwirtschaftlicher, demokratischer und rechtsstaatlicher Erfahrung deutlich von Westeuropa. Sie haben die nationale Souveränität soeben erst wiedererlangt, die ihnen nunmehr wieder abverlangt wird. Auch wenn die Zustimmung zur Integration in beiden Ländern zur Zeit noch groß ist, werden die verantwortlichen Politiker vor dem Beitritt den Bürgern sorgfältig erläutern müssen, was auf sie zukommt. Währungs- und Haushaltsstabilisierungsmaßnahmen parallel zur allgemeinen Transformation werden, auch dann wenn EU-Mittel fließen, bedeuten, daß einschneidende Umstrukturierungen Härten zur Folge haben. Die Mitglieder werden einem harten Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt begegnen, mit beschleunigenden Folgen für den Strukturwandel. Insbesondere die Agrarpolitik Polens wird dem, freilich ohnehin notwendigen, Strukturwandel unterworfen. In diesem Sektor waren 1996 noch fast 27 % (Tschechien: 6,3 %) der Erwerbstätigen beschäftigt. Wenn es nicht gelingt, für die verlorengehenden Arbeitsplätze in der Landwirtschaft oder auch in der Industrie Ersatz zu schaffen, kann der EU-Beitritt leicht zur politischen Belastung werden. Die Regierenden werden sich mit dem unbequemen Gedanken anfreunden müssen, daß

⁸ Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Kopenhagen, 21.-22.6.93, in: Europa Archiv, 13/14, 1993, S. D 264.

⁹ Vgl. den Beitrag von Gerd Tebbe: Wirtschaftliche Voraussetzungen der EU-Mitgliedschaft: Polen und Tschechien in diesem Band.

die Schlüssel und Kriterien der Mittelverteilung in der EU bei ihrem Beitritt wohl anders aussehen werden, als zur Zeit des Aufnahmeantrags. Aus früheren Beitritten wissen wir, daß die Euphorie über den Beitritt bald zurückhaltender Skepsis weicht.

Wie ist der Stand der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft?

Zwar konnte das Absinken der Produktion in letzter Zeit in beiden Ländern gestoppt werden, aber noch haben die Kandidaten den Stand von Ende der achtziger Jahre nicht wieder erreicht. In Tschechien zeigt sich, daß zwar Arbeitsplätze lange erhalten werden konnten, daß der notwendige Strukturwandel, der auf der anderen Seite der Grenze in Sachsen seit 1990 schnell und tiefgreifend vor sich geht, nun erst erfolgt. Die harten Jahre stehen also noch bevor. Wie in Ostdeutschland auch, erweist sich nicht allein die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft als verantwortlich für den Rückgang an Produktion und Bruttosozialprodukt, sondern Grund der Krise ist auch der verzögerte strukturelle Wandel, der erst mit dem Zusammenbruch des Kommunismus einsetzte. Der Blick auf die Region eine Autostunde südlich von Chemnitz macht es schon äußerlich unübersehbar: Dort fristet die Industrie des späten 19. Jahrhunderts ihr Dasein, die mit Fertigprodukten auf den wenig anspruchsvollen RGW-Wirtschaftsraum orientiert war, und deren Güter sich in aller Regel als im Westen unverkäuflich erwiesen. Der Zusammenbruch war vorprogrammiert, als die Sowjetunion die Bezahlung der Rohstoffe in harter Währung verlangte. Als schließlich der sowjetische Markt wegbrach, büßte die Tschechoslowakei 20 % ihres BIP ein. In Polen sah es nur wenig günstiger aus. Die beiden Länder waren gezwungen, ihre Produktions- und Exportstruktur völlig umzustellen. Heute dominieren einfache, arbeitsintensive Fabrikationen. Sie führen zur Unzufriedenheit im Westen wie im Osten: zu einem Verlust an Arbeitsplätzen im Westen und zu unterqualifizierter, entsprechend schlechter bezahlter Beschäftigung im Osten. Ein Wandel dieser Wirtschaftsstruktur wird sich nur langsam vollziehen und zwar mit der Entwicklung wettbewerbsfähiger Industrien und Dienstleistungsunternehmen.

Da die Verhandlungen 1998 eher exploratorischen Charakter haben und erst 1999 in die entscheidende Phase eintreten werden, ist angesichts der Ratifikationsverfahren, die wohl rund zwei Jahre in Anspruch nehmen dürften, mit einem Beitritt vor dem Jahr 2003/2004 nicht zu rechnen. Wenige Jahre, in denen jedoch noch viel geschehen muß - auf Seiten der Beitrittskandidaten, aber auch bei der EU selbst. Sieht man von der Einführung des Euro ab, so ist die EU-Osterweiterung die größte Herausforderung der Gemeinschaft seit ihrer Gründung.

In den bisherigen Erweiterungsrounds konnte die EG die neuen Mitglieder absorbieren, ohne selbst zu Reformen gezwungen zu sein. Dies ist nunmehr unmöglich. Soll die EU die Herausforderung einer so umfassenden Erweiterung bewältigen können, muß auch sie sich für den Beitritt vorbereiten. Das Pendant zur „Beitrittsfähigkeit“ der Kandidaten ist die „Erweiterungsfähigkeit“ der EU. Zehn mittel- und osteuropäischen Staaten ist in EU-Abkommen versprochen worden, Mitglied der EU werden zu können. Die EU hat 1993 und in verschärfter Form 1994 erklärt, was sie sich unter „Erweiterungsfähigkeit“ vorstellt. „Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten und ihren inneren Zusammenhang und ihre grundlegenden Prinzipien zu wahren, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.“¹⁰ Das prinzipielle Ja der Union ist also mit dehnbaren Konditionen versehen, die reichlich Chancen für Verzögerungen bieten.

Der Amsterdamer Vertrag, der die EU auf die Herausforderung durch neue Mitglieder vorbereiten sollte, blieb weit hinter den Erwartungen zurück: Die Auffassungen in der EU der 15 gehen bereits zu weit auseinander; die notwendige strukturelle Vorbereitung auf die Erweiterung um mehr als ein Drittel der Mitglieder in einem ersten Verhandlungsschub wurde vertagt. Der EU droht, vor lauter Größe bewegungsunfähig, sprich: handlungsunfähig zu werden. Noch immer arbeitet die EU mit Institutionen, die für die ursprünglichen sechs EWG-Mitglieder konzipiert und anlässlich der ersten drei Erweiterungen nur fortgeschrieben wurden. Sie weisen für eine Union von 15 Mitgliedern bereits erhebliche strukturelle Defizite auf und könnten eine EU mit 21 Mitgliedern nicht tragen. Die enorm gestiegene Heterogenität der Interessen, die den Entscheidungsprozeß lahmlegen würde, ist nur das gravierendste Problem. Der gruppendynamische Prozeß, der eine Runde von ursprünglich sechs und nun 15 Mitgliedern von einem Gremium mit demnächst möglicherweise bis zu 26 unterscheidet, ist einschneidend. Allein die schiere Zahl macht die traditionellen institutionellen Verfahren obsolet. Um an einem vergleichsweise trivialen Beispiel das Problem zu verdeutlichen: Da die Minister im Rat von zwei bis drei Mitarbeitern begleitet werden, umfaßt eine Ratssitzung mit 21 EU-Mitgliedern bereits knapp 70 Personen, die Dolmetscher nicht mitgerechnet. Der Vermittlungsausschuß zwischen Parlament und Rat umfaßt dann nach bisherigem Verfahren über 100 Personen und die sogenannte „tour de table“, in der alle Minister eine Stellungnahme von rund fünf Minuten abgeben, dauert bei 21 Mitgliedern mehr als zwei Stunden.

¹⁰ Schlußfolgerungen des Europäischen Rates, a.a.O.

Die Anpassung der Institutionen an die neue Mitgliederzahl verschob der Europäische Rat in das nächste Jahrhundert: auf eine Regierungskonferenz im Vorfeld der Neuaufnahmen. Das bedeutet, daß Vertiefung und Erweiterung parallel verlaufen müssen. Zwar läßt sich auch am Amsterdamer Vertrag ablesen, daß Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Integration Hand in Hand gehen: Bereiche der Justiz- und Innenpolitik, für die der Maastrichter Vertrag lediglich Zusammenarbeit vorsah, wurden in Amsterdam in das Gemeinschaftsrecht überführt. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik kam es zur Vertiefung der Zusammenarbeit. Aber die Festschreibung der Parlamentssitze bei 700, die Reduzierung der Zahl der Kommissionsmitglieder, die Reform der Stimmgewichtung und der Mehrheitsentscheidung im Rat wurden zunächst aufgeschoben. Tatsächlich wird es des Drucks der bevorstehenden Aufnahmen bedürfen, um tiefgreifende Reformen durchzusetzen. Sie werden zu Lasten der bisher überrepräsentierten kleineren Länder gehen müssen.¹¹ Ihr Widerstand zeichnete sich bereits in den Amsterdamer Verhandlungen ab. Er wird um so hartnäckiger sein, als ihr Interesse an der Erweiterung begrenzt ist. Die Reform muß jedoch vor der Aufnahme weiterer Staaten gelingen, da die kleineren - und meist ärmeren - Mitglieder sonst über eine Sperrminorität verfügen.

Verteilungskonflikte innerhalb der Union sind nicht nur bei der Frage des politischen Gewichts und der Repräsentanz in den Institutionen zu erwarten. Vor allem der nicht minder dringliche Umbau des Finanzsystems wird zu einer Belastungsprobe werden.

Die EU-Kommission hat die notwendigen Reformen in der 1997 vorgelegten Agenda 2000 zusammengefaßt.¹² Ihre Umsetzung wird die EU politisch belasten, da schmerzhaft Einschnitte in das Verteilungssystem unabdingbar sind. Betroffen sind vor allem der Agrarbereich und das Finanzierungssystem. Die Weiterführung der bereits 1992 begonnenen Reform der Agrarpolitik wäre zwar auch ohne den Beitritt neuer Staaten notwendig, denn noch immer gehen mehr als die Hälfte der EU-Haushaltsmittel in den Agrarbereich. Nun sind sie jedoch unaufschiebbar, denn das bestehende Finanzierungssystem mit hohen EU-Garantiepreisen würde einen erheblichen Produktionsanreiz auslösen. Die Überschüsse könnte der EU-Haushalt nicht mehr tragen. Auch in der Struktur- und Regionalpolitik sind einschneidende Veränderungen notwendig. Rund 50% der EU-Gesamtbevölkerung leben in geförderten Regionen; dieses „Gießkannenprinzip“ ist in Anbetracht der Erweiterung untragbar geworden. Da

¹¹ Tschechien fällt mit 10,3 Mio. Einwohnern sicher in diese Kategorie, Polen steht mit 38,6 Mio. als mittlerer Staat da.

¹² Agenda 2000, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1997.

das Bruttoinlandsprodukt aller Anwärter noch für lange Zeit unter dem EU-Durchschnitt liegt, sind sie nach den EU-Regeln förderungsberechtigt. Zugleich ist die Obergrenze des EU-Haushalts auf 1,27 % des Bruttosozialprodukts festgeschrieben, eine Erhöhung erscheint politisch ausgeschlossen. Das bedeutet: die vorhandenen Mittel müssen umverteilt werden, zu Lasten der ärmeren Altmitglieder. Zugleich hat die Bundesregierung die Forderung nach Entlastung von ihrem unproportional hohen Nettobeitrag an die Union angemeldet. Da sie aber gleichzeitig die Reform des ressourcenverschlingenden Agrarsektors verweigert, zeichnen sich problematische Verhandlungen ab. Anders als noch in den achtziger Jahren dürfte die Bundesregierung nicht mehr bereit sein, europapolitische Ziele durch die Übernahme finanzieller Lasten zu fördern. Deutsche Europapolitik ist, unabhängig vom Wahlkampfgetümmel, stärker an traditionell interpretierten „nationalen Interessen“ orientiert. Und sie ist vielstimmig geworden, seitdem Länderinteressen, wie in der Agrarpolitik, in der Ausländer- und Asylpolitik, ein kohärentes deutsches Vorgehen in Brüssel erschweren. Die Herstellung der „Erweiterungsfähigkeit“ der EU wird von harten Verteilungskonflikten begleitet sein, die die Solidarität der Mitglieder untereinander und mit den mittelosteuropäischen Nachbarn auf die Probe stellen wird. Dies kann sehr wohl eine verzögernde Wirkung auf die Beitrittsverhandlungen haben.

Es wird also ungleiche Verhandlungen über die Integration ungleicher Partner geben, bei denen die EU am längeren Hebel sitzt, denn sie kann das Tempo bestimmen. Von Polen und Tschechien wird erwartet, daß sie einer EU beitreten, die sich selbst im Wandel befindet. Über eine lange Zeit der Verhandlungen wird nicht klar sein, welche Regelungen im Haushalts- und Transfersystem, in den Institutionen und einzelnen Politikbereichen sie bei ihrem Beitritt vorfinden. So lange werden sie berechtigter Weise auch mit ihrer Unterschrift unter die Beitrittsverträge warten wollen, falls einzelne der Kandidaten mit denen verhandelt wird, nicht die Chance sehen, so frühzeitig beizutreten, daß sie die Reformen mitgestalten können.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß Polen und Tschechien auf ökonomischem Gebiet noch eine lange Aufholjagd von wohl zwei Jahrzehnten vor sich haben. Es fragt sich bei Beobachtung des EU-Reformprozesses, ob nicht am Ende die Beitrittskandidaten ihre Hausarbeiten vergleichbar besser absolviert haben werden als die EU selbst. Ein Blick auf die letzten Jahre, in denen die Union parallele Probleme wie ihre eigene Reform, die Einführung des Euro und den Balkankrieg zu bewältigen hatte, zeigt, daß sie mit der Parallelität der Aufgaben überfordert war. Wie wird sie das nun vor ihr liegende Reformpaket bewältigen, parallel zur Ratifizierung des Vertrags von Amsterdam, der Einführung einer Währungsunion, die sie mindestens bis 2002 intensiv beschäftigen wird sowie der für 1999 vorgesehenen Neuordnung der Finanzen und Reform

der Agrarpolitik?

Zu befürchten ist, daß erst unter höchstem Druck ein Kompromiß zustande kommt, der die Handlungsfähigkeit der EU nicht gewährleistet und den neuen Mitgliedern Enttäuschungen bereitet, weil Besitzstandswahrung und nationale Empfindlichkeiten über rational Gebotenes hinweggehen. Die bisher erstellten Kostenrechnungen zur Osterweiterung sind vage. Sie reichen von rund 20 Mrd. DM bei einer Reform der EU-Landwirtschaft und der Finanztransfersysteme (DIW) bis zu 100 Mrd. DM ohne entsprechende Reformen (Schweizer Bankgesellschaft).

Vielleicht bedarf es einer derart großen Herausforderung, eines derart großen Reformdrucks, damit es die EU tatsächlich schafft, sich über eingebürgerte Besitzstände hinweg zu einer Reform durchzuringen. Qualitative Sprünge waren im Integrationsprozeß oft an Krisen gebunden.

In jedem Fall wird die Europäische Gemeinschaft auch nach einer geglückten Bewältigung der institutionellen und finanziellen Probleme nicht mehr mit der EU von heute vergleichbar sein. Polen und Tschechien werden im Jahr 2003 oder 2004 nicht die einzigen neuen Mitglieder sein, weitere werden folgen. Eine Vertiefung der Integration, ein Ausbau einzelner Politikfelder kann nur in Form einer differenzierten Integration erfolgen. Der Amsterdamer Vertrag hat hierfür die Möglichkeiten eröffnet. Bereits jetzt ist absehbar, daß die Befürchtung eines Zwei-Klassen-Europa wohl nicht zutreffen wird, da sich für die Neumitglieder zahlreiche Anknüpfungspunkte finden werden, die zu gemeinsamer Politik mit den Kernländern führen, während Mitglieder der zweiten Generation wie Dänemark und Großbritannien vielleicht noch abseits stehen, z.B. in der Außen-, Innen-, und Sicherheitspolitik.

3. Erfolge und Defizite in den bilateralen Beziehungen

Wie steht es um die Zusammenarbeit der drei Grenzstaaten Tschechien, Deutschland, Polen? Hier gibt es eine erstaunliche Entwicklung zu beobachten. Als Bundespräsident Roman Herzog unmittelbar nach Beginn seiner Amtszeit zu einem Staatsbesuch nach Polen reiste, lag der letzte deutsche Staatsbesuch 1000 Jahre zurück: Otto III. besuchte den polnischen Herrscher in Gnesen. Die Jahrhunderte, die folgten, waren geprägt durch eine problematische Geschichte: Drei polnische Teilungen, an denen Deutschland, bzw. Preußen, maßgeblich beteiligt war und das verheerende 20. Jahrhundert, in dem nationalsozialistische Aggression tiefe Wunden in Polen schlug, in dem die folgende Vertreibung der Deutschen und die Eingliederung Polens in den sowjetisierten Ostblock die

Versöhnungspolitik verzögerte und den Graben offenhielt. Die Vereinigung Deutschlands hatte nicht nur in Polen sondern auch in Tschechien Skepsis und Mißtrauen hervorgerufen.

Bei allen Irritationen durch die Vertriebenenverbände und die Sudetendeutsche Landsmannschaft, durch eine emotional aufgeladene Diskussion über Begriffe wie Vertreibung und Abschiebung, ist zu konstatieren, daß die seit 1990 abgeschlossenen Verträge eine solide Basis für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen, Tschechien und Deutschland bieten. Um das deutsch-polnische Verhältnis ist es gut bestellt, es war noch nie besser. Die Beziehungen zu Tschechien sind geregelt, aber anfällig für Belastungen aus der Vergangenheit. Beide Seiten tragen immer wieder zu Irritationen bei. Der Ton ist ein anderer als der sehr freundschaftliche zwischen Polen und Deutschland.

Das deutsch-polnische Verhältnis erscheint reifer und vertrauensvoller als das deutsch-tschechische Verhältnis. Als 1989 die Berliner Mauer fiel und die Deutschen auf die Vereinigung zustrebten, war den deutschen Politikern bewußt, daß die Grenzfrage mit Polen noch nicht abschließend geregelt war. Kurzfristig kam es zu einigen Irritationen auf polnischer Seite, weil die Bundesregierung es dem ersten frei gewählten gesamtdeutschen Parlament überlassen wollte, eine Erklärung zur Endgültigkeit der Grenzziehung abzugeben. Schließlich verabschiedeten die beiden deutschen Parlamente eine gleichlautende Erklärung, in der sie sich zu den am polnischen Volk begangenen Verbrechen bekannten, für Versöhnung aussprachen und die Westgrenze Polens anerkannten.¹³ Damit war auch der Weg zum 2+4-Vertrag frei, der dem vereinten Deutschland die volle Souveränität zugestand. Auf eine Regelung der bilateralen Beziehungen einigten sich beide Seiten anschließend sehr schnell. Das vereinte Deutschland bestätigte Polen noch im November 1990, daß es keine offenen Grenzfragen mehr gebe - die zentrale Sorge Warschaus, Bonn könne noch nach der Wiedervereinigung die Grenzfrage in der Schwebe halten, erwies sich als gegenstandslos. Ein halbes Jahr später folgte der deutsch-polnische Vertrag über Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Dem großen, erfolgreichen Modell des deutsch-französischen Vertrags von 1963 nachgebildet, zielte er nicht zuletzt auf die Förderung zwischenmenschlicher Beziehungen über die Grenze hinweg. Jugendaustausch, Kontakte von nationalen Verbänden und Institutionen sowie von Nicht-Regierungsorganisationen sollten das „gegenseitige Kennenlernen und gegenseitige Verstehen“ fördern und der Versöhnung einen dauerhaften Charakter verleihen. (Art.29/30). Weitere Erklä-

¹³ Entschließung des Deutschen Bundestages zur deutsch-polnischen Grenze vom 21. Juni 1990, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 22.6.1990, Nr. 79, S. 684.

rungen taten das Ihre, um Irritationen in Polen oder Deutschland zu verhindern: Deutschland sicherte zu, Polen in Deutschland Rechte zugestehen zu wollen, die Deutschen reserviert sind (Art. 20, Art. 21), während Polen erklärt, deutschen Bürgern im Zuge der EU-Mitgliedschaft Niederlassungsrecht in Polen zu gewähren. Ferner erhielten in Polen verbliebene Deutsche kulturelle Rechte und besonderen Minderheitenschutz.

Trotz der offiziellen Revanchismus-Debatte der kommunistischen Führung hatte es bis 1989 keine größeren Probleme zwischen Tschechen und Deutschen gegeben. Seit Václav Havel die Beziehungen noch vor Antritt seines Amts als Präsident ansprach, wurden sie zu einem der wichtigsten außenpolitischen und einem bedeutenden innenpolitischen Thema Tschechiens. Dabei hatten auch die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei hoffnungsvoll begonnen. Havel hatte schon am 28. Dezember 1989 Worte der Aussöhnung gefunden. Am 15. März 1990, dem 51. Jahrestag von Hitlers Einzug auf dem Hradschin stand der deutsche Bundespräsident an diesem geschichtsträchtigen Ort und sprach die deutsche Entschuldigung aus. Der deutsch-tschechische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit wurde 1991 ausgehandelt. Währenddessen diskutierten die sudetendeutschen Funktionäre darüber, ob Václav Havel mit seiner frühen Äußerung über die Vertreibung der Deutschen eine Entschuldigung oder nur sein Bedauern geäußert habe. Sie zerredeten die Chance, die sich mit seiner ausgestreckten Hand ergeben hatte und forderten eine generelle Restitution deutschen Besitzes. Vor seiner Unterzeichnung im Februar 1992 erhoben Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag Forderungen nach der Rückgabe von Eigentum. Vor der Ratifizierung war es dann die Diskussion im Prager Parlament, die für Verstimmung sorgte. Der Vertrag mit Tschechien von 1992 hält ausdrücklich fest, daß keine Gebietsansprüche erhoben werden. Mit der Bayerischen Landesregierung als Fürsprecher gelang es den Sudetendeutschen jedoch, nachhaltig auf die Diskussion über den Vertrag, vor allem aber auf die deutsch-tschechische Erklärung einzuwirken. Sie wurde noch für notwendig befunden und schließlich im Dezember 1996 unterzeichnet, um die im Vertrag ungeklärten Fragen aus der gemeinsamen, belasteten Vergangenheit anzusprechen.¹⁴ Entsprechend verhärtete sich die Haltung der Tschechen, die sich zusätzlich zum Verlust der anderen Staatshälfte, der Slowakei, noch mit Sorgen über die Gefährdung ihres Bestands durch sudetendeutsche Forderungen konfrontiert sahen. In dieser Situation fehlte Prag die Souveränität und in einigen Parteien - den Altkommunisten und Rechten - fehlte der Wille, die Sudetendeutschen gelassen als das zu

¹⁴ Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung, veröffentlicht am 20. Dezember 1996, in: Internationale Politik, 2/1997, S. 118-120.

betrachten, was sie sind: als in Deutschland wohlintegrierte Gruppe ohne tatsächliches Interesse an Rückkehr. Um die deutsch-tschechische Erklärung gab es ein endloses, zum Teil würdeloses, kleinkariertes Gerangel auf beiden Seiten. Bis der mit der Erklärung ins Leben gerufene Zukunftsfonds seine Arbeit aufnehmen konnte verging wiederum mehr als ein Jahr, da sich beide Seiten nicht über die personelle Zusammensetzung einigen konnten.

Die Entwicklung hat gezeigt, daß die Polen gelassener und souveräner mit ihrem Nachbarn Deutschland umgehen. In Krisen sind sie belastbarer - das zeigte sich bei der Reaktion auf die Unterbrechung des Staatsbesuches Kanzler Kohls in Polen zum Zeitpunkt der Maueröffnung ebenso wie an der Reaktion auf den Einigungsprozeß. Ein Statement wie das von Weronika Kostyrko: „Deutschland interessiert sich heute weniger für Polen. Darin liegt die Normalität“,¹⁵ demonstriert dieses unerschütterliche Selbstvertrauen.

Worin liegen die Unterschiede begründet? Man könnte sich hier auf das Feld der Mentalitäten von Völkern begeben - aber es ist zu wenig erforscht und führt in die Spekulation. Aber es gibt doch Gründe, die das unterschiedliche Verhalten erklären helfen. So ist Bonns Aufmerksamkeit für Polen stets größer gewesen. Polen ist der größere Staat, zudem ein Land, dem die Aufmerksamkeit der Westmächte intensiver zuteil wurde als Tschechien - das lenkte auch die deutsche Aufmerksamkeit nach Warschau und mußte die Polen beruhigen. Erwies sich die Abtrennung deutscher Gebiete vielleicht als psychologisch leichter verkraftbar, weil mit dem Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg begonnen hatte und gerade die Verheerungen durch Deutschland in diesem Land so vielen Deutschen bewußt war? Weil Polen die Westverschiebung erlitt und mit der Vertreibung eigener Landsleute aus dem russischen Teil vergleichbare Erfahrungen machen mußte wie die Deutschen? 1970 kniete Bundeskanzler Brandt in Warschau vor dem Denkmal für die Opfer des Ghetto-Aufstands - eine Geste, die sich tief eingepreßt hat. Der Mut der Solidarnosc hatte in weiten Kreisen Westdeutschlands und unter ostdeutschen Bürgerrechtlern große Anerkennung gefunden. Seit den 70er Jahren gab es zudem die deutsch-polnische Historikerkommission, die über die Darstellung der gemeinsamen Geschichte in den Schulbüchern rang. Vergleichbare Einrichtungen hatten wir mit der CSSR nicht. So blieb die eindeutige Anerkennung der polnischen Westgrenze der einzige Konfliktrest, nach dessen Beseitigung sich die Beziehungen nicht nur freundschaftlich, sondern herzlich entwickelten.

¹⁵ Weronika Kostyrko: *Od romantyzmu do rutyny (Vom Romantismus zur Routine)*, in: *Gazeta Wyborcza* 6.7.1995, zit. nach: Wolf Oschlies: *Tschechen, Polen, Deutsche 1990-1996, Teil I: Die Lage und die Stimmung. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 22-1996, S.7*

Dies schlug sich schon im deutsch-polnischen Vertrag nieder, der zwar große Ähnlichkeit mit dem deutsch-tschechischen aufweist, aber sich dennoch in wichtigen Nuancen unterscheidet. Auffällig ist die deutlich stärkere Ausformulierung des Artikels über den Jugendaustausch im deutsch-polnischen Vertrag, in dem das deutsch-polnische Jugendwerk ausdrücklich als zu gründende Organisation genannt wird. Der deutsch-tschechische Vertrag ist sehr viel vager in seinen Absichtserklärungen.

Grenzöffnungen führen zusammen, verbinden aber nicht - alltäglich erlebte Völkerunterschiede reaktivieren wechselseitige Stereotype. Für eine bleibende Annäherung und den Abbau von Feindbildern und Stereotypen - „faule Polen“ - „aggressive Deutsche“ - bedarf es mehr als offener Grenzen. Hier sind die deutsch-polnischen Kontakte, staatliche Institutionen, Nicht-Regierungsorganisationen weiter entwickelt. Mit Tschechien gibt es keine gemeinsame Universität wie die Viadrina in Frankfurt/Oder, kein deutsch-tschechisches Jugendwerk, kein Projekt zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte. Hier ist der Nachholbedarf groß. So ist zu erwarten, daß sich die bilateralen Beziehungen beider Länder mit Deutschland noch auf einige Zeit in der Qualität unterscheiden. Beide Nachbarn Deutschlands sind aber auf gute bilaterale Beziehungen angewiesen, schon daher sind größere Konflikte nicht zu erwarten, an denen keine Seite interessiert sein kann. Die Forderungen der Vertriebenenverbände auf Niederlassungsrecht von Vertriebenen in ihrer früheren Heimat und die Weigerung der Tschechen, Unrecht auch als solches zu bezeichnen, können zwar noch zu Irritationen führen, wenn sie entsprechend heftig vorgetragen und gegebenenfalls auf beiden Seiten innenpolitisch instrumentalisiert werden. An der grundsätzlichen Niederlassungsfreiheit auch für Deutsche, die aus heute polnischen oder tschechischen Gebieten stammen, wird jedoch bei einem Beitritt zur EU kein Weg vorbeiführen. Er wird auch wohl kaum zu einer „Germanisierung“ der entsprechenden Region führen - handelt es sich auf Seiten der Deutschen dann doch bereits um die zweite oder gar dritte Generation, die in der Bundesrepublik aufgewachsen und gut integriert ist.

4. Regionale Kooperation: Training für erfolgreiche Nachbarschaft und Integration

Der Blick auf die dritte Ebene, die regionale, grenzübergreifende Zusammenarbeit, zeigt, daß sich auch hier seit 1990 Grundsätzliches geändert hat. Die deutsch-polnischen Euroregionen Pomerania, Viadrina, Spree-Neiße-Bohr, die Drei-Länder Euroregion Neiße/Nysa/Nisa und die deutsch-tschechischen Euroregionen Egrensis und Erzgebirge fördern eine Regionalisierung und

„Aufhebung“ bzw. „Überwindung“ der Grenzen, wie sie im Ideal des europäischen Einigungsprozesses von Anfang an angelegt war. Die sächsisch-böhmischen-westpolnischen Euroregionen führen zusammen, was historisch, wirtschaftlich und strukturell eng zusammengehörte. Die Euroregion Egrensis mit ihren bayerisch-sächsisch-thüringisch-nordböhmischen Teilen trägt z.B. den Namen eines mittelalterlichen Kirchenbezirks, die Euroregion Neiße bezieht die Oberlausitz mit ein, die im Mittelalter zur böhmischen Krone gehörte.¹⁶

Die Zusammenarbeit ist bisher noch davon geprägt, daß die Rahmenbedingungen und die Fördermöglichkeiten für die Beteiligten unterschiedlich sind. Auch die Unterschiede in den Verwaltungsstrukturen auf beiden Seiten der Grenzen erschweren die Kooperation. Die deutschen Bundesländer und Gemeinden haben einen größeren Handlungsspielraum als insbesondere ihre tschechischen Partner. Auch daran mag es liegen, daß die in grenzüberschreitenden Netzwerken Tätigen die Zusammenarbeit mit Polen als unproblematischer als die mit Tschechien ansehen, denn die Struktur der Wojewodschaften erleichtert die Kooperation.

Noch sind diese Gebiete von krassem Wohlstandsgefälle geprägt, wobei aber auch die deutsche Seite, die ein deutlich höheres Sozialprodukt aufweist, weiterhin unter der Grenzlage leidet. Billige Arbeitskräfte aus den Nachbarländern verschärfen die ohnehin angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wegzug der Bevölkerung, oft gerade der jungen dynamischen Arbeitskräfte ist die Folge. Dennoch entstehen langsam grenzüberschreitende Initiativen im kulturellen Bereich, wie der sächsisch-böhmische Musiksommer, Maßnahmen im Umweltbereich, z.B.: gemeinsame Klärwerke oder die Reinhaltung von Grenzgewässern, und gemeinsame Wirtschaftsinitiativen. In Frankfurt/Oder ist es die gemeinsame Universität Viadrina und das Collegium Polonicum, die eine Klammer für das Gemeinschaftsbewußtsein bilden.

Zahlreiche Netzwerke tragen die sich entwickelnde Kooperation, z.T. mit starkem ehrenamtlichen Engagement. Eine ganze Reihe von Initiativen entwickelt sich eher zögerlich. So wurde zwar die Spaltung der durch die deutsch-polnische Grenze seit 1945 geteilten Städte gemindert.¹⁷ Görlitz unterhält z.B. eine Buslinie, die den Einkaufs- und Besuchsverkehr zwischen Görlitz und Gorzelec belebt. Aber Maßnahmen, die staatliche Souveränitätsrechte antasten, könnten

¹⁶ Wolf Oschlies: Polen, Tschechen, Deutsche 1990-1996, Teil II: Die Lage und die Stimmung, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 23-1996, S. 33.

¹⁷ Jörg Horn: Auf dem Weg zur „Euro-Stadt“? Die deutsch-polnische Zusammenarbeit in den an der Oder und Neiße geteilten Städten, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Sonderveröffentlichung, September 1997.

leicht den Eindruck erwecken, daß die polnische Westgrenze in Frage gestellt wird; hier stößt die Kooperation schnell an Grenzen. Die Erklärung zur „Euro-Stadt“ ist noch überwiegend Vision - aber dies ist bereits viel, gemessen an der Vergangenheit, die auch nach 1949 noch separierte, was historisch eine Einheit war, da auch die Staaten innerhalb des Ostblocks private und autonome grenzüberschreitende Initiativen nicht förderten.

Trotz aller Probleme wächst hier Europa von unten zusammen. Stereotype Urteile der drei Völker übereinander werden in den Euroregionen täglich mit der Realität konfrontiert und korrigiert. Oft erfolgt eine Korrektur zum Positiven, dies ist jedoch nicht immer so! Prostitution und Einkommensunterschiede führen auch zu negativen Einstellungsveränderungen.¹⁸

Die Integration dieses mitteleuropäischen Raums und die Integration Polens und Tschechiens in die Europäische Union hat mit den Europa-Abkommen und den bilateralen Verträgen zwischen den ehemaligen Feinden begonnen. In absehbarer Zeit werden beide Länder Vollmitglieder der EU sein. Dabei erweist sich, daß die bilateralen Beziehungen auf Staatsebene von großer Bedeutung sind, wenn sich auf regionaler und europäischer Ebene die Integrationsprozesse reibungslos vollziehen sollen. Auf dem Weg in die EU wird sich ein gutes Verhältnis zu ihrem großen Nachbarn als nützlich erweisen. Das Prosperieren der Euroregionen ist abhängig von der Atmosphäre und Politik zwischen den Hauptstädten.

Deutschland muß aus wirtschafts- und sicherheitspolitischen Gründen ebenfalls an einem reibungslosen Transformationsprozeß und an einer baldigen Aufnahme gelegen sein. Dennoch wird der Weg nicht einfach werden. Historische Hypotheken belasten insbesondere das deutsch-tschechische Verhältnis. Aber auch der Versöhnungsprozeß im Westen Europas brauchte seine Zeit - und sorgfältige Pflege. In Anbetracht der bei weitem größeren Last aus der Vergangenheit sind die drei Völker bereits einen weiten Weg gegangen. Das Jahr 1989 war der Beginn einer Revolution, die die Ordnung Europas dauerhaft verändert. Sie ist noch nicht abgeschlossen. Der Abschied von der alten Weltordnung und die wachsende globale Interdependenz wird die benachbarten Räume schneller zusammenwachsen lassen.

¹⁸ Vgl. Peter Jurczek: Einschätzung der Entwicklung und Zusammenarbeit im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet, Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, Heft 29, Chemnitz 1997.

Verzeichnis der Autoren

Prof. Dr. Frank Boldt	Fachbereich Geografie, Westböhmisches Institut Pilsen, Cheb
Dr. Zbigniew Czachór	Europa-Büro, Poznan
Dr. Jaroslav Dokoupil	Fachbereich Geografie, Westböhmisches Institut Pilsen
Prof. Dr. Krystian Heffner	Schlesisches Institut Oppeln, Politische Geographie und Regionale Studien, Universität Lodz
Dr. Wolfram Hilz	Professur Internationale Politik, TU Chemnitz
Dr. Milan Jeřábek	Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften, Ústí nad Labem
Prof. Dr. Peter Jurczek	Professur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, TU Chemnitz
Prof. Dr. Beate Neuss	Professur Internationale Politik, TU Chemnitz
Cornelius Ochmann	Referat Mittel- und Osteuropa, Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, Gütersloh
Dr. Dieter Reinfried	Staatssekretär, Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung, Dresden
Gerd Tebbe	Generaldirektion IA, Europäische Kommission, Brüssel

Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung, Tübingen

Seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses spielt die Frage nach der künftigen Struktur Europas bzw. einer europäischen „Verfassung“ eine wichtige Rolle. Ein entscheidender Aspekt ist dabei, die föderale Balance zwischen zentralen und dezentralen Elementen zu finden, um die zukünftigen Herausforderungen Europas zu bewältigen. Maastricht, Amsterdam und die Agenda 2000 haben entscheidend zu dem erneuten Aufleben dieser Diskussion beigetragen. Dabei gewinnt die öffentliche Debatte vor allem durch die wachsende Rolle der Länder, Regionen und autonomen Gemeinschaften sowie der Kommunen als europapolitische Akteure an Brisanz, deren Zahl durch die anhaltenden Regionalisierungs- und Föderalisierungstendenzen in vielen europäischen Staaten weiter zunimmt.

In diesem Zusammenhang steht die Tätigkeit des **Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF)** an der Universität Tübingen. Es begleitet seit 1993 diese Entwicklung und erforscht ihre Hintergründe. Das EZFF ist eine interdisziplinäre Einrichtung, die sich wissenschaftlich und politikberatend mit Fragen des Föderalismus, des Regionalismus und der subnationalen Ebenen in Europa beschäftigt. Die einzelnen Arbeitsschwerpunkte des EZFF lassen sich in einem dreisäuligen Modell darstellen:

1. *Regionen, Regionalismus und Regionalpolitik* (derzeit u.a. grenzüberschreitende und interregionale Kooperation innerhalb und an den Außengrenzen der Europäischen Union, Regional- und Strukturpolitik in einer erweiterten Union, Regionen im Europa 2000, Regionen und europäische Informationsgesellschaft);
2. *Föderalismus als Organisationsprinzip für Institutionen, Entscheidungsstrukturen und für einzelne Politikfelder in den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Mehrebenensystem* (derzeit u.a. Effizienz und Demokratie in dezentralen und föderalen Systemen, Aufgabenverteilung und Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union, die Zukunft der europäischen Finanzverfassung, Sozial- und Beschäftigungspolitik in der EU, Entwicklungsperspektiven des Ausschusses der Regionen in einer erweiterten EU);
3. *Dezentralisierungs-, Regionalisierungs- und Föderalisierungsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Mittel- und Osteuropa.*

Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung führt transnationale Forschungsprojekte durch, veranstaltet regelmäßig internationale Konferenzen in ganz Europa (z. B. Belgien, Italien, Ungarn, Schweden) und nimmt Aufträge für Einzelgutachten entgegen. Die Forschungs- und Konferenzergebnisse werden in der Schriftenreihe des Zentrums bei der NOMOS-Verlagsgesellschaft und in der Serie „Occasional Papers“ publiziert. Gleichberechtigt neben der wissenschaftlichen Arbeit steht die Beratungstätigkeit des EZFF für Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Besonderen Wert legt das Europäische Zentrum für

Föderalismus-Forschung in seiner Arbeit auf die Verbindung von Theorie und Praxis, transnationale Kooperationen und die interdisziplinäre Ausrichtung seiner Forschungsaktivitäten. Zur Tätigkeit des EZFF gehört deshalb auch der Aufbau von Netzwerken. So hat das Zentrum die **European Association of Researchers on Federalism (EARF)** gegründet, der etwa 70 Wissenschaftler aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Schweiz und den Staaten Mittel- und Osteuropas angehören. Das EZFF betreut dieses Netzwerk und dient als Geschäftsstelle.

Das EZFF wird von einem interdisziplinär zusammengesetzten Vorstand aus Geographen, Historikern, Juristen, Ökonomen und Politikwissenschaftlern geleitet. Die laufenden Arbeiten werden durch den Wissenschaftlichen Koordinator und die Mitarbeiter des Zentrums betreut.

Nähere Auskünfte bei:

Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)
Thomas Fischer, M.A. (Wissenschaftlicher Koordinator)
Nauklerstr. 37a
D-72074 Tübingen

Tel.: +49(0)7071-29 77 368

Fax: +49(0)7071-92 28 76

E-Mail: fischer.ezff@uni-tuebingen.de

**Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung bei der
NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden:**

- Band 1: **KNIPPING, Franz** (Ed.), Federal Conceptions in EU-Member States. Traditions and Perspectives, 1994,
ISBN 3-7890-3663-3, DM 78,-
- Band 2: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Europäische Bildungspolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips, 1994,
ISBN 3-7890-3656-0, DM 48,-
- Band 3: **RAICH, Silvia**, Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit in einem "Europa der Regionen". Dargestellt anhand der Fallbeispiele Großregion Saar-Lor-Lux, EUREGIO und „Vier Motoren für Europa“ - Ein Beitrag zum Europäischen Integrationsprozeß, 1995,
ISBN 3-7890-3657-9, DM 58,-
- Band 4: **ALEN, André**, Der Föderalstaat Belgien, Nationalismus - Föderalismus - Demokratie. Mit dem Text der neuen Belgischen Verfassung, 1995,
ISBN 3-7890-3791-5, DM 36,-
- Band 5: **STURM, Roland** (Hrsg.), Europäische Forschungs- und Technologiepolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips, 1996,
ISBN 3-7890-4149-1, DM 48,-
- Band 6: **WEBER-PANARIELLO, Philippe A.**, Nationale Parlamente in der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, 1995,
ISBN 3-7890-4120-3, DM 79,-.
Dieser Band wurde 1996 mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages für Arbeiten zum Parlamentarismus ausgezeichnet.
- Band 7: **KINSKY, Ferdinand/KNIPPING, Franz** (Eds.), Le "fédéralisme personnaliste" aux sources de l'Europe de demain. Der personalistische Föderalismus und die Zukunft Europas, Hommage à Alexandre Marc, 1996,
ISBN 3-7890-4190-4, DM 79,-
- Band 8: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union - Erfahrungen und Perspektiven, 1995,
ISBN 3-7890-4142-4, DM 49,-

- Band 9: **COLLIER, Ute / GOLUB, Jonathan / KREHER, Alexander** (eds.), *Subsidiarity and Shared Responsibility: New Challenges for EU Environmental Policy*, 1997, ISBN 3-7890-4647-7, DM 60,-
- Band 10: **AGRANOFF, Robert** (Ed.), *Asymmetrical Federalism* (in Vorbereitung)
- Band 11: **AMMON, Günter et al.** (Ed.), *Föderalismus oder Zentralismus? Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell*, 1996, ISBN 3-7890-4446-6, DM 58,-
- Band 12: **SCHULTZE, Claus J.**, *Die deutschen Kommunen in der Europäischen Union - Europa-Betroffenheit und Interessenwahrnehmung*, 1997, ISBN 3-7890-4830-5, DM 60,-
- Band 13: **STRAUB, Peter / HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Die europapolitische Rolle der Landes- und Regionalparlamente in der Europäischen Union*, 1998, ISBN 3-7890-5219-1, DM 68,-
- Band 14: **STURM, Roland / WEINMANN, Georg**, *The Information Society and the Regions in Europe* (im Erscheinen)
- Band 15: **MÄNNLE, Ursula** (Hrsg.), *Föderalismus zwischen Konsens und Kooperation. Tagungs- und Materialienband zur Fortentwicklung des deutschen Föderalismus*, 1998, ISBN 3-7890-5490-9
- Band 16: **KRETSCHMER, Otto / HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Standortpolitik und Regionalisierung in Europa. Probleme - Kompetenzen - Lösungen* (im Erscheinen)

Die Bände der Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF) sind über den Buchhandel oder direkt bei der NOMOS Verlagsgesellschaft, Vertrieb, D-76520 Baden-Baden zu beziehen (Fax: 07221 / 21 04-27).

OCCASIONAL PAPERS

Hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF), Tübingen:

- Nr. 1: **STURM, Roland**, *Economic Regionalism in a Federal State: Germany and the Challenge of the Single Market*, 1994, ISBN 3-980 3672-0-7, DM 5,-
- Nr. 2: **HAVERLAND, Markus**, *Europäische Integration im Spannungsverhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung*, 1995, ISBN 3-980 3672-1-5, DM 6,-
- Nr. 3: **FECHTNER, Detlef**, *Abschied vom kompensatorischen Föderalismus*, 1995, ISBN 3-980 3672-2-3, DM 8,-
- Nr. 4: **SCHÖBEL, Norbert**, *Der Ausschub der Regionen*, 1995 (vergriffen; siehe Nr. 17)
- Nr. 5: **GROSSE HÜTTMANN, Martin**, *Das Subsidiaritätsprinzip in der EU - eine Dokumentation*, 1996, ISBN 3-980 3672-5-8, DM 14,-
- Nr. 6: **ILLÉS, Iván**, *Carpathian (Euro)Region*, 1996, ISBN 3-9803672-6-6, DM 10,-
- Nr. 7: **HORVÁTH, Gyula**, *Transition and Regionalism in East-Central Europe*, 1996, ISBN 3-9803672-7-4, DM 10,-
- Nr. 8: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Erfahrungen, Probleme und Perspektiven grenzüberschreitender Kooperation* (in Vorbereitung)
- Nr. 9: **HANNOWSKY, Dirk/RENNER, Andreas**, *Subsidiaritätsprinzip, Bürgersouveränität und Ordnungswettbewerb. Ordnungstheoretische Überlegungen zur Ausgestaltung einer präferenzkonformen Ordnung Europas*, 1996, ISBN 3-9803672-4-X, DM 10,-
- Nr. 10: **KROPP, Sabine**, *Dezentralisierung und Transformation in Rußland*, 1996, ISBN 3-9803672-8-2, DM 10,-
- Nr. 11: **STURM, Roland**, *Strategien intergouvernementalen Handelns. Zu neueren Tendenzen des Föderalismus in Deutschland und den USA*, 1996, ISBN 3-9803672-9-0, DM 8,-
- Nr. 12: **LÜTZEL, Christof**, *Frankreich auf dem Weg zum Föderalismus? Regionalisierung, Dezentralisierung, Subsidiarität und die künftige Struktur der Europäischen Union aus französischer Sicht* (in Vorbereitung)
- Nr. 13: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Regionen und Kommunen in der EU und die Regierungskonferenz 1996*, 1996, ISBN 3-9805358-0-0, DM 10,-
- Nr. 14/1: **LOB, Harald/ OEL, Matthias**, *Informationsgesellschaft und Regionen in Europa. Wirtschafts- und regionalpolitische Aspekte der Europäischen Informationsgesellschaft*, 1997, ISBN 3-9805358-1-9, DM 8,-
- Nr. 14/2: **STURM, Roland/ WEINMANN, Georg**, *Challenges of the Information Society to the Regions in Europe. A Research Agenda*, 1997, ISBN 3-9805358-5-1, DM 10,-
- Nr. 15: **MÜHLBACHER, Georg**, *Italien auf dem Weg zu einem föderalen Staat?* (i. E.)
- Nr. 16: **Kommission Gerechtigkeit und Frieden der Diözese Mailand**, *Regionale Autonomie und solidarischer Föderalismus*. Übersetzt von Thomas Häringer und Ulrich Rösslein (im Erscheinen)

- Nr. 17: **SCHÖBEL, Norbert**, Der Ausschuß der Regionen, 1997 (ISBN 3-9805358-2-7);
SCHÖBEL, Norbert, The Committee of the Regions, 1997 (ISBN 3-9805358-3-5);
SCHÖBEL, Norbert, Le Comité des Régions, 1997 (ISBN 3-9805358-4-3), DM 12,-
- Nr. 18: **BLANCKE, Susanne/SCHMID, Josef**, Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer
im Vergleich - Programme, Konzepte, Strategien, 1998 (ISBN 3-9805358-6-X), DM 12,-
- Nr. 19: **NEUSS, Beate/ JURCZEK, Peter/ HILZ, Wolfram (Hrsg.)**, Grenzübergreifende Koopera-
tion im östlichen Mitteleuropa. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen
Symposium an der TU Chemnitz, 1998 (ISBN 3-9805358-7-8), DM 15,-

Zu beziehen bei:

Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)
Nauklerstr. 37a
D-72074 Tübingen

Tel.: +49 (0) 7071-29 77 368
Fax: +49 (0) 7071-92 28 76
E-Mail: ezff@uni-tuebingen.de

ISBN 3-9805358-7-8